

Transit

EUROPÄISCHE REVUE

Kultur Politik Globalisierung

C. Leggewie / AG SPoKK

Kulturen der Welt – WeltKultur?

J. Breidenbach / I. Zukrigl

Globalisierung im Prisma des Lokalen

Janos M. Kovacs

Osteuropa: Turbulenzen im Vakuum

George Schöpflin

Gehört die Zukunft dem Ethnischen?

Winfried Fluck

Amerikanisierung und Modernisierung

Kaspar Maase

Diagnose: Amerikanisierung

Erik Meyer

Techno zwischen Lokalkolorit und Globalkultur

U. Göttlich / J.-U. Nieland

Politik in der Pop-Arena

Pal Nyiri

Transnationale Gemeinschaften

Felix Philipp Ingold

In Extremis: Kulturwandel in Rußland

Mandana Eibegger

Flex Relais. Photographien

Europäische Verfassung. Eine Debatte

Ulrich K. Preuß

Auf der Suche nach Europas Verfassung

Kommentiert von **Ernst-W. Böckenförde, Olivier**

Beaud, Wiktor Osiatynski und **Cass Sunstein**

Transit wird herausgegeben am Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM) in Wien und erscheint im Verlag Neue Kritik, Frankfurt am Main.

Herausgeber: Krzysztof Michalski (Wien/Boston)

Redaktion: Klaus Nellen (Wien)

Redaktionsassistentz: Gudrun Salmhofer

Redaktionskomitee: Jan Blonski (Krakau), Peter Demetz (New Haven), Timothy Garton Ash (Oxford), Jacqueline Hénard (Paris), Tony Judt (New York), Otto Kallscheuer (Sassari), Cornelia Klinger (Wien), Janos Matyas Kovacs (Budapest/Wien), Claus Leggewie (Gießen), Jacques Rupnik (Paris), Aleksander Smolar (Warschau/Paris), Josef Wais (Wien, Photographie)

Beirat: Lord Dahrendorf (London), Bronislaw Geremek (Warschau), Elemer Hankiss (Budapest), Petr Pithart (Prag), Fritz Stern (New York)

Redaktionsanschrift: Transit, Institut für die Wissenschaften vom Menschen, Spittelauer Lände 3, A-1090 Wien, Telefon (+431) 31358-0, Fax (+431) 31358-30

E-mail: transit@iwm.at

Home Page: <http://www.univie.ac.at/iwm>

Verlagsanschrift: Verlag Neue Kritik, Kettenhofweg 53, D-60325 Frankfurt/Main, Telefon (069) 72 75 76, Fax (069) 72 65 85, e-mail: verlag@neuekritik.de

Herausgeber und Redaktion danken der *Europäischen Kulturstiftung*, Amsterdam, für die Unterstützung des IWM-Workshop *Politics of Culture: East and West*, aus dem eine Reihe von Beiträgen in diesem Heft hervorgegangen sind. Unser Dank gilt auch der *Gruppe Wissenschaft* im Magistrat der Stadt Wien, MA 18 *Stadtentwicklung und Stadtplanung*, für die freundliche Förderung von Abonnements in Osteuropa.



© IWM 2023. This work is licensed under CC BY-NC-ND 4.0.

ISSN 0938-2062 / ISBN 978-3-8015-0652-0 (pdf)

Transit ist Partner von eurozine — the netmagazine (www.eurozine.com), einem Zusammenschluss europäischer Kulturzeitschriften im Internet.

Transit is regularly listed in the *International Current Awareness Services*. Selected material is indexed in the *International Bibliography of the Social Sciences*.

© 1999 für sämtliche Texte und deren Übersetzungen Transit/IWM, für diese Aufgabe Verlag Neue Kritik Frankfurt/Main.

Transit 17 (Sommer 1999)

Kultur Politik Globalisierung

Claus Leggewie und AG SPoKK Kulturen der Welt – WeltKultur? Zur Einführung	3
Joana Breidenbach und Ina Zukrigl Im Prisma des Lokalen Die Dynamik der kulturellen Globalisierung	12
Janos Matyas Kovacs Turbulenzen im Vakuum Anmerkungen zur kulturellen Globalisierung in Osteuropa	33
George Schöpflin Globalisierung und Identität Gehört die Zukunft dem Ethnischen?	46
Winfried Fluck Amerikanisierung und Modernisierung	55
Kaspar Maase Diagnose: Amerikanisierung Zur Geschichte eines Deutungsmusters	72
Erik Meyer Techno Sounds und Szenen zwischen Lokalkolorit und Globalkultur	90
Mandana Eibegger Flex Relais. Photographien	102
Udo Göttlich und Jörg-Uwe Nieland Politik in der Pop-Arena Neue Formen der Politikvermittlung	110
Pal Nyiri Transnationale Gemeinschaften Die neue chinesische Emigration nach Ungarn	124

Felix Philipp Ingold <i>In Extremis</i> Kulturwandel in Rußland	136
Europäische Verfassung. Eine Debatte	
Ulrich K. Preuß Auf der Suche nach Europas Verfassung	154
Kommentare von	
Ernst-Wolfgang Böckenförde (Freiburg)	175
Olivier Beaud (Paris)	180
Wiktor Osiatynski (Warschau)	187
Cass Sunstein (Chicago)	193
Zu den Autorinnen und Autoren	200

*Claus Leggewie und AG SPoKK**
 KULTUREN DER WELT – WELTKULTUR?
 Zur Einführung

Was eine *Welt-Wirtschaft* ist, haben wir gelernt und erfahren es auch täglich: ein globaler Markt für Waren, Geld, Arbeitskraft und Informationen, kaum noch durch Grenzzäune, Schutzzölle und nichtkonvertierbare Währungen behindert oder zersplittert. Wissen zirkuliert binnen Sekunden um den gesamten Erdball, Güter können billiger denn je aus dem entlegensten Winkel zum Konsumenten gebracht werden, die globale Arbeitsteilung läßt keine Nische mehr aus. Noch sträubt sich eine protektionistische Nachhut, aber den alles inkludierenden Weltmarkt kann sie nicht aufhalten. Mit *Welt-Politik*, einer kosmopolitanen Regierung also, die weltweit verbindliche Entscheidungen fällen und durchsetzen kann, verhält es sich bekanntlich weit schwieriger. Ältere Bestrebungen zum Aufbau einer Weltregierung, etwa in Gestalt der Vereinten Nationen, sind am Veto einzelner Nationen oder Blöcke gescheitert. Auch die dauerhafte Hegemonie einer Supermacht ist unwahrscheinlich, wie Defekte und Lücken der Pax Americana gerade nach 1989 zeigen. Noch utopischer erscheint eine globale Demokratie, die Gesetzgebung und Regierungsbildung einem souveränen »Weltvolk« unterstellt. Zugleich ist ein Souveränitätsverlust der Nationalstaaten unübersehbar. Regionale Verhandlungsnetzwerke, supranationale Mehrebenensysteme und Prototypen transnationaler »Governance« unter Einschluß international agierender NGOs (Nicht-Regierungs-Organisationen) füllen dieses Vakuum.

Wiegen Inkongruenzen und Reibungen zwischen wirtschaftlicher und politischer Globalisierung schwer, so ist eine homogene *Welt-Kultur* ein Widerspruch in sich. Kultur zeichnet sich aus durch Differenz, und globale Kultur ist deshalb höchstens vorstellbar als Einheit der Verschiedenheit und Gegensätze. Zwei recht grobschlächtinge Denkansätze beherrschen

* Die meisten Beiträge im ersten Teil dieses Heftes wurden auf dem von Janos M. Kovacs und Claus Leggewie am IWM in Wien veranstalteten Workshop Politics of Culture: East and West (7.-9. Mai 1999) vorgetragen. Wir danken der Europäischen Kulturstiftung, Amsterdam, für ihre Unterstützung. Forschungen der Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftliche Politik-, Kultur- und Kommunikationsforschung finden sich unter www.spokk.de.

die bisherige Diskussion über »Weltkultur«: Kulturschmelze und Kulturkampf. Die These von der »McDonaldisierung der Welt« (ausgehend von Ritzer 1993, 1998, auch Ariès 1997) besagt, daß wie beim Siegeszug der Hamburger-Menüs eines Fastfood-Multis außer den Eßgewohnheiten und Geschmäckern auch alle anderen lokalen Kulturmerkmale standardisiert werden. Die Weltkultur wäre demnach eine Einheitskultur, die den Rest der Welt nach dem Vorbild eines einzigen, kommunikationsstarken Zentrums modelliert und keine lokalen Dialekte und Idiome mehr zuläßt. Kulturelles Artensterben wäre die Folge. Diese Befürchtung schließt zum einen an ältere Arbeiten zur Kulturindustrie an, für die in der Unterwerfung kultureller Güter unter die Warenform ihre Vereinheitlichung beschlossen war, und im übrigen auch eine Neutralisierung ihres kritischen Potentials. Zum andern ist sie verwandt mit Kritiken des Kulturimperialismus, der als Spielart ökonomischer und militärischer Hegemonie bzw. deren Fortsetzung mit anderen, »weichen« Mitteln angesehen wird. In aller Regel trägt der Ausgangsort der kulturellen Vorherrschaft, wie im Fall des McDonald's-Konzerns, einen Namen: USA. Globalisierung ist in dieser Sicht identisch mit Amerikanisierung, d.h. mit der Diffusion von Ideen und Gütern, die räumlich einer bestimmten, hegemonial auftretenden National-Kultur entstammen. Diese ist nicht zufällig und in programmatischer Weise eine okzidentale Kultur, so daß die Gleichung, affirmativ wie polemisch, auch Globalisierung = Amerikanisierung = Verwestlichung lauten kann.

Hiervon zu unterscheiden ist die These vom »Kampf der Kulturen« (*clash of civilizations*, Huntington 1993 und 1996). Danach ist die Zukunft der internationalen Beziehungen bestimmt von einem Konflikt zwischen neun Zivilisationskreisen, der besonders intensiv zu werden drohe zwischen dem Westen und dem Islam bzw. der »sinischen Zivilisation« (Ostasien mit Ausnahme Japans). Es handele sich hier um einen Konflikt neuen Typs, der weniger durch Machtinteressen von Nationalstaaten und Militärallianzen oder durch das ökonomische Gefälle zwischen dem reichen Norden und dem armen Süden determiniert ist, als durch eine binäre Kodierung von Gruppenzugehörigkeiten (Wir und/gegen die Anderen). Huntington überträgt sie auf Zivilisationen, die trotz aller Binnendifferenzen Werte und Normen, Sitten und Gebräuche, Lebensstile und religiöse Überzeugungen teilen. Da kulturelle Barrieren auch durch grenzüberschreitende Kommunikation und Teilhabe am wachsenden

Wohlstand nicht überwunden werden könnten, drohten vor allem an den »blutigen Grenzen des Islam« scharfe Identitätskonflikte; ihnen könne man nicht durch politische Hegemonie und durch Intervention des demokratischen Westens beikommen, sondern einzig durch die Anerkennung von Einflußsphären, die von regionalen Führungsmächten innerhalb ihrer Zivilisationskreise kontrolliert würden.

Damit erteilt Huntington ironischerweise dem Überlegenheitsanspruch des westlichen Universalismus eine ganz ähnliche Absage wie die von ihm attackierte »Multikulturalisten«, die Kulturen substantialisieren und Wechselwirkungen über Kulturgräben (*fault lines*) hinweg ausschließen. Auch für sie heißt inter- oder transkultureller Austausch nicht, daß sich Kulturen im Kontakt verändern und fusionieren, sondern lediglich, daß Differenzen wechselseitig anerkannt und toleriert werden – eine Position, die in einen extremen Kulturrelativismus münden kann. Jede Kultur ist »unmittelbar zu Gott«, sie kann letztlich nur von ihren Angehörigen verstanden werden, und kein Außenstehender soll sich in ihre inneren Angelegenheiten einmischen. Ähnlich wie die Verfechter der Amerikanisierungsthese sehen Huntington und die »harten« Multikulturalisten eine Dominanz der okzidentalen Kultur. Was letztere kritisch anprangern, bejaht Huntington, doch ist seiner Meinung nach die heutige Kultur Amerikas zuinnerst gebrochen – sie ist ihrerseits balkanisiert und hat ihre frühere Ausstrahlung verloren.

Kulturschmelze oder Kulturkampf, beide Auffassungen kultureller Globalisierung stimmen darin überein, daß »Kultur« die Hauptarena künftiger weltgesellschaftlicher Konflikte sein wird. Dafür scheint zu sprechen, daß viele Gewaltausbrüche der letzten Jahre innerhalb und zwischen Gesellschaften um religiöse, ethnische oder andere kulturelle Zugehörigkeiten geführt worden sind. Das »kulturelle System« ist nicht mehr, wie es die ältere Systemtheorie postulierte, Ort und Funktion sozialer Integration; statt der Pazifizierung von Konflikten dient es immer mehr ihrer Artikulation. Gegenstand der Auseinandersetzungen sind immaterielle Güter, etwa kulturelle Anerkennung. Übereinstimmung zwischen den beiden Denkschulen besteht ferner im Primat einer politisch-ökonomischen Theorietradition, für die Kultur immer der krause, letztlich unerklärbare »Rest« bleibt. Die Kulturen der Welt verhalten sich zu Weltwirtschaft und transnationaler Regierung wie die von unbotmäßigen Bewohnern eingebrachte Inneneinrichtung zum Grundriß eines Hauses

bzw. zu seiner Hausordnung. Kapitalinvestoren sind kulturelle Differenzen letztlich gleichgültig, und Ordnungskräften sind sie ein Graus; was für sie letztlich zählt, sind Zahlungs- und Machtmittel.

Doch pflegen sich Bewohner von Häusern nach ihren eigenen, oft der jeweiligen Mode folgenden Vorstellungen einzurichten. Aus ihrem Blickwinkel ist Kultur keine Residualkategorie – sie ist nicht der Rest, sondern alles. Da dies auch für jene Bereiche menschlicher Tätigkeit gilt, die üblicherweise in Bindestrichkulturen untergebracht werden (Unternehmenskultur, politische Kultur usw.), ist ein Blickwechsel angebracht. Aus »ethnologischer« (oder ethnographischer) Perspektive ist eine dritte Konzeption kultureller Globalisierung formuliert worden: »Kreolisierung« (Hannerz 1992). Kreolisch nennt man linguistische »Artefakte« in der Karibik, wie sie die Melange von Sprachen afrikanischer Sklaven und kolonialer Eliten hervorgebracht hat. In Analogie dazu soll die permanente Wechselwirkung der heterogenen Kulturen der Welt zu einer hybriden Mischung führen, nicht zu einem globalen Standard bei lokalem Artensterben und auch nicht notwendig zu antagonistischen Konflikten. An Stelle des Schreckensszenarios *McWorld versus Jihad* (Barber 1998) ereigne sich eine Fusion, die etwas Neues und Drittes hervorbringe. Die Kreolisierungsthese kann sich auf vier plausible Annahmen stützen:

1. Jede Aneignung kultureller Importgüter fällt unter lokalen Voraussetzungen jeweils verschieden aus; ihre Deutungen entsprechen nicht notwendig dem ursprünglich intendierten oder impliziten Sinn und lassen sich auch nur bedingt manipulieren oder aufzwingen. So gesehen ist jede kulturelle Globalisierung auch eine »Glokalisierung«, und je stärker sich ein kultureller Standard verbreitert, desto zahlreicher werden seine Varianten.

2. Der Kontakt zwischen unterschiedlichen Kulturen ist keine Einbahnstraße; auch materiell oder machtmäßig überlegene »Geber« treten in eine interkulturelle Verständigung (und damit Entfremdung) ein, die sie zwangsläufig zu »Nehmern« werden läßt. Insofern ist auch ein asymmetrischer Kulturkontakt reziprok.

3. Es bilden sich transkulturelle Gruppen und Gemeinschaften heraus (Migranten, Manager und Mitarbeiter multinationaler Unternehmen, weltreisende Experten und Akademiker etc.), deren Mitglieder nicht mehr überwiegend oder exklusiv einer speziellen Herkunftskultur zugerechnet werden können, sondern Trägergruppen einer im Entstehen begriffenen »Globalkultur« sind.

4. Im transkulturellen Kontakt bilden sich übergeordnete Referenzsysteme heraus, die als »Struktur gemeinsamer Unterschiede« wirken. Dazu zählt der kulturübergreifende Rekurs auf Menschenrechte, der keine inhaltliche Übereinstimmung voraussetzt. Auch das Vorhaben, indigene oder Minderheitensprachen durch spezielle Förderung vor dem Aussterben zu bewahren, erfordert nicht, daß man sie schätzt (oder gar beherrscht), sondern einzig, daß man nicht nur die eigene Sprache als schützenswertes kulturelles Gut betrachtet.

Globalisierung führt demnach zu einer hybriden WeltKultur. Aber auch Hybridisierung als Konzept bleibt noch klärungsbedürftig. Überzeugt es im Hinblick auf die lokale Rezeption von kulturindustriellen Gütern, die für verschiedene Gemeinschaften unterschiedliche Bedeutungen annehmen können, so ist seine Relevanz für deren Produktion durchaus problematisch. Denn die Integration von Elementen aus indigenen oder Minderheitenkulturen in Artefakte der populären Kultur kann auch als eine Form der Vereinnahmung verstanden werden. Der exotische Blick auf das Fremde entschärft kulturelle Differenzen und macht sie damit für die Mitglieder hegemonialer Kulturen »genießbar«. Dies gilt vor allem für den Import von kulturellen Gütern der Peripherie in die Zentren wie auch für die Isolierung ethnisch eindeutig kodierter Zeichen und ihre Verwendung als schmückendes Beiwerk ansonsten standardisierter Produkte. In diesem Sinne konstituiert das Präfix »Ethno-« inzwischen eine kommerzielle Kategorie, die verspricht, das Verlangen nach vermeintlich Authentischem im Feld der angeblich artifiziellen Popkultur zu befriedigen. Diese Formen globalisierter Folklore bedienen damit zwar das postmoderne Bedürfnis nach Distinktion, eine Synthese findet jedoch nur zu den Bedingungen der jeweils dominanten Formation statt. Im Gegensatz zur Ausbeutung ethnisch kodierter Klischees basiert die globale Attraktivität der anglo-amerikanischen Popkultur vor allem auf ihrer allgemeinen Zugänglichkeit. Sie ist (nicht zuletzt aus kommerziellen Erwägungen) massenwirksam, eben weil sie tendenziell »rassen-« und klassenübergreifend konzipiert ist: »*Crossover* ist nicht der Name eines Genres, sondern das Grundprinzip« (Diederichsen 1996). Die Ware Pop wird damit zum idealen Medium transkultureller Konvergenz.

Das vorliegende Heft enthält einige interessante Fallbeispiele für die Diffusion populärer Massenkultur, in welcher die herkömmliche Trennung von *high* und *low* (oder E und U) ebenso aufgehoben ist wie die noch

älteren Trennungen zwischen Kunst und Leben, Kunst und Markt, Kunst und Gesellschaft, Kunst und Politik. An einem Beispiel aus dem Sport (und der »Versportung der Gesellschaft«) soll dies noch einmal illustriert werden. Es geht um ein triviales Kulturgut, das die Menschheit in durchaus bahnbrechender Weise (fort-)bewegt: *Sneaker*. Auf den ersten Blick gilt ihr weltweiter Siegeszug als Paradebeispiel für die Vereinheitlichung der Fußbekleidung, die hierzulande das Etikett »Turnschuh-Generation« hervorbrachte. Genauer betrachtet sind Sneaker – samt der sich heute hinter dieser Chiffre verbergenden Symbolwelt – ein Mischprodukt aus europäischer und amerikanischer Schuhmacherschule sowie den kontinental stark divergierenden »Sportkulturen«. Dabei führt die Ahnenlinie auf dem alten Kontinent in die Gefilde des elitären Leistungssports, während sich Sneaker in den USA im Zuge der Jogging- und Aerobicwelle als einfaches Produkt für breite Läufer- und Käuferschichten durchgesetzt haben. Im Laufe diffiziler Austausch- und Befruchtungsprozesse und der zunehmenden Rolle der Medien ist daraus ein globales Phänomen mit vielfältigen Berührungspunkten zu anderen Erscheinungsformen populärer Kultur entstanden. Bezeichnend ist dabei der allmähliche Wandel der Sneaker von einem ökonomischen in ein kulturelles Gut, der sich anhand der flächendeckenden Ausbreitung in Literatur, Film, Musik und bildender Kunst nachzeichnen läßt. Besonders deutlich wird diese Kulturalisierung eines Konsumproduktes an der individuellen Aneignung vor allem innerhalb jugendkultureller Szenen und in digitalen, interaktiven Medienumgebungen.

Der Siegeszug des Turnschuhs als populäres Kulturgut liefert ein Modell, anhand dessen das, was gemeinhin unter »Amerikanisierung« verstanden wird, sich besser differenzieren läßt, insbesondere im Hinblick auf die Wechselwirkung zwischen Europa und Amerika. Auch hier hat eine typische »Reduktion der Rezeptionsvoraussetzungen« (vgl. Fluck in diesem Heft) stattgefunden, die das Produkt aus den Sphären der »hohen« Leistungssportkultur in die Niederungen eines massenhaften Bewegungsdranges überführt hat. Diese Vereinfachung eröffnete dann neue Möglichkeiten »imaginärer Selbstermächtigung« auf seiten der Rezipienten. Die nur vordergründig absurd anmutende Nutzung von Sneakern als begehrtes Sammler- und Tauschobjekt, als unverzichtbares Modeaccessoire oder als währungsähnliche Wertanlage läßt sich jeweils nur innerhalb von lokal geführten »Diskursen und semiotischen Auseinandersetzungen« (Maase

in diesem Heft) deuten. So liest sich die Geschichte der »Sneaker Culture« wie ein über mehrere Jahrzehnte ausgedehntes Match zwischen den Kontinenten (Bieber 2000). Dabei läßt sich auch eine kulturelle Avantgarde dieser Entwicklung ausfindig machen, zu denen vor allem die Protagonisten auf Rasenrechtecken und Stadion-Ovalen zählen, aber auch ihre Pendants aus der Musik- oder Filmbranche, die die entsprechenden Alltagsmythen schufen.

Der Begriff »Amerikanisierung« kam bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Umlauf, das seit Eingreifen der Vereinigten Staaten in die Weltpolitik als das »amerikanische Jahrhundert« qualifiziert wird. Damit sind nicht nur die mehr oder weniger glücklichen Folgen der politisch-militärischen Hegemonie angesprochen, sondern auch die außerordentliche Wirksamkeit des Mythos Amerika, also seiner Kultur. Was aber ist »amerikanische Kultur«? Zweifellos ist sie eine Kultur, wie ihren zahllosen Verächtern (s.u.) entgegengehalten werden muß, aber zugleich verkörpert sie in exemplarischer Weise, was für alle Kultur seit Anbeginn gilt: eine hybride Mischung aus heterogenen, ihrem Ursprungsort oft entfremdeten Elementen. Zu erinnern ist daran, daß *americanization* zu Beginn des 20. Jahrhunderts, als Zeitgenossen und Meisterdenker eher noch die Europäisierung Amerikas erwarteten, die Selbstamerikanisierung der Vereinigten Staaten meinte, also die kulturelle Inklusion der Immigranten verschiedenster Herkunft, und das nicht nur in sprachlicher Hinsicht. Weil sich keine Vorherrschaft der »British-Americans« mit ihrer heute immer weniger repräsentativen und dominanten *WASP culture* etablieren konnte, blieb das Adjektiv »amerikanisch« leer (Walzer 1992) – durchaus zugunsten einer weitreichenden »Anschlußfähigkeit« amerikanischer Waren, darunter auch Kulturgüter, in den einstigen Herkunftsländern der Bürger der Vereinigten Staaten. Die Geschichte der Amerikanisierung zeigt das Paradox, wie eine sich selbst emphatisch als Ausnahme deklarierende Nation zugleich Regel sein wollte. Es war die massenkulturelle Attraktivität Amerikas (und weniger seine politisch-militärische Überlegenheit), die bewirkte, daß die Amerikanisierung erfolgreicher verlief als alle Versuche der anderen Weltmacht, den sowjetischen Mythos der Weltrevolution zu verbreiten, ganz zu schweigen vom reaktionären Modernismus des europäischen Faschismus oder auch den »asiatischen Werten«.

Amerikanismus und Antiamerikanismus waren in diesem Jahrhundert wie siamesische Zwillinge verbunden und entwickelten sich erstaunlich

konstant. Amerikabegeisterung war zu allen Zeiten stärker unter der technischen Intelligenz verbreitet, für die »Amerika« als Leitbild der Rationalisierung und der Abhilfe jedweden Übels in der Alten Welt fungierte, während kulturkritische Intellektuelle darin eher ein Schreckbild und den Grund aller Übel entdecken wollten. Der Antiamerikanismus war dabei keineswegs nur eine geistige »Urangrube« (Carl Schmitt) der Rechten. Da die Lobreden und Schmährufe der verfeindeten Chöre auch am Ende des American Century nicht abklingen wollen, fällt ihre seltsame Übereinstimmung auf. Idolisierung und Dämonisierung verweisen gleichermaßen auf den noch nicht hinreichend untersuchten Kern des Mythos: »Amerika« ist eine ideale Projektionsfläche der Identitätsschwäche anderer Gesellschaften, und gerade deshalb ist Amerikanisierung das Modell der kulturellen Globalisierung am Ausgang des amerikanischen Jahrhunderts.

Die Debatte um die Europäische Verfassung bildet den zweiten Schwerpunkt dieses Heftes. Deshalb sei abschließend auf den untauglichen Versuch verwiesen, Europas Identität antiamerikanisch zu begründen. Zu Recht schreibt Claus Koch: »Die Kultur kann kein gemeinsamer Verfassungsnenner sein, kein definierbarer Einsatz für ein europäisches Europa, das jenseits des Marktes strahlte. Sie verbindet die Europäer heute nur noch schwach mit ihrer Europäizität, kann keine Grenzen gegen andere Weltregionen setzen. Sie enthält keine Aufforderung, sich zur politischen Bürgerschaft der Europäer zu verbinden. Sie schafft den Bewohnern des Kontinents keine Identität, auf die sie ihre politische Ordnung zu bauen vermöchten« (Koch 1997). In der Regel wird das anders gesehen: Da die Europäer keine supranationalen Institutionen hätten, die über die bloße Marktgemeinschaft hinausreichen, müßten sie auf ihre gemeinsame kulturelle Identität zurückgreifen, auf das verbindende Patrimonium der Sprachen und Erinnerungen, Symbole und Werte (Morin 1988, dagegen Brague 1993).

Nicht mehr folgen können wir Koch und vielen anderen, wenn sie zur Heilung der fehlenden Europäizität auf politisch-kulturellen Eurozentrismus verfallen: »Wollen die Europäer eine politische Verfassung und einen Kapitalismus nach eigenem Maß, muß dies gegen das amerikanische Zivilisationsmuster geschehen.« Gefragt wäre vielmehr eine europäische Haltung, die sich Amerika weder an den Hals wirft noch es sich anti-amerikanisch vom Hals schaffen will – komplementäre Einstellungen, die auch in den Vereinigten Staaten zunehmendes Desinteresse an einer

europäischen Jammergemeinschaft hervorrufen, die sich als Opfer amerikanischer Übergriffe bemitleidet. Wenn Amerika, wie Koch meint, kaum noch eine Anziehungskraft auf die Europäer ausübt, wieso muß sich eine »europäische Identität« dann »gegenüber allen abgrenzen, mit allen in einem prinzipiellen Spannungsverhältnis leben, zuerst aber mit dem Mächtigsten«? Und wohin soll es führen, wenn Amerika als »nicht nur der interessenstärkste Exekutor, sondern auch als die ideologische Vormacht der Globalisierung« von den Europäern, wie Koch postuliert, gar als »gegnerische Macht identifiziert werden« soll?

Damit Europa wird, reicht es nicht aus, anders als oder gegen Amerika zu sein (wie es eine bestimmte russische Kritik am »Westen« in fast karikaturhafter Form fordert) und sich in einer historischen Festung namens »Kultur« zu verschanzen. Der Versuch, Europas politische Identität antiamerikanisch zu fundieren, muß genauso scheitern wie der gräßlich geendete Versuch politischer Romantiker, die deutsche Nation gegen Frankreich zu begründen. Vielmehr gilt das Paradox, daß Europa in bestimmter Hinsicht »amerikanischer« werden müßte, um »europäisch« sein zu können – wobei beide Pole immer stärker an Substanz verlieren, indem sie in einer hybriden, nur unzureichend »Weltkultur« genannten Einheit verschmelzen.

Literatur

- Paul Aries, *Les fils de McDo. La McDonaldisation du monde*. Paris 1997.
 Christoph Bieber, *Gegenspieler. adidas und nike*. Frankfurt, erscheint 2000.
 Remi Brague, *Europa. Eine exzentrische Identität*, Frankfurt/New York 1993. Diedrich Diederichsen, *Pop – deskriptiv, normativ, emphatisch*. In: Hartges/Lüdke/Schmidt (Hg.), *Pop Technik Poesie. Die nächste Generation*. Reinbek 1996.
 Ulf Hannerz, *Cultural Complexity. Studies in the social organization of meaning*, New York 1992.
 Samuel Huntington, *Der Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 20. Jahrhundert*, München-Wien 1996.
 Claus Koch, *Das Ende des Selbstbetrugs. Europa braucht eine Verfassung*, München 1997.
 Edgar Morin, *Europa Denken*, Frankfurt/New York 1988.
 George Ritzer, *The McDonaldisation of Society. An investigation into the changing character of contemporary social life*. Newbury Park 1993.
 Ders., *The McDonaldisation Thesis: Explorations and Extensions*. London/Thousand Oaks 1998.
 Michael Walzer, *What It Means To Be An American. Essays on the American Experience*. New York 1992.

Joana Breidenbach und Ina Zukrigl
 IM PRISMA DES LOKALEN
 Die Dynamik der kulturellen Globalisierung¹

Donnerstag morgen am Prenzlauer Berg, Berlin: Beim Frühstück mit Darjeeling aus der chinesischen Provinz Yunnan und biologisch-dynamisch angebautem Müsli aus der Uckermark überfliegen wir die Süddeutsche Zeitung: Beim »Swiss Music Alpine Festival« im japanischen Norikura hat der koreanische Jodler Kim Chul Hong den ersten Platz gewonnen. Siemens und Fujitsu geben ihre Joint-venture Pläne bekannt. Der BBC World Service berichtet später über die neue Initiative der Grameen Bank in Bangladesch. Sie stellt ihren 2,1 Millionen Kreditnehmerinnen nun Mobiltelefone zur Verfügung und katapultiert damit eines der ärmsten Länder der Welt auf ungewöhnliche Weise ins Informationszeitalter. Im Kosovo sind die ersten KFOR-Truppen eingetroffen. Später am Tag erzählt die türkische Schneiderin von der Gründung der Drogen-Selbsthilfegruppe im Nebenhaus und der Entscheidung ihrer Tochter, in Zukunft verschleiert zur Schule zu gehen. Im Briefkasten liegt ein Rundschreiben der Gesellschaft für Bedrohte Völker: »Unterstützen Sie mutige Frauen in Kurdistan, Tibet, Äthiopien und Bosnien.«

Meinte man vor einem Jahrzehnt noch, Weltbilder, Wirtschafts- und politische Systeme konkreten Orten zuordnen zu können, so wird dies heute fragwürdig. Globalisierung vollzieht sich in den unterschiedlichsten Bereichen und Dimensionen. Finanzen, Firmen, Ideen und Menschen sind so mobil wie noch nie zuvor. Aber während die wirtschaftlichen und politischen Folgen der weltumspannenden Vernetzung differenziert und kontrovers in der Öffentlichkeit diskutiert werden, bleiben die Auswirkungen auf Kultur und Alltagswelt merkwürdig unterbelichtet.

Folgen wir den öffentlichen Meinungsmachern, dann läuft kulturelle Globalisierung auf eines von zwei Szenarien hinaus: Im weitverbreiteten Bild der globalen Kulturschmelze werden einst kulturell eigenständige Gesellschaften von weltweit verfügbaren Waren und Medien überrannt. In einer Welt, in der Menschen von Bratislava bis Bangkok Big Macs essen, Jeans tragen, auf raubkopierten Windows-Versionen arbeiten und

MTV sehen, erscheint kulturelle Vielfalt akut bedroht. Und da die meisten der globalen Güter und Ideen westlichen Ursprungs sind, liegt es nahe, in Globalisierung nur einen neuen Namen für Amerikanisierung oder Westernisierung zu sehen.

Die zweite, nicht weniger apokalyptische Zukunftsversion, sieht die Welt in kultureller Fragmentierung und interkulturellem Konflikt versinken. Als Antwort auf die Homogenisierung scheint den Menschen nur noch die Abschottung gegen Fremdeinflüsse und die Zuflucht zu einem übersteigerten ethnischen Bewußtsein übrig zu bleiben. Die These von Kultur als neuer Konfliktlinie – Huntingtons »Kampf der Kulturen« – scheint durch die wachsende Anzahl ethnischer und religiöser Konflikte in Afghanistan, Sri Lanka, Kaschmir, dem Kongo oder auf dem Balkan bestätigt zu werden.

Aus der von uns eingenommenen ethnologischen Perspektive wird jedoch keines dieser beiden Szenarien, und auch keine Kombination aus beiden (wie beispielsweise von Benjamin Barber in seinem Werk »Coca Cola und Heiliger Krieg« vertreten) den in Bewegung geratenen Grenzen zwischen Orten und Sprachen, Hautfarben und Lebensformen gerecht. Zum einen erweisen sich die Grundannahmen, auf denen die Homogenisierungs- und Fragmentierungsprognosen basieren, als unhaltbar. Kultureller Wandel ist nicht unweigerlich ein Nullsummenspiel und folgt einer wesentlich komplexeren Dynamik als von den genannten Autoren angenommen. Zum anderen werden Fragen nach der Bedeutung der zeitgenössischen Entwicklungen für die Menschen nicht beantwortet. Warum erlernen Deutsche asiatische Kampfsportarten? Warum ist die australische Seifenoper *Neighbours* die Lieblingsserie junger asiatischer Briten? Was versteht die pakistanische Regierung unter Menschenrechten?

Die ethnologische Linse

Erst aus der Zusammenschau der kulturellen Dimension und makroökonomischer und strukturpolitischer Perspektiven können wir zu einem differenzierten Bild der zeitgenössischen Globalität gelangen. Objektiv meßbare Daten zur Gesundheitsversorgung, Arbeitslosigkeit und Religionszugehörigkeit müssen zu der jeweiligen kulturellen Bewertung von Lebensstil, Fortschritt und Gleichberechtigung in Bezug gesetzt werden.

Ethnologie/Anthropologie, die Wissenschaft vom Menschen, beschäf-

tigt sich auf vielfältige Weise mit dem Aspekt des Menschen und seiner Lebenswelt, der erworben und nicht biologisch festgelegt ist. Gute Ethnologie verbindet detaillierte empirische Studien mit umfassenderen philosophischen und politischen Fragestellungen. Ein wesentliches Ziel dabei ist es, fremde Verhaltensweisen und Weltbilder aus einer immanenten Perspektive zu betrachten und anderen zugänglich zu machen. Ethnologie ist um eine holistische Sicht und Beschreibung der unterschiedlichsten gesellschaftlichen Phänomene bemüht, die von anderen Disziplinen meist getrennt untersucht werden. Das Zusammenspiel und die gegenseitige Durchdringung verschiedener Sphären wie Rechtspraktiken, Weltbilder und soziale Strukturen stehen im Vordergrund des Interesses.

Mittelpunkt der ethnographischen Methode ist eine längere, meist zwischen 12 bis 18 Monate dauernde Feldforschung. In der teilnehmenden Beobachtung können menschliche Praktiken und Verhältnisse ganzheitlich erfaßt und verbale Aussagen in ihrem Kontext untersucht werden. Denn oft widerspricht das, was Menschen sagen, ihren Handlungen. Für eine Studie über amerikanische Geschlechterverhältnisse fragte die Soziologin Arlie Hochschild zahlreiche Paare nach ihrer häuslichen Arbeitsteilung. Im gemeinsamen Haushalt, so schilderte eines der Paare im Interview, war der Mann für Ordnung und Sauberkeit des Erdgeschosses zuständig, während die Frau sich um die erste Etage kümmerte. Diese Aufteilung, von dem Paar als Beleg ihrer Gleichberechtigung angeführt, erschien jedoch in einem gänzlich anderen Licht, als die Soziologin das Haus der beiden besuchte. Im Erdgeschoß befanden sich Hobbyraum und Garage, im ersten Stock Wohn-, Schlaf- und Kinderzimmer sowie Küche und Bad! Für die Ehepartner stellte Gleichberechtigung offensichtlich einen so hohen Wert dar, daß sie ihre eigenen Praktiken nur verzerrt wahrnahmen bzw. nach außen hin falsch darstellen mußten.²

Der ganzheitliche Anspruch der Ethnologie ist im Zeitalter der weltumspannenden Vernetzung immer schwerer einzulösen und stellt die Disziplin vor neue theoretische und methodologische Aufgaben. Immer seltener sind Kultur, Gesellschaft und Ort deckungsgleich. In einer Welt, in der die Kontakte zwischen räumlich weit voneinander entfernten Gesellschaften exponentiell zunehmen, läßt sich das traditionelle Forschungsgebiet der Ethnologie (außereuropäische, vormoderne Gesellschaften) nicht mehr isolieren. Zeitgenössische ethnologische Forschung hat die künstliche Trennung zwischen Wir (im Westen) und den Anderen (der Rest der

Welt) überwunden und untersucht das moderne Leben überall: Afrikanische Managementtechniken, Vermarktungsstrategien der französischen Rhôneal-Bauern oder die Lebensentwürfe junger Deutscher.

Wir wollen mit unserer Ethnologie der Globalisierung weniger ein Zukunftsszenario entwerfen – Wie sieht eine vollkommen globalisierte Welt aus? Wird es Frauen in der nächsten Dekade besser gehen als heute? –, vielmehr wollen wir kulturelle Dynamiken und Entwicklungstendenzen in den verschiedensten Lebensbereichen aufzeichnen. Die oft im luftleeren Raum der Theorie entworfenen Gewißheiten über die kulturellen Folgen von Migration, Kulturkontakt oder Massenmedien sollen durch empirische Fallbeispiele aus verschiedenen Weltregionen veranschaulicht, widerlegt oder differenziert werden.

These 1: Menschen interpretieren globale Waren und Ideen höchst unterschiedlich

Das Homogenisierungsszenario geht davon aus, daß die weltweite Verbreitung westlicher Strukturen und der Konsum importierter Güter alleine schon vereinheitlichend wirken. Im Bild der Kulturschmelze lassen sich Menschen weltweit passiv von Fremdeinflüssen überrollen, weichen willenlos multinationalen Konzernen und übernehmen unhinterfragt die Moralvorstellungen amerikanischer Serienhelden. Doch Gesellschaften gehen mit Fremdeinflüssen auf vielfältige Weise um. Das Spektrum reicht von Widerstand über kreative Aneignung bis hin zu unkritischer Übernahme.

Widerstand durch soziale Bewegungen und Aktivistenetze

Welche kulturellen Einflüsse sich weltweit verbreiten, welche Nachrichten empfangen oder Waren erworben werden können, hing bis vor kurzem maßgeblich von den internationalen Beziehungen und Handelsabkommen der verschiedenen Staaten ab. In jüngster Zeit sind es neben Staaten insbesondere alternative soziale Bewegungen, die die Logik der neuen Weltordnung herausfordern. Gegen die Auswirkungen der Globalisierung richten sich so diverse Gruppen wie die militante amerikanische Rechte, islamische Fundamentalisten, Umweltaktivisten, Feministinnen oder indigene Bevölkerungen, wobei jede der genannten Gruppen sich

auf höchst unterschiedliche globale Entwicklungen bezieht.³ Die Aktionen dieses breiten Spektrums von politisch progressiven bis ethnozentrisch reaktiven Bewegungen, unterscheiden sich insbesondere durch ihre transnationale Dimension von früheren Formen des Widerstands. Zwar wurden auch einige der großen Kampagnen des 19. Jahrhunderts von internationalen Organisationen geführt, wie etwa der Kampf um die Abschaffung der Sklaverei, für das Frauenwahlrecht oder gegen die chinesische Praxis des Einbindens der Füße. Der Großteil des Widerstands erfolgte aber innerhalb lokaler Gemeinschaften, und für Gruppen mit geringen finanziellen Ressourcen oder wenig politischem Einfluß gab es kaum Chancen, eine größere Öffentlichkeit zu mobilisieren.⁴

Die heutigen sozialen Bewegungen erlangen insbesondere durch die Benutzung der neuen Kommunikationsmedien internationale Aufmerksamkeit. So bauten mexikanische NGOs Anfang der 90er Jahre mit Hilfe der katholischen Kirche, nordamerikanischen Computer-Experten und Geldern der Ford-Stiftung das alternative Computernetz La Neta auf. La Neta, ursprünglich genutzt für den Austausch zwischen mexikanischen und nordamerikanischen Fraueninitiativen, wurde zum zentralen Medium im ersten sogenannten »Netzkrieg«, dem Aufstand der Zapatisten. Die Rebellion der indianischen Bauern und maoistischen Intellektuellen, begonnen am ersten Tag des Inkrafttretens des NAFTA-Abkommens im Januar 1994, rückte durch den geschickten Einsatz von Videos und des Internets die soziale Ausgrenzung der indigenen Bevölkerung und die politische Korruption in Mexiko ins Licht einer weltweiten Öffentlichkeit. Die Mitteilungen von Subkommandante Marcos, geschrieben auf seinem Laptop im Regenwald von Chiapas, mobilisierten weltweit Solidaritätsbekundungen und -allianzen. Der Sieg der Zapatisten an der virtuellen Front war ausschlaggebend für das Einlenken der mexikanischen Regierung und den Beginn von Verhandlungen.

Transnationalen Aktivistennetzen stehen eine ganze Bandbreite von Instrumenten zur Verfügung, um Druck auf Regierungen und Firmen auszuüben. Ihr Einfluß und Erfolg läßt sich jedoch oft nur schwer ermes- sen. Denn selbst wenn einzelne Ziele nicht erreicht werden, so können die von den NGOs geleistete Aufklärungsarbeit und die neu geschaffenen Kommunikationsstrukturen langfristig nachhaltige Veränderungen zur Folge haben. Ein Beispiel hierzu: Seit vielen Jahren werden die Regenwälder der beiden malaysischen Provinzen Sabah und Sarawak auf Borneo

systematisch von internationalen Firmen abgeholzt. Die vollständige Zerstörung der Regenwälder in Sabah erfolgte zunächst ohne internationale Aufmerksamkeit. Doch Ende der 80er Jahre formierte sich in Sarawak eine breitgefächerte transnationale Koalition aus malaysischen und internationalen NGOs sowie lokalen Dayak-Gemeinschaften, die gegen die Vernichtung ihres Lebensraums z.T. mit medienwirksamen Straßenblockaden kämpften.⁵ Die Umweltorganisationen konnten ihren Protest an die International Tropical Timber Organization (ITTO) richten, die Ende der 80er Jahre mit der Ausführung des UN-initiierten International Tropical Forest Timber Agreement and Action Plans beauftragt worden war. Geschickt verknüpften die Aktivisten die ökologischen Auswirkungen der Abholzung mit dem Überlebenskampf indigener Gruppen, insbesondere der nomadischen Penan, und vergrößerten dadurch ihre internationale Solidaritätsbasis.

Nach jahrelangem Kampf ist die Erfolgsbilanz gemischt. Das eigentliche Kampagnenziel, die Abholzung Sarawaks zu stoppen, ist gescheitert. Bald wird das Gebiet vollständig entwaldet sein, mit verheerenden ökologischen und menschlichen Folgen für die lokale Bevölkerung. Auf diskursiver und organisatorischer Ebene war die Arbeit der Aktivisten jedoch durchaus erfolgreich. Zum einen sind auf organisatorischer Ebene um die ITTO neue Strukturen entstanden, die in Zukunft effektivere Lobbyarbeit ermöglichen. Das Schlagwort der nachhaltigen Waldnutzung hat in den Aktionsprogrammen von Malaysia, ebenso wie in den offiziellen Diskurs anderer Tropenholz-Exportstaaten, Eingang gefunden (mit Folgen, die es abzuwarten gilt). Zum anderen bewirkten die Konsumentenboykotte, zu denen NGOs wie Sahabat Alam Malaysia, Survival International und das World Rainforest Movement aufgerufen hatten, in den wichtigsten Importländern ein neues Konsumentenbewußtsein, das zu einem signifikanten Rückgang des Tropenholzhandels führte. Alleine in den Niederlanden ging die Einfuhr von Tropenholz zwischen 1990 und 1995 um 50% zurück, und Malaysias Tropenholzexporte nach Europa sind in den 90er Jahren um die Hälfte geschrumpft.

Business-Lunch bei McDonald's

Menschen begegnen Neuem aber nicht nur mit Widerstand, sie integrieren es in ihr eigenes Weltbild. Wir alle sind tagtäglich mit der Aneignung

fremder Waren und Ideen beschäftigt. Gesellschaften benutzen Fremdes um, wie der Ethnologe Marshall Sahlins schreibt, »mehr wie sie selbst zu werden«. Dieser Aneignungsprozeß läßt sich sogar in bezug auf solche Metasymbole der Homogenisierung wie Coca Cola und McDonald's beschreiben.

Jeden Tag betreten 30 Millionen Menschen eine McDonald's-Filiale. Alle drei Stunden eröffnet irgendwo auf diesem Planeten ein neuer McDonald's, so daß heute in über 100 Ländern der Hunger auf Big Mac & Co gestillt werden kann. Auf den ersten Blick erscheint McDonald's wie kaum eine andere Warenkette den weltweiten Einfluß nordamerikanischer Lebensgewohnheiten zu verdeutlichen. Dieser globale Siegeszug hat den amerikanischen Soziologen George Ritzer sogar zur These der »McDonaldisierung der Welt« inspiriert. Eßgewohnheiten und Geschmäcker werden vereinheitlicht und die vom Fastfood-Riesen verkörperten Prinzipien wie Rationalisierung, Standardisierung, Vorhersehbarkeit und Erschwinglichkeit finden weltweit Verbreitung.

Ethnographische Untersuchungen in verschiedenen Ländern⁶ widerlegen jedoch, daß diese mit der »McDonaldisierung« verbundenen Merkmale sich weltweit ausbreiten und für den Erfolg der Fastfood-Kette ausschlaggebend sind. Zwar sind einige zentrale Elemente des standardisierten McDonald's-Systems an vielen Orten angenommen worden, andere Aspekte stoßen jedoch auf Widerstand: Warteschlangen und Selbstbedienung werden fast überall akzeptiert, Ostasiaten ignorieren aber im Allgemeinen das unausgesprochene Fastfood-Gebot, daß Kunden auf schnellen Service mit ebenso schnellem Konsum zu reagieren haben. In Seoul, Hongkong oder Taipeh sitzen Schüler und Studenten oft stundenlang in ihrer McDonald's-Filiale, erledigen Hausaufgaben, lernen für Prüfungen und entkommen auf diese Weise der häuslichen Enge und der Hektik des urbanen Lebens. Gerade für Frauen bietet McDonald's einen neuen öffentlichen Raum, jenseits der von Männern dominierten Teehäuser und Restaurants: Hier wird kein Alkohol ausgeschenkt, das Management schützt die Frauen vor Belästigungen und behandelt sie genauso wie männliche Kunden.

Oft erweisen sich gerade solche Aspekte für den Erfolg als ausschlaggebend, die für westliche Betrachter eher marginal sind. So gelten überall in Ostasien die sauberen und geräumigen Toiletten von McDonald's als einer der Hauptgründe für einen Besuch. Bis zum Einzug von McDonald's war der Besuch einer öffentlichen Toilette in Hongkong oder Peking ein Wag-

nis. Die amerikanische Firma wird gemeinhin als Katalysator für veränderte Hygienestandards in der ostasiatischen Gastronomiebranche angesehen.

Für chinesische Geschäftsleute bietet McDonald's einen Ausweg aus einem kulturtypischen Dilemma: Essenseinladungen werden von Geschäftsleuten genutzt um sich gegenseitig auszustechen. Wer bestellt die teuersten Speisen und Getränke? In traditionellen Restaurants sind Gastgeber besorgt, daß am Nachbartisch aufwendigere Gerichte konsumiert werden und sie dadurch ihr Gesicht verlieren. Bei McDonald's ist das Menü standardisiert, jeder Kunde erhält die gleiche Qualität. Hier kann man unbesorgt sein, daß das Essen am Nachbartisch für Verlegenheit sorgt.

Für den Erfolg in den USA ist das Selbstverständnis des Unternehmens als »freundlicher Dienstleister« maßgeblich erfolgsbestimmend. Alle Mitarbeiter durchlaufen ein Training im »Service with a smile«. Doch erstaunlicherweise führte gerade diese Philosophie zu einer Reihe interkultureller Mißverständnisse. In Hongkong und Peking hatte das lokale Management große Schwierigkeiten, den Angestellten das Lächeln beizubringen, und die chinesischen Kunden fühlten sich von der lächelnden Bedienung auf den Arm genommen. Lächeln ist engen Freunden und Verwandten vorbehalten und gilt Fremden gegenüber als unpassend. Auch in Moskau war das Lächeln erklärungsbedürftig: In den ersten Wochen nach der Eröffnung der McDonald's-Filiale verkündete eine Angestellte per Megaphon: »Die Angestellten werden Sie anlächeln. Dies bedeutet nicht, daß sie sich über Sie lustig machen. Wir lächeln, weil wir glücklich sind, Sie zu bedienen«.

McDonald's hat in bestimmten Sphären weitreichende kulturelle Veränderungen ausgelöst. So war es früher in Japan undenkbar, mit den Händen, geschweige denn im Stehen zu essen. Beides sind heute akzeptable Praktiken, auch wenn Japaner bemüht sind, direkten Fingerkontakt zu vermeiden, und den Hamburger in Papier eingewickelt verzehren. Und während bis dato Geburtstagsfeiern in ostasiatischen Gesellschaften keine Rolle spielten und Geburtsdaten meist nur für Horoskopberechnungen von Interesse waren, feiern heute chinesische oder japanische Kinder ihren Geburtstag vorzugsweise bei Auntie McDonald.

In kulturvergleichenden Fallstudien wird deutlich, daß der Konzern außerhalb den USA nur anfänglich als Ausdruck amerikanischer Lebensart angesehen wurde. Insbesondere für Kinder ist »Macki« Teil der jeweils eigenen nationalen Kultur. Japanische Pfadfinder waren angenehm überrascht »ihren« McDonald's auch in Chicago anzutreffen. McDonald's

selbst bezeichnet sich als multilokale Firma. Die Geschäftsführung beschäftigt vor Ort fast ausschließlich einheimische Manager und Mitarbeiter und arbeitet mit lokalen Zulieferern zusammen. Die Produktpalette spiegelt kulturelle Vorlieben und Nahrungsregeln wider: In Israel werden koschere Hamburger (Käse und Fleisch getrennt) serviert, in Indien können Muslime, Hindus und Jains ihre religiösen Essensvorschriften befolgen und zwischen Vegetable McNuggets und Hammel-Maharaja-Mac wählen, während McLaks (gegrillte Lachssteaks mit Dillsauce und Vollkornbrot) norwegische Gourmethertzen höher schlagen läßt.

Globale Fastfood-Ketten ergänzen das lokale Angebot eher, als daß sie dieses verdrängen. Der Erfolg ausländischer Fastfood-Ketten hat an vielen Orten sogar zu einer Blüte lokaler Snacks beigetragen. In Peking boomen die 1.000 Filialen der einheimischen Fastfood Company, die gebratene Ente und Reis, chinesische Klöße, Nudel- und Fleischtaschen anbieten. Und mit dem Verkauf der traditionellen russischen Hausmannskost *pirogi* als Take-Away-Variante haben die Ruskoje Bistros auch in Moskau McDonald's den Rang abgelaufen.

Ähnlich wie bei globalen Restaurantketten geht auch in der Medienlandschaft der Trend der strukturellen Monopolisierung und vertikalen Integration mit einer Entwicklung der kulturellen Ausdifferenzierung einher, die auf der unterschiedlichen Nutzung und Interpretation der Medien basiert. Anfang der neunziger Jahre fesselte die australische Seifenoper *Neighbours* die asiatischen Jugendlichen im Süd-Londoner Stadtteil Southall. Die Kinder der Einwanderer aus dem Punjab verfolgten mit Begeisterung das Leben der Bewohner der fiktiven Ramsey Street. In Alltagsgesprächen wurde immer wieder auf die Serie angespielt, und für Außenstehende war es oft schwer festzustellen, ob die Jugendlichen gerade über ihre realen Freunde und Verwandten redeten oder über TV-Charaktere.

Doch was genau faszinierte die Jugendlichen? Die australischen Lebensverhältnisse per se wurden nicht als erstrebenswert angesehen. Ebenso wenig identifizierten sich die jungen britischen Asiaten direkt mit den Protagonisten der Serie. Was das Leben in Ramsey Street mit ihrem eigenen Leben in Southall verband, waren vielmehr die dichten sozialen und familiären Netze in beiden Gemeinschaften, durch die ein hoher Grad an Kontrolle, insbesondere über die Mädchen, ausgeübt wurde. Klatsch und Tratsch waren in beiden Welten an der Tagesordnung. In Southall waren es

vor allem Mütter und ältere Tanten, die den Klatsch anheizten und das Verhalten der Jugendlichen auf Schritt und Tritt verfolgten und kommentierten. Diese rigide Kontrolle wurde von vielen Einwandererkindern in London, die auf der Suche nach ihrer Identität als britische Asiaten waren und die traditionellen Lebensmuster ihrer Eltern nicht übernehmen wollten, als beengend und bedrohlich erlebt. In *Neighbours* sahen die Jugendlichen, wie ihre fiktiven australischen Altersgenossen mit Klatsch, elterlicher Autorität und Generationskonflikten umgingen. In ihrem Freundeskreis konnten die jungen asiatischen Briten Probleme wie Gewalt in der Familie oder romantische Beziehungen nicht direkt ansprechen, ohne gegen *izzat*, die Familienehre, zu verstoßen. In den Diskussionen über das Verhalten der australischen Protagonisten kamen diese tabuisierten Themen jedoch indirekt zur Sprache, und die Jugendlichen waren in der Lage, ihre eigenen Standpunkte zu artikulieren. Sie waren sich sehr wohl bewußt, so die Medienwissenschaftlerin Marie Gillespie⁷, daß ihr kultureller Hintergrund andere Lösungen als die in der Seifenoper dargebotenen erforderte – sie wollten ihre Herkunft als Muslime, Sikhs oder Hindus nicht verleugnen, sondern diese mit ihrem britischen Wohnort in Einklang bringen.

These 2: Globalisierung geht mit einer neuen kulturellen Diversität einher

Globalisierte Finanz- und Warenmärkte, weltweite Medienstrukturen und Migrantenströme haben zu einer exponentiellen Zunahme kultureller Austauschprozesse geführt. Im Zuge dieser Kontakte verschwinden zahlreiche indigene Lebensformen und Denkweisen. Fischfangtechniken und schamanistische Rituale der kanadischen Inuit geraten in Vergessenheit, und Sprachwissenschaftlern zufolge werden nur 10% der heute noch über 6.500 gesprochenen Sprachen das Ende des nächsten Jahrhunderts überleben.

Der Globalisierungsprozeß führt jedoch auch zur Entstehung neuer Kulturformen und Lebensweisen. Durch die weltweite Verfügbarkeit bestimmter Waren und Ideen verändern sich lokale Kulturen und gehen ungewohnte Kombinationen miteinander ein. Die Grenzen zwischen dem Eigenen und dem Fremden verwischen. Diese Kulturmelange läßt sich an Individuen beobachten, kennzeichnet zunehmend aber auch ganze Gesellschaften. Tiger Woods, der shooting-star des internationalen Golfsports, bezeichnet sich selbst als »Cablinasian«, um auf seine kaukasischen, schwarzen, indianischen und asiatischen Vorfahren hinzuweisen. Und sind

nicht die deutsch-türkische Rapperin Aziza-A und Noah Gabriel Becker die typischen Deutschen von morgen? Immerhin werden in wenigen Jahren 40-50% aller Kinder und Jugendlichen in deutschen Großstädten aus Zuwanderer-Familien kommen, und heute schon entstammt jedes neunte Neugeborene in Deutschland einer interkulturellen Partnerschaft. Die neu entstehenden Gemeinschaften, wie die der Latinos oder der Afro-Deutschen, verändern das Deutsche auf unspektakuläre aber nachhaltige Weise.

Die neuen Kultur- und Identitätsformen lassen sich vor dem Horizont unseres herkömmlichen Kulturverständnisses nicht adäquat erfassen. Kulturelle Unterschiede zwischen Menschen werden gemeinhin aus ihren spezifischen historischen Ursprüngen abgeleitet. Kultur stellt auch nach dem Bild der klassischen Ethnologie – eine klar abgegrenzte, relativ statische Einheit dar. Die Welt gleicht einem Mosaik, dessen Steinchen die Kulturen sind. Kultur und lokale Gemeinschaft sind in diesem Bild identisch.

Der Ethnologe Ulf Hannerz⁸ arbeitet daher mit dem Begriff der Kreolisierung, welcher der Vermischung, den Widersprüchen und durchlässigen Grenzen von Bedeutungssystemen gerecht zu werden versucht. Dieser aus der Linguistik entlehnte Begriff bezeichnet ursprünglich die neu entstandenen Sprachen in der Karibik, die eine Mischung aus der jeweiligen Kolonialsprache und afrikanischen Sprachen sind. Auf Alltagskultur übertragen, versucht der Begriff jener neuen Diversität gerecht zu werden, die stärker auf Verbindungen als auf Autonomie basiert. Kultur wird nicht als statisches, in sich geschlossenes System, sondern als ein Fluß von Bedeutungen angesehen, der fortwährend alte Beziehungen auflöst und neue Verbindungen eingeht.

Ganze Industrien leben von den neuen Mischungen. In der Musikbranche bedienen sich Musiker der Stile und Rhythmen aus aller Welt. Die südafrikanische Kwaito-Musik, ein Amalgam aus Rap, HipHop und afrikanischem Pop wird als Lebensgefühl der jungen Regenbogennation zelebriert, und Peter Gabriel oder das Kronos Quartet haben durch die afrikanische Einfärbung ihrer Musik Millionenbeträge eingespielt.

Apache Indian, ein in England geborener Punjabi, verbindet in seiner Musik traditionelle indische Banghra- und Dancehallmusik mit jamaikanischem Reggae. Apache rapped zu Reggaerhythmen, die mit indischen Perkussionsinstrumenten wie *dhhol* und *tabla*, indischer Filmmusik und traditionellen religiösen Melodien unterlegt sind. In den Texten verbindet

sich American und British English mit jamaikanischem Englisch und Punjabi. Die Songs handeln von den typischen Problemen junger Asiaten in Großbritannien, von Generations- und Kulturkonflikten. *Arranged Marriage* (1993) beispielsweise beschreibt das Dilemma asiatischer Jugendlicher, zwischen der indischen Praxis arrangierter Ehen und westlichen Vorstellungen von romantischer Liebe einen eigenen Weg zu finden:

»(...) Now me done get marry but me start to worry,
 Me have to tell you something mom would you help me,
 about me arrange marriage me have a problem,
 when is the right time to tell me girlfriend,
 beca the time has come mon fe Apache, Fe find one gal and get marry, (...)«

Apaches Musik, Banghramuffin genannt, hat einen Raum für neue Identitätsbezüge geschaffen. Neben asiatischen Jugendlichen beider Geschlechter mischen sich weiße Reggaefans in die Banghramuffinszene, und in Indien gilt Apache als einer der großen Superstars. Apache erklärt sich seinen Erfolg bei den asiatischen Einwandererkindern folgendermaßen: »I was from a new generation of Asian kids who were brought up alongside black kids, but we had no street culture or heroes to relate to – all we had were videos from India. We were discouraged from talking about things like sex or contraception or arranged marriages. The new generation of Asian kids wanted to talk about these things and we wanted a street culture of our own. (...) The new generation of Asian kids have a new culture that consists of a lot of different things – an asian thing, a white thing and a black thing. The Asian thing is still very important to them, but I want to put all these things together to take our culture forward.«⁹

Nicht nur Lebensformen vor Ort wandeln sich, geographische Räume an sich verändern für eine wachsende Anzahl von Menschen ihre Bedeutung. Migranten, Jugendliche, Internetbenutzer, Künstler oder Wissenschaftler bilden transnationale Gemeinschaften, die durch soziale, berufliche und ideelle Gemeinsamkeiten miteinander verbunden sind. Noch ist wenig erforscht, inwieweit sich transnationale Kulturen und Identitäten von ortsgebundenen unterscheiden; kulturvergleichende Studien hierzu stecken noch in den Anfängen.¹⁰

Die Ethnologin Aiwa Ong beschreibt die familiären und wirtschaftspolitischen Strategien wohlhabender Auslandschinesen.¹¹ Diese verteilen

ihre Geschäftsaktivitäten, Wohnsitze und Familien je nach den Erfordernissen des globalen Kapitalismus in Hongkong, Kalifornien, Kanada oder Australien. Rezidenzrechte werden in Kanada oder Fidschi, den Philippinen oder Tonga für sechsstellige Dollarsummen erkaufte. Die praktizierte »flexible Staatsangehörigkeit« ermöglicht ihnen, die Vor- und Nachteile einzelner Staaten zu umgehen bzw. auszuschöpfen. Loyalität empfinden die Geschäftsmänner letztlich nur für die im Geschäft mitarbeitenden Söhne. Die Frauen dieser vielbeschäftigten, auch »Astronauten« genannten Männer, bezeichnen sich in den Vereinigten Staaten als »Witwen« und ihr Nachwuchs sind die »Fallschirmkinder«, vom Vater über einem schönen Vorort in Südkalifornien aus dem Flugzeug abgeworfen. Die vollständig den Anforderungen des globalen Kapitalismus angepaßte Familienpraxis relativiert die von Asiaten ebenso wie westlichen Beobachtern eloquent vorgetragene These, familiärer Zusammenhalt (zentrales Element der vielgepriesenen »asiatischen Werte«) sei das Erfolgsrezept der Chinesen.

These 3: Die Ausdifferenzierung der Welt erfolgt über ein globales Referenzsystem

Im Schatten von Menschenrechtsdeklarationen, Madonna und Microsoft entsteht heute eine Globalkultur. In diesem weltweiten Referenzsystem werden Unterschiede artikuliert und Gemeinsamkeiten gefunden, treten vorher unverbundene Lebenswelten zueinander in Bezug. Immer mehr Menschen beziehen sich heute auf eine wachsende Anzahl universeller Kategorien, Konzepte und Standards und auf einen ebenso wachsenden Strom überall verfügbarer Waren und Geschichten.

Innerhalb der Globalkultur manifestieren sich unterschiedliche Positionen, die den ständigen Hegemonialbestrebungen der Teilnehmer ausgesetzt sind. Die Globalkultur ist kein machtfreier Raum, in dem jeder höflich um seine Meinung gebeten wird. Jede Differenz muß ausgehandelt und die eigene Position verteidigt werden. Die Strukturen der Globalkultur sind nicht unter gleicher Partizipation aller Kulturen entstanden und fördern auch nicht automatisch die Entwicklung hin zu einer gerechteren Welt. Ein Großteil der Kategorien und Standards sind westlichen Ursprungs. Rechtliche, technologische oder institutionelle Ausformungen der Globalkultur sind primär auf westliche Bedürfnisse abgestimmt und spiegeln die Realitäten zahlreicher nichtindustrialisierter Gesellschaften

kaum wider. Andere Kulturen sind jedoch zunehmend an der Ausgestaltung der Globalkultur beteiligt und fordern westliche Maßstäbe und Perspektiven heraus.

Durch die Entwicklung eines gemeinsamen Referenzsystems werden wir nicht alle gleich, wir präsentieren nur unsere Unterschiede zunehmend auf eine einander ähnliche Weise. Die Globalkultur stellt eine »Struktur gemeinsamer Unterschiede« (Richard Wilk) dar, innerhalb derer wir kulturelle Besonderheiten definieren müssen, um einander zu verstehen und gegenseitige Anerkennung zu erlangen. Aus dem ganzen Kosmos potentieller Unterschiede werden bestimmte hervorgehoben, andere ignoriert oder unterdrückt. Bei der neuen Hegemonie handelt es sich um eine strukturelle und weniger um eine inhaltliche Hegemonie. Strukturen und Konzepte, wie Menschenrechte, Schönheitsideale oder Organisationsprinzipien finden weltweite Verbreitung. Ihre Ausgestaltung und Umsetzung kann je nach Ort und Kultur stark variieren.

Die Entwicklung und Ausgestaltung globaler Begriffe und Handlungsstrategien läßt sich an der Geschichte der Frauenrechte und insbesondere der Genese des Konzepts »Gewalt gegen Frauen« darstellen. Vor 30 Jahren besaßen Frauen nur geringe Kenntnisse über die Lebensbedingungen von Frauen in anderen Teilen der Welt. Seit den 70er Jahren, als eine Reihe von Organisationen gegründet wurden, die sich explizit der Förderung von Frauen verschrieben, ist die Frauenbewegung weltweit sprunghaft gewachsen. In Kirgisien gibt es zwar erst 20 Frauengruppen, in Kenia dagegen sind es 26.000. Frauenthemen wurden zunächst ausschließlich aus einem westlichen Blickwinkel artikuliert. Die universelle Gültigkeit von Idealen wie persönliche Entfaltung, Gleichstellung am Arbeitsplatz oder dem Recht auf Abtreibung erschien westlichen Feministinnen selbstverständlich. In gemeinsamen Foren mit Frauen aus anderen Kulturen und Kontinenten, besonders auf den großen UN-Weltfrauenkonferenzen, wurde jedoch schnell deutlich, daß Frauen in den verschiedenen Kulturkreisen sehr unterschiedliche Interessen und Ziele verfolgten. So stand in südlichen Ländern nicht die individuelle Selbstbestimmung, sondern die wirtschaftliche und rechtliche Gleichstellung von Frauen im Vordergrund. Islamische Frauen, Afro-Amerikanerinnen oder Afrikanerinnen beziehen sich heute zwar auf das Konzept »Feminismus«, verstehen aber oft völlig Unterschiedliches darunter. Die internationalen Frauen-Netzwerke werden auf der einen Seite immer zahlreicher und grenzüberschrei-

tender, andererseits läßt sich eine starke Ausdifferenzierung der Themen und Strategien beobachten.

Um über kulturelle Grenzen hinweg die Situation von Frauen zu verbessern, mußten gemeinsame Interessen gesucht und mit einem standardisierten Vokabular artikuliert werden. Ein solcher gemeinsamer Nenner wurde im Konzept »Gewalt gegen Frauen« gefunden. Vor 20 Jahren wurde »Gewalt gegen Frauen« weder von Frauen- noch von Menschenrechtsgruppen thematisiert. Keine der 30 Artikel der »Konvention zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung« (1980) beschäftigt sich mit Gewalt. Inzwischen ist der Begriff zum wichtigsten Leitprinzip der weltweiten Frauenbewegung avanciert. Sein Erfolg liegt darin, daß unter dem Oberbegriff »Gewalt gegen Frauen« höchst verschiedene Fraueninteressen subsumiert werden und Frauen aus den unterschiedlichsten sozialen und kulturellen Milieus sich auf ihn beziehen können. Themen wie Vergewaltigung und häusliche Gewalt in den USA und Europa, Verstümmelung der Genitalien in Afrika, sexuelle Versklavung in Asien und Europa, Witwenverbrennung und Abtreibung weiblicher Föten in Indien, Folter und Vergewaltigung von politischen Gefangenen in Lateinamerika mögen auf den ersten Blick wenig miteinander zu tun haben. Die übergeordnete Kategorie »Gewalt«, die im Dialog zwischen den verschiedensten Frauenorganisationen entstand, ermöglichte es jedoch, diese unterschiedlichsten Erfahrungen und Probleme zusammenzufassen, um auf transnationaler Ebene gemeinsam für das Recht auf körperliche Unversehrtheit zu kämpfen. Mit dem neuen Konzept konnte sowohl die Indifferenz eines extremen Kulturrelativismus als auch die Arroganz des westlichen Imperialismus überwunden werden. Die Kampagne um »Gewalt gegen Frauen« erlangte weltweite Aufmerksamkeit (u.a. auch durch die Massenvergewaltigungen im früheren Jugoslawien) und beeinflusst die diskursive und faktische Politik von Staaten und internationalen Organisationen. So verabschiedete beispielsweise die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) eine Konvention, die Staaten verpflichtet, Frauen gegen Gewalt zu schützen, und Frauen berechtigt, eine Petition an die OAS zu richten. Auf der Menschenrechtskonferenz in Wien 1993 wurden Frauenrechte in die Menschenrechtsagenda aufgenommen und ein spezieller Berichterstatteposten für »Gewalt gegen Frauen« eingerichtet.¹² Die Globalkultur ist nicht allumfassend. Globalität ist für die meisten Menschen weniger eine Zustandsbeschreibung als ein Potential. An der Schwelle zum 21.

Jahrhundert leben wir offensichtlich nicht in einer grenzenlosen Weltgesellschaft, sondern in vielen parallelen, sich überlappenden Welten. Nach wie vor gibt es nicht miteinander vereinbar scheinende Differenzen. Staaten wie China, Malaysia und Singapur, ebenso wie islamistische Staaten, nehmen für sich in Anspruch, eigenständige Entwicklungswege zu gehen. Wie solche »parallelen Modernen« in einer immer enger vernetzten Welt aussehen werden, ist eine offene Frage. Kein Staat kann seine Subjekte heute mehr hermetisch vor Fremdeinflüssen abschirmen, so daß es selbst in Ländern wie Afghanistan, Burma und dem Sudan Bevölkerungsgruppen gibt, die aktiv grenzübergreifenden Austausch suchen und die für sich relevanten Kategorien und Konzepte der Globalkultur aufgreifen. Und was wird beispielsweise geschehen, wenn Star-TV-Gründer und Hong Kong-Tycoon Richard Li in Zusammenarbeit mit Intel die Fernseher sämtlicher chinesischer Haushalte mit Internetzugang aufgerüstet hat?¹³

These 4: Kultur stellt eines der bedeutendsten globalen Konzepte dar und wird höchst unterschiedlich instrumentalisiert

Das Konzept »Kultur« ist in den letzten Jahrzehnten zu einem wichtigen Bezugsrahmen für Gruppen weltweit geworden. Indigene Völker, ethnische Minderheiten, aber auch transnationale Zusammenschlüsse wie die der Schwarzen, Homosexuellen oder Native Americans berufen sich auf ihre kulturellen Besonderheiten, um Anerkennung zu erlangen, Rechte im nationalen Raum durchzusetzen und Förderungen zu erhalten. Viele dieser Bewegungen haben erkannt, daß ihre Anliegen nur auf der globalen Ebene Gehör finden und mit Hilfe globaler Strukturen durchgesetzt werden können. Innerhalb der Globalkultur sind internationale Strukturen entstanden, die Anerkennung und Rechte von Minderheiten fördern (wie das World Council of Indigenous Peoples der UN, Amnesty International oder die Gesellschaft für Bedrohte Völker). Zugleich müssen sich die um Rechte kämpfenden Gruppen den Anforderungen des globalen Referenzsystems anpassen. Um von Menschen außerhalb der eigenen Gruppe gehört und verstanden zu werden, artikulieren sie ihre kulturellen Besonderheiten auf eine standardisierte Art und Weise. Jede »Kultur« beruft sich auf weltweit gültige Kategorien (eigene Sprache, Lebensstile, Weltbilder oder Rituale) entlang derer sie sich voneinander unterscheiden. Nur durch ein gemeinsames Vokabular und interkulturell verständliche

Kategorien können transnationale Allianzen aufgebaut werden, brasilianische Indios mit den Penan auf Borneo korrespondieren oder Deutsche sich an Unterschriftenaktionen gegen den Uranabbau im Gebiet der australischen Aborigines beteiligen.

Die Instrumentalisierung von Kultur geht mit einem neuen Bewußtsein für die eigenen Besonderheiten einher (während vorher die eigene Lebensweise unreflektiert als Norm betrachtet oder im Verhältnis zur Mehrheitskultur als minderwertig angesehen wurde). Dies birgt die Gefahr der Verabsolutierung kultureller Unterschiede und eines von Haß und Rassismus geprägten Ethnozentrismus. In Ethnographien über die Ursachen ethnischer oder ethnisch-religiöser Gewalt in Burundi, Nordirland und Jugoslawien wird deutlich, daß körperliche Gewalt zwischen ehemals friedlich koexistierenden Bevölkerungsgruppen eng mit einer existentiellen Unsicherheit bezüglich der eigenen Identität verbunden ist. Diese kognitive Unsicherheit (wer bin ich? wer ist der andere?) nimmt im globalen Zeitalter zu und kann, politisch instrumentalisiert, in mörderischen Ethnozentrismus umschlagen.¹⁴

Viele Gemeinschaften, von den indischen Dalit bis zu den japanischen Ainu, nutzen dagegen das neue kulturelle Selbstbewußtsein, um ihr kulturelles Überleben zu sichern, Würde und Anerkennung zu erlangen. In vielen Teilen der Welt findet eine Rückbesinnung indigener Gemeinschaften auf ihre »traditionelle Kultur« statt. Diese Entwicklung wird unter anderem durch das Interesse einer wachsenden Zahl von Touristen vorangetrieben, für die ein gelungener Urlaub auch Einblicke in fremde Lebensweisen beinhalten soll. Auf diese Nachfrage reagieren Regierungen und Bewohner mit der Vermarktung ihrer Geschichte und Kultur.

Wer dem deutschen Winter entfliehen und in eine paradiesisch fremde Welt eintauchen will, den führt der Weg vielleicht nach Bali. Die indonesische Insel gilt als »Paradies der Paradiese« und »Reich der Götter« und fasziniert Reisende mit ihrer farbenprächtigen hinduistischen Kultur. Die Reisende erlebt einen Rausch der Sinne. Gamelanmusik und opulente Opfergaben begegnen ihr auf Schritt und Tritt. Kaum einer der jährlich 800.000 Besucher verläßt die Insel, ohne einer Tempelprozession oder der Vorführung des Trancetanzes Kecak beigewohnt zu haben.

Doch die »typische« Kultur Balis ist nicht das Resultat einer isolierten historischen Entwicklung, sondern das Produkt interkultureller Kontakte. Im frühen 20. Jahrhundert galt Bali im Westen als »wild«, »barbarisch«,

»grimmig« und »kriegslüstern«. Erst durch eine Gruppe holländischer Kolonialisten und amerikanischer bzw. europäischer Auswanderer erhielt die balinesische Kultur ihr romantisches Image als »verzauberte Insel«, in dem der religiöse und künstlerische Aspekt der Gesellschaft alle anderen Realitäten in den Hintergrund drängt. Während sich das balinesische Selbstverständnis bis zu den dreißiger Jahren stark von den Vorstellungen der Europäer unterschied, übernahmen die Balinesen, und später der indonesische Staat, das westliche Klischee und setzten es für ihre eigenen Interessen ein. In den Jahren des Aufbaus der indonesischen Nation griff Sukarno, selbst Anhänger der Theosophie, auf das kunst- und kulturlastige Bali-Bild zurück und erhob die Insel zur Mutterkultur Indonesiens und zum kulturellen Museum des altjavanischen Hinduismus. Das Bali-Bild half Sukarno auch bei der wirtschaftlichen Modernisierung des Landes. Kulturtourismus, der auf Bali seit den sechziger Jahren gezielt gefördert wird, stellt eine lukrative Einnahmequelle dar. Rituale und künstlerische Ausdrucksformen haben in den Jahren des intensiven Kontakts mit Fremden massiv zugenommen. Balinesische Kultur ist gerade wegen, nicht trotz ihrer Vermarktung so ausgeprägt wie nie zuvor.¹⁵

Ein anderes Beispiel für die Entstehung neuer kultureller Identitäten im Spannungsfeld kapitalistischer Wirtschaftsstrukturen sind die Mam im südlichen Mexiko. Die heute als Mam bekannten Indios verstanden sich bis vor kurzem nicht als eigene ethnische Gruppe. Sie leben auf beiden Seiten der mexikanisch-guatemalteckischen Grenze und sind weitgehend akkulturiert. Infolge der massiven wirtschaftspolitischen Veränderungen durch das NAFTA-Abkommen sahen mexikanische Kleinbauern wie die Mam sich gezwungen, ihre landwirtschaftliche Produktion völlig auf die Regierungsrichtlinien abzustimmen. Die staatlich propagierte Exportpolitik schrieb die Industrialisierung der Landwirtschaft durch Mechanisierung, intensiven Gebrauch von Kunstdünger und Einsatz von genetisch verändertem Saatgut vor. Diese Politik trieb die ehemaligen Subsistenzbauern in eine Abwärtsspirale. Industriell gefertigte Nahrungsmittel begannen, die vor Ort angebauten Lebensmittel zu ersetzen und verschlechterten die ehemals ausgewogenen Nahrungsgewohnheiten der Indios. Die Abhängigkeit von chemischen Düngemitteln, anfangs kostenlos verteilt, später nicht mehr subventioniert, führte dazu, daß die Hälfte des erzielten Ernteertrages für den Erwerb von Pestiziden verwendet werden mußte. Zugleich sanken die Erträge aufgrund der abnehmenden Bodenqualität

und die Mam zahlten hohe Summen an Zwischenhändler. Krankheitsfälle häuften sich, die von den Mam auf den Einsatz chemischer Mittel zurückgeführt wurden.

Um einen Ausweg aus dieser Misere zu finden, begannen die Mam Mitte der 80er Jahre ihre Anbaumethoden erneut umzustellen. In Workshops, u.a. initiiert von der katholischen Kirche, begannen die Mam ihre eigene Vergangenheit bewußt zu erforschen. Dieser zum Teil utopischen Rekonstruktion zufolge, lebten die Mam in harmo nischem Einklang mit der Natur, zollten ihren Ältesten Respekt und arbeiteten für das Gemeinwohl. Man kam zu dem Schluß, daß diese rekonstruierten traditionellen Prinzipien sich ideal mit dem Genossenschaftsprinzip (nach dem Vorbild der klassischen englischen Arbeitervereinigungen des 19. Jahrhunderts) und den Richtlinien des ökologischen Anbaus verbinden ließen. Diese entsprechenden Anbauund Organisationsmethoden, in Kombination mit der bewußten Konstruktion einer Identität als »letzte überlebende Maya-Indianer«, eröffnete ihnen eine lukrative Nische auf dem Weltmarkt. Der von 80 Mam-Gemeinschaften produzierte organisch angebaute Kaffee wird heute, u.a. mit Hilfe nordamerikanischer Indianer, in die USA, nach Europa und Japan vermarktet. Mit jährlichen Umsätzen von 7 Millionen US Dollar ist das Auskommen der Mam gesichert.¹⁶

*

Im Zuge der Globalisierung verschwinden bestimmte Lebensformen und Denkweisen. Kopffjagd auf den Philippinen ist verboten und Ganzkörper tätowierungen auf Sulawesi werden immer seltener. In dem Moment, in dem Lebensformen verschwinden, geht kulturelles Wissen verloren. So manches Produkt der internationalen Pharmaindustrie verdrängt indigenes Heilwissen bayrischer und thailändischer Großmütter. Viele indigene Gemeinschaften, von den Amazonasbewohnern bis zu den Polynesiern, besitzen herausragende botanische Kenntnisse. Ein Großteil ihrer Heilmethoden geht verloren, ein Teil der indigenen Medizin findet jedoch Eingang in den globalen Produktkreislauf. So holen sich pharmazeutische Firmen Rezepte bei indigenen Völkern, reproduzieren diese im Labor und vertreiben diese Arzneimittel weltweit. Sie verkaufen sie auch an die Völker, von denen die Rezepte stammten, die auf dem Gebiet der modernen Medizin aber als unwissend beschrieben werden.¹⁷

Der Untergang von Lebensformen und Weltbildern ist jedoch nichts Neues, neu ist nur die Geschwindigkeit dieser Entwicklungen im globalen Zeitalter. Isolierte, autonome Partikularismen, falls es sie jemals in Reinform gegeben hat, haben in unserer Zeit nur geringe Überlebenschancen.

Durch die neu entstehenden kreolisierten Kulturformen wird die Vielfalt der Lebensformen nicht eingeebnet, sondern nimmt neue, ihre Vorgänger zum Teil integrierende Formen an. Durch Institutionen wie Archive, Museen und Schulen geht zugleich immer weniger Wissen verloren, und neue Kommunikationstechnologien wie das Internet erleichtern den Zugriff auf Information. Noch haben wir wenig Erfahrung, wie indigenes Wissen mit Hilfe von digitalen Medien aufbereitet werden kann. Was sich jedoch heute schon abzeichnet, ist, daß einzelne Gesellschaften die neuen Medien für sich nutzen können, um sich selbst darzustellen, ihre eigenen Traditionen zu verbreiten und an nachfolgende Generationen zu vermitteln.¹⁸ So wird das Internet genutzt, um bedrohte Sprachen wiederzubeleben. Durch das hawaiianische Mailbox-Projekt Leoki konnte die eigene Sprache wieder an die jüngeren Generationen weitergegeben werden. Das Projekt war so erfolgreich, daß an einigen Schulen des Inselstaats Hawaiianisch wieder als Unterrichtssprache gewählt werden kann.¹⁹

Aus der kulturellen Perspektive erweist sich Globalisierung als ein hochgradig dialektischer Prozeß. Homogenisierung und Ausdifferenzierung, Konflikt und Kreolisierung, Globalisierung und Lokalisierung stellen keine einander ausschließenden Entwicklungen dar, sondern bedingen sich gegenseitig. Bestimmte Konzepte und Strukturen des modernen Lebens werden mit der Globalisierung weltweit verbreitet. Zugleich nehmen kulturelle Besonderheiten durch die Relativierung von lokalen Lebensweisen vor dem Hintergrund globaler Strukturen schärfere Konturen an oder werden überhaupt erst geschaffen. Globalisierung ist kein automatischer Prozeß, an dessen Endpunkt uns eine konflikt- und machtfreie Idealwelt erwartet, sondern das globale Zeitalter birgt größere Chancen und größere Risiken als die vorangegangenen Epochen. Da sich im gegenwärtigen globalen Entwicklungsprozeß Umkehr oder Abkopplung nicht als ernsthafte Alternativen anbieten, brauchen wir geeignete Strategien für die Bewältigung der neuen Erfahrung. »Da wir nicht zur Ignoranz zurückkehren können, müssen wir zum Verstehen voranschreiten.«²⁰

Anmerkungen

- 1 Wir möchten uns bei den Teilnehmern des Workshops »Politics of Culture: East and West« am IWM in Wien vom 7.-9. Mai 1999 für ihre Anregungen und Kritik bedanken.
- 2 Arlie Hochschild, *The Second Shift*, New York 1989.
- 3 Manuel Castells, *The Power of Identity*, Oxford 1997, S. 68 ff.
- 4 Margaret E. Keck/Kathryn Sikkink, *Activists Beyond Borders. Advocacy Networks in International Politics*, Ithaca 1998, S. 150 ff.
- 5 Siehe auch die Home Page der Sarawak Peoples Campaign www.rimba.com/spc/spchomepage.html
- 6 Vgl. z.B. James L. Watson (Hg.), *Golden Arches East: McDonald's in East Asia*, Stanford 1997.
- 7 Marie Gillespie, *Television, Ethnicity and Cultural Change*, London 1995.
- 8 Ulf Hannerz, *Cultural Complexity*, New York, 1992.
- 9 Zitiert in: Tim Taylor, *Global Pop: World Music, World Markets*, London 1997.
- 10 James Clifford, »Diaspora«, in: *Cultural Anthropology* Nr. 9, 1994, S. 302-338.
- 11 Aiwah Ong, »Flexible Citizenship among Chinese Cosmopolitans«, in: Pheng Cheah und Bruce Robbins (Hg.), *Cosmopolitics. Thinking and Feeling Beyond the Nation*, Minneapolis 1998; siehe auch den Beitrag von Pal Nyiri im vorliegenden Heft.
- 12 Margaret E. Keck, Kathryn Sikkink, a.a.O., S. 165 ff.
- 13 Vgl. Douglas McGill in: *Wired*, May 1999, S. 161-188.
- 14 Arjun Appadurai, »Dead Certainty: Ethnic Violence in the Era of Globalization«, in: *Public Culture* 19 (2), 1998, S. 225-247.
- 15 Adrian Vickers, *Bali. Ein Paradies wird erfunden*, Bielefeld 1996.
- 16 Rosalva Aída Hernández Castillo und Ronald Nigh, »Global Processes and Local Identity among Mayan Coffee Growers in Chiapas, Mexico«, in: *American Anthropologist* 100 (1), 1998, S. 136-147.
- 17 Laura Nader (Hg.), *Naked Science*, New York 1996.
- 18 www.nativeweb.org
- 19 Nils Zurawski, »Zur Selbstorganisation im Netz: Ethnizität und elektronische Kommunikationstechnologien«, in: *Zum Thema* Nr. 24, 1998 (www.zum-thema.com).
- 20 Janet Abu-Lughod, »Going Beyond Global Babble«, in: Anthony King (Hg.), *Culture, Globalization and the World-System*, London 1991, S. 135.

Janos Matyas Kovacs

TURBULENZEN IM VAKUUM

Anmerkungen zur kulturellen Globalisierung in Osteuropa*

»Vor einigen Jahren traf ich in Boston einen Astronomen und Mathematiker, der aus der Volksrepublik China eingewandert war. Auf einer langweiligen Universitätsparty kamen wir ins Gespräch und entdeckten, daß wir eine ganz ähnliche Kindheit gehabt hatten. Wir hatten die gleichen Kinderbücher von Autoren wie Gajdar, Katajew, Kawerin, Marschak und Tscharuschin gelesen, die gleichen Lieder, etwa die ›Warszawianka‹ und das Lied der Amur-Partisanen, gesungen. Wir hatten unsere Sommerferien in den gleichen Pionierlagern am Meer verbracht. Erste Zweifel hatten sich geregt, als wir Milton, Spinoza und Hegel lasen, Philosophen also, deren Vermächtnis, den Kommunisten zufolge, an die Arbeiterklasse übergegangen war. Wir hatten Volleyball gespielt, weil die Direktoren der kommunistischen Gymnasien überall auf der Welt aus irgendwelchen Gründen diese Sportart favorisierten. Und schließlich hatten wir beide als Kinder das tragische Schicksal von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg beweint. Und nichtsdestotrotz meint Professor Huntington, daß wir Kulturen angehören, die einander feindlich seien.« (G.M. Tamás, »Hier irrt Huntington«, in: *Magyar Lettre Internationale*, Frühjahr 1998)

Zu den journalistischen Gemeinplätzen im Westen gehört die Überzeugung, daß die kulturelle Globalisierung in Osteuropa eine unmittelbare Folge des Zusammenbruchs des Kommunismus sei. Zugleich bringe sie eine unaufhaltsame Amerikanisierung der wiederaufblühenden nationalen Kulturen mit sich, kaum daß diese sich der kommunistischen Oberaufsicht entledigt haben. Eine allegorische Darstellung dieser Auffassung sähe etwa so aus: Ein vormaliger kommunistischen Apparatschik sitzt in

* Der vorliegende Artikel fußt auf den Arbeitshypothesen eines Papiers, an dem ich im Rahmen des von Peter Berger und Samuel Huntington geleiteten Projekts *Kulturelle Globalisierung* arbeite. Einige Thesen wurden in den vergangenen Monaten mehrfach zur Diskussion gestellt, und zwar in dem IWM-Seminar über *Staat und Globalisierung*, bei dem IWM-Workshop über *Politics of Culture* sowie in Budapest im *Globus*-Kreis, wo die auf Ungarn bezogenen Fallstudien als Teil des Berger/Huntington-Projekts erarbeitet werden. (*Globus* war während der kommunistischen Ära eine Marke für Lebensmittelkonserven, die hauptsächlich in den RGW-Ländern, d.h. im sowjetischen Teil des Globus, vertrieben wurden.)

Nationaltracht auf einem wilden Pferd und hält dabei einen *Hamburger* in der Hand. Spinnt man dieses Bild zu einer Geschichte aus, so wird unser Held, nachdem er sein Parteibuch gegen eine Kreditkarte ausgetauscht hat, eine kleine Firma gründen, das Pferd durch ein Auto und seine traditionelle Tracht durch Blue Jeans und T-Shirt ersetzen. Den *Hamburger* wird er behalten.

Klischees wie diese sind angetan, den Leser argwöhnisch zu stimmen. Was, so mag er sich fragen, wenn unser Held schon unter dem alten Regime, in Polen, Ungarn oder Jugoslawien, die alten Requisiten abgelegt hat? Was, wenn er schon in den 60er Jahren seine Jeans mit Folkloremotiven verziert hat? Was, wenn er lieber japanisch oder italienisch ißt, Big Macs aber nicht ausstehen kann? Wenn er einen Volkswagen oder einen Toyota kauft, seinen alten Trabi aber behält? Vielleicht ist er, mit Genehmigung der kommunistischen Behörden, schon ein oder zwei Jahrzehnte vor dem Kollaps des Sowjetreichs mit diesem Gefährt in den Westen kutschiert – ein Fall von internationalem Tourismus, und von kultureller Globalisierung *avant la lettre*. Mag sein, er gehörte der Nomenklatura an, und seine Frau war Eigentümerin eines florierenden Modeunternehmens im grauen Bereich zwischen formeller und informeller Ökonomie. Vielleicht haben sich die beiden in den 70er Jahren bei einem Rockkonzert kennengelernt, das der kommunistische Jugendverband veranstaltete. Und was heißt kulturelle Globalisierung, wenn wir uns vorstellen, daß die Ehefrau schon vor zehn Jahren interessiert die moderne französische Literatur verfolgt hat, sich heute aber aus Zeit- und Geldgründen gerade mal den Luxus eines Abonnements beim Pay-TV-Sender HBO leisten kann – weil ihr Unternehmen gerade erst von einem multinationalen Konkurrenten aus dem Felde geschlagen wurde und sie jetzt für einen chinesischen Geschäftsmann arbeiten muß? Und was, zuguterletzt, wenn ihr Mann Kommunist geblieben ist, nun aber im Gewande eines Nationalisten?

Dies als Illustration zu einigen Thesen, die ich im Folgenden diskutieren möchte: Globalisierung auf der Ebene der Massenkultur begann in Osteuropa bereits viele Jahre vor 1989. Auch was die Hochkultur betrifft, wurde man unter dem alten Regime durchaus der Segnungen der Globalisierung teilhaftig. Die Osteuropäer folgen gegenwärtig einer ganzen Reihe nicht-amerikanischer – westlicher wie fernöstlicher – Muster kultureller Globalisierung. Dabei werden sie, unter Rückgriff auf bestimmte kulturelle Gepflogenheiten der Vergangenheit, noch lange Zeit lokale

(kommunistische und nationale) Kulturformen mit regionalen und globalen verknüpfen und vermischen.

Entsowjetisierung?

Die westlich geprägte Globalisierung in Osteuropa ist nur ein (wenn auch spektakulärer) Aspekt der allgemeinen Öffnung und Internationalisierung der Kultur in der Region nach 1989. Zunächst jedoch bewirkten die 89er-Revolutionen eine Entsowjetisierung, eine partielle Auslöschung der semiglobalen kommunistischen bzw. sowjetrussischen Kultur. Damit schien eine Wiedergeburt der unterdrückten nationalen bzw. ethnischen Kulturen bevorzuzustehen, also geradezu das Gegenteil einer Unterwerfung unter die globale kulturelle Homogenisierung. Nach den optimistischen Erwartungen der antikommunistischen Opposition von 1989 würde der Zusammenbruch des Ostblocks das Ende der Sowjetkultur mit ihrem universalistischen Anspruch und ihrer realen Herrschaft über immerhin fast den halben Globus bedeuten. Zugleich hoffte man, daß die russische Hochkultur überlebt, vor allem aber, daß sich eine Mischkultur herausbildet, die nationale (aber nicht ethnisch-nationalistische) und wahrhaft globale (d.h. liberale) Komponenten sowie Formen der Hoch- und Massenkultur in sich vereinen würde, freilich ohne die unmenschlichen Auswüchse der letzteren. Kurz: Die leninistische Zensur würde verschwinden, aber Tolstoj würde bleiben; Bartók und die Beatles würden in friedlicher Koexistenz nebeneinander bestehen; und auch wenn es vermutlich schwierig werden dürfte, in Warschau oder Bukarest anständige Buchhandlungen zu finden, so würden doch auch die weniger anständigen eher Bilderbücher von Walt Disney oder esoterische Literatur statt harter Pornostillen oder Nazischund in den Auslagen haben.

Indessen hat die Entsowjetisierung, soweit sie erfolgreich war, zu »pfadabhängigen«, d.h. verschiedenen, jeweils von den lokalen Bedingungen ausgehenden Entwicklungen des kulturellen Lebens geführt – oder sie brachte ein kulturelles Vakuum statt eine Neubelebung der jeweiligen ethnischen Kultur. Pfadabhängige Entwicklung hieß zum Beispiel, daß die Kulturinstitutionen in nahezu der gleichen Form wie unter dem Kommunismus weiterarbeiteten (so subventionierte der Staat etwa die Filmindustrie weiterhin in beträchtlichem Umfang, ohne allerdings die Filme als solche zu zensieren), oder daß es zu einer Renais-

sance vorkommunistischer Kulturmuster kam (z.B. die Wiedereinführung des Religionsunterrichts).

Paradoxerweise kamen dort, wo die Entsojjetisierung in einem partiellen Mißerfolg endete (wie etwa in der politischen Kultur), unter der Ägide rot-brauner Koalitionen nationale Traditionen wieder zum Vorschein. Die Wiederentdeckung der Propheten des ethnischen Nationalismus aus dem 19. Jahrhundert, wie sie Rechts- und Linksextreme in vielen postkommunistischen Ländern heute propagieren, spielte in den Vorstellungen der Andersdenkenden, als sie in den 80er Jahren über die gemeinsamen Wurzeln der mittel- und osteuropäischen Nationen nachdachten, mitnichten eine Rolle. Naiv wie wir waren, debattierten wir über Volkslieder und Cafés, über Großstadtlyrik und die Architektur der Dorfkirchen. Wir waren zutiefst davon überzeugt, daß der anhaltende Konflikt zwischen »Volkstümlern« (ethnischen Traditionalisten) und »Westlern« sich auflösen würde, sobald der letzte Sowjetsoldat abgezogen war. Außerdem vertrauten wir darauf, daß die eigene Kultur einer Wiederentdeckung harrete und ihr Reichtum in einem kosmopolitischen Geiste neu angeeignet würde, jenseits aller nationalistischen Eigenbrötelei. Heute, nach einem guten Jahrzehnt wiederholter Enttäuschungen, haben viele der damaligen Dissidenten sich von der Vision »Mitteleuropa« endgültig verabschiedet und der Europäischen Union zugewandt, nicht zuletzt in der Hoffnung, daß diese ein Regulativ gegen die Wiedergeburt der nationalen Kultur im Geiste des Nippes darstellt – und zugleich einen Schutzschild gegen eine allzu billige Amerikanisierung. Ihnen scheint eine Art europaorientierter, geregelter oder gefilterter Globalisierung, kombiniert mit der Einbindung regionaler Kulturen, das letzte Mittel gegen einen aus beiden Richtungen drohenden Qualitätsverlust zu sein.

Amerikanisierung?

Unterdessen sind die antiamerikanischen Argumente von Nationalisten und Liberalen nicht selten ununterscheidbar geworden. Angesichts des Ausmaßes, in dem die Massenkultur Traditionen der Hochkultur hat verdrängen können, warnen nur noch wenige Liberale vor einem Rückfall in einen romantischen Antikapitalismus. Ohne Zweifel kam unter dem Kommunismus großen Teilen der Hochkultur, etwa der Literatur, der Oper, den Sozialwissenschaften, aufgrund ihrer Förderung durch den

Staat oder aber – indirekt – aufgrund der Unterdrückung durch den Staat (man denke an die Kirchen), ein größeres Gewicht zu als danach. In dieser Hinsicht mag Globalisierung die Ersetzung einer globalen Kultur durch eine andere – vermutlich globalere – bedeuten, oder, vereinfacht ausgedrückt: die Ersetzung Mozarts durch die Spice Girls, Bergmans durch Spielberg, Shakespeares durch Comic-Autoren. Gleichzeitig machen aber die spektakulären Phänomene der Globalisierung, wie sie besonders im Bereich der Popkultur zu beobachten sind, viele Beobachter blind gegen den rasch wachsenden Import von Hochkultur aus dem Westen, größtenteils aus den Vereinigten Staaten. Diese Kulturgüter in Gestalt von Theorien, Fertigkeiten oder Techniken kommen in den postkommunistischen Ländern u.a. bei politischen Reformen, bei der Privatisierung, der Neuordnung der Universitäten oder der Reorganisation von Kommunikation und Medien zum Zuge, auf Gebieten also, die kulturell nicht weniger relevant sind als der Bereich der Lebens- und Konsumgewohnheiten, in dem z.B. Fast-Food-Technologien auf dem Vormarsch ist. Hier muß auch die rapide Verbreitung der englischen Sprache erwähnt werden, die den Osteuropäern vermutlich dabei helfen wird, von der angelsächsischen Kultur ein wenig mehr zu verstehen als die Baseball-Regeln oder den Text des neuesten Musicals vom Broadway – ganz zu schweigen von dem Effekt, daß die Beherrschung dieser Sprache – anders als die der russischen – endlich breiteren Schichten die Chance bietet, die Schranken der nationalen Kultur zu überwinden.

In den Bereichen, in die, begünstigt durch das postsowjetische Vakuum, Kulturformen von außen einströmten, folgte der Import im allgemeinen den historisch vorgezeichneten Wegen; dabei standen die amerikanischen Kulturprodukte beim Wettstreit um die Herzen und Seelen der Osteuropäer in Konkurrenz zu einer Vielzahl anderer Einfuhrgüter aus dem Westen (und zum Teil auch aus Fernost). Die in vielen Bereichen herrschende US-amerikanische Hegemonie – von Hollywood-Filmen bis zu Ökonomielehrbüchern, von NATO-Militärstandards bis zu den Fitness-Studios –, darf weder über die traditionellen, insbesondere in Mitteleuropa bestehenden deutschen und österreichischen Verbindungen hinwegtäuschen noch über die beträchtlichen Auswirkungen der europäischen Integration auf die kulturelle Entwicklung der osteuropäischen Länder insgesamt. So merkwürdig es auch anmuten mag: Die Länder Mittel- und Osteuropas werden wohl erst jetzt, da sie in den diversen Vorhal-

len zur Europäischen Union sitzen, die Kultur der Nachbarn entdecken. Und schließlich gibt es nicht nur die amerikanische Form kultureller Globalisierung: Der stetige Zufluß von japanischem und südostasiatischem Industriekapital und die Schaffung weitläufiger Handelsnetzwerke durch chinesische Unternehmer wird mit einiger Gewißheit auch Einwirkungen auf die Kultur in der Region haben, von einem radikalen Wandel der Arbeitsmoral bis zum Essen von rohem Fisch und Karaoke-Clubs.

Kurz, in Osteuropa läßt sich derzeit eine ganz spezifische Konstellation beobachten, in der mehrere Faktoren und Prozesse aufeinandertreffen, sich überlagern, mischen oder nebeneinander bestehen: weltweite kulturelle Homogenisierung, das Auftauchen bzw. Wiederauftauchen nationaler und regionaler Besonderheiten, Kulturimporte aus Fernost, nach wie vor mächtige Relikte der alten semiglobalen sowjetischen Kultur, die Verdrängung früherer, global geltender Formen der Hochkultur. Pointiert gesagt, hat der *horror vacui* in dieser Region zu einer beispiellosen Turbulenz der Kulturen geführt.

1989 war keine wirkliche Zäsur, was die Zusammensetzung der Kulturen angeht. Der Grund dafür, daß jenes Jahr für alle osteuropäischen Länder eine scharfe Demarkationslinie zwischen der jetzigen »Epoche der Globalisierung« und der vorangegangenen kommunistischen Ära zu bezeichnen scheint, liegt darin, daß die Abdankung des Sowjetimperiums zeitlich mit der Informationsrevolution und ihren globalen Folgen zusammenfiel. Das ergab einen synergetischen Effekt, der die Öffnung und die Transformation des Ostens enorm beschleunigte, auch auf der Ebene der Kultur. Von Synergie kann man auch insofern sprechen, als mit dem Zusammenbruch des Kommunismus nicht nur Hemmnisse fielen, sondern auch lange akkumulierte Energien freigesetzt wurden (»aufgeschobene Nachfrage«), insbesondere was die Massenkultur betrifft: Wenn man in Moskau für ein Paar Blue Jeans Tag und Nacht Schlange stehen muß, wenn man keine Chance sieht, wenigstens einmal im Leben auf einer Harley Davidson zu sitzen, und einem der Film »Easy Rider« durch die kommunistische Zensur versperrt bleibt, dann wird ein schlichtes Paar Hosen zu einem gewichtigen Kulturgut, das mit einer Symbolik aufgeladen ist, von der die westlichen Produktdesigner und Marketingstrategen nur träumen können.

Homogenisierung?

Wer als erster kommt, wer der Stärkste ist, wer für die Osteuropäer, die der jahrzehntelangen Indoktrinierung überdrüssig sind, die griffigste Botschaft parat hat, der kann weite Bereiche der Kultur in dieser Region erobern. 1989 gingen die meisten politischen Beobachter daher davon aus, daß die Vereinigten Staaten (wer denn sonst?) den kulturellen Wettbewerb bereits gewonnen hatten, noch bevor er recht begann. Ich habe indessen Zweifel, ob die in diesem Zusammenhang gern gebrauchte Redewendung von der »Coca-Kolonisierung« geeignet ist, bündig zum Ausdruck zu bringen, was sich in den letzten zehn Jahren zugetragen und zu den heutigen Turbulenzen im postkommunistischen Kulturleben geführt hat. Die Zweifel gelten a fortiori für den allzu abstrakten Begriff von Globalisierung im Sinne eines Homogenisierungs- und Standardisierungsprozesses.

Einige Beispiele aus Ungarn, einem Land, das ich aus eigener Anschauung kenne, mögen meine Skepsis veranschaulichen. Selbst in scheinbar so eindeutigen Fällen wie McDonalds, Coca-Cola oder MTV und Popmusik kann man, was das Ungarn der ausgehenden 90er Jahre angeht, schwerlich von homogenen Kulturmustern sprechen: Fast-Food-Restaurants sind vorzugsweise Orte, an denen sich die (obere) Mittelklasse trifft und stundenlang zusammensitzt; in schäbigen Kneipen trinkt man Coca-Cola gemischt mit billigem *pálinka*; man kann Rap hören, der mit hochintellektuellen, ironischen Texten im Geist des österreichisch-ungarischen Cabarets unterlegt ist.

Das Medium ist *nicht* die Botschaft, insbesondere dann nicht, wenn die »globale« Botschaft selbst schon zweideutig ist. Die Doktrin der freien Marktwirtschaft vs. Umweltschutzpolitik, Redefreiheit vs. *political correctness*, Hollywoods Macho-Idole vs. feministische Werte, gesunde Ernährung vs. Junk Food etc. – die Bürger Osteuropas bekamen Pakete mit Kulturgütern ins Haus geliefert, deren Inhalte sich kaum miteinander vertrugen, geschweige denn, daß die Menschen Zeit gehabt hätten, sie mit den eigenen Kulturgütern in Bezug zu setzen. Und wenn doch, erweist sich auch die eigene Kultur nicht selten als inkompatibel mit den importierten Kulturen. Für viele Ungarn sind etwa die Prinzipien von liberaler Nichteinmischung und *affirmative action* gleichermaßen inakzeptabel: Sobald es um die Roma-Frage geht, fordern sie von ihrer Regierung

weder Neutralität noch eine positive Diskriminierung, sondern blanke Unterdrückung.

Kolonisierung?

Der Terminus »Globalisierung« kann auch die radikale Verdrängung und Ersetzung eines einheimischen oder nationalen Kulturguts durch eines aus dem Ausland suggerieren. In diesem Sinne haben denn auch viele Wissenschaftler und Politiker in Osteuropa (und zwar sowohl von der Rechten wie von der Linken) in den vergangenen Jahren Begriffe wie »Kolonisierung« und »Imperialismus« reaktiviert und interpretieren die kulturelle Öffnung der jungen Demokratien als geistige Kapitulation. Ihr Begriffsarsenal geizt nicht mit Ausdrücken, die an eine Art internationalen Kulturkampf denken lassen, bei dem Nationalhelden und kosmopolitische Verräter, Eindringlinge und Kollaborateure eine Rolle spielen. Im Rahmen eines solchen Diskurses meint Globalisierung in der Regel Machtübernahme, Verwüstung und Ausrottung, um Platz zu schaffen für die Ansiedelung fremder Kulturen.

Nehmen wir wieder das Beispiel Ungarn und seine Kulturentwicklung in den letzten zehn Jahren, dann wird es schwierig sein, auch nur einen einzigen Fall von radikaler Beseitigung zu nennen, hingegen leicht, eine wachsende Zahl augenfälliger Belege für Koexistenz auszumachen. Sogar auf dem Gebiet des Massenkonsums, der ja als Demonstrationsobjekt für die Kolonisierungsthese besonders beliebt ist und hinter dem mächtige Konzerne stehen, ist das Beharrungsvermögen der einheimischen Kulturformen so stark (und die Kaufkraft der Bevölkerung so schwach), daß die Verbreitung der neuen Produkte nach einem kurzen Boom in aller Regel wieder an Tempo verliert. Nach seinen ersten Triumphen mußte zum Beispiel der Hamburger Frieden mit dem traditionellen Debrecziner schließen, ebenso wie die Pizza mit dem *lángos*. Auch hat sich noch keine Schnellrestaurantkette im Land etablieren können, die sich etwa auf Gulasch, das ungarische Nationalgericht, spezialisiert hätte. Koffeinfreier Kaffee hat den starken *espresso*, der ja im übrigen ein Importartikel aus Italien ist, nicht vom Frühstückstisch der Ungarn verdrängen können. Und ebenso ist sowohl den Cornflakes wie dem Müsli bislang ein Durchbruch versagt geblieben. Ähnliches gilt für die Wellness-Kultur, die immer noch ein Privileg und eine Extravaganz der Elite ist. Von daher scheint

es eher, daß die Globalisierung zu einer Bildung von gesellschaftlichen Inseln, also zu einer Heterogenisierung, führt.

Aber auch wenn es der ins Land vordringenden Kultur gelingt, in wichtigen Bereichen eine starke oder gar dominierende Stellung einzunehmen, gibt uns das noch nicht das Recht, von einer Okkupation oder Übernahme zu sprechen. Dominanz kann ebensogut das Ergebnis eines glücklichen Zusammentreffens verschiedener kultureller Faktoren sein, einheimische eingeschlossen. Das Handy ist hier ein einschlägiges Beispiel. Stoßen nämlich erstens das westliche Ideal jederzeitiger Erreichbarkeit, zweitens die in den osteuropäischen Ländern kultivierte Redseligkeit, drittens die Rückständigkeit des Kommunikationsnetzes (ein kommunistisches Überbleibsel geplanter Unterentwicklung, die ein entscheidendes Moment der politischen Kultur im sowjetischen Machtbereich war) und viertens der technische Chauvinismus der Männer in diesen Ländern aufeinander, dann ist es nicht verwunderlich, daß – wie zum Beispiel in Ungarn – die Hälfte aller Männer mit einem Handy auf der Straße herumläuft.

Es ist überhaupt die Frage, wie brauchbar der Terminus »Globalisierung« für solche hybriden kulturellen Phänomene ist, von denen es in Osteuropa eine ganze Reihe gibt. Wenn in Ungarn etwa Techno zur Erneuerung einer sich jetzt »HochzeitsRock« nennenden Pseudo-Folk-musik beiträgt, oder wenn ein neuer, aus dem Westen stammender bzw. durch westliche Medien vermittelter Mystizismus à la New Age auf alte, in Osteuropa verbreitete Magievorstellungen trifft, dann ist das importierte Kulturprodukt nicht viel mehr als ein Katalysator für lokale Entwicklungen.

Hinzu kommt, daß viele von außen stammende Kulturformen und -güter bereits schon bestehenden, hochgradig unbefriedigten Bedürfnissen entsprachen. Sie wurden förmlich herbeigesehnt, keineswegs also den unbedarften Einheimischen von zynischen Agenten des Imperialismus mittels Manipulation aufgezwungen. Das spektakulärste Beispiel hierfür ist natürlich die 89er Revolution selbst mit dem anfangs unzweideutigen Wunsch der osteuropäischen Völker, zum Westen aufzuschließen und dessen politische und ökonomische Kultur zu übernehmen, die dem, was unter der Sowjetherrschaft galt, diametral entgegengesetzt schien. Die sarkastische Frage »Warum will uns denn niemand kolonisieren?« war während der letzten Jahre des Kommunismus oft zu hören. Sie war Ausdruck des übermächtigen Wunsches, vom Westen Ideen und Dinge zu entlehnen

oder sie zu imitieren, von freien Wahlen bis zu modischen Schuhen. Der Beitritt zur NATO und schließlich zur EU ist lediglich der symbolische Schlußakt einer »einseitigen Annäherung« oder – um es mit einem Paradox zu formulieren – einer »Einladung zur Kolonisierung«.

Nur sollte man diese Einladung nicht mit einer Kapitulation gleichsetzen. Der rasante und massenhafte Zustrom ausdrücklich erwünschter Kulturgüter hat begreiflicherweise zu Protesten sogar bei jenen Liberalen geführt, die Ende der 80er Jahre dem Westen die Tür öffnen wollten. Das Ergebnis war aber, daß es statt der befürchteten Besetzung eine Reihe von Friedensverträgen mit anschließender Fraternalisierung gab. Was spricht also dagegen, die kulturelle Globalisierung ganz einfach als das massive Auftreten globaler Kulturgüter zu begreifen, die mit den heimischen Produkten des jeweiligen Landes in der einen oder anderen Form koexistieren? Natürlich kann jede Partnerbeziehung zu erbitterter Konkurrenz und zu Konflikten führen – sie kann aber auch in eine glückliche Ehe münden (mit einer hohen Bereitschaft zu Zusammenarbeit und gegenseitiger Anpassung). Daß ein Partner den anderen umbringt, ist hingegen nicht sehr wahrscheinlich. Die in Ungarn gezeigten TV-Serien bieten eine interessante Mischung, die dieses Gegen- und Miteinander gut illustriert. Das Publikum kann zur Zeit im staatlichen Fernsehen wie bei den Privatsendern aus einem breiten Angebot von Familienserien wählen; darunter Produktionen aus den USA, Brasilien oder Deutschland ebenso wie aus dem Inland, in der Stadt ebenso wie auf dem Lande spielende Serien, brandneue ebenso wie solche, die schon unter dem alten Regime gedreht wurden. Sie alle mögen letztlich nordamerikanische Wurzeln haben, die Tatsache indessen, daß sie schon so lange nebeneinander bestehen (die erste Rundfunk-Familienserie, *Familie Szabó*, wurde Anfang der 60er Jahre gesendet, und die – übrigens auch im Westen – höchst populäre tschechische Familienserie *Das Krankenhaus am Rande der Stadt* wurde in Ungarn in den 70er Jahren ausgestrahlt), zeugt davon, welch hohes Maß an wechselseitiger kultureller Durchdringung sich entwickelt hat.

Schließlich ist auch zu fragen, warum die Verfechter der Kolonisierungstheorie nicht das Scheitern der Okkupation in zumindest einer Hinsicht *beklagen*: Ich meine damit jene idealisierten Beispiele eines immerhin auch denkbaren amerikanischen Kulturexports von Gütern wie Vertragstreue, Gemeinschaftsgeist, Bürgersinn, Patriotismus oder positivem Denken.

Hybridisierung?

Im Lichte der vorstehenden Überlegungen scheint es angebracht, den Begriff der Globalisierung einmal zurückzustellen und statt dessen den der Hybridisierung (»Glokalisierung« oder »Kreolisierung«, wenn man so will) einer näheren Prüfung unterziehen. Allerdings bedarf auch dieser einer sorgfältigen Spezifizierung, scheint er doch nahezu legen, daß die Mischformen sich aus lediglich zwei Bestandteilen zusammensetzen, wohingegen viele in der Zeit nach 1989 in Osteuropa zu beobachtenden Kulturprodukte mehr als eine Komponente aufweisen, und zwar sowohl was die Importseite als auch was die einheimische Seite betrifft. Das Importgut ist keineswegs immer ein amerikanisches und das heimische Produkt nicht ausschließlich ein nationales. Die Verfassung der Ungarischen Republik zum Beispiel wurde aus Deutschland importiert; das Wirtschaftsrecht folgt zunehmend den US-Normen; der *acquis communautaire* der Europäischen Union wird im Zuge der Beitrittsverhandlungen Schritt für Schritt übernommen; das Rechtssystem als Ganzes ist Ausdruck der Kompromisse, die die verschiedenen politischen Kräfte, darunter auch die Kommunisten, am Runden Tisch von 1989 untereinander eingegangen sind.

Hybridisierung und Glokalisierung bleiben freilich leere Begriffe, solange wir nicht das Verhältnis, in dem die einzelnen Bestandteile zueinander stehen, sowie Tempo und Qualität des Vermischungsprozesses näher bestimmen. Wenn wir dies tun, wenn wir also die verschiedenen Mischformen in einem kontinuierlichen Spektrum verorten, das von der kompletten Ersetzung eines einheimischen durch ein ausländisches Kulturgut bis zu dessen vollständiger Ablehnung reicht, dann werden wir womöglich auf nicht wenige Fälle stoßen, die dem erstgenannten Pol viel näher stehen als dem letztgenannten. Gleichwohl kann man auch die Fälle von Ersetzung als Belege für kulturelle Globalisierung ansehen, wenn der äußere Kultur einfluß auch wirklich von weltweiter Geltung ist. Die Tatsache, daß unter dem Kommunismus jedes Schulkind in Osteuropa das russische Alphabet lernen mußte, hatte eine nur semiglobale Wirkung, ganz zu schweigen von den dürftigen Ergebnissen und der Tatsache, daß die einheimischen Sprachen, sogar die slawischen, so gut wie unberührt blieben. Die Verbreitung des Englischen ist ein Gegenbeispiel: Natürlich hat das Englische die osteuropäischen Sprachen ebenso wenig ersetzt wie das Russische, es ist aber in sie eingeflossen und hat ihnen zusätzliches Kolorit gegeben.

Simulation?

Dieses Beispiel führt uns zu einem weiteren Merkmal der hier untersuchten kulturellen Mischformen. Unter dem Kommunismus hatten in Osteuropa die formelle Annahme bei gleichzeitiger informeller Ablehnung externer Kulturformen (zum Beispiel der russischen Sprache) ebenso wie die formelle Ablehnung bei gleichzeitiger informeller Annahme (zum Beispiel westlicher Lebensformen) eine lange Tradition. Es nimmt daher nicht Wunder, daß in Ungarn derzeit einer der als besonders schick geltenden Begriffe der des »simulierten Kapitalismus« ist, der eine spezifische kulturelle Präention, nämlich die bloß oberflächliche, partielle, vorgetäuschte Aneignung kapitalistischer Kulturmuster umschreibt. Ohne Zweifel hat ein Tennisspieler, der in einem schneeweißen Designer-Outfit antritt, aber auf den Court spuckt, die ganze Zeit flucht und seinen Partner austrickt, indem er »out« schreit, wenn der Ball noch gut war, die Kultur dieses Spiels noch nicht ganz im Griff. Und wenn sein Kollege bei jeder Gelegenheit beflissen englische Wirtschaftstermini ins Gespräch einflucht, aber für das Arbeitsessen, zu dem er betrunken erscheint, einen Dolmetscher braucht, dann wäre für dessen Verhalten der Ausdruck Simulation eine Untertreibung. Gleiches gilt für den demokratisch gewählten Politiker, der bei der Planung seines Wahlkampfes die fortgeschrittensten Techniken einsetzt und sich als äußerst versiert in der Menschenrechtsrhetorik erweist, aber die Steuerbehörde zur Rufschädigung des Oppositionsführers benutzt und gelegentlich nach dem Kirchgang seine Familie verprügelt. Betrachtet man diese Phänomene nur in quantitativer Hinsicht und addiert zum Beispiel die Gesamtzahl der Tennismatches und Geschäftsessen oder - um seriösere Indikatoren heranzuziehen - den Gesamtumfang des Privateigentums oder die Anzahl der vom Parlament verabschiedeten Gesetze, dann kann fast jedes Land im ehemaligen Ostblock als ein exemplarischer Fall kultureller Globalisierung gelten. Dann würden wir kein Vakuum und keine Turbulenzen haben. Damit könnte man sich von der kontroversen Metapher entfernen (die ohnehin ein physikalischer Nonsens ist), aber einem Mißverständnis annähern.

Aus dem Englischen von Rolf Schubert



Besuchen Sie uns im Netz
www.iwm.at/transit



George Schöpflin
GLOBALISIERUNG UND IDENTITÄT
Gehört die Zukunft dem Ethnischen?

Identität ist stets verankert in Kultur und wird durch sie reproduziert. Jede Kultur ist zugleich Ausdruck eines bestimmten Ensembles von Identitäten, die den Angehörigen dieser – und nur dieser – Kultur gemeinsam sind. Daher müssen alle Kulturen sowohl aus- als auch einschließen. Obgleich dies ein allgemeines Charakteristikum bildet, hat jede einzelne Kultur besondere Kriterien der In- und Exklusion, die über symbolische und implizite Bedeutungen funktionieren.¹ Daraus folgt, daß universalistische Projekte – alle Ansätze zur Schaffung einheitlicher und allgemeingültiger Identitäten oder Werte – zur Gewaltanwendung neigen, sei sie nun physischer oder symbolischer Art, und daß ihnen die Tendenz zum Scheitern innewohnt.

Dennoch spielen universalistische Projekte in der westlichen Geschichte auch eine positive Rolle. Die Ursprünge moderner Staatsbürgerschaft – des für alle Mitglieder eines politischen Gemeinwesens gleichen Zugangs zur Macht – liegen in einem universalistischen Entwurf, verdanken sich dem Vernunftprinzip der Aufklärung und dem empirischen Bedürfnis des modernen Staates, die Zustimmung der von ihm Regierten zu erlangen. Das ist die Basis der Demokratie.

Freilich waren Universalismus und Staatsbürgerlichkeit nie so universal, wie es ihrem Anspruch entsprach. Für die Zustimmung zum Regiertwerden braucht es nicht nur einen Vertrag zwischen dem Staat und seinen Bürgern (der immer eine Metapher war), sondern auch die Ausschaltung abweichenden Denkens. Denn demokratischer Logik zufolge müßte jede abweichende Meinung akzeptiert werden und schlußendlich dazu führen, daß die Machtausübung – einschließlich der Struktur des Staates, dieses Zentrums der Moderne – einer Modifikation unterzogen wird. Da das aber Chaos mit sich bringen würde, griff der moderne Staat, um den Widerspruch zu überwinden, zu einem anderen Mittel, mit dem er Zustimmung erzeugen, ja die von der stetig anwachsenden Staatsmacht benötigte immer größere Unterstützung produzieren kann. Dieser Kunst-

griff bestand darin, staatliche Macht – wenigstens teilweise – auf kulturelle Bedeutungen und Identitäten zu gründen, die allen Staatsbürgern gemeinsam sind. Dies nennen wir das Ethnische.

Das Ethnische hat keinen guten Ruf, und im kultivierten Umgang ist es nicht geraten, sich zu einer ethnischen Zugehörigkeit zu bekennen. Doch als Bürger eines bestimmten Staates sind wir fast unvermeidlich Mechanismen unterworfen, die Zugehörigkeiten und Ausgrenzung produzieren, sind wir in jenes Netz von Bedeutungen und Symbolen verstrickt, die das Ethnische ausmachen. Ein wesentliches Kennzeichen von Kulturen – aller Kulturen, nicht bloß ethnisch bestimmter – besteht darin, daß sie Gedankenwelten und Denkstile hervorbringen, ein je besonderes Denken, das man für »normal und natürlich« hält, obgleich es dies nur in dieser einen Kultur ist.²

Die Globalisierung, von der heute soviel die Rede ist, besteht aus einer ganzen Reihe sich überschneidender und miteinander verknüpfter Prozesse, die nicht nur die Wirtschaft, sondern viele andere Bereiche betreffen, auch die Kultur. Weil diese Prozesse zusammenhängen, können Globalisierungseffekte im einen Bereich den Globalisierungsprozeß in einem anderen beeinflussen. Eine dramatische Folge der Globalisierung besteht darin, daß etablierte Traditionen rapide zerfallen und verbürgte Bedeutungen an Geltung verlieren, mit dem Effekt, daß der gesellschaftliche Zusammenhalt bedroht erscheint. Die Gemeinschaft hat das Gefühl, als habe sie die Kontrolle über ihr Schicksal verloren. Der Verlust kommt zu schnell, als daß sich problemlos etwas an die Stelle setzen ließe (was früher durchaus möglich war). Das Ergebnis ist Verunsicherung, Zukunftsangst, eine Ahnung, daß es mit der individuellen und kollektiven Sicherheit vorbei ist.³

Wir spüren, daß wir nicht länger imstande sind, tragfähige Lebensstrategien zu entwerfen, daß kulturelle Bedeutungen unseres Gemeinwesens von verschiedenen Mitgliedern verschieden interpretiert werden und so das Zusammengehörigkeitsgefühl schwindet. Wir machen die Erfahrung, daß wir dieser neuen Herausforderung nur schwer gerecht werden können, ja daß wir oft nicht einmal über die dazu nötige Sprache verfügen. Um so mehr werden wir versuchen, an den Symbolen und Mythen festzuhalten, die unsere Kultur definieren. Das Problem ist aber, daß es unter dem Druck der Globalisierung keinen gesicherten Bereich mehr gibt oder zu geben scheint und gerade kulturelle Identitäten in Gefahr sind. Und die angestrebten Versuche, die wir machen, um die Tradition neu erste-

hen zu lassen, Geschichte und Erinnerung zu beschwören (man denke etwa an die anhaltende Konjunktur des Gedenkens und den Boom der Museen in den letzten zwei Jahrzehnten), bewirken vielleicht gerade das Gegenteil: Zuviel Selbstbezug und Informationen über uns selbst machen die Welt nicht einfacher.⁴

Die Europäer sehen die Wurzeln der Globalisierung gerne in den Vereinigten Staaten. Wir nehmen die Folgen, die dieser Prozeß für uns hat, vor allem als Eindringen amerikanischer Wertvorstellungen in unsere Kultur wahr; und wogegen wir besonders empfindlich sind, ist der Umstand, daß die neuen Normen uns als universelle präsentiert werden. Woher wissen wir, daß sie diese Geltung zu Unrecht beanspruchen? Weil wir unsere eigene Kultur besitzen, die von der amerikanischen nicht respektiert wird. Wir haben deren Werten keineswegs zugestimmt, sie ziehen bei uns ein, und wir müssen sie ohne Verhandlungen wohl oder übel übernehmen.

Aber wie amerikanisch ist die Globalisierung wirklich? Amerika spielt in der Imagination der Europäer eine außergewöhnliche Rolle. Es ist ein Mythos, auf den Generationen ihre Träume projiziert haben. Da ein Fabelland gemeinhin weder eine Außenpolitik noch Staatsinteressen hat, sind wir überrascht oder bestürzt, wenn die Vereinigten Staaten dann doch dergleichen profane Ambitionen verfolgen. Der Widerspruch begleitet uns bis heute. Wir übernehmen und konsumieren Unmengen von Ideen, Werten und Produkten aus beiden Amerikas, dem mythischen und dem banalen, und wir tun es offenbar, ohne viel darüber nachzudenken. Und wenn wir Widerstand leisten (wer mag schon *hamburgers* essen?), bleibt oft unklar, ob wir nun gegen die Globalisierung oder gegen Amerika aufbegehren. Das ist ein wesentlicher Unterschied, doch in aller Regel setzen wir amerikanische Werte, US-Interessen und Globalisierung in eins. Vielleicht ist unser Eindruck aber gar nicht richtig; vielleicht höhlt die Globalisierung die amerikanische Kultur ebenso aus wie die europäischen Kulturen.

Gehen wir der Frage, was das spezifisch Amerikanische ausmacht, weiter nach. Wir müssen versuchen zu begreifen, wie es zum unangefochtenen Vorbild werden konnte und warum wir es so beflissen übernehmen. Ich möchte behaupten, das Reizvolle an Amerika (und den USA) besteht für Europäer darin, daß es nichts Ethnisches an sich zu haben scheint. Die USA präsentieren sich als reine Staatsbürger-Gesellschaft, in der jeder unabhängig von Rasse, Religion, Geschlecht, Herkunft, Klasse, Sprache etc. die gleichen Rechte hat. Das ist natürlich ein utopischer, emanzipato-

rischer Mythos, aber ein mächtiger Mythos, den wir in einem Europa, das nach wie vor von zahlreichen ethnischen, religiösen, sprachlichen oder bürokratischen Trennlinien zerklüftet ist, als Korrektiv brauchen. Doch das Amerikanische bildet keine ganz so ethnisch indifferente Zone, wie seine Anhänger, ob hier oder dort, gern behaupten. Ich denke hier nicht an die sogenannten Bindestrich-Amerikaner, die Amerikaner italienischer, irischer oder afrikanischer Herkunft; ich meine vielmehr, daß die amerikanische Identität selber ethnisch geprägt ist.

Als vor etwas mehr als zweihundert Jahren die Vereinigten Staaten gegründet wurden, war das vor allem das Werk von Angelsachsen – Einwanderern von den britischen Inseln. Sie konnten dem neuen Land ihre Ideale, Wertvorstellungen und Denkweisen aufprägen, als wären es universelle Werte, und sich auf dieser Grundlage legitimieren. Dies hat sich als bemerkenswert erfolgreiches Unternehmen erwiesen, und der Erfolg wiederum ist eine unversiegbare Quelle, aus der sich die US-amerikanische Identität bis heute speist. Die Gründungsväter beanspruchten, daß ihre Ideen frei von partikularistischen Vorannahmen seien, und brachten es fertig, dieser These auch unter nicht-angelsächsischen – zumal holländischen und deutschen – Einwanderern Akzeptanz zu verschaffen. Das gelang ihnen, weil sie die angelsächsischen Ursprünge mit Erfolg ausblendeten und den Vereinigten Staaten einen universalistischen Anstrich gaben. Ich meine – aber das müßte genauer erforscht werden –, daß das Modell, mit dem Ende des 18. Jahrhunderts die Holländer und Deutschen eingebunden wurden, bis heute funktioniert: Einerseits gilt das dominierende angelsächsische Denken als eine ethnisch indifferente Denkform – was es sichtlich nicht ist –, andererseits machen sich die Nicht-Angelsachsen das dominierende Denken zu eigen, behalten aber ihre Volksgruppennamen bei, was eine wichtige symbolischer Funktion hat. (Die Holländer und die Deutschen haben als Mitbegründer des Staates freilich von Letzterem dann doch keinen Gebrauch gemacht.) Es handelt sich hier um eine stillschweigende Übereinkunft, die erst durch das Ausblenden ihrer Voraussetzungen praktisch wirksam wird.

Man sollte sich also über die ethnische Prägung der amerikanischen Identität nicht täuschen. Das amerikanische Unternehmen begann mit einer großangelegten ethnischen Säuberung – ein Drittel derer, die treu zur britischen Krone hielten, wurde nach Kanada vertrieben, und die indigene Kultur wurde vernichtet. Bis auf den heutigen Tag betrachten die

Amerikaner ihre Sprache als *das* Standardenglisch, ja sie tun es heute mehr denn je. Die immer zahlreicheren Spielarten des Englischen – in England selbst, in Schottland, Irland, Australien, Indien etc. – gelten nicht als Varianten mit eigener Legitimität, sondern als Abweichungen von einer amerikanisch definierten Norm.⁵ Wäre Amerika so universal verfaßt, wie es dies zu sein vorgibt, würde es diesen sprachlichen Geltungsanspruch gar nicht erheben. Ohne Zweifel, Amerikaner ist man nur im anerkannten amerikanischen Englisch. Das heißt, daß gemessen an europäischen Maßstäben die ethnische Besonderung der Bindestrich-Amerikaner eher blaß ist; sie wird zwar zur Unterscheidung innerhalb der Vereinigten Staaten benutzt, hat aber wenig mit ihrer jeweiligen europäischen Ursprungskultur zu tun. Ich habe eine Weile gebraucht, bis ich begriff, daß Amerikaner ungarischer Herkunft eben Amerikaner sind und ihr Ungarischsein zu einem Etikett geworden ist, das, auf Ungarn und Europa übertragen, inhaltsleer ist.

Die amerikanische Kultur, um die es hier geht, funktioniert also auf drei Ebenen: Sie ist die wirkmächtige Kultur eines Fabellandes; sie ist die Kultur eines wirklichen Staates, und in Wirklichkeit ist sie weit stärker ethnisch geprägt – im Sinne einer partikularen, spezifisch amerikanischen Identität –, als sie zu sein behauptet.

Warum aber hat sich Europa dann so aufgeschlossen gegenüber der Amerikanisierung gezeigt? Dafür gibt es mehrere Gründe.

– Europa hat den modernen Universalismus erfunden. Er wird hier assoziiert mit Vernunft und Emanzipation, so daß viele aufgeklärt denkende Europäer für den entsprechenden Diskurs und die damit verbundenen Forderungen empfänglich sind.

– Es gibt empirisch-historische Gründe. Die Nachkriegszeit von 1945 bis 1989 hat Partikularismen wie nie zuvor marginalisiert. Tonangebend waren universalistische Diskurse, die um Ideen und Werte wie Europa, Wohlfahrtsstaat, Sozialismus, Gleichheit, Entkolonisierung oder Fortschritt kreiste. Das Partikulare wurde mitsamt seinen Diskursen weitgehend ignoriert, verurteilt oder lächerlich gemacht. Diese Einstellung wirkt bis heute. In politisch korrekten Kreisen ist es kaum geraten, sich zu irgend einem Partikularismus zu bekennen: Dies würde als Laster angesehen, als Nostalgie für längst überwundene Atavismen. Doch Partikularismen und ethnische Zuordnungen waren nie wirklich verschwunden, sondern nur durch mächtigere Diskurse ausgeblendet.

– Die Zeit zwischen 1945 und 1989 war die Epoche der Systemkonkurrenz zwischen Marxismus und liberaler Demokratie. Beide beriefen sich auf die Aufklärung und traten mit dem Anspruch auf, der bessere, der rationalere und humanere Erbe zu sein, und beide übertrugen dem Staat die Aufgabe, als oberster Wahrer der Vernunft zu fungieren. Solange das große Ringen andauerte, wurden andere Anschauungen und andere Diskurse unterdrückt oder für illegitim erklärt. Das Wiederaufleben ethnischer Bestrebungen in Westeuropa während der 60er Jahre galt daher als bloße Protestbewegung, als etwas Vorübergehendes, das verschwinden würde, sobald ökonomische Lösungen gefunden wären.

– Es war dies eine Zeit, in der es schien, als ließen sich alle Probleme mit Hilfe von Geld und besserer Organisation erledigen. Kulturelle Normen, die quer dazu standen, konnten als überholt oder als Verirrungen abgetan werden und wurden es auch. Ja, der Marxismus-Leninismus betrachtete die Gesellschaft ganz offen als ihrem Wesen nach rückständig und unmündig, und der Wohlfahrtsstaat mit seinem Etatismus war von dieser Einstellung gar nicht so weit entfernt.

– Die Strategien, die um diese Pole herum geschaffen und verfolgt wurden, waren relativ simpel, und ebenso simpel waren die auf ihnen basierenden Identitäten – gerade auch die Klassenidentitäten. Man kümmerte sich wenig um die reale Komplexität sozialer Schichtungen und ging in aller Regel von einer Vorstellung der homogenen Gesellschaft aus, wie sie vor allem in den groben Vereinfachungen des Marxismus-Leninismus ihren Ausdruck fand. Bedürfnisse und Motivationen wurden auf platte Konsumbefriedigung verkürzt, während man kulturelle, symbolische Bestrebungen vernachlässigte oder marginalisierte. Die im Zeichen des Kalten Krieges konstruierten homogenisierenden Identitäten verloren nach dem Zusammenbruch des Kommunismus die herausragende Stellung und Funktion, die sie im Kampf der Systeme hatten. Die Folge ist, daß wir heute mit der Renaissance einer Vielzahl von Identitätspolitikern konfrontiert sind, zu deren Bewältigung uns das kulturelle Kapital fehlt.

– Die europäische Integration hat zur Schaffung einer Gegenidentität beigetragen, zumal seit es eine europäische Staatsbürgerschaft gibt, die immer mehr Rechte und Pflichten im Rahmen der Europäischen Union einschließt. Aber das Problem einer europäischen Identität als Bastion gegen die Globalisierung besteht darin, daß keine Zusammenhalt stiftende europäische Kultur existiert. Die EU ist nach wie vor die Gefangene ihrer

technokratischen Anfänge und hat kaum versucht – bzw. wurde von ihren Mitgliedstaaten eher daran gehindert –, sich als komplexe Kultur mit einem eigenen Netz symbolischer Bedeutungen neu zu erfinden.

– Doch die Globalisierung schreitet rascher voran als erwartet – mit unvorhergesehenen Folgen. Sie ist im Begriff, eine der zentralen identitätsbildenden Institutionen der Moderne auszuhöhlen: den Staat. Der Staat ist wesentlich an der Konstruktion von Identität beteiligt. Er schafft die Institutionen und die Rechtsstaatlichkeit, ohne die die Zivilgesellschaft schnell unzivil wird (man denke an Rußland), und er schafft und reproduziert bestimmte Normen, die in den Alltagsgebrauch übergehen und jenen Teil unserer Welt prägen, den wir unhinterfragt als »normal und natürlich« hinnehmen.⁶ Eine Bedrohung des Staates würde auch dessen identitätsbildende Funktion berühren, mit komplexen und schwer vorhersagbaren Folgen.

An diesem Punkt müssen wir, wenn wir begreifen wollen, was da mit dem Staat geschieht, noch einmal den komplizierten Zusammenhang bedenken, der zwischen dem Ethnischen und der Zustimmung zum Regiertwerden besteht. Der Vertrag zwischen dem Staat und seinen Bürgern ist, wie oben gesagt, nur ein Teilstück des Ganzen, neben dem das Ethnische eine Schlüsselrolle im Funktionszusammenhang des modernen Staates übernimmt. Veranschaulichen läßt sich diese allgemeine These durch das bereits skizzierte US-amerikanische Beispiel. Mit Hilfe des Ethnischen reproduzieren Staaten Zustimmung und Zusammenhalt und sind infolgedessen bis zu einem bestimmten Grad selbst ethnisch geprägt. Staatsbürgerschaft mag sich als etwas Universales präsentieren, in Wirklichkeit ist sie stets ethnisch eingefärbt und insofern partikular.

Eine gewisse Rolle spielt hierbei auch die Größenordnung. Große Kulturgemeinschaften und die auf ihnen basierenden Staaten erzeugen eine kritische Masse, die es ihnen erleichtert, den Schein universeller Normen zu wahren. Daß dies in Wirklichkeit französische oder britische oder deutsche Normen sind, fiel bisher nicht ins Gewicht, weil Frankreich, Großbritannien und Deutschland mächtig genug waren, sich als Staaten zu behaupten und Konkurrenz von außen fernzuhalten. Doch die Erosion, denen die europäischen Staaten heute unter dem Druck der Globalisierung ausgesetzt sind, untergräbt ihren Universalitätsanspruch. Das gilt auch für die größeren Staaten, die als Agenten des Universalismus fungie-

ren, und führt dazu, daß sie ihre tragende Rolle immer weniger spielen können. Bei den »Kulturgroßmächten« Europas sorgt das für Unbehagen, das sich in einem Groll artikuliert, der zunehmend auf ethnische Register zurückgreift. Zum ersten Mal können diese Staaten ihr moralisches Ansehen nicht mehr als selbstverständlich voraussetzen und müssen es dem Wettstreit der Globalisierung aussetzen.

Belege für die zunehmende Ethnisierung der großen, traditionell universalistischen Kulturmächte gibt es genug: etwa der französische Widerstand gegen einen offenen Markt in der Filmindustrie im Namen der Bewahrung der französischen Kultur, die Herausbildung einer englischen Identität, deren Selbstdefinition noch aussteht, die aber mit Sicherheit ethnisch geprägt sein wird, oder der Streit um die doppelte Staatsbürgerschaft in Deutschland.

All das klingt für diejenigen, die aus kleineren europäischen Staaten und Kulturgemeinschaften kommen, nur allzu vertraut. Immer wieder in der Geschichte haben sich die kleinen Staaten als Spielbälle der Geschichte empfunden, hilflos äußeren Kräften ausgeliefert. Dieser Zustand wurde oft als Unentschiedenheit, Handlungsschwäche, mangelnde Authentizität beschrieben. Besonders Mittel- und Südosteuropa kennen ihn sehr gut, vielleicht auch die anderen kleineren Nationen Europas wie Skandinavien, die Niederlande, Portugal oder Irland. Aber für die großen Kulturmächte ist dieser Zustand etwas Neues, und hier könnten sie etwas von den kleineren lernen. Es ist ein Autoritäts- und Prestigeverlust, wenn die eigene Kultur, wie etwa im Falle Frankreichs, ihren universalen Status verliert und provinziell wird. Plötzlich ist sie gezwungen, unter ungünstigeren Bedingungen zu konkurrieren. So müssen heute große Kulturen mit einem Verlust des moralischen Ansehens und einem Gefühl der Demütigung fertig werden, wie sie Mittel- und Südosteuropa durch die gesamte Moderne hindurch zu bewältigen hatten, doch ohne über deren Erfahrungen zu verfügen. Vielleicht hat Milan Kundera noch einmal Recht mit seinem Diktum, Mitteleuropa könne als Frühwarnsystem des Westens dienen.

Aus dem Englischen von Monika Noll

Anmerkungen

- 1 Vgl. Roy A. Rappaport, *Ritual and Religion in the Making of Humanity*, Cambridge 1999.
- 2 Vgl. Emile Durkheim, *Die elementaren Formen des religiösen Lebens*, Frankfurt a.M. 1984.
- 3 Vgl. Zygmunt Bauman, *Globalisation: The Human Consequences*, Cambridge 1998.
- 4 Vgl. Anthony Giddens, *Konsequenzen der Moderne*, Frankfurt a.M. 1995.
- 5 Am 29. Juli 1999 berichtete die *Financial Times* von einem neuen Wörterbuch, das unter Federführung von Microsoft zusammengestellt wird und theoretisch wohl einen Standard für internationales Englisch schaffen, gleichzeitig jedoch das Amerikanische als diesen Standard durchsetzen soll. Die Kommentare, die den Start des Projekts begleiteten, sprachen offen aus, daß es darum geht, das britische Englisch auf eine räumlich begrenzte und damit marginale Sprache zu reduzieren.
- 6 Vgl. Pierre Bourdieu, *The Field of Cultural Production: Essays on Art and Literature*, Cambridge 1993.
- 7 Zu Frankreich vgl. Gérard Noiriel, *Le creuset français. Histoire de l'immigration*, Paris 1988. Zu Deutschland vgl. Mary Fulbrook, »Germany for the Germans? Citizenship and Nationality in a Divided Nation«, in: David Cesarani und Mary Fulbrook (Hg.), *Citizenship, Nationality and Migration in Europe*, London 1996.

Winfried Fluck

AMERIKANISIERUNG UND MODERNISIERUNG

Der weitreichende kulturelle Amerikanisierungsprozeß, der nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzte und inzwischen globale Ausmaße erreicht hat, scheint unaufhaltsam. Er ist jedoch keineswegs so monolithisch und allumfassend wie von Kritikern wie Benjamin Barber behauptet. Wo seine Konsequenzen nicht nur in pauschaler kulturkritischer Manier beschworen, sondern konkreter studiert worden sind, ist daher eine Tendenz erkennbar, Schreckensszenarios einer feindlichen Übernahme zunehmend durch Modelle der Hybridisierung und Kreolisierung zu ersetzen.¹ In ihrer globalen Ausbreitung trifft die amerikanische Kultur ja keineswegs auf eine tabula rasa-Situation. Sie kollidiert mit bereits vorhandenen Wahrnehmungsmustern, Traditionen und kulturellen Werten. Das Resultat ist ein fortlaufender Verhandlungs- und Vermittlungsprozeß, der zu immer neuen Mischformen und Kompromißbildungen führt. Die Rede von der kulturellen Amerikanisierung beschreibt somit eine kulturgeschichtliche Tendenz, nicht eine gegebene Realität kultureller Homogenisierung und Standardisierung. Dieser Hinweis erscheint notwendig, um der Diskussion des kulturellen Amerikanisierungsprozesses ihr melodramatisch-paranoides Grundmuster zu nehmen, in dem feindliche Mächte – wie etwa in dem Science fiction Film *The Invasion of the Body Snatchers* – unmerklich unseren Körper und unseren Geist übernehmen (Fluck 1997).

Eine Invasionsrhetorik verfehlt die Komplexität gegenwärtiger kultureller Kontakte und Austauschprozesse. Und dennoch sollten notwendige Differenzierungen nicht dazu führen, das Phänomen der Amerikanisierung aus der Welt zu reden. Es gibt in der gegenwärtigen Phase der Globalisierung eine unübersehbare Entwicklungstendenz, durch die sich kulturelle Formen und Praktiken der Struktur nach – nicht notwendigerweise im Inhalt – immer mehr angleichen. Das gilt insbesondere für den Bereich der sogenannten Massenkultur und Massenmedien: Selbst wenn Filme, Fernsehserien oder Pop Musik in Hongkong, Wien oder Berlin produziert werden, so orientieren sie sich heute in der Regel dennoch

an amerikanischen Modellen. Die Frage nach den nationalen Besitzverhältnissen wird dabei fast sekundär. Obwohl beispielsweise gegenwärtig keiner der führenden deutschen Sender des Privatfernsehens von amerikanischen Medienkonzernen beherrscht wird und von einem dominanten Programmanteil amerikanischen Materials nicht gesprochen werden kann, so folgt man doch in der Programmstruktur und den Eigenproduktionen amerikanischen Modellen. Letztlich ist die Frage der kulturellen Amerikanisierung heute nicht mehr eine der Dominanz amerikanischer Medienkonzerne, sondern eine der zunehmenden Vorherrschaft bestimmter, zuerst in den USA entwickelter kultureller Formen.

Der Siegeszug amerikanischer Populärkultur (im folgenden als Oberbegriff für das benutzt, was oft auch als Massenkultur, Massenmedien oder Konsumkultur bezeichnet wird) kann als die wohl offensichtlichste und nachhaltigste Manifestation kultureller Amerikanisierung angesehen werden. Und zwar in einem solchen Maße, daß das Wort Amerikanisierung oft synonym verwandt wird für die Beschreibung des Vordringens amerikanischer Populärkultur bis in die letzten Winkel der Erde. Keine Nationalkultur, wie selbstbewußt und traditionsbewußt sie auch immer sein mag, hat diesem Vordringen etwas entgegenzusetzen. Das mag man beklagen. Produktiver als das kulturkritische Lamento ist jedoch der Versuch, dieses Phänomen zunächst einmal zu erklären, denn nur, wenn die Gründe für eine Entwicklung verstanden werden, lassen sich auch deren Stellenwert und mögliche Folgen sachgerecht erörtern.

In europäischen Debatten ist die Diskussion lange Zeit von zwei Denkansätzen geprägt worden. Der eine betont die befreiende antiautoritäre Kraft amerikanischer Populärkultur, der andere spricht von kulturellem Imperialismus. Beide Erklärungsansätze bleiben unbefriedigend. Wie Kaspar Maase in seinem Buch über die Rezeption amerikanischer Populärkultur im Nachkriegsdeutschland der 50er Jahre überzeugend herausgearbeitet hat, kann bestimmten Formen jugendorientierter Populärkultur (wie beispielsweise der populären Musik) in ihrer anti-autoritären Sprengkraft sehr wohl eine enthierarchisierende, demokratisierende Funktion zukommen (Maase 1992). Doch nur bestimmte Formen populärer Kultur besitzen diese Dimension, die zudem mit gesellschaftlichen Folgekosten verbunden ist, die nicht unbedingt gut sind für eine Demokratie. So haben die gezielten Provokationen, wie sie die amerikanisch inspirierte Populärkultur

kultiviert hat, zu immer ungenierteren, graphischen Gewaltdarstellungen geführt. Zudem gilt, daß bestimmte Formen populärer Kultur zwar auf der Textebene subversiv sein mögen, daß aber ihre verkaufsträchtige Subversivität wirtschaftlich gesehen gerade den umgekehrten Effekt einer Konsolidierung des Status Quo haben kann. Die Fernsehserie *The Simpsons* beispielsweise ist erfrischend antiautoritär, aber sie trägt mit ihrer Popularität auch dazu bei, das Medienimperium von Rupert Murdoch zu festigen. Damit hilft sie, die immer umfassendere Kommerzialisierung der amerikanischen Öffentlichkeit zu zementieren, in der öffentlich-rechtliche Medien in einem für den europäischen Zuschauer deprimierenden Schauspiel buchstäblich auf Knien um Zuschauerspends betteln müssen, um finanziell ein weiteres Quartal überleben zu können. Mit anderen Worten, so sehr man die antiautoritäre Dimension amerikanischer Populärkultur begrüßen mag, so naiv wäre es, den institutionellen Kontext zu ignorieren, in dem diese Formen Wirkung entfalten. So gesehen erscheint die Frage durchaus angebracht, wieweit man dieser Form kultureller Amerikanisierung das Feld überlassen soll und nicht doch durch Quoten oder Subventionen dazu beitragen sollte, kommerziell nicht konkurrenzfähige Alternativen zu bewahren. Es ist eine Sache, jemand als Gast im eigenen Hause zu begrüßen, und eine andere, darauf zu achten, daß dieser Gast nicht das ganze Haus übernimmt. Man mag amerikanische Modelle populärer Kultur durchaus als Bereicherung des kulturellen Ausdrucksspektrums begreifen und kann dennoch Quoten oder andere Formen staatlicher Regulierung begrüßen, um ein bestimmtes Maß an kultureller Vielfalt zu bewahren.

Im Gegensatz zur Subversionseuphorie vieler »Pop«-Kritiker, kann man den Vertretern der »Kulturimperialismus«-These keineswegs Naivität über den kommerziellen Kontext amerikanischer Populärkultur nachsagen. Naiv ist jedoch ihre Wirkungstheorie. Denn die Kulturimperialismus-These muß entweder von einer völligen Selbstentfremdung des Konsumenten ausgehen, der aufgrund psychischer Deformation gegen die eigenen Interessen handelt, oder von einer anscheinend unbegrenzten Manipulationsmacht der Kulturindustrie. Die kulturelle Amerikanisierung der Welt wäre dann das Resultat der wachsenden Marktdominanz amerikanischer Medienkonzerne, die in der Lage zu sein scheinen, dem Publikum ihren Willen fast nach Belieben aufzuzwingen. Dagegen ließe sich in kommerzieller Hinsicht gewiß einwenden, daß diese Konzerne – wie die Beispiele Sony, Seagram, Murdoch

oder Bertelsmann zeigen – im Zeitalter der Globalisierung längst nicht mehr ausschließlich im amerikanischen Besitz sind. Doch wäre damit das Problem lediglich verschoben. Handelt es sich bei jener populären Kultur nach amerikanischen Mustern, die im Zentrum des weltweiten kulturellen Amerikanisierungsprozesses steht, lediglich um eine Pseudo-Kultur, deren Siegeszug allein durch Marktdominanz und Publikumsmanipulation erklärbar ist? Auch wenn amerikanische und zunehmend auch internationale Medienkonzerne den Markt dominieren, so muß es doch einen Grund für die enorme Resonanz geben, die ihre Produkte haben. Es wäre das Ende jedweder Hoffnung auf die Möglichkeit politischen Wandels, wenn Kulturkonsumenten in der ganzen Welt nichts als Wachs in den Händen gewiefter Marketing-Experten wären. Plausibler ist die Annahme, daß es bestimmte Elemente sozialer, psychischer und ästhetischer Gratifikation gibt, die die Basis dieser Resonanz bilden und damit auch die Basis für ihre kommerzielle Nutzung. Worin bestehen diese Elemente? Was ist die Basis für die weltweite Popularität amerikanischer Populärkultur? Meine These ist, daß die Entstehung der Populärkultur nach amerikanischem Muster im Kontext eines andauernden gesellschaftlichen und kulturellen Modernisierungsprozesses gesehen werden muß – wobei Modernisierung hier nicht im Sinne ökonomischer Modernisierungstheorien verstanden wird, sondern als Bezug auf eine kulturelle Befreiungs- und Enthierarchisierungslogik der Moderne und ein damit verbundenes individuelles Selbstermächtigungsversprechen. Das kulturelle Äquivalent sozialer und wirtschaftlicher Modernisierung kann in einem »rastlosen Individualismus« (Berman 1983) gesehen werden und einem von ihm angetriebenen Individualisierungsprozeß. Der Begriff Individualisierung ist dabei nicht im philosophischen Sinn gebraucht, als Entwicklung zur personellen Autonomie und Selbstbewußtheit, sondern bezeichnet im Tocqueville'schen Sinn eine Tendenz zur sozialen Ausdifferenzierung, die dadurch entsteht, daß der Einzelne aus den tradierten Sinnggebungsmustern und sozialen Abhängigkeitsverhältnissen aristokratischer Gesellschaften herausgelöst wird. Wohl kaum jemand wird die zentrale Rolle bestreiten, die Modernisierung und Individualisierung in der Entwicklung westlicher Gesellschaften gespielt haben. Doch werden andererseits nur wenige bereit sein, ausgerechnet die moderne Populärkultur als eine Manifestation dieser Prozesse anzusehen. Kulturkritische Bezeichnungen wie Massenkultur oder Kulturindustrie leben ja gerade

vom emphatischen Kontrast zwischen Standardisierung und Individualisierung. Wie aber kann eine Form standardisierter, kommerzialisierter Kultur im Zusammenhang mit neuzeitlichen Individualisierungsprozessen gesehen werden? Der interpretatorische Bezugsrahmen, der dieses Paradoxon aufzulösen vermag, ist der der Kulturgeschichte, genauer der einer Anbindung des heutigen kulturellen Amerikanisierungsprozesses an eine kulturgeschichtliche Entwicklung in den westlichen Gesellschaften, die mit der Ablösung kultureller Formen von aristokratischen Repräsentationsansprüchen beginnt.

Für eine Teilnahme am Kulturleben waren in aristokratischen Gesellschaften in der Regel zwei Voraussetzungen zwingend: Zum einen mußte man, institutionell gesehen, das Privileg des sozialen Zugangs zur Kultur besitzen. Dazu hatte man in vor-demokratischen Gesellschaften Kriterien sozialer Qualifikation zu erfüllen, die den Zugang beispielsweise zu einem höfischen Konzert regelten. Oder man mußte die finanziellen Mittel besitzen, um sich Kultur leisten zu können. Bücher waren bis ins 18. Jahrhundert hinein vergleichsweise teuer, so daß ihr Besitz, mit Ausnahme religiöser Texte, weitgehend auf eine Oberschicht von besitzenden und gebildeten Ständen beschränkt blieb. Zum anderen bedurfte es, aus rezeptionsästhetischer Sicht, bestimmter Bildungsvoraussetzungen bzw. einer relativ hohen Kompetenz, um aus einem kulturellen Objekt Sinn machen zu können. Bis etwa 1800 erforderte die Lektüre vieler Bücher beispielsweise ein oft nicht geringes Maß an Latein- oder Griechischkenntnissen, so wie es auch lange Zeit fast unmöglich war, die abendländische Malerei ohne Kenntnisse der klassischen Ikonographie angemessen zu verstehen.

Mit dem Sammelbegriff »populäre Kultur« wird im Grunde nichts anderes bezeichnet als die Entstehung einer Kultur, die diese Zugangsvoraussetzungen aufkündigt. Das Medium, dem das zuerst gelang, war der Roman, der trotz seiner späteren Nobilitierung durch die literarische Moderne als erstes Massenmedium der westlichen Kulturgeschichte angesehen werden kann. Dazu trug jener »Durchbruch« in der Entwicklung neuer Drucktechnologien bei, der auch die Herausbildung erster Formen der Massenpresse ermöglichte. Diese Entwicklung hatte mehrere kulturelle Konsequenzen. Zum einen wurde ein Markt geschaffen, der die Zugangsmöglichkeiten zur Literatur beträchtlich erweiterte. Dazu kam eine Herabsetzung der Bildungsvoraussetzungen und der notwendigen kulturellen Kompetenz. Um einen sentimentalischen Roman angemessen

rezipieren zu können, bedarf es keiner Kenntnisse des Versmaßes oder der klassischen Theorie der Tragödie. Seine sprachliche Unelaboriertheit, seine poetologische »Prinzipienlosigkeit« und seine oft kritisierte »Formlosigkeit« machten die neue Prosagattung auch für Schichten lesbar, die in der Regel keine klassische Ausbildung genossen hatten. In der Suche nach möglichst weitgehender Verständlichkeit waren der Sprache allerdings Grenzen gesetzt. Im Vergleich damit haben Bild und Musik offensichtliche Vorteile. Mit dem Massenmedium Film entstand eine – im Hinblick auf das Kriterium der Verständlichkeit – »universelle« Sprache, die nationale und ethnische Verständnissgrenzen ohne große Schwierigkeiten überwand. Aber während das Bild immer noch eine gewisse Lesefähigkeit zumindest in dem Sinn erfordert, daß der Betrachter in der Lage sein muß, einen visuellen Code zu entziffern, vermag die Musik diese Zugangsvoraussetzungen weiter zu reduzieren. Film und Fernsehen, vor allem aber die verschiedenen Formen populärer Musik, sind daher zu den Motoren des weltweiten kulturellen Amerikanisierungsprozesses geworden.

In welchem Zusammenhang steht dieser Prozeß einer ständigen Reduktion sozialer Zugangskriterien und kultureller Verständnissvoraussetzungen mit dem Phänomen der »Amerikanisierung«? Im Prinzip fand der Kampf um kulturelle Zugangsbedingungen in allen westlichen Gesellschaften gleichermaßen statt und nahm letztendlich überall denselben Verlauf. In der amerikanischen Gesellschaft existierten jedoch aufgrund historischer Faktoren bestimmte soziale und kulturelle Bedingungen, die diesem Prozeß besondere Dynamik und besonderen Einfluß verliehen. Aufgrund der multi-ethnischen und multikulturellen Zusammensetzung der amerikanischen Gesellschaft, insbesondere in den Jahren der Entstehung der modernen Unterhaltungskultur um 1900, stand die amerikanische Populärkultur von Anfang an vor der Herausforderung eines Marktes, der den heutigen globalen Markt sozusagen im kleinen vorwegnahm. Diese Konstellation führte frühzeitig zur Optimierung möglichst allgemeinverständlicher, nicht-verbaler, performativer, vorrangig visueller und auditiver Ausdrucksformen. Bevor es zu einer »Amerikanisierung« anderer Gesellschaften und Kulturen kommen konnte, mußte diese also erst einmal im eigenen Lande stattfinden. Oder anders ausgedrückt: Der kulturelle Transformationsprozeß, der heute oft mit dem Begriff Amerikanisierung umschrieben wird, beginnt nicht erst mit dem Kulturexport der neuen

Weltmacht USA nach dem Zweiten Weltkrieg, sondern mit der Entstehung der modernen Massenkultur um 1900 und erfaßte zunächst vor allem die amerikanische Kultur selbst. Die damit verbundene Suche nach kulturellen Ausdrucksformen, die über nationale und ethnische Traditionen hinausgehen und sehr verschiedene soziale und ethnische Gruppen in neuen Publikumsgruppierungen zusammenzubringen vermögen, profitierte dabei in den USA vom Nebeneinander einer Reihe von kulturellen Traditionen und Subkulturen, die – wie beispielsweise in der Verbindung von afro- und angloamerikanischer Kultur – zu Mischformen führte, welche europäische Versionen an Innovationskraft und Vitalität überlegen waren.

Man muß somit zwei Bedeutungen des Begriffs »Amerikanisierung« auseinanderhalten. Die erste beschränkt sich auf die Frage, in welchem nationalen Besitz Produktion und Vertrieb sind, und wird im Zeitalter der Globalisierung zunehmend sekundär. »Hollywood«, auch heute noch Inbegriff amerikanischer Marktdominanz, umfaßt inzwischen »fremde« Firmen wie Sony oder Seagram; amerikanische Bestseller und Plattenfirmen verdienen Profit für Bertelsmann und private Fernsehstationen für den Australier Rupert Murdoch. Der Begriff Amerikanisierung kann sich aber auch auf die zunehmende Dominanz eines bestimmten Typus »moderner« Kultur beziehen und verweist dann auf die Tatsache, daß die erste konsequent »moderne« Nation, die USA, aufgrund einer bestimmten historischen Konstellation zum Träger und Motor der Entwicklung dieser Manifestation der kulturellen Moderne geworden sind.

In welcher Hinsicht läßt sich gerade in diesem Zusammenhang von einer Kultur der Moderne sprechen? Das erscheint fast aberwitzig im Hinblick auf das Selbstverständnis der literarischen Moderne, die sich durch formale Innovation und den selbstaufgelegten Zwang zum fortwährenden Konventionsbruch definiert. In der westlichen Kulturgeschichte ist es die Hochkultur, die dieses Projekt in Schüben des immer radikaleren Experiments vorangetrieben hat. Unter dem Begriff Modernismus wird daher in der Kunstgeschichte und Literaturgeschichtsschreibung jene experimentelle Kunst verstanden, der es um die Verfremdung tradierter Wahrnehmungsweisen und Darstellungsformen geht. Die populäre Kultur hat an diesem Prozeß der »Modernisierung« unserer Wahrnehmung und Darstellungsmöglichkeiten bestenfalls auf der Ebene technologischer Innovation teilgenommen, d.h. auf der medialen Ebene. Aber die medialen

Erweiterungen des kulturellen Ausdrucksspektrums haben ihre eigenen weitreichenden kulturellen Konsequenzen. Sie haben nicht nur die sozialen Zugangsbedingungen und kulturellen Verständnis Voraussetzungen verändert, sondern auch das expressive Potential ständig erweitert und intensiviert. Dieser Prozeß ist von mir an anderer Stelle ausführlicher beschrieben worden (Fluck 1998, »Amerikanisierung«). Hier kann die Entwicklung nur kurz umrissen werden.

Bis zum Siegeszug des Romans waren Bücher für den allgemeinen Gebrauch zu teuer. Der Umgang mit einem relativ kleinen Korpus von Büchern war intensiv und noch nicht extensiv, wie im Fall des wachsenden Lesehungers, der durch den Roman geschaffen wurde. Mit dem Roman wurde Literatur für ein Mittelschichtpublikum geschaffen, mit der *dime novel*, einem zum Groschenheft abgemagerten »Schrumpfroman«, wird der Leserkreis auf die Unterschicht und dort insbesondere auf adoleszente Leser ausgeweitet. Mit der Entstehung der neuen Unterhaltungskultur um 1900, zu der unter anderem das Vaudeville-Theater, der Vergnügungspark (amusement park), das durch die Domestizierung schwarzer Plantagentänze ausgelöste Tanzfieber und der Stummfilm gehören, werden die kulturellen Verständnis Voraussetzungen weiter reduziert und der Publikumskreis entsprechend erweitert. Selbst für die Lektüre eines Groschenheftes bilden Lesefähigkeit und die Kenntnis der englischen Sprache noch die Voraussetzung. Für die Gesangs- und Tanznummern des Vaudeville, die unmittelbaren physischen Attraktionen des Lunaparks oder den Konsum eines Stummfilms ist die Fähigkeit zu lesen nicht mehr länger entscheidende Voraussetzung. In den USA konnte der Stummfilm auf diese Weise in der Periode zwischen 1890 und 1920 zu einer wichtigen Akkulturationsinstanz für Immigranten aus Süd- und Osteuropa werden.

Mit der Erfindung des Radios und des Fernsehens wird die Frage des Zugangs wiederum auf eine neue Ebene gestellt. Um einen Film zu sehen, mußte man bis zur Erfindung des Fernsehens immer noch in ein Kino gehen, an dessen Zeit- und Spielplan man dementsprechend gebunden blieb. Um Radio zu hören oder fernzusehen, braucht man nun nur noch einen Knopf am Heimapparat zu drücken. Das kann zu jeder Zeit des Tages und in Übereinstimmung mit dem eigenen Tagesablauf und seinen Bedürfnissen geschehen. Zugleich wird es möglich, direkt an weit entfernten Ereignissen teilzunehmen, ohne sich aus dem Haus bewegen zu müssen. Ein Farmer in Iowa kann einer Direktübertragung der Metro-

politan Opera in New York zuhören oder einem Baseballspiel in San Francisco, im privatfinanzierten Rundfunksystem der USA zudem ohne nennenswerte eigene finanzielle Kosten. Und während das Fernsehen immer noch ein Minimum an visueller Kompetenz erfordert, bedarf es für die Rezeption populärer Musik im Radio oder auf Schallplatte kaum noch eigener Anstrengung und Konzentration. Die Musik kommt auf einer halbbewußten, somatischen Ebene wie von selbst zum Hörer und verrichtet (fast) alle Arbeit für ihn.

Diese ständige Reduktion der Rezeptionsvoraussetzungen scheint eine lange Zeit die dominante kulturkritische Sicht der Massenkultur zu bestätigen, in der die zunehmende Passivität des Konsumenten beklagt und als Basis für eine wachsende Manipulationsmacht der Medien angesehen wird. Doch ist die Reduktion keineswegs Selbstzweck oder lediglich Resultat einer Suche nach dem kleinsten gemeinsamen geschmacklichen Nenner. Sie hat ihren Antriebsmotor darin, daß sie neue Möglichkeiten imaginärer Selbstermächtigung auf Seiten des Rezipienten ermöglicht. Man nähert sich hier der paradoxen Art und Weise, in der der kulturgeschichtliche Prozeß zum Individualisierungsprozeß westlicher Gesellschaften beigetragen hat. Denn gerade jene Elemente, die populäre Kultur als ernstzunehmende, »kreative« Form kulturellen Ausdrucks zu disqualifizieren scheinen – die Standardisierung der Darstellungsmittel und die mediale Wirkungsbasis, die zu quasi-»industriellen« Herstellungsformen führt –, können Prozessen imaginärer Selbstermächtigung und des imaginären Selbstentwurfs völlig neue, ständig optimierte Möglichkeiten eröffnen.

Dieser Prozeß setzt bereits mit dem Buchdruck ein, der zwar einerseits die Gemeinschaftlichkeit oralen Erzählens auflöst, aber andererseits vom Leser auch neue mentale Aktivitäten verlangt, die seine Kontrolle über das kulturelle Material – und damit auch dessen Brauchbarkeit für Zwecke imaginärer Selbstermächtigung – erhöht. Selbst im öffentlichen Raum eines Salons oder Wohnzimmers kann der Leser im Prinzip mit einem Buch »allein« sein, weil dieses nur durch die eigene Vorstellungstätigkeit Gestalt zu gewinnen vermag. Die Kontrolle über den Rezeptionsprozeß erhöht sich, wenn das Buch in einen separaten Raum mitgenommen werden kann, zum Beispiel in das eigene Zimmer, wo es zu jeder Tages- und Nachtzeit und, falls notwendig, auch »heimlich« gelesen werden kann. Die gedankliche Übersetzungsleistung, die der »abstrakte« Buchdruck verlangt, gibt dabei der individuellen Vorstellungstätigkeit verstärkten

Entfaltungsraum. Der Leser kann die Charaktere mit Merkmalen eigener Wahl ausstatten, er kann die Lektüre jederzeit unterbrechen, um sich bestimmten Szenen, Gesten oder Sätzen noch einmal zuzuwenden, um sich Aspekte auszumalen, die der Roman offen läßt, oder sogar die Geschichte nach eigenem Wunsch fortzuschreiben. Die Selbstbestimmtheit des Rezeptionsprozesses, die durch das Massenmedium Roman möglich wird, erlaubt es, einen eigenen Lektürerhythmus zu etablieren, an beliebiger Stelle anzuhalten und vor- oder zurückzublättern. Da das gedruckte Wort der Realisierung in der Vorstellungswelt des Lesers bedarf, eröffnet sich ein individueller Interpretationsspielraum. Der Kontrollgewinn, der damit insbesondere für ansonsten noch »unmündige« junge Leserinnen und Leser verbunden sein kann, ist enorm und macht einen wesentlichen Teil der Attraktivität der neuen literarischen Form aus.

Obwohl der Roman unsere Vorstellungstätigkeit aktiviert, kann er sie auch immer wieder im Stich lassen. Zudem arbeitet die Länge des Lektüreprozesses konkreten und stabil bleibenden Vorstellungen entgegen. Dementsprechend bleibt unsere Vorstellung beispielsweise von einer Person in gewisser Weise »offen«. Wie sehr wir uns auch bemühen mögen, unsere Vorstellung von Effi Briest oder Anna Karenina dürfte sich selten zu einem festen Bild fügen. Dagegen liefert der Film ein Bild für dieses Vorstellungsobjekt und schränkt damit unsere Vorstellungstätigkeit einerseits ein; mit der verstärkten Anschaulichkeit (und der Attraktivität) des Anschauungsobjekts ist andererseits aber auch die Möglichkeit gegeben, Gefühle und diffuse Wünsche zumindest kurzfristig in sehr viel intensiverer Weise zu aktivieren und mit dem Vorstellungsobjekt zu verbinden, als das ein Roman vermag. Als populäres Medium hat daher der Film dem Roman den Rang abgelaufen.

Dabei gibt es noch einmal einen Entwicklungssprung zwischen Stummfilm und Tonfilm. Aus einer Reihe von technischen Gründen bleibt die Illusionsbildung im Stummfilm immer noch vergleichsweise instabil. Zwar lebt der Stummfilm bereits von der »Macht der Bilder«, die sich mit der Einführung der Großaufnahme und der Montage verstärkt, doch wirken sich die noch umständlichen Formen erzählerischer Verknüpfung illusionsstörend aus. Gleiches gilt für die theatralische Form der Präsentation, die ja ihren Grund darin hat, daß Innerlichkeit noch nicht anders zum Ausdruck gebracht werden kann. Der Betrachter des Stummfilms ist noch als »Publikum«, nicht als (verborgener) Zuschauer konzipiert. Erst

mit der Tonspur und dem für den Betrachter unmerklichen Schnitt wird die filmische Illusionsbildung optimiert, weil nunmehr distanzierende Abblenden oder Sprünge in der Bildverknüpfung konsequent vermieden werden. Der Film wird zur »unmittelbaren Erfahrung«, die durch die für die Kinovorstellung typische Rezeptionssituation verstärkt wird: Im Dunkeln sitzend finden wir uns, unter weitgehender optischer Ausblendung anderer Zuschauer, allein übergroßen Bildern gegenüber, motorisch zur Passivität verdammt, in einem Zustand der Regression, fast »körperlos« und daher umso mehr auf die mentale Verarbeitung angewiesen, die die ganze Last der emotionalen Reaktion tragen muß. Damit ist eine ideale Ausgangssituation geschaffen, um das Imaginäre zu stimulieren und ihm konstant neue Nahrung zu geben.²

Obwohl die Bilderflut des Films von unmittelbarer Anschaulichkeit ist, erfordert sie doch auch eine beträchtliche mentale Koordinations- und Integrationsleistung. Das gilt auch für viele, vor allem nichtmusikalische Programme im Rundfunk, obwohl diese Information nicht mehr durch die Koordination visueller Eindrücke »erarbeitet« werden muß, sondern auf Knopfdruck wie von selbst zu einem kommt. Dennoch muß sie kognitiv strukturiert und beispielsweise auf den eigenen Wissensstand bezogen werden. Dagegen schmeichelt sich populäre Musik fast unmerklich ein (wo das passiert, ist umgangssprachlich treffenderweise von einem »Ohrwurm« die Rede). Sie bedarf keiner gedanklichen Bearbeitung und inhaltlichen Zuordnung, weil sie keinen Informationsanspruch besitzt. Statt dessen werden Stimmungsräume geschaffen, die subliminal wirksam sind.

Zwar fehlt es populärer Musik am durchkalkulierten emotionalen Achterbahneffekt des Films, doch wird es dadurch möglich, eine diffuse, verbal nur schwer artikulierbare, aber »irgendwie« eingängige Stimmung aufzubauen. Die charakteristische Form, in der die Musik die Vorstellungstätigkeit aktiviert, ist die der kurzfristigen Evokation eines dekontextualisierten Bildes, einer vagen Befindlichkeit oder eines diffusen Gefühls von Entgrenzung, die allesamt nicht mehr in eine Geschichte integriert sind und als kurze, aber wirkungsvolle Effekte keiner inhaltlichen Rechtfertigung bedürfen. Im Gegensatz beispielsweise zu einem Hitchcock-Thriller muß sich der Zuhörer eine starke ästhetische Erfahrung nicht mehr durch seine intensive Anteilnahme »verdienen«. Sie kommt vielmehr wie von selbst zu ihm. Damit erreicht die Stimulation des Ima-

ginären eine neue Dimension. Im Gegensatz zum Film bedarf es keiner möglichst ungebrochenen Kontinuität des Bilderflusses mehr, während es im Gegensatz zum Roman aufgrund der starken, unmittelbar sinnlichen Wirkung der Musik auch keiner mentalen Übersetzungsleistung bedarf, so daß sich eine Aneinanderreihung von einzelnen Vorstellungen und Assoziationen ergibt, die durch keinen narrativen Zusammenhang, sondern nur durch eine Stimmung miteinander verbunden sind.

Die Freisetzung imaginärer Assoziationen wird im Musikvideo-Clip noch einmal optimiert, denn dort wird die Möglichkeit kurzfristiger imaginärer Besetzung in der Kombination von immer kürzeren Bildsequenzen, fragmentierten Zeichenfolgen und rhythmisch akzentuierter Musik zum Kern ästhetischer Erfahrung. Diese Kombination folgt keinem anderen Ordnungsprinzip als dem rhythmischer Verknüpfung. Ansonsten herrscht die »freie«, arbiträr anmutende Zeichenfolge eines rein stimmungsmäßig verankerten Assoziationsraums. Die Flut von Assoziationen, die allein durch eine rhythmische Kontinuität zusammengehalten wird und den Strukturierungsversuchen des Zuschauers immer einen Schritt voraus ist, hat die Strukturlosigkeit des Imaginären zum Vorbild, verleiht dieser aber durch die rhythmische Akzentuierung und Beschleunigung der Zeichenfolge eine optimal kalkulierte Wirkungsdimension. Es ist, als hätte sich das Imaginäre verselbständigt. Der Rhythmus verstärkt die Wahrnehmung und Wirkung der Bilder, aber die Bilder fungieren aufgrund ihrer narrativen Diskontinuität vor allem als Stimulans und Fundus für ein eigenes imaginäres Skript. Wo die Bildsuggestion nicht wirkt, ergibt sich die nächste Chance etwa vier Minuten später und für den Fall, daß es funktioniert, stehen unzählige Wiederholungen während eines einzigen Tages bereit, um der aufgrund der relativen Strukturlosigkeit des Assoziationsstroms relativ schnell verblassenden »Bebilderung« des Imaginären wieder auf die Sprünge zu helfen.

Diese endlos supplementäre Struktur einer immer neuen Rekonfiguration des Imaginären kennzeichnet inzwischen auch das heute dominante Medium der populären Kultur, das Fernsehen.³ Aufgrund der Schwerfälligkeit des Aufnahmeapparats und der geringen Zeilenauflösung des Bildes blieb das Fernsehen dem Film im Hinblick auf seine ästhetischen Möglichkeiten und seine emotionale Wirksamkeit lange Zeit unterlegen und entwickelte keine eigene Ästhetik. Was es von Anfang an gegenüber dem Film auszeichnete und wodurch es diesem einen Wettbewerbsnachteil

bescherte, der der Filmindustrie zunehmend zu schaffen machte, waren vor allem zwei Aspekte: Zum einen empfahl sich das Fernsehen als »Heimkino«; mit der Verlagerung der Vorführapparatur in den eigenen Haushalt wurde eine neue Möglichkeit der »Selbstbedienung« geschaffen. Zum anderen war das Fernsehen primär ein Vorführapparat, der im Gegensatz zum Spielfilm nicht an spezifische Programminhalte gebunden war, sondern ein vielfältiges, zunehmend umfangreicheres Menu präsentierte, aus dem sich die Zuschauer je nach Geschmack bedienen konnten. Diese »Heterogenisierung« des Angebots hat mit jeder technischen Neuerung zugenommen.⁴ Solange es nur wenige Sender gab, herrschte immerhin noch eine Dominanz charakteristischer Programmtypen und -inhalte, so daß die kritische Medientheorie populäre »imperiale« Serien wie *Bonanza* oder *Dallas* zu Schlüsselbeispielen ihrer Kritik am Medium machen konnte. Mit der Ausbreitung des Privatfernsehens sowie des Satelliten- und Kabelfernsehens ist das Spektrum von Programmtypen und zielgruppenspezifischen Programmen jedoch ins bald nicht mehr Überschaubare gewachsen.⁵ Mit der bevorstehenden Digitalisierung wird sich dieses Spektrum noch einmal erweitern und ausdifferenzieren.

Da das Fernsehen mit der neuen Programmvielfalt endgültig jedes spezifische Programmprofil verloren hat, fungiert es mittlerweile als eine Art elektronischer Bilderbogen, der unzählige Eindrücke Revue passieren läßt und sich dabei eines kulturellen Archivs von Unterhaltungs- und Dokumentationsmaterial bedient, das in ständig neuer Mischung und Kombination zirkuliert. Dieser »Programmsalat« und die durch ihn generierte Zeichenflut arbeiten gegen eine starke emotionale Bindung an einzelne Inhalte, wie sie für die Filmrezeption charakteristisch ist. Bereits ein einziger Abend selbst noch im öffentlich-rechtlichen Fernsehen ist durch diese Heterogenisierungstendenz gekennzeichnet. Auf die Vorabendserie folgen die Nachrichten, etwas Werbung, dann vielleicht ein Film, ein politisches Journal, eine Sportsendung, noch einmal Nachrichten und zum Abschluß eine Talkshow. Selbst wenn eins der Programme besondere Wirkung auf den Zuschauer haben sollte, so dürfte dieser Effekt am Ende des Abends schon wieder von den folgenden Sendungen überlagert sein. Wo, wie im Privatfernsehen, längere Werbeblocks innerhalb einer Sendung erscheinen, setzt dieser Zerstreueffekt bereits dort ein. Zudem wächst mit zunehmender Programmauswahl die Versuchung, in weniger interessanten Momenten auf einen anderen Kanal umzuschalten, so daß

auch die Kontinuität des Sendeablaufs eines Senders bzw. die narrative Kontinuität einer einzelnen Sendung unterbrochen werden. Mit Hilfe der Fernbedienung ist diese Form der Fernsehrezeption inzwischen zur Routine geworden. Der Zuschauer »springt« zwischen den Programmen hin und her und zerstört damit deren Kohärenz. Statt dessen entsteht eine Form des zunehmend segmentierten und fragmentierten Fernsehkonsums mit kurzen Aufmerksamkeitsspannen, wobei das Fernsehen oft mit anderen Aktivitäten verbunden wird.

Je häufiger jedoch die narrative Kontinuität des Fernsehprogramms unterbrochen wird, umso mehr wird sich die Aufmerksamkeit auf einzelne wirkungsstarke Momente richten, die aus ihrem Kontext herausgelöst sind – eine Form der Rezeption, die durch die ständigen Werbeeinblendungen im kommerziellen Fernsehen verstärkt wird, weil die Werbung ähnlich organisiert ist oder weil die Versuchung zum »channel surfing« während dieser Zeit besonders groß ist. Da die Sender dies wissen, bauen sie selbst auf eine Dramaturgie des spektakulären Höhepunkts; da der Zuschauer andererseits diese »Wellendramaturgie« mittlerweile kennt, beginnt er die weniger interessanten Stellen seinerseits auszusparen und nutzt sie zur Suche nach spektakulären und ereignisreichen Alternativen in anderen Programmen. Die damit verbundene Dekontextualisierung des Programm-Materials stärkt das Bewußtsein für dessen Zeichenhaftigkeit und dieses Bewußtsein fördert wiederum ein zerstreut-selektives Durchmustern, denn es geht ja nur noch darum, in der endlosen Zeichenflut einige »starke«, eindruckliche Momente zu finden. Das alles macht das Fernsehen zum »postmodernen« Medium par excellence, in dem ein Zeichenstrom ohne Hierarchisierung und Zentrum in endloser Supplementarität zirkuliert und dem Imaginären des Zuschauers immer neue Anknüpfungspunkte bietet.

Mit der Entwicklung vom gedruckten Wort des Romans über das Bild bis zum Siegeszug der populären Musik in den fünfziger und sechziger Jahren und mit der »zentrumlosen« Heterogenität des Fernsehens sind Formen populärer Kultur entstanden, die sich als außerordentlich brauchbar für die Zwecke imaginärer Selbstinszenierung und Selbstermächtigung erwiesen. Das findet seinen Ausdruck in der zunehmenden Herauslösung expressiver und performativer Elemente aus moralischen, sozialen und schließlich auch erzählerischen Kontexten. Damit werden einzelne Elemente verfügbar für Akte der kurzfristigen Besetzung und des expres-

siv überhöhten Selbstaudrucks. Je weiter die Dekontextualisierung geht, desto größer die Möglichkeit, eigene Wünsche, Stimmungen und Gefühle an das ästhetische Objekt zu binden und damit zumindest kurzzeitig gegenstands- und kulturfähig zu machen. Dementsprechend haben sich in der westlichen Kulturgeschichte seit der Befreiung der Ästhetik aus dem Mimesispostulat im 18. Jahrhundert die expressiven Anteile ständig erhöht, und zwar auf Kosten der Integration dieser Anteile in einen moralischen oder sozialen Kontext – und deren Entsprechung, die »klassische«, Zusammenhang stiftende Handlung. Ähnlich hat in der Geschichte der amerikanischen Populärkultur eine Verselbständigung und Ästhetisierung besonders ausdrucks- und erlebnisstarker Elemente wie Sexualität oder Gewalt stattgefunden, die nicht mehr als soziale Regelverletzung erscheinen, sondern zur expressiven Form individueller Selbstverwirklichung geworden sind. Die Klage, daß die heutige populäre Kultur immer exhibitionistischer und gewalttätiger werde und damit asoziales Verhalten verstärke, hat hier ihren Ausgangspunkt.

In diesem Siegeszug von »mood over morals« (Fluck 1994) kommt der Musik eine zentrale Rolle zu. Als das semantisch offenste Medium bietet sie dem Imaginären besondere Entfaltungsspielräume. Die Entwicklung moralischer, narrativer und semantischer Dekontextualisierung und die damit verbundene Steigerung von Expressivität ist innerhalb der populären Musik selbst durch mehrere Entwicklungsschritte vorangetrieben und beschleunigt worden. Vor allem gilt das für die zunehmende Betonung des Rhythmus auf Kosten von Melodie und Harmonie. Die Melodie des traditionellen Schlagers erzählt noch eine Geschichte und versucht, eine Analogie zwischen Text und Melodieführung herzustellen (oder jedenfalls eine solche zu suggerieren). Mit der Verselbständigung des Rhythmus wird diese, wenn auch bereits reduzierte und zumeist rührend banale »Sinnhaftigkeit« von einer Form des »puren«, unmittelbaren Selbstaudrucks ohne konzeptionelle Einbindung abgelöst. Diese Steigerung expressiver Möglichkeiten erklärt, warum rhythmisch optimierte Formen populärer Musik der Gegenwart zu *der* »Jugendkultur« und zum weltweit effektivsten Medium populärer Kultur geworden sind.

»Amerikanisierung« wäre dann jedoch nicht mehr ein Begriff für eine offene oder versteckte kulturelle Vereinnahmung, sondern für einen Prozeß fortschreitender Individualisierung, in dem ein immer selbstverständ-

licher werdender Anspruch auf individuelle Selbstverwirklichung die treibende Kraft darstellt. Dieser Prozeß ist in den USA aus einer Reihe von Gründen am weitesten fortgeschritten und hat in der amerikanischen Populärkultur eine überzeugende Artikulationsform gefunden. Eben das macht die amerikanische Populärkultur für andere Gesellschaften und Kulturen so »brauchbar«. Denn im Grunde wird in all jenen Ländern, in denen sie fast widerstandslos Fuß gefaßt hat (zumeist getragen von einer jungen Generation auf der Flucht vor der Tradition), mit der Amerikanisierung der Kultur der Anschluß an einen kulturellen Entwicklungsprozeß hergestellt, der für das Individuum das Versprechen verstärkter Selbstverwirklichung enthält. In diesem Sinne ist kulturelle Amerikanisierung Teil eines Modernisierungsprozesses, wenn auch in einer ganz unerwarteten Form. Natürlich tun Medienkonzerne ihr Bestes, um aus diesem Prozeß Kapital zu schlagen, aber seine Antriebskraft liegt woanders. »Kulturen sind heute zur Modernität verdammt – nicht nur aufgrund ökonomischer Prozesse und einer Logik wachsender Zweckrationalität, sondern aufgrund des Versprechens der Selbstentwicklung und Selbstverwirklichung.« (Tomlinson 1991, S. 141) Die moderne Populärkultur bildet nicht einen beklagenswerten Gegenpol zu diesem Versprechen, sondern eine unvorhergesehene Form seiner Einlösung.

Wenn nun der Prozeß weltweiter kultureller Amerikanisierung nicht primär als eine Form des kulturellen Imperialismus zu verstehen ist, sondern als unvorhergesehene Einlösung des kulturellen Versprechens der Moderne auf individuelle Selbstverwirklichung, dann liegt die These nahe, daß der gegenwärtige globale Einfluß amerikanischer Populärkultur alle Tendenzen globaler Homogenisierung unterlaufen wird, denn er wird zwangsläufig zu einem Prozeß fortlaufender Binnendifferenzierung führen. Der Prozeß der Globalisierung, der zunächst als endgültiger Durchbruch kultureller Standardisierung erscheinen mag, wird diese Standardisierung zugleich auch ständig unterminieren. Dominant wird nicht eine bestimmte nationale Kultur sein, sondern nur noch jener rastlose Individualismus, der täglich nach neuen Möglichkeiten sucht und sich dabei aus einem wachsenden Zeichenfundus bedient. Oder, um es anders auszudrücken: Wir werden nicht amerikanisiert. Wir »amerikanisieren« uns selbst.

Literatur

- Benjamin Barber, *Jihad vs. McWorld. How Globalism and Tribalism Are Reshaping the World*, New York 1995.
- Marshall Berman, *All That Is Solid Melts Into Air. The Experience of Modernism*, London 1983.
- Hans Borchers/Gabriele Kreutzner/Eva-Maria Warth (Hg.), *Never-Ending Stories. American Soap Operas and the Cultural Production of Meaning*, Trier 1994.
- Joana Breidenbach/Ina Zukrigl, *Tanz der Kulturen. Kulturelle Identität in einer globalisierten Welt*, München 1998.
- Monika Elsner/Hans Ulrich Gumbrecht/Thomas Müller/Peter M. Spangenberg, »Zur Kulturgeschichte der Medien«, in: K. Merten/S.J. Schmidt/S. Weischenberg (Hg.), *Die Wirklichkeit der Medien*, Opladen 1994, S. 163-187.
- Winfried Fluck, »Emergence or Collapse of Cultural Hierarchy? American Popular Culture Seen From Abroad«, in: P. Freese/M. Porsche (Hg.), *Popular Culture in the United States*, Essen 1994, S. 49-74.
- Ders., »Close Encounters of the Third Kind: American Popular Culture and European Intellectuals«, in: *American Studies Warsaw University* XV (1997), S. 7-21; repr.: *Annals of Scholarship* 12 (1998), S. 3f. und S. 235-251.
- Ders., »Amerikanisierung« der Kultur. Zur Geschichte der amerikanischen Populärkultur«, in: Harald Wenzel (Hg.), *Die Amerikanisierung des Medienalltags*, Frankfurt/M. 1998, S. 13-52.
- Ulf Hannerz, »The World in Creolisation«, in: *Africa* 57:4 (1987), S. 546-559. Kaspar Maase, *BRAVO Amerika. Erkundungen zur Jugendkultur der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren*, Hamburg 1992.
- John Tomlinson, *Cultural Imperialism*, Baltimore 1991.

Anmerkungen

- 1 Siehe beispielsweise die Arbeiten von Ulf Hannerz sowie von Joana Breidenbach und Ina Zukrigl.
- 2 Der Begriff des Imaginären wird hier somit nicht in psychoanalytischer, sondern phänomenologischer Sicht verwandt, d.h. nicht als Quelle einer Illusion von Ganzheitlichkeit konzipiert, sondern als ungerichteter, unstrukturierter Strom von Vorstellungen und Empfindungen, der zur Repräsentanz drängt. Dieses Begehren nach Artikulation und Repräsentanz kann jedoch nie ganz befriedigt werden, weil jede Gestaltgebung auch eine »Sozialisierung« und damit eine diskursive Zurichtung zum Zweck der Mitteilbarkeit darstellt. Die daraus resultierende Nichtidentität zwischen Imaginärem und dessen Repräsentation führt dazu, daß das Imaginäre unser Artikulationsbedürfnis immer wieder neu anstachelt. Die Artikulation eines unstillbaren Begehrens ist Teil dieses Ausdruckbedürfnisses.
- 3 In mehreren Beiträgen des Bandes *Never-Ending Stories. American Soap Operas and the Cultural Production of Meaning* (Borchers/Kreutzner/Warth 1994) wird daher das Genre der Soap Opera in seiner erzählerischen Offenheit und »endlosen Kontinuität« zum paradigmatischen Medium des heutigen Fernsehens. Inzwischen wäre sicher auch die Talk-Show ein ernstzunehmender Kandidat.
- 4 Im Grunde begann sie bereits mit der Einführung eines zweiten Programms: »Ein wichtiger Schritt weg von der Vorstellung der einen Weltwirklichkeit [...] hin zu einer Tendenz der Aufsplitterung des Welterlebens war erreicht mit der Einführung eines zweiten, zeitlich parallel sendenden Fernsehprogramms. Seitdem haben sich auch die vom Fernsehen vermittelten Weltbilder vervielfältigt: »die eine Welt«, wie sie sich dem in gespannter Erwartung im Wohnzimmer versammelten Fernsehpubli-

Kaspar Maase

DIAGNOSE: AMERIKANISIERUNG

Zur Geschichte eines Deutungsmusters

Der Vorwurf der »Amerikanisierung« und Auseinandersetzungen zwischen Amerikabegeisterung und Antiamerikanismus gehören seit Generationen zum Repertoire europäischer Selbstverständigungsdebatten. Amerikanisierung entdeckten Kritiker in Gerhard Schröders Wahlkampf wie in der Selbstdarstellung des neuen deutschen Bundeskanzlers. Als Amerikanisierung werden häufig die kulturellen Wandlungen im postkommunistischen Europa, unter den Vorzeichen von Konsumorientierung und privatkapitalistischen Massenmedien, charakterisiert. Der Begriff taugt zweifellos noch immer zur Polarisierung. Aber wie steht es mit seinem Erkenntnisgehalt? Meine Erfahrung ist: Je genauer man sich die Phänomene und ihre Geschichte anschaut, desto weniger bleibt von den eindeutigen Zuordnungen, die die Diagnose verspricht.

Das zweite Leben amerikanischer Protestkultur

Vielleicht erinnert sich diese oder jener noch an Bilder, die im Frühjahr 1999, zu Beginn des NATO-Luftkrieges gegen Serbien, um die Welt gingen: Viele Fernsehsender zeigten Aufnahmen aus Belgrad, von Rockkonzerten zum Protest gegen die Angriffe. Analysiert man die Symbolsprache dieser Widerstands-Inszenierungen, dann findet man erstaunlich viele Belege für das, was gewöhnlich Amerikanisierung genannt wird – erstaunlich zumindest, wenn man an die antiamerikanische Botschaft denkt, die hier transportiert wurde. Die Grundidee selbst entstammt dem performativen Repertoire, das Protestbewegungen in den USA in den 60ern erprobten. Damals entwickelten sich Konzerte zu Großveranstaltungen, auf denen auch politische Anliegen ausgedrückt wurden. Festivals wie das legendäre Woodstock 1969 galten als gelebter Protest.

Hat das Modell an sich schon amerikanische Wurzeln, so trifft das ganz offensichtlich für den musikalischen Inhalt zu. Wo immer in der Welt heute

Rockmusik gespielt wird, da leitet sie sich her vom Rock'n'Roll – und der war nun, gerade mit den Botschaften von Rebellion und Widerstand, eine amerikanische Erfindung par excellence. Passend dazu zeigten viele der Belgrader Konzertteilnehmer mit Körpersprache und Verhalten, daß sie mit den transnationalen Benimmvorschriften für ein Popmusikereignis bestens vertraut sind. Der Dresscode schien kräftig amerikanisiert: Man sah Bluejeans, Turnschuhe und überlange Hiphop-Hosen nach US-Vorbild, T-Shirts und Baseballmützen – sogar solche, die Togos von amerikanischen Universitäten, Sportvereinen oder Konsumgütermarken zeigten. Gemeinsames Symbol war eine stilisierte Zielscheibe mit der Bezeichnung »target« – der Widerstand sprach englisch.

Der Protest gegen die westliche Intervention war in erster Linie gegen die US-Politik gerichtet; doch er wurde nicht in der Sprache traditioneller serbischer Kultur ausgedrückt. Vielmehr bediente man sich aus einem transnationalen, amerikanisch geprägten Repertoire symbolischer Formen.

Die These, wonach die globale Ausbreitung einer Populärkultur US-amerikanischer Machart die Durchsetzung US-amerikanischer Hegemonie auf der Welt befördert, hat zweifellos einige Plausibilität. Aber das Beispiel zeigt: Die Verhältnisse sind etwas komplexer, als die gängige Rede von Amerikanisierung es nahelegt. Neuere Forschungen zur gegenwärtigen Populärkultur erklären diese Rede sogar für völlig gegenstandslos. Sie behaupten, es gebe gar keinen Zusammenhang mehr zwischen dem angenommenen amerikanischen Ursprung von Produkten und Stilen einerseits und ihrer Bedeutung für diejenigen, die sie überall auf der Welt benutzen, andererseits. Nach dieser Auffassung hat Globalisierung die Kultur der USA in eine Art Supermarkt verwandelt. Hier kann sich jedermann und jedefrau nach Belieben bedienen, das Mitgenommene in völlig fremde Kontexte einbauen und so dem Angeeigneten einen gänzlich neuen Sinn verleihen. An den entferntesten Orten der Welt machen sich Gruppen mit unterschiedlichem Hintergrund und unterschiedlichen Zielen Elemente amerikanischer Kultur zu eigen. Sie passen sie an und verwenden sie in expressiven Inszenierungen, die einzig und allein ihren »lokalen« Botschaften dienen. Nach dieser Lesart bestimmt heute die kreative Sinnproduktion der Empfänger und Nutzer die Bedeutung der Kulturgüter aus dem globalen Fundus – ganz unabhängig von der Botschaft, die ihre Hersteller hineingelegt hatten.

Das wären wirklich schöne Aussichten auf dem Weg zu einer weltverbindenden Kultur für alle – zu schön, fürchte ich, um wahr zu sein. Doch anstatt das weiter zu erörtern, will ich noch einmal auf die Bilder aus Belgrad zurückkommen. Die Konzerte waren ja keine spontanen Demonstrationen, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach sehr bewußt in Szene gesetzt. Sie sollten nicht in erster Linie das jugoslawische Publikum ansprechen; sie zielten auf die globale Zuschauerschaft, die man heute über die internationalen Fernsehnetze erreicht. Hier strebten die Veranstalter einen ganz bestimmten Effekt an.

Ich habe mich gefragt: Auf welche Punkte im kommunikativen Gedächtnis der Westeuropäer zielten die Konzerte? Wo knüpften sie an, um mit ihrer Symbolsprache Verständnis oder Sympathie zu gewinnen? Und da fallen mir bestimmte Muster europäischer Protestkultur ein. Deren Wurzeln reichen, wie schon erwähnt, in die USA zurück; aber inzwischen ist dieses Repertoire der Protestzeichen tiefgehend »europäisiert« worden. Über mehr als drei Jahrzehnte haben soziale Bewegungen im nichtkommunistischen Europa das Grundmuster vielfältig abgewandelt und vielfarbig umgestaltet. Man denke nur an »Rock against Racism«, »Rock gegen Raketen«, »Live Aid« und andere Konzertereignisse, die Solidarität mit humanitären Zielen und Widerstand gegen Unterdrückung und Gewalt ausdrückten.

Derartige symbolische Protestformen gründen sich auf zwei Überzeugungen. Erstens die, daß Rockmusik an sich schon, durch ihren Charakter und die besondere künstlerische Sprache, eine Sehnsucht nach Freiheit und Selbstbestimmung ausdrücke. Die gemeinsame Praxis des Konzerts eröffne im Zusammenwirken aller Beteiligten einen Raum, in dem Freiheit und Selbstbestimmung ein Stück weit erfahren werden. Zweitens wird vorausgesetzt, daß Beteiligung an der kollektiven Dynamik des Musikereignisses Körper und Geist umfasse – auf eine Weise, die es jeder einzelnen Person ermöglicht, sich ganz individuell mit gemeinsamen Überzeugungen und Zielen zu identifizieren. Jeder und jede kann sein oder ihr Engagement so auf einzigartige und intensive Weise einbringen.

Dieses hochindividualisierte Modell symbolischen Massenprotests setzt sich bewußt ab vom traditionellen Muster der Staats- und Parteipolitik. Und genau den damit verbundenen Bonus, den Sympathieeffekt des spontan-individuellen Widerstands gegen die kalte Maschinerie der Macht, sollten die Belgrader Konzerte gewinnen. Sie appellierten an eine

europäische Protestkultur, die ihre amerikanischen Vorbilder gründlich umgearbeitet hat. Mittlerweile ist sie Teil der kulturellen und politischen Erfahrung mehrerer Generationen von Europäern. Wir interpretieren sie mit unseren Deutungsmustern und Erlebnismodellen; wir haben ihr Sinn verliehen im Kontext europäischer Sinnhorizonte und Symbolwelten.

Amerikanisierter Antiamerikanismus

In ihrem zweiten Leben hat die amerikanische Protestkultur schon manches erstaunliche Neuarrangement erfahren. Eine entscheidende Weichenstellung nahmen die Studentenbewegungen der späten sechziger Jahre vor; sie gingen voran bei der kulturellen Bastelarbeit, aus »amerikanischen« Elementen eine neue europäische Tradition zu zimmern. Ich spreche vom Protest gegen den Vietnamkrieg. Die Demonstranten, in der Bundesrepublik Deutschland noch stärker als in anderen Ländern, vertraten einen amerikanisierten Antiamerikanismus. Sie versuchten (nicht stets bewußt), das, was sie positiv als amerikanische Kultur definierten, gegen die aktuelle US-Politik zu wenden. Sit-ins und Teach-ins auf dem Campus, politisierte Folkmusik und der Mythos von »Sex, drugs, and rock'n'roll« waren aktuelle kulturelle Formen, die jungen europäischen Intellektuellen beim Blick auf amerikanische Protestbewegungen ins Auge sprangen, die sie brauchbar und anregend fanden.

Tom O'Dell hat eindrucksvoll gezeigt, wie in Schweden nach dem Vorbild der Märsche der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung und der britischen Antiatomwaffenkampagne CND eine neue Demonstrationspraxis entstand, die mit heimischen Arbeiterbewegungstraditionen nichts mehr gemein hatte. Man zog scheinbar ohne jede Marschordnung durch die Straßen, schwenkte Vietcong-Fahnen und sang »We shall overcome«. Die jungen Arbeiter, die sich in ihren Straßenkreuzern von Ford oder General Motors und mit dem Sternenbanner den Vietnamdemonstranten entgegen stellten, waren allerdings für derartige Feinheiten der Symbolbasterei nicht empfänglich. Die wenigsten von ihnen wollten damit die Ostasienpolitik des Weißen Hauses unterstützen. Sie protestierten nach eigenem Verständnis gegen eingebildete, aus Steuergeldern subventionierte Intellektuelle, die sich moralisch über den Rest der Welt erhoben und die Faszination des *American way of life* miesmachten.¹ Hier stießen zwei konträre Linien der Amerikanisierung aufeinander: hedonistischer Amerikanismus und seine

Botschaft des Wohlstands für alle gegen republikanischen Amerikanismus und seine Botschaft der Unabhängigkeitserklärung.

Die westeuropäische Neue Linke bediente sich auf ihre Weise aus dem Zeichenfundus transatlantischen Protests. Da wurde nicht nur angepaßt und eingemeindet. Die jungen Akademiker hatten auch kein Problem damit, Zitate des »guten, wahren« Amerika unter ihren arroganten und elitären alteuropäischen Antiamerikanismus zu mischen. Im Selbstgefühl kultureller Überlegenheit wollten sie Uncle Sam zeigen, wie das demokratische Erbe der USA eigentlich zu verstehen sei.

Amerikanisierter Antiamerikanismus gehört zu den mentalen Prägungen, die viele europäische Protestbewegungen der letzten Jahrzehnte mit ihren Aufführungen vermittelt haben. Und genau hier versuchten die Belgrader Konzerte anzuknüpfen. Auf den ersten Blick mochten sie als Hinweis erscheinen, daß die Amerikanisierung von Alltag und Symbolik mittlerweile auch den postkommunistischen Balkan erreicht hat. Bei genauerer Betrachtung sehe ich folgende Botschaft: »Wir, die Serben, gehören zur politischen Kultur Westeuropas. Erkennt ihr nicht, daß unser Widerstand gegen die NATO und gegen US-Raketen dasselbe ist wie euer Widerstand gegen den Krieg in Vietnam und gegen die Stationierung von US-Raketen in den Achtzigern?« Ganz gleich, wie man die Berechtigung dieses Anspruchs beurteilt – die Bilder der Belgrader Konzerte lassen uns im Spiegel der wohlkalkulierten Werbung die eigene westeuropäische Variante einer Protestkultur mit amerikanischen Wurzeln erkennen.

Ein Phänomen wie der amerikanisierte Antiamerikanismus läßt doch ein wenig daran zweifeln, ob das Deutungsangebot »kulturelle Amerikanisierung« gegenwärtige Verhältnisse verstehen hilft. Mir scheint, es handelt sich um ein theoretisch fragwürdiges Konzept, das eine problematische semantische Erblast mitschleppt. Das soll im folgenden unter zwei Gesichtspunkten ausgeführt werden. Methodologisch betrachtet, erweist sich »Amerikanisierung« als ethnisiertes Konzept, eines, das suggeriert, man könne und müsse jedes Phänomen mit einem ethnischen Etikett versehen. Es beruht auf dem Axiom, in den Übernahmen und Verschmelzungen transnationaler Symbolflüsse könne man eindeutig nationalspezifische Kulturen mit scharf gezogenen Grenzen unterscheiden. Die Auseinandersetzung um die Amerikanisierung westdeutscher Jugendlicher nach dem Zweiten Weltkrieg zeigt jedoch, daß die Wirklichkeit sich einem solchen Zugriff entzieht.

Der zweite Einwand greift historisch noch etwas weiter zurück. Das Interpretament der Amerikanisierung entstand bereits als Antwort auf kulturelle Internationalisierungsprozesse, und zwar aus der Interessenperspektive von Eliten der Alten Welt, die diese Entwicklung seit dem späten 19. Jahrhundert als Herausforderung ihrer Hegemonie betrachteten.

Amerikanisierung als kulturelle Überwältigung

Am Anfang muß ein kurzer Exkurs in die Semantik stehen. Das Suffix »-isierung« bezeichnet meist Prozesse, in denen Dinge oder Personen aufgrund äußerer Einflüsse verändert werden oder sich verändern; man denkt an gezielte Eingriffe, bei denen die Richtung der Veränderung den Absichten der Eingreifenden entspricht. Das gilt für Kolonisierung wie Sozialisierung, Pasteurisierung, Säkularisierung und eben Amerikanisierung. In diesem semantischen Muster gibt es Handelnde und Erleidende. Soweit ich sehe, spielt die Vorstellung von Passivität der einen Seite eine große Rolle; der europäische Amerikanisierungsdiskurs war und ist ein Opferdiskurs. Objekt oder Spielball überlegener Kräfte zu sein, gar Gewalt ausgesetzt zu sein, bildete darin stets eine wesentliche Bedeutungsdimension. Die Unterstellung, man werde überwältigt, war besonders ausgeprägt in der Rhetorik des deutschen Antiamerikanismus. Für Fälle, in denen die unterstellte Anpassung an amerikanische Modelle aus freien Stücken erfolgte, gab es dementsprechend eine andere Bezeichnung: Amerikanismus. Um so stärker wurde im Wort »Amerikanisierung« Überwältigung suggeriert.

Die Bedeutung, überwältigt und Opfer gewaltsamer Beeinflussung zu sein, gehört somit zur semantischen Erblast des Begriffs. Doch darüber hinaus wirkt eine weitere Erbschaft, die in meinen Augen noch problematischer ist. Seit seiner Erfindung funktioniert »Amerikanisierung« in einem nationalisierenden, ja ethnischen Diskurs. Wer die Kategorie benutzt, geht davon aus, daß alle Güter, Handlungen und Haltungen einen deutlichen nationalen Charakter tragen und daß alle Phänomene gleicher Herkunft diesen Charakter teilen. Alles, was wir amerikanisch nennen, hat einige übereinstimmende Eigenschaften; »das Amerikanische« ist ihre wesentliche Qualität – so, wie »das Deutsche« wesentlich ist für alle Kulturerscheinungen, die aus Deutschland stammen. Wenn wir etwas als amerikanisch identifiziert haben, müssen wir nicht mehr nachweisen, daß

es mit den Eigenschaften ausgestattet ist, die wir dem »Amerikanischen« zuschreiben; im ethnisierenden Denken ist das vorausgesetzt. Und wenn es um geistigen Austausch geht, dann reicht ein Indikator aus, um einen Gegenstand als amerikanisch zu identifizieren: die Tatsache, daß er aus den Vereinigten Staaten kommt.

Logisch basiert die Rede von kultureller Amerikanisierung auf drei Axiomen. Eines ist die Koextension von nationaler Kultur und Nationalstaat; »Amerikanisches« gibt es nur in den USA. Zweites Axiom ist die Homogenität und die Alleinexistenz nur einer Kultur innerhalb der politischen Grenzen; alles in den USA ist amerikanisch. Drittens schließlich ist das gemeinsame Substrat der nationalen Kultur an den gemeinsamen Ursprung gebunden. Was einen anderen Ursprung hat, repräsentiert a priori das kulturell Andere und bedroht damit die angeblich natürliche Ordnung, die auf den genannten Axiomen beruht.

So, reduziert auf das logische Gerüst, hört sich das für die meisten schlicht absurd an. In der alltäglichen Verständigung jedoch erspart das Kürzel »Amerikanisierung« jegliche Begründung, was eigentlich an Basketball, an der täglichen Seifenoper oder politischer Sympathiewerbung amerikanisch und nicht deutsch, österreichisch oder europäisch sei. Der Bestand an nationalen Fremd- und Eigenstereotypen wird nicht überprüft, sondern bestätigt, und mit ihm die dahinterstehenden Axiome. Warum verwendet man keine alternativen Allgemeinbegriffe: »globaler kultureller Fluß« vielleicht oder »transnationale Populärkultur«?

Schon die Frage wirkt komisch und verweist auf die außerordentliche Plausibilität des Etiketts »Amerikanisierung« für den gesunden Menschenverstand. Wenn wir Anfang und Ende des 20. Jahrhunderts vergleichen, kann niemand bestreiten, daß die europäischen Gesellschaften und die Europäer heute sehr viel mehr mit den USA und ihren Bewohnern gemein haben als vor hundert Jahren. Und in dieser Zeit haben sich zweifellos viele Europäer bemüht, hinter transatlantische Erfolgsrezepte zu kommen und sie auf unserem Kontinent anzuwenden. Schon gar nicht zu übersehen sind die energischen Versuche von amerikanischer Seite, die Alte Welt auf den angeblich so überlegenen »American Way« zu führen und zu drängen.

Doch was als pauschale Formel in der Alltagsrede hilfreich ist, kann analytisch fragwürdig sein. Die Dinge sehen anders aus, wenn wir die Vogelperspektive aufgeben und uns auf den Boden der historisch Handelnden begeben; wenn wir fragen, welche Bedeutung die in Frage stehen-

den Entwicklungen und symbolischen Güter für sie hatten – Rodolfo Valentino und der erste Kühlschrank, die Lässigkeit schwarzer Gis und die Einführung des Fließbands. Hier ist nichts mehr eindeutig, und keine Suche nach Ursprüngen schafft Klarheit. Je intensiver man die Dinge anschaut, desto weniger kann man – zum Beispiel – »Amerikanisches« von »Deutschem« unterscheiden.

Nun könnte man vermuten, das sei ein lösbares Problem. Wenn wir weiter forschen, werden wir eines Tages genug über die Geschichten von Austausch und Anverwandlung wissen; dann werden wir die Bestandteile klar unterscheiden können. Aber warum sollten wir das eigentlich wissen wollen? Welchen Sinn macht es heute, Dinge, Ideen, Handlungen und Haltungen fein säuberlich nach nationalem Ursprung und nationalkultureller Zusammensetzung zu sortieren? Ich will wissen, welche Bestandteile in meinem Wiener Würstchen zusammengekocht sind; und es schadet nicht, sich über das Ethnofood-Konzept transnationaler Nahrungsmittelkonzerne zu informieren. Doch die Neugier, was daran deutsch, amerikanisch, österreichisch ist, gehört zur Wissensordnung des 19. Jahrhunderts. Wozu die Sisyphusaufgabe, unseren kulturellen Umwelten Ambivalenz und Hybridität auszutreiben? Vielleicht ist es angemessener, im Wege historischer Ethnographie Amerikanisierung als Aneignung zu untersuchen.

Amerikanisierung als Aneignung

Der Ethnograph geht davon aus, daß menschliches Handeln nur zu verstehen ist, wenn man die Bedeutungen erschließt, die bestimmte Praktiken für die Handelnden hatten. Das verlangt, Sinnhorizonte und symbolische Ordnungen zu rekonstruieren, innerhalb derer es für bestimmte Gruppen nützlich und angebracht erschien, zu Praktiken und Dingen zu greifen, die wir in der historischen Vogelschau unter Amerikanisierung rubrizieren.

Individuelle und kollektive Akteure schreiben Handlungen und Gütern Bedeutung zu – im Wechselspiel mit den Bedeutungen, die andere, für sie relevante Gruppen der Gesellschaft diesen Handlungen und Gütern zuschreiben. Daraus folgt: Wir müssen Gruppen unterscheiden, die sich unterschiedliche Angebote auf unterschiedliche Weise, mit unterschiedlicher Sinnggebung aneigneten – oder auch dieselben Angebote in verschiedenen Kontexten und mit entsprechend abweichender Botschaft. Wenn – um nun endlich auf die 50er Jahre zu kommen – ein

bürgerlicher Oberschüler heimlich am Radio den Jailhouse-Rock hörte, war das etwas völlig anderes, als wenn sich Arbeiterjugendliche in Jeans und Lederjacke, die Haare zur Elvis-Tolle gekämmt, auf der Kirmes versammelten, wo derselbe Song dröhnte.

Zeitgenössisch nannte man diese Jugendlichen »Halbstarke«. Sie sind nicht zuletzt deswegen interessant, weil sie für eine Art verkehrter Welt in Sachen Amerikanisierung sorgten. Vertreter der politischen und geistigen Eliten und der Bildungsschichten, die auf anderen Gebieten die außenpolitische und intellektuelle Anlehnung an die USA betrieben, warnten und bremsten, wenn es um angebliche kulturelle Amerikanisierung ging; deren Speerspitze bildeten in ihren Augen die herausfordernd auftretenden Arbeiterjugendlichen. Populärkultur, Konsumansprüche, Lässigkeit als Verhaltensideal – das stieß bei den »Gebildeten« auf schärfsten, manchmal hysterischen Widerstand. Und umgekehrt: Junge Leute aus der Arbeiterschaft, der man üblicherweise nicht gerade eine kulturelle Avantgarderolle und forcierte Innovationsbereitschaft zuschreibt, wurden hier zu erfolgreichen Protagonisten der Entwicklung, die Westdeutschland an den *American way of life and entertainment* heranführte. Ich habe das »Amerikanisierung von unten« genannt.²

Die Halbstarke galten allgemein als amerikanisiert. Aber bevor sie, nicht ohne einen gewissen Stolz, dieses Etikett annahmen, war es ihnen von außen aufgeklebt worden. Nach dem ersten Auftreten junger Männer auf schweren Motorrädern, die 1955 in Berlin brave Bürger provozierten, wußte die Presse schon: Hier wird die Motorrad-Gang aus dem Marlon Brando-Film »The Wild One« nachgeahmt. Nun blühte die Liebe zu schweren Motorrädern und Lederjacken in Deutschland schon seit der Zwischenkriegszeit. Genuin amerikanisch war sie in den 50ern bestimmt nicht. Aber weite Teile der Öffentlichkeit hatten sich das Deutungsmuster zu eigen gemacht, das jugendliche Auffälligkeit und Delinquenz mit kultureller Amerikanisierung verknüpfte, mit Comics, Detektivromanen, Wildwestheftchen, »Negermusik« und eben Filmen wie »Rebel Without A Cause« (»Denn sie wissen nicht, was sie tun«) oder »The Blackboard Jungle« (»Saat der Gewalt«). In einer Spirale von Zuschreibung und Selbststilisierung wurde der Halbstarke zum Inbegriff des amerikanisierten Jugendlichen.

Als akustisches Markenzeichen der Halbstarke diente der Rock'n'Roll. Aber das war nur einer von vielen »amerikanischen« Musikstilen, die Jugendliche damals als expressive Symbole verwendeten. Die Schlüs-

selfrage ist also: Welche Nutzenerwartungen, welche materiellen und symbolischen Gebrauchswerte verbanden deutsche Akteure mit den Musikimporten aus USA? Traditional Jazz und Bebop, Boogie-Woogie, Rock'n'Roll und Mainstream-Schlager wurden transponiert in ein völlig anderes Feld von Traditionen, Wahrnehmungs- und Bewertungsmustern, Zeichen und Distinktionsbezügen; in diesem Kontext gewannen sie Bedeutung als Element »deutscher Kultur«. Genauer: Je nach den expressiven Qualitäten, die man den einzelnen amerikanischen Musikstilen zuschrieb, montierten verschiedene Gruppen sie in unterschiedliche Kontexte ein und entnahmen ihnen je spezifische Botschaften. Es entstand ein komplexes Beziehungssystem von Verweisungen und Zuschreibungen, Selbst- und Fremdbildern. Was Rock'n'Roll 1957 bedeutete, kann man erst rekonstruieren, wenn man weiß, wie Beethoven-Anbeter und Jazzliebhaber sich darüber äußerten und wie Rock'n'Roll-Fans über Beethoven-Anbeter und Jazzliebhaber dachten.

»Amerikanisches« und »Amerikanisiertes« als kulturelle Tatsachen wurden erst in Diskursen und semiotischen Auseinandersetzungen auf deutschem Boden produziert. So diente etwa die Wahl kollektiver Musikstile der expressiven Bestimmung der Position einer Jugendszene gegenüber anderen Gruppen Gleichaltriger. Dazu ein weiteres Beispiel, wie Aneignung funktioniert. In den späten Fünfzigern hatten Bebop, Cool und Modern Jazz ihre Anhänger vor allem im intellektuellen und elitären Milieu oppositionell gestimmter Oberschülerinnen und Oberschüler sowie an den Hochschulen. Hier fühlte man sich dem französischen Existenzialismus verbunden, und es gab enge Verbindungen zur westdeutschen Subkultur der »Exis«.

Das eigentliche musikalische Leitmotiv des Exi-Stils lieferten Exponenten des Cool Jazz, Miles Davis oder das Modern Jazz Quartet beispielsweise. Diese der Herkunft nach amerikanische Musikrichtung wurde von ihren Fans und intellektuellen Verteidigern zur Kunstmusik in der Tradition Bachs verklärt. So zur autonomen E-Musik hochstilisiert, konnte der Cool Jazz zur Distinktion gegenüber Jugendstilen eingesetzt werden, die sich um andere musikalische Dialekte gruppieren.

Damit war eine merkwürdige, aber durchaus konsequente Umdefinition der nationalen Zuordnung bestimmter Stilrichtungen des zeitgenössischen Jazz verbunden. In den bildungsbürgerlichen Milieus, aus denen die Exis zumeist stammten, wirkten die überkommenen Muster des kulturellen

Antiamerikanismus noch immer prägend. Verwestlichung erfolgte hier als Annäherung an die »großen demokratischen Kulturnationen Europas«, an England und Frankreich. Vor diesem Hintergrund trug für die Exis traditioneller New Orleans-Jazz ebenso wie der Rock'n'Roll das Stigma des plebejisch »Amerikanischen«. Der Cool Jazz hingegen diente ebenso wie avantgardistische Strömungen des Bebop oder Free Jazz als Zeichen eines »französischen«, sollte heißen: kulturvollen Jugendstils. Ein Zeitzeuge, damals Gymnasiast, erinnerte sich: »Ich hatte mich früh zu Modern Jazz abgeseilt, eben weil ich Aversionen gegenüber Amerika hatte.«

Da ist sie wieder, die verkehrte Welt. Eine nach allgemeinem Verständnis aus USA importierte Musikrichtung wurde zum Abgrenzungszeichen für frankophilen Protest; sie diente nun dazu, auf elitäre Weise andere Jugendstile mit der Bedeutung des Kulturlosen und vulgär Amerikanisierten zu versehen.

Ich wage eine Verallgemeinerung. In den deutschen Auseinandersetzungen um Amerikanisierung der Kultur war »das Amerikanische« eine höchst verschwommene, keineswegs durch eindeutige Herkunft gekennzeichnete Kategorie. Die kollektiven Akteure entwarfen – identifikatorisch und ablehnend – höchst unterschiedliche Bilder des Amerikanischen. Selektiv und formativ wirkte das jeweilige Interesse, im Geflecht der Beziehungen zu anderen Gruppen und deren Amerikabilidern bestimmte symbolische Botschaften auszustrahlen. Dabei wurde »Amerikanisches« eingedeutscht (die Musiker des Modern Jazz als Urenkel Johann Sebastian Bachs) und »Deutsches« amerikanisiert (der Traum von der schweren Maschine als Imitation eines Hollywood-Vorbilds).

Mit der Amerikanisierung ist es wie mit anderen Gespenstern. Man muß sie sehr ernst nehmen, weil viele Leute daran glauben und entsprechend handeln. Aber man sollte deswegen nicht annehmen, daß sie wirklich existieren. Der Ethnograph sieht es nicht als seine Aufgabe an, mit der Autorität der Wissenschaft angebliche Irrtümer der historischen Akteure zu korrigieren. Er akzeptiert, daß wir es auf dem Feld transnationaler Kultur mit Bildern zu tun haben, mit Konstruktionen, Projektionen, Zuschreibungen. Mit höchst wirkmächtigen Bildern allerdings. Wenn etwas als amerikanisch etikettiert wird, dann hat das meist Folgen für reales Handeln – ganz gleich, ob die Zuschreibung »sachlich berechtigt« ist oder nicht.

»Amerikanisierung« als Modell zur Deutung und Ordnung von Wirk-

lichkeit ist ohne Zweifel ein erstrangiges historisches Phänomen. Wenn man es im angedeuteten Sinn untersucht, wird uns das besser verstehen lassen, wie Alltagskultur mit der »großen« politischen Geschichte verknüpft war. Aber »amerikanische Kultur« und »deutsche Kultur« als wirkliche Gegebenheiten zu behandeln, die einander beeinflussen und verändern, das wäre naiver erkenntnistheoretischer Realismus. Wir mögen uns daran gewöhnt haben, weil es gut zu denken ist. Aber Sinn macht es definitiv nur im Rahmen einer nationalisierenden, ethnisierenden Sicht auf den Fluß der Kultur.

Der Amerikanisierungsdiskurs als Indikator

Damit sind wir beim zweiten Einwand; er bezieht sich auf die historische Konstellation, in der diese Vorstellung von Amerikanisierung entwickelt wurde. Von Anbeginn an zielte sie darauf, kulturelle Internationalisierung einzudämmen und in Verruf zu bringen. Dahinter standen unübersehbar Ängste vor einer Schwächung bürgerlicher Hegemonie.

Mit der Geschichte des Begriffs in Deutschland hat sich, bereits zwischen den Kriegen, Otto Basler befaßt.³ Nach seinen Belegen scheint »Amerikanisierung« im Sinne kultureller, geistiger Beeinflussung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts in Umlauf gebracht worden zu sein. Das entspricht der Periode, für die Tom O'Dell die Bezeichnung in Schweden erstmals nachweist. Der Begriff und vor allem die dahinter stehende Sichtweise erlebten im deutschen Sprachraum eine steile Karriere. Von Anfang an dominierte ein kritischer Unterton; aber vor dem Ersten Weltkrieg wurden Pro und Contra von Übernahmen und Importen doch meist in rationaler Argumentation gegeneinander abgewogen. Während der Weimarer Republik stieg die (kulturelle) Amerikanisierung zum gängigen Schlagwort öffentlicher Rede auf. Die Kritik steigerte sich nun häufig in den Tonfall hysterischer Endzeitwarnung. Nach Meinung vieler Publizisten und Politiker stand nicht weniger auf dem Spiel als der Kernbestand der deutschen Kultur. Wie kam es zu der Radikalisierung?

Unverkennbar hatte die Zuspitzung des deutschen Antiamerikanismus politische Ursachen. Der Kriegseintritt der USA 1918 und Präsident Wilsons Zustimmung zu den demütigenden, überharten Bestimmungen des Versailler Vertrages lieferten denen Brennstoff, die Ablehnung und Ängste in Haß umschmolzen. Der Erfolg von Foxtrott und Charleston,

Jazz und US-Filmen löste auch in Frankreich und England Jeremiaden und apokalyptische Visionen eines kulturell amerikanisierten Europa aus. Doch in Deutschland dienten solche Erfahrungen als Exempel, um eine weit umfassendere Veränderung – mit Schreckbildern – zu illustrieren: Hier ging es um die Einstellung zur kulturellen Internationalisierung allgemein. Wo von Amerikanisierung die Rede war, wurde stets verhandelt, inwieweit die Deutschen sich überhaupt zu den weltumspannenden Symbolflüssen hin öffnen sollten.

So scheint es in mentalitätsgeschichtlicher Perspektive angebracht, das Konzept der Amerikanisierung vor allem als Indikator zu betrachten, als eine Art Lackmuseffekt, der Vorbehalte und Widerstände gegen das Auflösen kultureller Grenzen anzeigt. So betrachtet, wirft die schnelle Karriere der Amerikanisierungsängste natürlich die Frage auf: Hatten sich die realen Austauschverhältnisse derart dramatisch verändert, oder entsprangen die heftigen Reaktionen vor allem veränderten Empfindlichkeiten und Bewertungen?

Vieles spricht für die zweite Vermutung. Schließlich taucht in der europäischen Geschichte die Idee der Abgrenzung und Pflege nationalkultureller Besonderheit erst ziemlich spät auf. Vom frühen Mittelalter bis zur Romantik war das Gegenteil die Regel. Über die Grenzen von Reichen, Regionen, Sprachlandschaften und lokalen Gemeinwesen hinweg hatte man gegeben und genommen; man lernte und missionierte, folgte bereitwillig auswärtigen Moden und holte bewußt Fremde ins Land, wenn man sich davon Vorteil versprach. Glaubenskriege (oder was man dafür ausgab) und Ketzerverfolgung kannten weder politische noch sprachliche Grenzen, und ebensowenig die Teilhabe an den Ideensystemen der Antike und des christlichen Glaubens, des höfischen Rittertums und der neuzeitlichen rationalen Wissenschaft. Auch minoritäre und verfolgte Wissensbestände wie die jüdische Tradition oder die Magie kursierten europaweit. Anders sind die materiell-technische wie die mentale und intellektuelle Entwicklung auf dem Kontinent gar nicht zu denken.

Materieller und intellektueller Austausch über Grenzen und Fronten hinweg war so selbstverständlich, daß es gar kein Bedürfnis gab, systematisch darüber zu reflektieren. Es sind zumindest keine Klagen über »Arabisierung« aus dem elften und zwölften Jahrhundert überliefert. Und weder Mozarts »Türkischer Marsch« noch seine »Entführung aus dem Serail« wurden mit einer Flutwelle kultureller Überfremdung

assoziiert – obwohl der Einfluß der Janitscharenmusik und des Orientalismus durchaus Anlaß dazu hätte geben können.

Der Gedanke des kulturellen Austauschs selber ist ein Kind der Moderne, ein Nebenprodukt von Kolonialpolitik und Nationalstaatsaufbau, eine Konsequenz des romantischen Denkens über »Volksgeist« und historisch-organisch gewachsene Kultur. Der Nationalismus des 19. Jahrhunderts errichtete die kulturellen Grenzbefestigungen, die das selbstverständliche Hin und Her zu einem besonderen, fragwürdigen Vorgang machten. Ein überwölbender Himmel von Gemeinsamkeiten blieb; aber die Mauern der jeweiligen Nationalkultur wurden derart hochgezogen, daß von unten der Eindruck entstehen konnte, jedes Volk habe auch am Firmament seine eigene Parzelle.

Eine Denkfigur aus dem 19. Jahrhundert

Was man im Englischen so unübersetzbar knapp »nation building« nennt, der Aufbau von Identifizierung mit dem Nationalstaat, war eine der zentralen Aufgaben, die sich das Bürgertum im 19. Jahrhundert stellte. Mit wachsender Dringlichkeit und mit zunehmendem Druck wurde nationale Kultur beschworen und verbreitet, geschützt und gereinigt. Die entsprechenden Bemühungen richteten sich in erster Linie an das jeweilige »Volk«. Die intellektuellen und politischen Eliten hingegen blieben durchaus kosmopolitisch orientiert. Während sie an der Herstellung uneingeschränkter nationaler Loyalität der Massen arbeiteten, dachten sie gar nicht daran, sich vom internationalen Fluß der Kultur abzukoppeln. Im Gegenteil: Die literarischen Übersetzungen blühten wie nie zuvor; die Weltausstellungen präsentierten Material für eine welt-bürgerliche Vorstellung von Fortschritt; England und Frankreich setzten durch das gesamte Jahrhundert die Maßstäbe für kultivierten Lebensstil.

Eric Hobsbawm und Ernest Gellner haben – von durchaus unterschiedlichen Ausgangspunkten her – begründet, daß das Konzept der Nationalkultur in erster Linie auf die Nationalisierung der Massen zielte, zielen mußte. Die Menge der einfachen, ungebildeten Leute innerhalb der jeweiligen Grenzen wurde in diesem Sinn »erzogen«, mental geformt. Aus der heterogenen Mischung von Gruppen unterhalb der bürgerlichen Schichten sollte ein Volk entstehen, das sich selbst als eine besondere, einmalige, klar von anderen Völkern unterschiedene Gemeinschaft empfand.

Die Nation im Sinne objektiver und gefühlter Gemeinsamkeiten, auf die sich der Nationalstaat berief, mußte über weite Strecken erst noch geschaffen werden. Die Idee der Nationalkultur, die Vorstellung von »deutscher Art« und »civilisation francaise«, sollte das Gefühl der Zusammengehörigkeit unterfüttern und so die praktische politische Loyalität der Masse der Bürger sichern. Nationalerziehung hatte nicht den Zweck, den grenzüberschreitenden, ja Grenzen souverän leugnenden geistigen und sozialen Beziehungshorizont der Eliten einzuschränken.

In diesem Kontext kam der Diskurs über kulturelle Amerikanisierung auf, der nach der Reichsgründung 1871 im deutschen Bürgertum Wurzeln schlug. Es kann nicht überraschen, daß »Amerika« zum Inbegriff für herausfordernden Kulturexport avancierte. Durch die Brille der Nationalisierer gesehen, erwuchs hier ein ernsthafter Konkurrent im Werben um die kulturelle Loyalität der Massen. Schon vor dem Ersten Weltkrieg kamen über den Atlantik Erfolgsschlager und Moden populärer Kultur, die ein breites Publikum ansprachen. Buffalo Bills Wildwestshow, Barnums Zirkus, der Ragtime und die Groschenheftgeschichten vom New Yorker Superdetektiv Nick Carter begeisterten nicht nur gehobene Kreise. Volksschüler aus den Arbeitervierteln bildeten, das stellten ihre Lehrer mit Entsetzen fest, Nick-Carter-Clubs, um die spannenden Heftchen zu lesen und zu tauschen.

Das eigentlich Beunruhigende an den erfolgreichen amerikanischen Kulturexporten war aus der Sicht des Establishments, daß sie so eindrucksvoll den »Materialismus« repräsentierten. »Materialismus« war der geradezu diabolische Gegenpol zum »Idealismus«, und diese abstrakte Tugend bildete die tragende Säule in der Konstruktion des deutschen Wesens. »Deutsch sein heißt, eine Sache um ihrer selbst willen tun« – die Sentenz Richard Wagners enthielt das Credo der deutschen »Nationalreligion« (Norbert Elias); sie formulierte auf knappste Weise, wohn der kulturbewußte Bürger den Gegensatz zur westlichen Zivilisation sah. Aus dieser Sicht bedeutete kulturelle Amerikanisierung, daß dem Volk auf verführerische Weise »Materialismus« gepredigt werde, die verderbliche Dreifaltigkeit von Erfolg, Geschäft und sinnlichem Vergnügen.

Nach dem Weltkrieg fanden die Importe aus USA dann noch deutlich weitere Verbreitung. »Amerikanische« Konsumgüter verkörperten für viele Deutsche auf unvergleichliche Weise die Werte von Lebenserleichterung, Genuß und Ansehen für alle: Haushaltshelfer wie Nähmaschine,

Staubsauger und Kühlschranks, das Auto für den Durchschnittsverdiener und die hinreißende Unterhaltung durch Filme und Jazzmusik. Intellektuelle und Volkserzieher hingegen, die weiterhin Deutschtum und Idealismus gleichsetzten, empfanden die Werbung für den *American way of life* als tödliche Herausforderung der deutschen Kultur.

Die Herausforderung transnationaler Kultur

Die Anhänger eines derartigen Lebensstils vertraten ein eher demokratisch-egalitäres Gesellschaftsmodell, ihre Gegner ein autoritär-hierarchisches. Doch die Kontroverse zwischen Amerikanismus und Antiamerikanismus betraf weit mehr als politische Auffassungen. Man stritt um den Stellenwert nationaler Loyalität im Angesicht einer transnationalen Kultur, die zunehmend gekennzeichnet war durch den grenzenlosen Fluß von Massenkonsumwaren, symbolischen Gütern, Informationen und Bildern.

Nach Meinung der Kritiker förderten Importe aus der Neuen Welt die Auflösungstendenzen in der deutschen Gesellschaft. Sie standen im Gegensatz zum Versuch, eine um nationale Ideale vereinte Volksgemeinschaft zu bilden. Man befürchtete die Entstehung neuer, grenzüberschreitender Bindungen und Zugehörigkeitsgefühle in der Bevölkerung. Man sah die »Volksgenossen« (eine schon im Kaiserreich verbreitete, keineswegs nationalsozialistische Bezeichnung für die Mitbürger) umworben von Verlockungen, sich zu identifizieren mit Fremden, die völlig andere Werte verkörperten als die des Deutschtums. Einfache Leute begeisterten sich für farbige Tänzerinnen oder glamouröse Diven. Sie träumten sich in die Rolle des amerikanischen Arbeiters hinein, der im eigenen Auto zum Wochenendausflug aufbricht, oder schlossen sich der vaterlandslosen Gemeinde der Jazzfans an.

Während der 20er und 30er wurden derartige Befürchtungen verdichtet zum Schreckgespenst der kulturellen Amerikanisierung. Die Sorge, Internationalisierung könnte patriotische Empfindungen schwächen, war allerdings schon früher aufgekommen. Kurz nach der Jahrhundertwende hatte sie bereits den Aufstieg des Kinos zum »Theater des kleinen Mannes« (das faktisch eher ein Refugium für Frauen und Halbwüchsige war) begleitet. Vier von fünf Filmen, die vor 1914 in Deutschland liefen, kamen aus dem Ausland, der größte Teil davon aus Frankreich. Professoren und Pastoren beklagten, daß ihre Landsleute zu den »französischen

Frivolitäten« strömten und auf der Leinwand den Pariser Komiker Max Linder bewunderten – für sie ein Mangel an nationaler Würde.

Das deutsche Verständnis von Amerikanisierung formierte sich im historischen Kontext angestrebter bürgerlicher Hegemonialbemühungen. Internationalisierung erschien hier von Anfang an als destabilisierende Kraft, die die kulturellen Horizonte des »Volkes« aufbrach und die Gefahr gespaltener Loyalität und konkurrierender Bindungen mit sich brachte. Mittlerweile haben sich die Rahmenbedingungen allerdings deutlich verändert. Ob die Amerikanisierungskritik von heute eine hegemoniale Funktion hat, vergleichbar der, die noch in den fünfziger Jahren ins Auge sprang, wäre zu untersuchen.

Ich will aber noch einmal zurückkommen auf die drei Axiome, die der Rede von Amerikanisierung logisch zugrundeliegen. Statt von Axiomen sollte man nun vielleicht besser von Zielen sprechen. Denn als im späten 19. Jahrhundert der Diskurs aufkam, wußte jeder, daß diese Voraussetzungen nicht gegeben waren. Weder deckten sich Nationalkultur und Nationalstaat, noch herrschte innerhalb der Reichsgrenzen kulturelle Einheitlichkeit unter den Vorzeichen der »deutschen Art«. Eine Menge deutscher Bürger sprach Polnisch und Dänisch, Friesisch oder gar Französisch (in Elsaß-Lothringen). Die Nationalerzieher fürchteten, daß Katholiken sich dem Papst enger verbunden fühlten könnten als dem Kaiser und daß Arbeitern die Sozialistische Internationale mehr bedeutete als ihr Vaterland. Deshalb war die Vorstellung, die Masse der Bevölkerung würde von geistiger Internationalisierung erreicht, so erschreckend. Sie stellte die nationalkulturelle Homogenität in Frage, bevor das Ziel überhaupt erreicht war. Als Antwort bildete sich ein xenophobes Reaktionsmuster, das »fremde« Einflüsse a priori als schädlich für die eigene Kultur wahrnahm.

Das Konzept der kulturellen Amerikanisierung erweist sich somit als Erfindung intellektueller Germanisierer, als Spätgeburt des Nationalismus aus dem 19. Jahrhundert. Das Deutungsmuster hat allerdings in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts eine überwältigende Karriere erlebt, die bis in die sechziger Jahre anhielt. Und an der Schwelle zum neuen Jahrtausend zeigt es sich immer noch bemerkenswert vital. Das gilt nicht nur für das postkommunistische Osteuropa, wo die Diagnose »Amerikanisierung« Traditionen antiwestlichen Denkens mit einer gewissen Konsequenz fortführt. Auch im Westen wird die Diagnose häufig gestellt, so, als handle es sich hier um einen nüchternen analytischen Terminus.

Vor diesem Hintergrund wurde hier die historische Erblast des Begriffs herausgestellt. Sie läßt daran zweifeln, ob das Interpretament »Amerikanisierung« wirklich Einblicke in die Dynamik transnationalen Austauschs vermittelt. Für Deutschland zumindest gilt: Die Diagnose wurde nicht entwickelt, um den »Tanz der Kulturen« (Breidenbach/Zukrigl) zu verstehen und zu erlernen, sondern um ihn zu diskreditieren und zu unterbinden.

Anmerkungen

- 1 Tom O'Dell, *Culture Unbound. Americanization and Everyday Life in Sweden*, Lund 1997.
- 2 Zum folgenden ausführlicher: Kaspar Maase, *BRAVO Amerika. Erkundungen zur Jugendkultur der Bundesrepublik in den 50er Jahren*, Hamburg 1992.
- 3 Otto Basler, »Amerikanismus. Geschichte des Schlagwortes«, in: *Deutsche Rundschau*, Bd. 224, 1930, S. 142–146.

Erik Meyer

TECHNO

Sounds und Szenen zwischen Lokalkolorit und Globalkultur

Seit der Geburt der Jugendkultur aus dem Geiste des Rock'n'Roll gilt der weltweite Erfolg von Popmusik und der entsprechenden jugendkulturellen Praktiken als Beleg für die These von der fortschreitenden Amerikanisierung autochthoner Kulturen. Voraussetzung für diese, häufig auch als Kulturimperialismus kritisierte Entwicklung ist die Warenform populärer Kultur, die ihre globale Verbreitung erst ermöglicht. In dieser Perspektive wird Popmusik als kommerzieller Kontrapunkt zur Vielfalt eher folkloristischer Formen populärer Musik verstanden, die regional entstehen und in der Regel live mittels akustischer Instrumente dargeboten werden. Die durch die Kultur- und Konsumgüterindustrie standardisierte Massenproduktion führe, so die Kritik, zu einer Nivellierung kultureller Differenzen, zu globaler Konvergenz und Konformität. »Danach setzt sich mehr und mehr eine Universalisierung im Sinne einer Vereinheitlichung von Lebensstilen, kulturellen Symbolen und transnationalen Verhaltensweisen durch« (Beck 1997, S. 81), die keine authentischen Ausdrucksformen kultureller Pluralität darstellen, sondern als Phänomene der Kolonialisierung gedeutet werden. Dieser Prozeß des Eindringens und der Verbreitung der hegemonialen anglo-amerikanischen Massenkultur in die regionalen und nationalen Märkte ruft entsprechende protektionistische Reaktionen hervor, die sich beispielsweise in der Forderung nach Quoten für die Produktionen einheimischer Künstler in Rundfunk und Musikfernsehen manifestieren, wie sie etwa der Deutsche Rock- & Popmusikerverband 1996 erhoben hat. Im Gegensatz zu diesen Szenarien läßt sich jedoch zeigen, daß der Prozeß kultureller Globalisierung im Hinblick auf die Entwicklung populärer Musik und der dazugehörigen Jugendkulturen nicht einfach als Homogenisierung verstanden werden kann, sondern eine Pluralität neuer Genres hervorbringt, die gerade auf der Warenform und den technologischen Innovationen basiert, die für Popmusik charakteristisch sind.

Ein Beispiel stellt die Entwicklung elektronischer Tanzmusik hin zum besonders in Deutschland populären Genre »Techno« und der um die-

sen Musikstil zentrierten Szene dar. Im Mittelpunkt der kulturellen Praxis von Techno steht dabei die kollektive Rezeption der Musik im Rahmen vornehmlich kommerzieller Tanzveranstaltungen. In den Clubs und Diskotheken sowie auf den sogenannten Raves wird das Programm in der Regel von einem Diskjockey präsentiert. Im Gegensatz zur traditionellen Rolle des Diskjockeys wird jedoch von den Techno-DJs erwartet, daß sie nicht nur Tonträger auswählen, sondern diese darüber hinaus auch gemäß ihren ästhetischen Vorstellungen variieren. Für diese Praxis ist die Kombination von zwei Plattenspielern wesentlich, die durch ein Mischpult miteinander verbunden sind. Dadurch kann sowohl die Synchronisierung als auch die Synthese von auf Tonträgern konservierten Musiktiteln durch verschiedene Verfahren des »Mixens« realisiert werden.

Die Verwendung eines solchen »sound systems« zum Zwecke der Manipulation musikalischen Materials ist bereits für die musikalische Praxis von »Disco« konstitutiv. Noch bevor Disco als eigenständiges musikalisches Genre entstand, wurde der für diese Form der populären Tanzmusik charakteristische Sound Ende der 60er Jahre als eine Mischung aus afro- und lateinamerikanischer Popmusik in einigen New Yorker Diskotheken entwickelt (vgl. Poschardt 1995). Die Möglichkeiten des Mixens dienten zu diesem Zeitpunkt vor allem dazu, die durch das Format der Single in der Regel auf etwa drei Minuten beschränkte Dauer einer Aufnahme durch Ein- und Überblendungen tendenziell endlos auszudehnen. Die Musikindustrie reagierte darauf mit der Einführung der Maxi-Single. Charakteristisch für die auf Maxi-Singles veröffentlichten (Disco-) Versionen ist eine Verlängerung des Titels durch instrumentale Zwischenpassagen bei gleichzeitiger Reduktion des vokalen Vortrags. Damit waren für diese musikalischen Produktionen weniger der Gesang bzw. der Song prägend als die motorische Animation durch den »Disco-Beat«. Das bot zugleich die Möglichkeit, bereits existierende Musiktitel durch die Betonung der rhythmischen Elemente an die Anforderungen der musikalischen Praxis von Disco anzupassen. Dabei konnte man auf das gängige Aufnahmeverfahren von Studioproduktionen zurückgreifen, bei dem die einzelnen Elemente im Mehrspurverfahren aufgezeichnet und anschließend abgemischt werden. So steht das musikalische Material auch einer nachträglichen Bearbeitung zur Verfügung, so daß im Kontext von Disco erstmals Remixe als entsprechend veränderte Versionen von Originaltiteln entstehen konnten (vgl. ebd., S. 123).

Etwa zeitgleich fand dieses Verfahren im jamaikanischen Dub-Reggae Verwendung, wo bereits mit der sogenannten »Dancehall« eine eigene Tradition entsprechender Tanzveranstaltungen bestand. Für diesen Gebrauchszusammenhang werden als Dub-Versionen bezeichnete Remixe von Reggaetiteln produziert, die sich auf deren baßbetonten Rhythmus beschränken und ihn durch den Einsatz elektronischer Effekte wie Echo und Hall noch verstärken. Auf diese kulturelle Praxis bezogen sich wenige Jahre später vor allem die afro-amerikanischen Protagonisten des Phänomens »HipHop«, die die Techniken des DJing weiter perfektionierten. Unter dem Namen »Afrika Bambaataa« wurde Ende der 70er Jahre in New York ein DJ bekannt, der sein Publikum mit Platten begeisterte, die kein anderer DJ spielte, weil sie entweder sehr ungewöhnlich (z.B. Titelmelodien von Fernsehserien oder Spielfilmen) oder ausgesprochen schwer erhältlich (z.B. ältere Soul- und Funktitel) waren. Zu seiner Methode gehörte außerdem, in einem vorwiegend »schwarzen« Kontext auch Stücke von »weißen« Rockgruppen wie den Rolling Stones oder den Beatles zu präsentieren (vgl. Toop 1991, S. 66). Unter diesem Einfluß wird 1977 der Titel »Trans-Europa-Express« der bundesdeutschen Formation »Kraftwerk« unter afro-amerikanischen und hispanischen Jugendlichen zu einem Hit, und Bambaataa wird auch die Idee zugeschrieben, in den langen Instrumentalteil dieses Stückes Reden von Malcolm X einzublenden (ebd., S. 130).

Während es sich bei diesem eklektischen »cut'n'mix« zunächst um ein Phänomen handelt, das ausschließlich live dargeboten werden konnte, wurde es wenig später auch möglich, musikalische Aufnahmen in ähnlicher Art und Weise zu produzieren. Die Grundlage dieser Innovation stellten die Digitalisierung musikalischer Information und die Etablierung einer international standardisierten Schnittstelle für die Übertragung digitalisierter Audio-Signale dar. Die Norm des Musical Instrument Digital Interface (MIDI) ermöglicht nicht nur die Datenübertragung zwischen elektronischen Instrumenten unterschiedlicher Hersteller, sondern erlaubt auch die Einbeziehung eines PCs in ein solches System. Auf diese Weise können musikalische Informationen, die in digitaler Form vorliegen, mittels entsprechender Software ebenso ediert und manipuliert werden wie andere Daten. Bezog sich die Benutzung des MIDI zunächst auf die Integration eines elektronischen Instrumentariums, wie es bereits bei der Produktion aufwendiger Aufnahmen beispielsweise aus dem Bereich des Genres »Disco« verwendet wurde, so fand ab Anfang der 80er Jahre

eine alternative Art der Klangerzeugung Eingang in die musikalische Produktion, die diese mit den Praktiken des DJing verbindet.

Dabei handelt es sich um das Sampling als eine Technologie, die die Umwandlung analoger Audio-Signale in digitale Werte ermöglicht, die dann gespeichert werden können. Ursprünglich sollte so die Simulation von Instrumenten durch Synthesizer perfektioniert werden. Doch durch dieses Verfahren können nicht nur einzelne Klänge kontrolliert wiedergegeben, sondern je nach Speicherkapazität des verwendeten Samplers auch Sequenzen eines Musikstückes aufgezeichnet und manipuliert werden. In diesem Sinne ermöglicht das Sampling die Erstellung eines kompletten Titels mittels Verwendung musikalischer Zitate. Mit der entsprechenden Software können die digitalisierten Klangereignisse am Bildschirm eines PCs grafisch dargestellt und im Modus des »cut'n'paste« kopiert und kombiniert werden. Insofern steht diese, für die Produktion aktueller elektronischer Tanzmusik konstitutive ästhetische Praxis den Verfahren der Collage und Montage deutlich näher als konventionelle Kompositionstechniken. Hier ist die ästhetische Kompetenz nicht mehr durch die Schöpfung angeblich autonomer Artefakte charakterisiert, sondern durch die Fähigkeit zur Selektion und Kombination existierender Kunstwerke. Damit werden potentiell alle auf Tonträgern konservierten Werke zum Ausgangsmaterial für musikalische Produktionen, die nunmehr als dialogische Arrangements konzipiert sind.

Mit den dargestellten Entwicklungen ist ein verändertes Verständnis der musikalischen Produktion verbunden, die sich nun an der Praxis des Mixens beim DJing orientiert. Damit werden gleichzeitig Vorstellungen von Autorenschaft, die in der Tradition der Schriftkultur stehen, in Frage gestellt. Der oralen Kultur ist die Vorstellung eines individuellen Autors fremd, da Originalität nicht als Eigenschaft eines abgeschlossenen Textes, sondern als Virtuosität bei der Variation thematischer Vorgaben verstanden wird. Solche Praktiken kultureller Produktion können als hybrid bezeichnet werden, und zwar nicht nur wegen der Heterogenität des zugrundeliegenden Materials: »*Hybrid* ist alles, was sich einer Vermischung von Traditionslinien oder von Signifikantenketten verdankt, was unterschiedliche Diskurse und Technologien verknüpft, was durch Techniken der *collage*, des *samplings*, des Bastelns zustandegekommen ist.« (Bronfen/Marius 1997, S. 14) Hier verlieren die einzelnen Titel ihren Anspruch auf Abgeschlossenheit, die musikalische Produktion wird zu einem Prozeß

der Variation, der sich besonders deutlich im (Re-)Mischen realisiert. Die Relativierung der Autorenschaft durch die Praxis des Sampling wirft damit jedoch nicht nur ästhetische Fragestellungen auf, sondern auch solche, die das Urheberrecht betreffen. Während die Verwendung von Zitaten innerhalb von Gemeinschaften funktioniert, die eine bestimmte Auffassung von Autorenschaft teilen, kollidiert diese Praxis mit der Konzeption geistigen Eigentums, wie es sich in der Gesetzgebung westlicher Gesellschaften manifestiert. Die daraus resultierenden Copyrightkonflikte illustrieren, daß kulturelle Globalisierung nicht schlicht als Homogenisierung im Sinne einer Durchsetzung westlicher Werte verstanden werden kann.

Darüber hinaus sind die Verfahren der Collage und Montage von Zitaten auch für die visuelle Erscheinungsweise aktueller elektronischer Tanzmusik charakteristisch. Dies betrifft einerseits die grafische Gestaltung der betreffenden Tonträger und andererseits die Printmedien, die funktional auf die entsprechenden kulturellen Praktiken bezogen sind. Dabei handelt es sich vor allem um »Flyer«, flugblattähnliche Druckprodukte, deren Funktion die Ankündigung von Tanzveranstaltungen ist, sowie die entsprechenden Musikmagazine. Auch hier ermöglicht die digitale Technologie des Desktop-Publishing die Benutzung und Bearbeitung bereits existierender Elemente. Als Schlüsseltechnik kann dabei in Analogie zum Sampling das »Scanning« verstanden werden, mit dem sowohl Bilder als auch Schriften digitalisiert werden können. Ausgiebig wird die Ikonographie von Phänomenen der populären Kultur unterschiedlichster Provenienz zitiert. Da z.B. die Entwicklung der japanischen Gesellschaft als prototypisch für die technokulturellen Trends gilt, finden in der bundesdeutschen Technoszene visuelle Elemente der japanischen Bildsprache Verwendung. Dies reicht von der signalhaften Abbildung japanischer Schriftzeichen bis zur Adaption von Motiven aus den sogenannten »Mangas«. Zu einem charakteristischen Gestaltungsmerkmal hat sich auch die Verwendung von »Falschlogos« entwickelt, die eine in der Regel in ironischer Absicht vorgenommene Abwandlung der Signets allgemein bekannter Firmen bzw. Marken darstellen. Bei diesen minimalen Manipulationen wird das grafische Erscheinungsbild des jeweiligen Emblems beibehalten und durch einen anderen Begriff ersetzt (so wird beispielsweise aus »Jägermeister« »Ravermeister«). Auch diese Praxis kann zu juristischen Auseinandersetzungen mit den Urhebern führen, etwa wenn das betroffene Unternehmen sie als »Rufausbeutung« interpretiert.

Doch die insbesondere für Techno typischen Techniken kultureller Produktion haben nicht nur ästhetische und juristische Implikationen, sondern auch eine ökonomische Dimension, denn die Digitalisierung senkt die Produktionskosten für veröffentlichungsfähige Aufnahmen. Insofern ausschließlich elektronische Instrumente zum Einsatz kommen, ist es nicht notwendig, ein Tonstudio zu mieten, in dem bei traditionellen Musikproduktionen in der Regel die Abmischung und Aufzeichnung vorgenommen wird. Da die entsprechenden Geräte einigermaßen erschwinglich sind, sind im Technobereich bereits kleinere Auflagen von Tonträgern rentabel und lassen sich auch unabhängig von den marktbeherrschenden Plattenfirmen, den »Major Labels«, veröffentlichen. Trotzdem bleibt die Bekanntheit dieser Produktionen nicht allein auf regionale oder nationale Märkte beschränkt, denn wie ein bekannter deutscher DJ bemerkt: »Ein guter Plattenladen zeichnet sich vor allem auch durch eine eigene Importpolicy aus. Das heißt, daß die nicht nur vom Großhändler Platten kriegen, sondern selber direkt aus England und Amerika Platten importieren, also selber da anrufen und sich eine Kiste rüberschicken lassen; und deshalb da Platten haben, die jetzt in den konfektionierten Läden nicht zu haben sind.« (Westbam 1997, S. 52f)

Eine andere Möglichkeit des Vertriebs stellt die Bestellung bei Versandunternehmen dar, bei denen die Interessenten die gewünschten Tonträger aus einem Katalog auswählen können. In Anlehnung an dieses Verfahren der »Mailorder« existieren inzwischen Anbieter, bei denen sowohl Auswahl als auch Bestellung über das Internet abgewickelt werden können. Als nächster Schritt etabliert sich derzeit eine Vertriebsform, die auf physische Tonträger ganz verzichtet. Sie nutzt die Möglichkeit, eine musikalische Aufnahme zu digitalisieren und diese Daten so zu komprimieren, daß sie ohne gravierende Qualitätsverluste via Internet übermittelt werden können. Es wird bereits eine Vielzahl von Titeln angeboten, die die Kunden im Modus »Music on Demand« einzeln und gegen die Entrichtung einer Gebühr beziehen können. Die Produzenten musikalischer Aufnahmen können dank dieser Form der Verbreitung musikindustrielle Selektionsmechanismen umgehen. Auch diese Entwicklung stellt die Vorstellung von kulturellen Globalisierungsprozessen in Frage, die ausschließlich von den anonymen Agenturen der Kulturindustrie ausgehen.

Daß Techno vor allem in Deutschland populär ist, wird gerne als Beleg dafür genommen, daß es sich um ein genuin europäisches, von der anglo-

amerikanischen Popkultur weitgehend unabhängiges Phänomen handelt. So meint beispielsweise Jürgen Laarmann, einst Herausgeber des Magazins »Frontpage« und einer der »Talking Heads« von Techno: »Immerhin handelt es sich um die erste große kontinentaleuropäische Jugendkultur, die nach dem 2. Weltkrieg entstanden ist. Erstmals hat sich hierzulande eine Generation ihre Musik selbst gemacht und nicht nur die anglo-amerikanischen Vorbilder konsumiert.« (Laarmann 1997, S. 258) Diese Einschätzung stützt sich unter anderem auf den gemeinsamen musikhistorischen Bezugspunkt, den viele Produzenten von Technotiteln angeben. Dabei handelt es sich um die Düsseldorfer Formation »Kraftwerk«, die 1974 mit ihrem Titel »Autobahn« einen popmusikalischen Paradigmenwechsel vollzog, indem sie unter Verwendung eines Synthesizers den gesamten Ablauf der musikalischen Präsentation programmierte und so hörbar auf eine konventionelle Instrumentierung verzichtete. Auch der zu diesem Zeitpunkt zu konstatierende Einfluß prominenter Produzenten auf die Entwicklung des Genres »Disco« könnte als Beleg für die kontinentaleuropäische Genese von Techno verstanden werden. So nahmen Giorgio Moroder und Pete Bellote in München mit der afro-amerikanischen Sängerin Donna Summer den Titel »Love to Love You Baby« (1975) auf, und Frank Farian produzierte Titel wie »Fly Robin Fly« (1975) von »Silver Convention«. Während US-amerikanische Produzenten entsprechende Titel noch mit Studiomusikern einspielten, fanden in Europa bereits elektronisch simulierte Instrumente Verwendung, die in illusionistischer Absicht als Ersatz für aufwendige Orchestrierung eingesetzt wurde.

Doch muß man sich auch hier vor Vereinfachungen hüten. So wenig Globalisierung mit Homogenisierung gleichzusetzen ist, so wenig scheint Techno ein genuin kontinentaleuropäisches oder gar deutsches Phänomen zu sein. Auch wenn es historisch einen solchen Einfluß gab, geht die Bedeutung des DJing für die kollektive Rezeption entsprechender Tonträger im Rahmen von Tanzveranstaltungen doch auf eine Praxis zurück, die zunächst in Jamaika sowie den Vereinigten Staaten und später in Großbritannien populär wurde. So entwickelte sich Mitte der 80er Jahre das Genre »House« als eine deutlich auf den Rhythmus reduzierte Version von Disco. Diese Bezeichnung rekurriert auf einen der Entstehungsorte dieses Genres, die Chicagoer Diskothek »Warehouse«, in der der DJ Frankie Knuckles seit Anfang der 80er Jahre eine Mischung aus US-amerikanischer Discomusik und elektronischer Popmusik aus Europa präsentierte. Ähnlich

differenzierte sich aus dem HipHop zunächst das Genre »Electro« aus. Als Bezugspunkt für diese Entwicklung gelten Produktionen von Afrika Bambaataa, der auch außermusikalische Klangereignisse wie die Geräuschkulisse von Videospiele in Titeln wie »Planet Rock« (1982) integrierte. Einen ähnlichen Sound produzierte ab 1982 in Detroit die Formation »Cybotron«. Dabei bezog sich Juan Atkins als Mitglied von Cybotron sowohl auf die futuristische Ästhetik einer Formation wie Kraftwerk als auch auf das Buch »The Third Wave« von Alvin Toffler (1980), in dem sogenannte »techno rebels« als Avantgarde des postindustriellen Zeitalters proklamiert werden, und steht damit in der afro-amerikanischen Tradition der Aneignung futuristischer Szenarien im Kontext von Popmusik und Science Fiction-Literatur (vgl. dazu Dery 1994). Ab 1985 arbeitete Atkins allein unter dem Namen »Modell 500« weiter und kooperierte darüber hinaus mit Kevin Saunderson und Derrick May. In der Musik dieser drei DJs und Produzenten verband sich die Vorliebe für den Ende der 70er Jahre ebenfalls in Detroit produzierten »P-Funk« eines George Clinton mit elektronischer Popmusik aus Europa. Der internationale Durchbruch dieses Genres elektronischer Tanzmusik und die Etablierung seiner Bezeichnung als Techno fand 1988 mit der Veröffentlichung einer Compilation bereits bekannter Titel in Großbritannien statt. In Abgrenzung zu »House« und mit Bezug zu dem auf diesem Album enthaltenen Titel »Techno Music« von Juan Atkins wurden die musikalischen Produktionen als »Techno! The New Dance Sound of Detroit« vermarktet.

Die neue elektronische Tanzmusik aus den USA gelangte vor allem über den Umweg der Mitte der 80er Jahre bei jungen Briten als Ferienort besonders beliebten balearischen Insel Ibiza nach Großbritannien. Gleichzeitig mit den ersten House-Platten erreichte das beispielsweise in New Yorker Diskotheken wie der »Paradise Garage« bereits gebräuchliche Amphetaminderivat »Ecstasy« die Insel und ermöglichte dort in Diskotheken wie dem »Amnesia« ein einzigartiges Erlebnis, bei dem das Tanzvergnügen die ganze Nacht andauern konnte. In London veranstalteten 1987 einige der begeisterten Urlauber zunächst private Parties, die diese außeralltägliche Atmosphäre vermitteln sollten. Die dort präsentierte musikalische Mischung verschiedener Genres elektronischer Tanzmusik war nur mäßig kodifiziert und wurde in Anlehnung an den Entstehungsort als »Balearic Beat« bezeichnet. Innerhalb weniger Wochen verließ das Phänomen der »Ibiza-Reunion-Parties« (Poschardt) den kleinen Kreis Eingeweihter und

etablierte sich auch in den Diskotheken der britischen Hauptstadt. Wegen der im Vergleich zu anderen europäischen Metropolen restriktiven Sperrstundenregelung und aufgrund der immensen Nachfrage des jugendlichen Publikums fanden entsprechende Events inzwischen auch an anderen Orten statt. Dabei handelte es sich in der Regel um illegale Veranstaltungen in verlassenen Lagerhallen, die sogenannten »warehouse parties«, oder es wurden außerhalb der Londoner Innenstadt geeignete Räumlichkeiten angemietet. Auf diese Weise entstand das Konzept des Rave mit mehreren tausend Teilnehmern. Diese Veranstaltungsform zeichnete sich durch die aufwendige Gestaltung der jeweiligen Örtlichkeit mittels Dekoration und Lichtinstallationen aus sowie durch den Auftritt verschiedener DJs, die zum Teil gleichzeitig in verschiedenen Räumlichkeiten ihr musikalisches Programm präsentierten. Die elektronische Tanzmusik entwickelte sich so von der relativ exklusiven »club culture« zu einem Phänomen der Jugendkultur, das dann unter der Bezeichnung »Acid House« auch in der Bundesrepublik bekannt wurde.

Hier wurden vor allem in Berlin und Frankfurt seit Mitte der 80er Jahre verschiedene Genres der elektronischen Tanzmusik produziert und rezipiert (vgl. dazu Meyer/Ramge 1999). Der »Techno-Boom« begann jedoch erst mit dem Import der Veranstaltungsform der Raves sowie dem Fall der Berliner Mauer. Dank des Autoritätsverlusts der DDR-Organe und der Existenz leerstehender Gebäude im Ostteil der Stadt konnten dort Parties ohne offizielle Genehmigung veranstaltet werden. Zu einem dauerhaften Veranstaltungsort wurde ab 1991 unter dem Namen »Tresor« der ehemalige Tresorraum des im Zweiten Weltkrieg schwer beschädigten Kaufhauses »Wertheim« in der Nähe des Potsdamer Platzes. Dorthin wurden auch DJs aus Detroit geladen, und aus dieser Zusammenarbeit entstand die Plattenfirma »Tresor Records«. Für sie produzierten neben den Initiatoren des Genres »Techno« vor allem deren Nachfolger wie die unter dem Namen »Underground Resistance« tätigen DJs Jeff Mills, Mike Banks und Robert Hood, die in Berlin inzwischen ein größeres Publikum als in den USA haben. Durch die Popularität des in Detroit entstandenen Genres »Techno« setzte sich dieser Name in der Bundesrepublik schließlich auch als Oberbegriff zur Bezeichnung aktueller elektronischer Tanzmusik durch.

Im Zuge der Popularisierung dieses Phänomens setzte vor allem in Europa die Ausdifferenzierung von Techno in zahlreiche Subgenres mit

jeweils eigener Anhängerschaft ein. Dabei wurden lokale Traditionen inkorporiert und inspirierten oft auch die Bezeichnung der betreffenden Subgenres. So entstand beispielsweise die besonders schnelle und aggressiv wirkende Variante »Gabber« zunächst in Rotterdam in lokalpatriotischer Absetzung gegen Amsterdam. Währenddessen wurde in Großbritannien vor allem durch den Einfluß von Immigranten jamaikanischer Herkunft die Entstehung von Subgenres wie »Jungle« und »Drum'n'Bass« initiiert. Um die ästhetischen Nuancen innerhalb der verschiedenen Varianten zu markieren, wurde der Name der Stadt verwendet, in der ein spezifischer Sound entstanden war, so daß sich beispielsweise ein »Sound of Bristol« identifizieren läßt. So hat sich eine Dialektik von Globalität und Lokalität entfaltet, die mit dem Begriff der »Glokalisierung« erfaßt werden kann: Die globale Grammatik des Beat ermöglicht so die Diversifikation ästhetischer Ausdrucksformen im Medium »kultureller Kreolisierung« (Hannerz 1992).

Ein weiteres Beispiel für dieses Phänomen der Vermischung stellt auch jene Veranstaltungsform dar, die als spezifisch bundesdeutscher Beitrag zur Technokultur verstanden wird. 1989 wurde in Berlin erstmals die Love Parade veranstaltet. Seitdem findet sie jährlich statt, und die Teilnehmerzahl ist inzwischen auf über eine Million vorwiegend junger Menschen angestiegen. Die Raver versammeln sich dabei um bis zu 50 Sattelschlepper, die mit mobilen »sound systems« beladen sind, und sich langsam durch das Zentrum der bundesdeutschen Hauptstadt bewegen. Obgleich die Parade als politische Demonstration angemeldet und trotz anhaltender öffentlicher Diskussionen als solche genehmigt wird (vgl. dazu Meyer 1999), verweist ihre Erscheinungsweise auch auf Vorbilder aus anderen kulturellen Kontexten. Insbesondere der Vergleich mit dem Karneval in Rio de Janeiro drängt sich auf (vgl. Taylor 1982). Die auf den Wagen der Love Parade vertretenen Clubs und Labels repräsentieren ebenso wie die Samba-Schulen die ästhetische Ausformung spezifischer Subgenres der jeweiligen Gattung und fungieren über das gesamte Jahr als Fokus der betreffenden kulturellen Praxis.

Auch der 1966 erstmals durchgeführte Londoner Notting Hill Carnival kann als Vorläufer der Love Parade verstanden werden. Hervorgegangen aus der sozialräumlichen Segregation von Immigranten afro-karibischer Herkunft im betreffenden Stadtteil (vgl. Cohen 1993), hat er sich durch die Integration von »sound systems« Mitte der 70er Jahre inzwischen auch als ein jugendkulturelles Phänomen etabliert, bei dem unter anderem aktuelle

Ausformungen von Genres elektronischer Tanzmusik wie »Drum'n'Bass« präsentiert werden. Darüber hinaus knüpft die Love Parade an ein Darstellungsrepertoire an, das auch für den Christopher Street Day charakteristisch ist. Die Paraden von Homosexuellen formieren sich inzwischen ebenfalls um Umzüge mit Wagen und musikalischer 106 *Erik Meyer Techno* 107 Beschallung. Dabei wird die bereits in den Demonstrationen der Neuen Sozialen Bewegungen zu konstatierende expressive Form der Selbstdarstellung, die mit dem weitgehenden Verzicht auf verbale Artikulation in Form von Redebeiträgen oder Sprechchören korrespondiert, noch gesteigert. Diese Form hat vor allem im deutschsprachigen Raum als öffentliche Manifestation der Techno-Szene Verbreitung gefunden: Es gibt z.B. den »Generation Move« in Hamburg, den »Union Move« in München, die »Free Party« in Wien, die »Street Parade« in Zürich. 1998 wurden erstmals auch entsprechende Veranstaltungen in Paris und Tel Aviv durchgeführt.

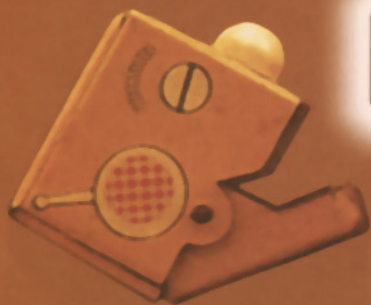
Es ist also weder möglich, Techno als ein Phänomen kontinentaleuropäischen Ursprungs zu interpretieren, noch als Assimilation an die Vorgaben anglo-amerikanischer Popkultur, die, wie gezeigt werden konnte, bereits selbst eine »syncretic expressive culture« (Gilroy 1991) ist. Statt dessen stellt Techno eine kulturelle Praxis hybrider Herkunft dar: »contemporary accelerated globalization means the hybridization of hybrid cultures« (Pieterse 1995, S. 64). Vor allem die oft als Mangel kritisierte Sprachlosigkeit von Techno hat die globale Aneignung und lokale Interpretation dieses Genres erst ermöglicht. Das Phänomen Techno zeigt darüber hinaus, daß die Verwendung technologischer Innovationen, die gemeinhin als Speerspitze der Globalisierung betrachtet werden, nicht zu einer Homogenisierung und Standardisierung und damit Verarmung ästhetischer Ausdrucksformen führen muß.

Literatur

- Ulrich Beck, *Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung*, Frankfurt a.M. 1997.
- Elisabeth Bronfen/Marius Benamin (Hg.), *Hybride Kulturen. Beiträge zur anglo-amerikanischen Multikulturalismusbefragung*, Tübingen 1997, insbes. die Einleitung S. 1-29.
- Abner Cohen, *Masquerade Politics. Explorations in the Structure of Urban Cultural Movements*, Berkeley/Los Angeles 1993.
- Mark Dery, »Black to the Future: Interviews with Samuel R. Delany, Greg Tate, and Tricia Rose«, in: ders. (Hg.), *Flame Wars. The Discourse of Cyberculture*, Durham/London 1994, S. 179-222.

- Paul Gilroy, »Sounds Authentic: Black Music, Ethnicity, and the Challenge of a Changing Same«, in: *Black Music Research Journal* 11/2 (1991), S. 111-136.
- Rainald Goetz, *Rave*. Frankfurt a.M. 1998.
- Ulf Hannerz, *Cultural Complexity. Studies in the Social Organization of Meaning*, New York 1992.
- Robert Klanten (Hg.), *Localizer 1.0 – the techno house book*, Berlin 1995.
- Erik Meyer, *Die Techno-Szene. Ein jugendkulturelles Phänomen aus sozialwissenschaftlicher Perspektive*, Opladen (i.E.) 1999.
- Ders./Thomas Ramge, »Welcome to the Machine. Acid, House und Techno«, in: P. Kemper/T. Langhoff/U. Sonnenschein (Hg.), »alles so schön bunt hier«. *Die Geschichte der Popkultur von den Fünfzigern bis heute*, Stuttgart (i.E.) 1999.
- Jürgen Laarman, »Fuck the depression – We are alive! Warum Techno nicht stirbt und was wirklich draufgeht...«, in: SPoKK (Hg.): *Kursbuch JugendKultur. Stile, Szenen und Identitäten vor der Jahrtausendwende*, Mannheim 1997, S. 256-262.
- Jan Nederveen Pieterse, »Globalization as Hybridization«, in: M. Featherstone/S. Lash/R. Robertson (Hg.): *Global Modernities*, London 1995, S. 45-68.
- Ulf Poschardt, *DJ-Culture*, Hamburg 1995.
- J. M. Taylor, »The Politics of Aesthetic Debate: The Case of Brazilian Carnival«, in: *Ethnology* 21 (1991), S. 301-311.
- Alvin Toffler, *The Third Wave*, New York 1980.
- David Toop, *Rap Attack 2. African Rap to Global Hip Hop*, London/New York 1991.
- Peter Wicke/Kai-Erik und Wieland Ziegenrücker, *Handbuch der populären Musik*, (3., überarbeitete und erweiterte Auflage) Mainz 1997.
- Westbam [mit Rainald Goetz], *Mix, Cuts & Scratches*, Berlin 1997.

MANDANA



MANDANA EIBEGGER
FLEXRELAIS



04-09 LUV LIFE MASSIVE (LIVE)
VINYL PRÄSENTATION

11-09 FLAK &
ALEX REITERER

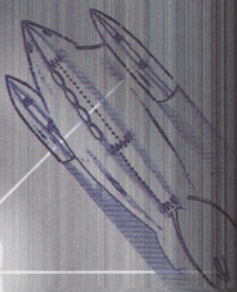


08

26-09 HEIMBUCH 3 &
KRAIZ DEN RHYTHMUS



01-10 DPT. YOGI SO JOURNEY
FOR ALL SO LOONY



WWW.SLUGERBUCH.COM/SLS

18-09 DORFMEISTER & HERZO

ELEKTROPLOITATION

quality electro-funk shop

presents

Alienoids

COMPUTER GAME #3

Genug von urbanen Gefahren und Röhrensystemen hat es Mr. Electric ins Weltall verschlagen. Doch auch hier lauert "Q": Unaufmerksam ist der Roboter in einen Alienoidengürtel gedriftet, wo er nun den schweren Brocken Widerstand leisten muss.

Helfen Sie Mr. Electric, die Alienoiden zu zerstören, und ihnen auszuweichen!

Aber Vorsicht: Einige saugen die Energie der Schüsse auf und vergrößern ihr Volumen!

schöner
produktion

sound by
Alex
is my bro

Sa. 5.6.

FLEX



AkoAsma presents

1.S.O.

FLEX



I. CHIRAKU YOSHIMITSU (drums)

S. SACHIKO M. (sampler)

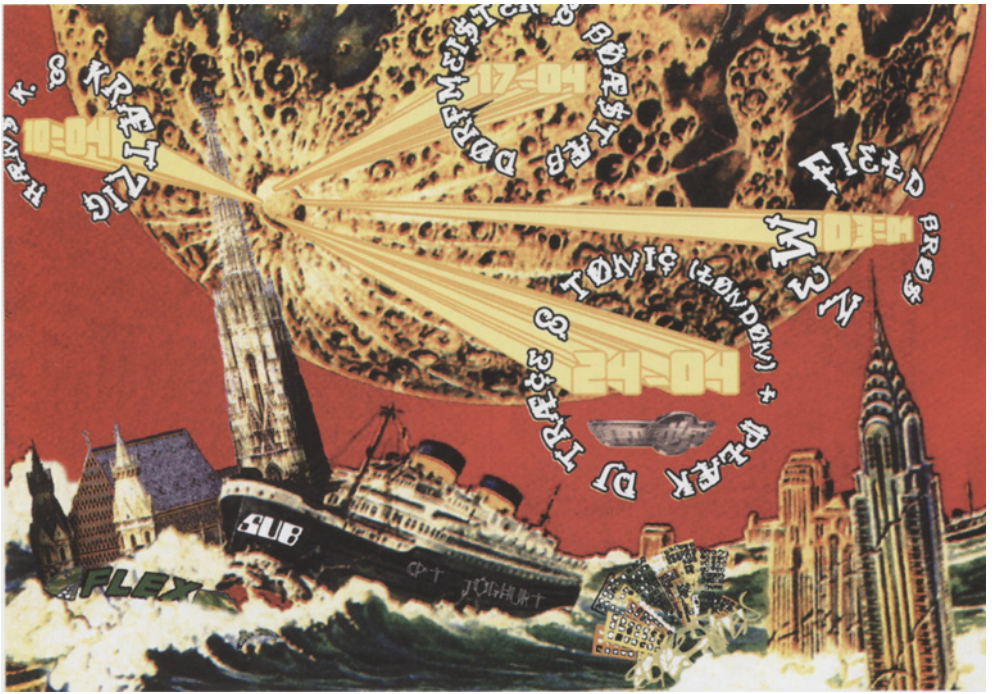
O. TOMO YOSHIIHIDE
(turntables, guitar)

AkoAsma

Samstag 17.5.

23.00

FLEX Donaukanal U2/U4 Schottentorg



ELEKTRO PLOTTATION

ELFKTROINSTALLATIONEN

Flex



Live:

dmx
KREW

(London / Replex, Breakin')

SA 14.11.

feat the
amazing
MR. ELECTRIC
& alien gogo
"Q"

DJ Glow
Roswell 47

CLUB TRIVIAL



breakbeat league



ELEKTRIKER

Udo Göttlich und Jörg-Uwe Nieland
 POLITIK IN DER POP-ARENA
 Neue Formen der Politikvermittlung

»War schon mal jemand in Albanien?« –
 »Nö.« –
 »Ok, wir nehmen Albanien.«¹

Im bundesdeutschen Wahlkampf 1998 markierte der 17. April ein einschneidendes Datum. Nicht nur, weil an diesem Tag Gerhard Schröder zum SPD-Kanzlerkandidaten gekürt wurde, sondern auch wegen des Rahmens, in dem dieses Ereignis den Wählern vermittelt wurde. Die Entertainment-Inszenierung des SPD-Sonderparteitages nach US-amerikanischem Muster wurde durch den Auftritt des damaligen SPD-Bundesgeschäftsführers Franz Müntefering in der *Harald Schmidt Show* kongenial ergänzt. Müntefering stellte sich im Anschluß an den Parteitag nicht den Fragen der Journalisten in den Nachrichten- oder Informationssendungen, sondern flachste mit Kultmoderator Harald Schmidt über seine Frisur. Politische Inhalte und Ziele wurden allenfalls beiläufig thematisiert. Es scheint, die Politik ist endgültig in der Poparena angekommen.

Im Folgenden wollen wir dem Phänomen nachgehen, daß inzwischen auch in der Bundesrepublik Formen der Politikvermittlung im Vormarsch sind, die populärkulturell geprägt sind und auf die Lebensstile und die Alltagskommunikation vor allem der Jugendlichen Bezug nehmen.

Diese Strategien politischer Kommunikation korrespondieren mit gesellschaftlichen Veränderungen, insbesondere mit der Entwertung eingübter Muster und den neuartigen Anforderungen an die Gestaltung von Lebensentwürfen und Lebensstilen. Dies schließt die Frage nach der politischen Orientierung bzw. nach dem Stellenwert und der Rolle von Politik jenseits von traditionellen Lösungen ein. Was für die einen als Krisensymptom der Politik erscheint, als Versagen der Steuerungsinstrumente,² stellt sich für die anderen als eine Transformation des Politischen dar, welche die Politik in neue Arenen führt.³

Wenn die Politik sich auf die Logik des Entertainment einläßt, bleibt dies für die politische Identitätsbildung und Kommunikation nicht fol-

genlos (vgl. Dörner 1999). Beschleunigt wird diese Entwicklung durch den kulturellen Wandel, der die Populärkultur zu einem kommunikativen Paradigma für beinahe alle gesellschaftlichen Schichten und Gruppen gemacht hat (vgl. Maase 1999). Die neuen politischen Kommunikationsstrategien scheinen nur zu greifen, wenn die populärkulturellen Symbole bei den Wählern bereits als bekannt vorausgesetzt werden können. Nur dann bieten sich Verknüpfungsmöglichkeiten mit neuen Symbolen und Personen, die wie Marken aufgebaut und verkauft werden.

Politik und Unterhaltungsöffentlichkeit

Der gerne bemühte Vergleich mit den USA zeigt, daß dort seit längerem nicht allein während der Wahlkämpfe Politik, Medien und Populärkultur eine enge Verbindung eingehen (Rybarczyk 1997). Inzwischen erweisen sich die Unterhaltungsöffentlichkeit und insbesondere die Fernsehserien und ihr Publikum nicht nur in den Vereinigten Staaten als ein Forum, auf dem mehr und mehr gesellschaftspolitische Kontroversen – etwa Fragen der Familienpolitik oder die Gleichstellung homosexueller Paare – ausgetragen werden.⁴ Wie korrespondiert dies mit den inszenierten Kampagnen des letzten Bundestagswahlkampfes, die im festen Schulterschuß mit Werbeagenturen geplant und in den Parteizentralen von rasch gekürten Medienexperten durchgeführt wurden?

Die Diskussion um symbolische Politik, in der davon ausgegangen wird, daß sich die Medien im »öffentlichen Kommunikationsprozeß als eigenständige Kraft zwischen politischen Eliten und Bevölkerung etabliert haben« (Baringhorst 1997, S. 43), wäre um eine Analyse der Unterhaltungsöffentlichkeiten zu ergänzen. Dies würde erlauben, der bislang im Mittelpunkt politikwissenschaftlicher Untersuchungen stehenden Rolle und Bedeutung des Journalismus einen neuen Aspekt hinzuzufügen. Denn die Politiker liefern nicht mehr allein den Journalisten Rohstoff, während diese ihnen im Gegenzug eine Bühne zur Selbstdarstellung bieten. Mittlerweile stellt der Show-Biz ebensolche Foren bereit und nutzt die Personality der Politiker für die Gestaltung zuschauerträchtiger Programmeinlagen.

Angesichts dieser Entwicklung von der »Schreinemakerisierung unserer Medienwelt« (Weischenberg 1997) zu sprechen, grenzt an Untertreibung. Die PR-Maschinerien und der von ihnen entfesselte Medienrummel scheinen, unbeeindruckt von den unablässigen Warnrufen aus Gesellschaft und

Öffentlichkeit, das Leben dermaßen in Unterhaltungskunst verwandelt zu haben, daß das eine nicht mehr vom anderen zu unterscheiden ist (vgl. Gabler 1999, S. 12). Die Kinofilme *Truman Show* und *Late Show* lassen grüßen.

Letztenendes geht es um die Frage, ob der in letzter Zeit zu beobachtende Einzug der Politik in populärkulturelle Programme als das Resultat »einer kulturell geprägten Synthetisierung von Ästhetik und Politik« gedeutet werden kann. Wie immer man diesen Prozeß bewerten mag, so kann man wohl mit Recht von einer Ausdifferenzierung des politischen Codes sprechen. Denn das Wissen über politische, gesellschaftliche und kulturelle Zusammenhänge wird inzwischen vor allem beim jugendlichen Publikum weniger über Nachrichten und politische Informationssendungen vermittelt (Göttlich/Nieland 1997, S. 190), als vielmehr über das Unterhaltungsangebot, also Serien, Werbespots, Musikvideos und Talkshows etc. Damit gerät die Politik zwangsläufig unter Druck, Jugendliche über solche Sendungen zu erreichen, und dies hat wiederum eine Transformation des Politischen zur Folge.⁵

Neue Anforderungen für die Politikdarstellung

Da in der modernen Medienöffentlichkeit Aufmerksamkeit ein immer knapperes Gut wird, entwickeln die Sender eine Reihe von Gegenstrategien: Sie versuchen, den Fragmentierungstendenzen durch die Bereitstellung von gemeinsamen Foren – etwa in Form von Sondersendungen und *Specials* – entgegenzuwirken; sie lancieren oder fokussieren öffentliche Themen und vermitteln sie als Medienerlebnisse, die es erlauben, die Zuschauer in kommunikative und interaktive Beziehung zueinander zu setzen; dies hat wiederum eine konsonanzbildende und orientierende Funktion. Zumindest was die Fernsehserien betrifft, scheinen diese Strategien gegriffen zu haben: Die Serien haben mittlerweile einen erheblichen Anteil »an der Herausbildung eines öffentlichen Meinungskonsenses« (Dörner 1999, S. 15).⁶ Die Unterhaltungsöffentlichkeit kann auf diese Weise zu einer Institutionalisierung neuer politisch-kultureller Traditionen beitragen (ebd., S. 13ff.).⁷ Die jeweils aktuellen Symbole und Themen fungieren hier als Basis für die Bildung von Identitäten und Interpretationsmustern. Die Verbindung von Alltag, Populärkultur und Politik nimmt genau an dieser Stelle ihren Ausgang.

Die im Umfeld des letzten Bundestagswahlkampfes beobachtbaren Inszenierungen von Politik belegen erstmals, daß sich auch die Politik nicht unbeeinflußt von der populärkulturellen Entwicklung zeigt. Dabei lassen sich zwei Tendenzen unterscheiden, in denen jeweils populärkulturelle Aspekte für die Wahlkampfkommunikation eine Rolle spielten:

Zum einen gab es die bekannten, auf weite Verbreitung angelegten Kampagnen, die populärkulturelle Erscheinungen mit hohem Bekanntheitsgrad nutzen. Die SPD zitierte Bayern-Trainer Trapattonis bahnbrechende Äußerung »Ich habe fertig« auf einem Plakat, das ein Bild Kohls zeigte. Die CDU konterte mit dem Spruch »Keep Kohl« und dem Bild eines Elefanten. Das Bild der sinkenden Titanic mit der Textzeile »Regie: Helmut Kohl« auf einem weiteren SPD-Plakat belegt ebenfalls die Rolle populärer Symbole in der Wahlkampfkommunikation. Natürlich haben jedermann verständliche Symbole und Stereotypen in der politischen Öffentlichkeit wohl immer schon Verwendung gefunden. Ein Unterschied mag allenfalls darin bestehen, daß die Parteien heute selbstironischer geworden sind, zumindest was den Einsatz ihrer eigenen populärkulturellen Symbole anbelangt. Das Beispiel des Elefanten als Symbol für die Wichtigkeit Kohls ist hierfür ein schönes Beispiel.

Bemerkenswerter ist jedoch die zweite Tendenz, die darin besteht, daß die Politik in jüngster Zeit Foren aufsucht, die besonders von Jugendlichen frequentiert werden. Hier erfolgt die Ansprache viel intensiver als über die klassischen Informationskanäle, da mit direkten Verweisen auf die Populärkultur und das Lebensgefühl der jungen Generation gearbeitet werden kann. Eine beliebte Form ist das Interview, zu dem sich Vertreter der Populärkultur mit Politikern treffen, eingeladen und moderiert z.B. von einer Zeitschrift. Im letzten Wahlkampf besonders hervorgetreten ist das Lifestyle-Magazin *MAX* und im Fernsehen die *Harald Schmidt Show*. Politikerauftritte bei Schmidt waren im Wahlkampf wichtig⁸, weil das Image von Schmidt in der (jugendlichen) Zielgruppe gut bekannt ist. Was für die politische Kommunikation in diesem Fall zählt, ist der Image-transfer, wobei sich die Politiker den in diesen Spartenangeboten gepflegten Stilmitteln anpassen (müssen).

Nicht erst seit Sennetts Studie über den flexiblen Menschen wissen wir: Die Medien sind in erster Linie eine Imagebranche. Gerade das Fernsehen rückt Symbole und Marken ins Bild, um sie mit Figuren, Schauspielern, Geschichten, Sendungen oder Anbietern in Verbindung zu setzen. Offen-

bar erfolgreich, denn wir kennen nicht nur die Marken, Logos, Sprüche und Melodien der Werbefilme, wir stellen wie selbstverständlich Zusammenhänge her. Auch in diesem Fall sind manche Entwicklungen gar nicht so neu, und die Verbindung der Medienkultur mit der Politik hat schon seit längerem zur Herausbildung fester Rituale und Inszenierungen in der Berichterstattung geführt.⁹ Aber die politische Kommunikation sieht sich mit aktuellen und neuen Herausforderungen konfrontiert, die aus marketingstrategischen Entwicklungen resultieren, insbesondere aus der im gesamten Mediensystem zu beobachtenden Trend- und Markenpräsentationen (Göttlich/Nieland 1998a). Dies läßt sich als Reaktion auf den Umbruch der Medienlandschaft interpretieren. Zu den wichtigsten Elementen des Medienwandels zählen: die Zulassung privater Anbieter und die Erschließung des Pay-TV-Marktes; die forcierte Deregulierungspolitik insbesondere im Telekommunikationssektor; die technische Konvergenz von Informations-, Kommunikations- und Computertechnologie; das ökonomische Wachstumspotential angesichts der horizontalen, vertikalen und diagonalen Integrations- und Konzentrationsprozesse.¹⁰

Innerhalb dieser Koordinaten bildeten sich – gut fünfzehn Jahre nach der Dualisierung des Rundfunks in der Bundesrepublik Deutschland – fünf Prinzipien der Programmplanung und des Fernsehmarketing heraus: 1. Orientierung am Publikumsgeschmack (unter Berücksichtigung der Werbekundenwünsche); 2. Rationalisierung der Produktion; 3. Programmausweitung; 4. Ausdifferenzierung erfolgreicher Konzepte und 5. Zusammenspiel von Konvergenz und Kontrast bezüglich der Programmplanung von Sendungen (Nieland 1996, S. 188f.).

Im Zuge dieser fortschreitenden Differenzierung und Ökonomisierung des Fernsehens (Wehmeier 1998) erhöhten sich die Anforderungen für die Verantwortlichen in Medien und Politik. Dabei steht bislang noch der Imageransfer der Unterhaltungsöffentlichkeit auf die Politiker im Vordergrund. Wie die zunehmende Anzahl von Politikerauftritten in der Unterhaltungsöffentlichkeit zeigt, reicht es heute offenbar nicht mehr aus, daß sich Politiker mit Sportstars umgeben.

Nicht nur Bundeskanzler Schröder und sein Umweltminister Trittin posieren in Designerkleidung in Mode- und Frauenzeitschriften. Auch die Politiker aus den anderen Lagern haben inzwischen in Jugendzeitschriften und Lifestyle-Blättern zahlreiche Auftritte und Interviews absolviert, so etwa Gregor Gysi im *Rolling Stone Magazine* (2/99) und Guido

Westerwelle im *Playboy* (5/99). Ein weiteres Beispiel für einen Ausflug in die Populärkultur lieferte Joschka Fischer: Unter dem Titel *Fischermanns Freund* kam es im Frühjahr 1998 in der Lifestyle-Zeitschrift *MAX* zu einem »Gipfeltreffen« zwischen Fischer und der Popsängerin Nena. Politiker profilieren sich durch diese Nähe zur Popkultur gern als »modern« – oft im Gegensatz zu ihrem sonstigen Erscheinungsbild – und mutieren kurzerhand zu temporären Popkultur-Stars. Sie zeigen keine Berührungsängste gegenüber dem bei Bildungs- und Herrschaftseliten eigentlich schlechten Image der Massenkultur. Ganz im Gegenteil: Es geht darum, der Fangemeinde Volksnähe zu demonstrieren. Gerhard Schröders *Gastspiel* in der Daily Soap Opera *Gute Zeiten, Schlechte Zeiten* kann dafür als *das* Beispiel aus dem letzten Wahlkampf gelten.¹¹ »Modernität« ist schließlich einer seiner Lieblingsbegriffe, und der Auftritt in diesem Rahmen eine Inszenierung fürs entsprechende Image. Außerdem sprechen die Politiker auf diesem Wege direkt die angeblich politikverdrossene Generation an. Die politischen Entscheidungsträger sind, wenn auch nur für sehr kurze Zeit, dort präsent, wo der jungen Generation Orientierungen und Identitäten angeboten werden; sie werden einen Augenblick lang Bezugspunkte der Alltagskommunikation. Die Akteure der repräsentativen Demokratie versuchen auf diese Weise, die Techniken der Marketingstrategen für sich zu nutzen: Sie plazieren sich als Produkte in einer bestimmten medialen Umgebung (die ihnen offensichtlich gezielt zur Verfügung gestellt wird), um sich besser zu verkaufen.

Popmusik und Politik

Im Zuge des Wandels zur Dientsleistungsgesellschaft gewinnt gerade die Nähe zwischen ideeller (immaterieller) Produktion und Politik zunehmend an Bedeutung. Es scheint, daß Kultur – und dazu gehört auch die politische Kultur – erst jetzt ganz und gar unter die Warenform subsumiert wird.

Aktuelle Beispiele liefert der deutsche Musikfernsehmarkt gerade in seiner bislang wenig bekannten Verbindung der Macher auf dem Popmusikmarkt mit den Politikern. Aufgrund der großen Zahl von gebührenfreien Fernsehangeboten in der Bundesrepublik herrscht ein harter Wettbewerb: Chistiane zu Salm, die Chefin von *MTV-Deutschland*, erhielt von der bayerischen Staatsregierung vier Millionen DM zur »Unterstützung« des

Umzugs der Deutschlandzentrale des Senders von Hamburg nach München: »Sie hat dank des absurden Wettlaufs der Medienstandorte geschafft, was in kaum einer anderen Branche denkbar wäre: Für ein Unternehmen Subventionen zu bekommen, das für dieses Jahr mit 26 Millionen Mark Gewinn rechnet.« (Niggemeier 1999)

Die Hauptrolle im Medienspektakel spielt jedoch seit Jahren Dieter Gorny. Er konnte nicht nur für die *Popkomm*¹² und den Sender *VIVA* Landesmittel in NRW akquirieren, sondern auch für weitere Musik- und Medienfirmen, an denen er beteiligt ist. Dabei verfolgt er das Ziel, Kultur und Wirtschaft zusammen zu bringen. In Wolfgang Clement und Gerhard Schröder fand Gorny bereits vor Jahren Förderer.¹³

Das Konzept von *VIVA* gilt als die konsequente Weiterentwicklung und Steigerung der Erfolgsstrategie von *MTV*: Während sich *MTV* in den USA als Spartenkanal eines Medienkonzerns entwickelte (Schmidt 1999), entstand *VIVA* auf Drängen der fünf größten Unternehmen der Tonträgerindustrie (Sony Music, BMG, PolyGram, EMI und Warner Music) im Zusammenspiel mit der sozialdemokratischen Medienpolitik zur Förderung des deutschen Popmusikmarktes (Hachmeister/Lingemann 1999, S. 141). Konsequenterweise steht *VIVA* inzwischen für das Konzept der Popmusik *Made in Germany*¹⁴ und beteiligt sich mit Geschäftsführer Dieter Gorny – der auch kulturpolitischer Berater von Bundeskanzler Schröder ist – am Aufbau eines *Cool Germany*. Offenbar hat der Grimme-Preisträger Dieter Gorny begriffen, daß für das Musikfernsehen nicht allein die Quoten zählen, sondern auch Standortpolitik. Jugendkultur wird kurzerhand zur Gesellschaftskultur erklärt – und mithin zur gesellschaftspolitischen Aufgabe –, weil das die Vermarktungschancen des Angebots erhöht. Auf die Beschreibung der heutigen Popmusik als »nicht rebellisch, irgendwie modern, aber nicht richtig neu. Das klingt nach Begleitmusik für die Neue Mitte« antwortete Gorny: »Ja, schade, aber auch nicht wirklich tragisch, weil Pop die Kultur ist, mit deren Versatzstücken unsere ganze Gesellschaft kommuniziert. Das meine ich mit: ›Alles ist Pop‹.« Gleichzeitig kündigt er eine Einmischung des Musiksenders in das politische Geschehen an: »Nicht mit erhobenen Zeigefinger. (...) Es geht doch darum, das Leben jetzt anzunehmen, sich auch kritisch damit auseinanderzusetzen, sich aber vor allem immer wieder neu zu erfinden.« (Interview von Rainer Schmidt mit Dieter Gorny für das *Zeit-Magazin* Nr. 50, 3.12.98) Offenbar mag der Chef des Musikfernsehens Rock als Träger gesellschaftlicher

Gegenentwürfe nicht, vielmehr soll VIVA Markenkraft kommunizieren.

Neben der gezielten Unterstützung deutscher Popgruppen und Musik-trends ist VIVA um den Aufbau einer Senderidentität bemüht, die auf der Zusammenarbeit mit zahlreichen Marken gründet. Folgende Aktivitäten wurden dazu auf unterschiedlichen Feldern angestoßen: »Um das Po tential der Marke VIVA auszuschöpfen, bemühten sich die Verantwortlichen, den Sender über ein reines Fernsehprodukt hinaus zu einem kulturellen Produkt im weitesten Sinne zu konstituieren.«; »Unter dem Label VIVA und Friends präsentierte man 1997 mit dem Schreibwarenhersteller Landré eine eigene Produktlinie für den Schul- und Freizeitbereich.«¹⁵ »Mit *Lust for Life* wurde VIVA 1998 Partner der Kaufhof Warenhaus AG. Ziel: eine bundesweite Kette von VIVA -Cafés in den Häusern des Konzerns, von denen rund 40 als altersgruppenbezogene Jugendkaufhäuser ausgebaut werden sollen. VIVA sorgt als Lizenzpartner für eine entsprechende Gas-tronomie und Fashion« (Hachmeister/Lingemann 1999, S. 163f.).

Mit diesen Strategien hat der Musiksender es schließlich geschafft, bei den Teenagern Glaubwürdigkeit für die Stilangebote und Symbole der Populärkultur zu gewinnen – und Erfolg macht die Populärkultur nicht nur interessant für die Werbekunden, sondern gerade auch für die Politik. Tatsächlich hat die Popwirtschaft im Laufe der letzten zehn Jahre öko-nomisch und damit auch politisch erheblich an Bedeutung gewonnen. So lud Bundespräsident Roman Herzog bereits im November 1997 zum Spitzengespräch zwischen Pop und Politik, um »die Zeit der Sprachlosig-keit zwischen Populärkultur und Politik zu beenden.« (Martens 1999, S. 153) So wie die Popbranche zu einem immer stärkeren politischen Faktor wird, machen sich die Parteien zunehmend Popästhetik und -marketing zu eigen. Nicht nur die Parteitage werden inzwischen wie Popveranstaltungen inszeniert. Der Brückenschlag zur Popkultur zeigt sich auch bei so herausragenden Ereignissen wie der Love-Parade, an der sich die FDP in diesem Jahr mit einem eigenen Techno-Truck beteiligte.

Politik als populärer Kult?

Gerade wenn sich Politiker und Parteien immer stärker an Trends, Mar-ken und Jugendkulten orientieren, ist eine Differenzierung des Kultbe-griffs angebracht. Schließlich stellt dieser nichts grundlegend Neues oder Ungewöhnliches dar (man denke nur an die vorwiegend anglo-amerika-

nischen Serien, die »Kultstatus« haben). Im alltäglichen Sprachgebrauch bezeichnet Kult unterschiedliche Formen der Verehrung, Pflege und Hingabe, die für einen gewissen Zeitraum kollektiven Zusammenhalt erzeugen bzw. aufrechterhalten helfen, dabei jedoch nicht auf einem rationalen Plan, sondern auf Emotionalität gründen (vgl. Seeßlen 1983, S. 342).

In diesem Verständnis bedeutet Kult eine »Freisetzung angestauter emotionaler, auch erotischer Impulse.« (ebd.) Insofern kann beinahe jede Serie oder jeder Film für eine bestimmte Publikumsgruppe ein »Kultobjekt« sein, zumal dann, wenn an diesen Produkten Stars beteiligt sind, die Identifizierungs- und Bindungsangebote repräsentieren bzw. eine Zeitstimmung besonders gut ausdrücken.

Entscheidend ist in unserem Zusammenhang jedoch eine andere Seite populärkultureller Kulte. Da es heute vor »Kulten« anscheinend nur so wimmelt, muß geklärt werden, was an ihnen das orientierende Moment ist. Dabei fällt auf, daß Kultstatus besonders jene Tendenzen, Moden oder Stilen erhalten, die auf eine leichte Wiedererkennbarkeit angelegt sind und Kommunikation auch zwischen sehr verschiedenen Gruppen vor allem durch Symbole, Moden und Lifestyle-Angebote ermöglichen, also ohne argumentativen Aufwand. Gerade bei Jugendlichen fließen durch das Zusammenspiel der Stile beständig neue Bedeutungen in die Alltagskommunikation ein. Beispiele finden sich in den Zuschreibungen, die Personen wie David Bowie und Madonna heute erfahren.

Das Fernsehen mit seinen unterschiedlichen Genres ist der ideale Vermittler von Symbolwelten und ihrer populärkulturellen Bedeutung. Es stellt eine Art Readers Digest von Moden, Stilen, Trends und Symbolen der Populärkultur dar – ein Arsenal, das die Werbewirtschaft nicht unge-nützt lassen darf – und auch nicht das Politikmarketing.¹⁶

Auf Publikumsseite gibt es jedoch nicht zuletzt wegen der gesättigten Nachfrage eine Reihe von nicht zu unterschätzenden Hindernissen für die unmittelbare Wirksamkeit neuer, auf Kultaspekten basierender Marketingstrategien. Die Widerstände versucht man auf Anbieterseite dadurch zu verringern, daß die Produkte und Marken mit bereits global eingeführten Symbolen, Ikonen und Mythen sowie Emotionen verknüpft werden.¹⁷

Besonders für Fangruppen spielen emotionale Motive für die Rezeption neuer Produkte eine entscheidende Rolle. Hinzu kommt das Potential intertextueller und assoziativer Verbindungen und Lesarten. Wegen ihrer Gegensätzlichkeit herausragende Beispiele sind die *Zillertaler Schürzenjä-*

ger und die *Star Trek-Genealogie*, die jeweils generations- und länderübergreifend Fans binden. Diese Bindung basiert nicht nur auf den Konzerten bzw. der Serie und den Kinofilmen, sondern auch auf der Tatsache, daß sich die eigene Biographie mit dem jeweiligen Kult verbindet. Was bislang nur für Fankulturen galt, erfaßt mittlerweile aufgrund der Omnipräsenz der Medien, alter und neuer, immer mehr den Alltag eines jeden.

Transformation des Politischen?

Wenn es zutrifft, daß die Populärkultur für jugendliche Zuschauer zusehends der Verbreitung von Prinzipien der Lebensführung dient und Hilfestellung für ihre Alltagsinterpretation leistet, dann scheint eine Annäherung an diese »politikfremde« Kultur nur konsequent. Nur wenn die Politiker ihre Fernsehauftritte auch in die einschlägigen Popgenres legen, können sie weiter teilhaben am Formulierungsprozeß für individuelle und gesellschaftliche Orientierungen.

So nutzen die Politiker gern die neuen Bühnen, die das Fernsehen in Gestalt etwa der Serien bietet, für die öffentliche Inszenierung ihrer Person. Dort spielen sie sich vorwiegend selber (Mayer/Kampmann 1998). Die Frage, ob diese Inszenierungen ihrer politischen Rolle und Funktion gerecht werden, stellt sich erst gar nicht und braucht die Politiker, die diese Grenzüberschreitung wagen, mit Blick auf das spezifische Publikum, daß sie erreichen wollen, auch nicht zu belasten. Ohne überhaupt argumentieren zu müssen, können sie Kompetenz bereits dadurch beweisen, daß sie die populärkulturellen Bühnen furchtlos betreten.

Der Politiker, der in der Harald-Schmidt-Show auftritt, hat schon gewonnen, wenn er zeigt, daß er den ständigen »Spaß-Angriffen« des Showmasters standhält und sich nicht pikiert hinter der Würde seines Amtes versteckt. Dieser Schutzmechanismus würde bei Schmidts Attacken auf staatstragende Rollen auch gar nicht verfangen. Geschick beweist hingegen, wer die Bälle des Showmasters auffängt und weiterspielt.

Das ist der Preis, den die moderne Form der Demonstration von Volksnähe von den Politikern fordert. Schröder in der Seifenoper nutzt den Trend der Personalisierung, der von politischen Rollen und Funktionszuschreibungen unbedingt absehen muß, wenn der Imagetransfer der Soap oder anderer Unterhaltungsangebote auf den Politprofi gelingen soll.

Popkultur hilft also der Politik – freilich nicht uneigennützig. Denn

die Soaps und ähnliche Unterhaltungsangebote profitieren im Gegenzug selbst von dieser Verbindung. Die Beteiligung gesellschaftlicher und politischer Prominenz wertet sie anscheinend auf. Angesichts der Austauschbarkeit (wenn nicht gar Beliebigkeit) der Geschichten, Figuren und Orte, um die sich die Unterhaltungsangebote täglich drehen, sowie des enormen Konkurrenzdrucks auf dem bundesdeutschen Fernsehmarkt handelt es sich hier für die Sender um eine auch ökonomisch nicht zu vernachlässigende Größe. Interessant ist für sie der Imagetransfer, der, wenn auch nur für kurze Zeit, einen Hauch von Seriosität verleiht, soweit Politiker dergleichen noch zu vermitteln imstande sind. Das alles passiert natürlich in der Regel ohne Thematisierung konkreter gesellschaftspolitischer Fragestellungen. Das Umgekehrte gilt also auch: Politik hilft der Popkultur.

Der mediale Wirbel um die Politikerauftritte in Unterhaltungssendungen – wie zuletzt der um Schröders Auftritt in *Wetten daß ...?!* stellt eine Art zusätzlichen Verstärkungseffekt für die zunehmende Verbindung von Pop und Politik dar. Zunächst gewinnen die Serien oder Shows durch Fotos und Artikel in der Tagespresse und besonders der *Yellow-Press* an Bekanntheit; darüber hinaus werden diese Angebote zuweilen auch zu tagespolitischen Ereignissen. »Seriöse« Politik spielt in diesem Bereich kaum eine Rolle. Die Politiker erreichen hier aber gesellschaftliche Gruppen, die von traditionellen politischen Auftritten gewöhnlich nicht (mehr) tangiert werden. Die Präsenz als – wenn auch nur kurzzeitiger – Soap-Star findet in der Presse auch bei denjenigen Beachtung, die den oder die Politiker(in) auf seinen angestammten Bühnen (Politikteil der Zeitungen, Nachrichtensendungen oder Politmagazine) überlesen, überhören oder übersehen.

Im vorliegenden Beitrag konnten für die fortschreitende Fusion von Pop und Politik nur einige erste Beispiele angeführt werden, ganz zu schweigen von einer tiefergehenden Strukturanalyse. Dennoch seien am Ende ein paar kritische Bemerkungen zu diesem Phänomen erlaubt. Bedenklich erscheinen uns die unterhaltungsspezifischen Dramatisierungsweisen – in der Forschung umschrieben durch Begriffe wie Intimisierung, Personalisierung und Privatisierung –¹⁸, wenn sie zur dominanten Form politischer Kommunikation geraten und die öffentliche Diskussion über gesellschaftliche Probleme und die Suche nach Lösungen verdrängen. Kann man hier noch von einer Transformation des Politischen sprechen – oder erleben wir sein Verschwinden? Jedenfalls haben wir es heute mit einer Politisie-

rung des Privaten zu tun, die ganz andere Züge trägt als jene, welche die 68er im Sinn hatten (Göttlich/Nieland 1999c). Die neuen Auftritte unserer Volkstribunen sanktionieren und beschleunigen diesen Prozeß.

Literatur

- Baringhorst, Sigrid, »Symbolische Politik. Politische Kampagnen neuen Typs als Medium kritischer Öffentlichkeit«, in: *Transit* 13 (1997).
- Beck, Ulrich/Hajer, Marten A./Kesseling, Sven (Hg.), *Der unscharfe Ort der Politik*, Opladen 1999.
- Bente, Gary/Fromm, Bettina, *Affektfernsehen. Motive, Angebotsweisen und Wirkungen*, Opladen 1997.
- Bolz, Norbert/Bosshart, David, *KULT-Marketing. Die neuen Götter des Marktes*, Düsseldorf 1996.
- Dörner, Andreas, »Medien als politische Identitätsgeneratoren. Zur Inszenierung des Republikanismus in der amerikanischen Medienkultur«, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 1998, Heft 1.
- Ders., »Politische Identität in Unterhaltungsöffentlichkeiten. Zur Transformation des Politischen in der medialen Erlebnisgesellschaft«, in: Hetlage, Robert/Vogt, Ludgera (Hg.), *Identitäten im Umbruch*, Opladen 1999 (im Druck), hier zit. nach dem Ms.
- Fiske, John, *Media Matters. Everyday Culture and Political Change*, Minneapolis 1994.
- Gabler, Neal, *Das Leben, ein Film. Die Eroberung der Wirklichkeit durch das Entertainment*, Berlin 1999.
- Gebhardt, Gerd, »Deutschland auf neuester Welle«, in: Gorny, Dieter/Stark, Jürgen (Hg.), *Pop&Kommunikation Jahrbuch 98/99*, Düsseldorf 1998.
- Göttlich, Udo; Nieland, Jörg-Uwe, »Politischer Diskurs als Unterhaltung? Präsentationslogiken von Daily Soaps als Wegweiser«, in: Schatz, Heribert/Jarren, Otfried/Knaup, Bettina (Hg.), *Machtkonzentration in der Multimediagesellschaft? Beiträge zu einer Neubestimmung des Verhältnisses von politischer und medialer Macht*, Opladen 1997.
- Dies., »Daily Soaps als Umfeld von Marken, Moden und Trends. Von Seifenopern zu Lifestyle-Inszenierungen«, in: Jäckel, Michael (Hg.), *Die umworbene Gesellschaft*, Opladen 1998.
- Dies. (a), »Der Angriff der Soaps auf die übrige Zeit«, in: Münker, Stefan/Roesler, Alexander (Hg.), *Televisionen. Beiträge zur Medienkritik der Fernsehkultur*, Frankfurt a.M. 1999.
- Dies. (b), »Daily Soaps als Kaleidoskop der Individualisierung«, in: Latzer, Michael/Maier-Rabler, Ursula/Siegert, Gabriele/Steinmaurer, Thomas (Hg.), *Die Zukunft der Kommunikation. Phänomene und Trends in der Informationsgesellschaft*, Innsbruck/Wien 1999.
- Dies. (c), »Die Politisierung des Privaten am Beispiel der deutschen Soap Operas im Fernsehen der neunziger Jahre«, erscheint 1999 in den *Verhandlungen zum DGS-Kongress Freiburg 1998*, in Vorbereitung.
- Habermas, Jürgen, *Die postnationale Konstellation. Politische Essays*, Frankfurt a.M 1998.
- Hachmeister, Lutz/Lingemann, Jan, »Das Gefühl VIVA. Deutsches Musikfernsehen und die neue Sozialdemokratie«, in: Neumann-Braun, Klaus (Hg.), *Viva MTV! Popmusik im Fernsehen*, Frankfurt a.M 1999.
- Maase, Kaspar, »Spiel ohne Grenzen. Von der »Massenkultur« zur »Erlebnisgesellschaft«. Wandel im Umgang mit populärer Unterhaltung«, in: Göttlich, Udo/Winter, Rainer (Hg.), *Politik des Vergnügens. Zur Diskussion der Populärkultur in den Cultural Studies*, Köln 1999, in Vorbereitung.
- Martens, René, »Richtig Krawumm. Aus dem Synergieeffectplanungsstab von Pop-Industrie und Politikberatung«, in: *Die Beute. Neue Folge* 1999, Nr.3, *Politikbegriffe in der Popkultur*.

- Meyer, Thomas/Kampmann, Martina, *Politik als Theater. Die neue Macht der Darstellungskunst*, Berlin 1998.
- Nieland, Jörg-Uwe, »Veränderte Produktionsweisen und Programmstrategien im Fernsehen. Strategien und Entscheidungsprozesse der Kommunikatoren«, in: Schatz, Heribert (Hg.), *Fernsehen als Objekt und Moment des sozialen Wandels. Faktoren und Folgen der aktuellen Veränderungen des Fernsehens*, Opladen 1996.
- Ders., »Kult und Markeninszenierung. Reaktion auf den Fernsehewandel«, in: Schicha, Christian/ Ontrup, Rüdiger (Hg.), *Medieninszenierung*, Münster/Hamburg 1999, im Druck.
- Pfetsch, Barbara, *Government News Management – Strategic Communication in Comparative Perspective*, WZBPapier, FS III 99-101, Berlin 1999.
- Raulet, Gérard, »Die neue Utopie. Die soziologische und philosophische Bedeutung der neuen Kommunikationstechnologien«, in: Ders. e. a. (Hg.), *Die Frage nach dem Subjekt*, Frankfurt a.M. 1988.
- Rybarczyk, Christoph, *Great Communicators? Der Präsident, seine PR, die Medien und ihr Publikum*, Hamburg 1997.
- Sarcinelli, Ulrich (Hg.), *Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft*, Opladen 1998.
- Schatz, Heribert (Hg.), *Fernsehen als Objekt und Moment des sozialen Wandels. Faktoren und Folgen der aktuellen Veränderungen des Fernsehens*, Opladen 1996.
- Schmidt, Axel, »Sound and Vision goes MTV – die Geschichte des Musiksenders bis heute«, in: NeumannBraun, Klaus (Hg.), *Viva MTV! Popmusik im Fernsehen*, Frankfurt a.M. 1999.
- Seefßen, Georg, »Kult«, in: Langenbucher, Wolfgang e. a. (Hg.), *Kulturpolitisches Wörterbuch. Bundesrepublik Deutschland/DDR im Vergleich*, Stuttgart 1983.
- Sennett, Richard, *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*, Berlin 1998.
- Wehmeier, Stefan, *Fernsehen im Wandel. Differenzierung und Ökonomisierung eines Mediums*, Konstanz 1998.
- Weischenberg, Siegfried, *Neues vom Tage. Die Schreinemakerisierung unserer Medienwelt*, Hamburg 1997.

Anmerkungen

- 1 Dustin Hoffman als Filmregisseur Stanley Motss in dem Film *Wag the Dog*, USA 1997. Um von einer Sexaffäre des US-Präsidenten (gespielt von Robert de Niro) mit einer Minderjährigen abzulenken, wird ein Medienkrieg inszeniert, in dem alle Strategien der PR und der Propaganda aufgeföhren werden.
- 2 Dies trifft, wie die aktuelle Studie von Pfetsch (1999) zeigt, auf das medienzentrierte »News Management« als strategische Option der politischen Öffentlichkeitsarbeit von Regierungen in modernen Massendemokratien zu. Dabei verweist Pfetsch auf deutliche Unterschiede zwischen den USA, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland. Diese Unterschiede gehen auf die verschiedenen politischen Systeme, Medienordnungen und politischen Kulturen zurück.
- 3 Vgl. insbesondere die Beiträge in Beck/Hajer/Kesselring (1999), die der These nachgehen, »daß sich das Verständnis und der Ort von Politik verändert hat.«
- 4 Vgl. Fiske (1994), bes. Kap 1: »Murphy Brown, Dan Quayle, and the Family Row of the Year«, S.21-74. Vgl. für die deutsche Entwicklung Göttlich/Nieland (1999c).
- 5 Überraschenderweise findet sich in dem Band von Beck/Hajer/Kesselring (1999) kein Beitrag, der sich näher mit der Unterhaltungspffentlichkeit als Faktor für die Transformation des Politischen befaßt.
- 6 Ein bekanntes Beispiel aus der Frühgeschichte des deutschen Fernsehens ist der Krimi-Mehrteiler *Das Halstuch* (WDR), der sich als 'Straßenfeger' erwies. Bis heute wird in diesem Zusammenhang an Wolfgang Neuss »Verrat« erinnert: Er verriet die Identität des Täters und brachte das Millionenpublikum so um die Spannung.

- 7 Dörner (1998) hat dies in einem Aufsatz am Beispiel der Zeichentrickserie *The Simpsons* und deren Rolle für die amerikanische Öffentlichkeit untersucht.
- 8 Neben dem eingangs erwähnten Franz Müntefering waren im Wahlkampf 1998 beispielsweise Joschka Fischer, Norbert Blüm und Rita Süßmuth zu Gast bei Harald Schmidt. Schröders für März 1999 geplanter Besuch wurde nach der heftigen Kritik an seinem Auftritt in *Wetten daß ...?!* (Februar 1999) abgesagt.
- 9 Ein frühes Beispiel der Fernsehgeschichte zeigt, daß Politkerauftritte in Unterhaltungssendungen durchaus nicht neu sind. So trat der Wirtschaftsminister Schiller in *Was bin ich?* auf und auch Theo Waigel war lange vor Schröder schon Gast in *Wetten daß ...?!*
- 10 Vgl. zum Fernsehewandel die Beiträge in Schatz (1996) und Wehmeier (1998).
- 11 Schröder trat in der 1.500 Folge am 22.06.1999 auf. Manfred Stolpe spielte in der 1000. Folge mit.
- 12 Es handelt sich um die Leistungsshow des internationalen Popmusikmarktes, die seit ihrer Gründung vor 10 Jahren mit wachsenden Umsätzen und Besucherzahlen in Köln stattfindet.
- 13 Vgl. zur Bedeutung, die der ehemalige NRW Wirtschaftsminister und jetzige NRW Ministerpräsident Wolfgang Clement dem Popgeschäft beimißt, Martens (1999, S. 155f.). Zur Rolle des ehemaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder und des VW-Konzerns bei der Förderung des bundesdeutschen Popmusikmarktes (VW Sound Foundation) vgl. Gebhardt (1998, S. 47). 14 Verantwortlich zeichnet hauptsächlich *VIVA*. 40% der ausgestrahlten Musikvideos sind deutsche Produktionen. Die Popularität von Gruppen wie *Die fantastischen Vier*, *Tic, Tac Toe* aber auch ehemaliger Independentgruppen wie *Rammstein* wäre ohne den Musiksender nicht zu erklären.
- 15 Weitere Kooperationen unterhält *VIVA* mit der Zeitschrift *Amica*, mit Agfa, der Deutschen Funkruf GmbH und mit AOL Deutschland. (Hachmeister/Lingemann 1999: 163) Darüber hinaus ist seit längerem das Erscheinen einer Zeitschrift mit *VIVA*-Lebensgefühl angekündigt – und zwar für all jene, »die der *Bravo* entwachsen, aber trotzdem weiterhin kompetent über populäre Entertainment- und Lifestyle-Trends informiert werden wollen.« (*Bravo* und *VIVA*-Werbetext).
- 16 Vgl. zu diesem Aspekt auch Bolz/Bosshart (1996). 17 Diese Tendenz trägt verstärkt zur Nivellierung und den als Delokalisierung beschriebenen Prozessen medienkultureller Entwicklung bei. Vgl. Raullet (1988).
- 18 Vgl. Bente/Fromm (1997); Göttlich/Nieland (1997).

Pal Nyiri

TRANSNATIONALE GEMEINSCHAFTEN

Die neue chinesische Emigration nach Ungarn

Wenn von Migration im postsozialistischen Europa die Rede ist, fallen einem als erstes erzwungene oder freiwillige ethnisch bedingte Umsiedlungen in der Region und die Abwanderung von Arbeitskräften in Richtung Westen ein. Es gibt aber auch eine Migration hochqualifizierter Arbeitskräfte von West nach Ost, die nicht nur beträchtliche kulturelle Auswirkungen hat, sondern auch zahlenmäßig eine viel größere Dimension erreicht, als gemeinhin bekannt ist. So sind zum Beispiel mehr als hunderttausend hochqualifizierte Deutsche in Polen beschäftigt. Ich möchte im folgenden einen anderen Strom von Menschen ansprechen, der in den neu geöffneten osteuropäischen Migrationsraum fließt: Migranten aus Asien.

Ich werde nicht den Versuch unternehmen, einen Überblick über das heterogene Gemisch von Gruppen zu verschaffen, die sich als asiatische Migranten einstufen lassen, seien es indische Ingenieure oder afghanische Flüchtlinge, arabische Studenten oder chinesische Händler. Statt dessen möchte ich mich einem Einzelbeispiel zuwenden: dem der Chinesen, einer der größten, am schnellsten wachsenden, wichtigsten und mobilsten Gruppen in der Region. Die Erörterung konzentriert sich dabei auf Ungarn, die Hauptdrehkreise für die Migration und das unternehmerische Engagement der Chinesen in Osteuropa; doch was sich über die Chinesen in Ungarn sagen läßt, ist ohne weiteres übertragbar auf die Chinesen überall im osteuropäischen Raum. Auch in den postsowjetischen Staaten stellen die Chinesen eine wichtige Migrantengruppe dar; das sehr eigene und komplexe Bild ihrer Migration in die frühere Sowjetunion werde ich hier allerdings weitgehend ausklammern.

Vor 1989 beschränkte sich die Anwesenheit von Asiaten in der Region auf vietnamesische Gastarbeiter in der ehemaligen Tschechoslowakei und der DDR und auf arabische Studenten (Studenten aus Vietnam und China gab es nur sehr wenige), von denen sich die meisten in Rumänien auf-

hielten. Als sich Osteuropa der neuen Migration öffnete, expandierten diese Gemeinschaften und veränderten ihr Profil. Der Handel entwickelte sich zu ihrer wichtigsten Aktivität. Rumänien beherbergt heute über zehntausend Araber. Allein libanesische Staatsangehörige haben in Rumänien seit 1990 an die zweitausend Unternehmen ins Handelsregister eintragen lassen, während Syrien an dritter Stelle rangiert, was die Zahl von Gesellschaften mit ausländischem Kapital betrifft.¹ In Tschechien besaßen 1994 über neuntausend vietnamesische Staatsbürger ständige oder langfristige Aufenthaltsgenehmigungen.²

Auch wenn eine begrenzte Zahl von Arabern und Vietnamesen inzwischen in der Gesamtregion verstreut sind, beweisen sie doch insgesamt weniger Mobilität als die Chinesen. Diese Neuankömmlinge haben sich binnen eines Jahrzehnts aus ihren ursprünglichen Zielländern – Rußland und Ungarn – in nahezu alle Länder der Region ausgebreitet und sich in Handel und Gastronomie eine starke Position erobert (eine Ausnahme bilden nur die Länder des Balkans und des Baltikums). Ihre Zahl reicht von mehreren Tausend bis zu mehreren Zehntausend (in Rußland sind es vermutlich mehrere Hunderttausend). Allen Hemmnissen in Gestalt schwer durchlässiger Grenzen und unberechenbarer Einwanderungspolitik zum Trotz bewegen sie sich in Verfolgung ihrer geschäftlichen Interessen so frei zwischen den einzelnen Ländern, als gehörten diese bereits einem vereinigten Europa an. In diesem Sinne sind die Chinesen in der Tat »die besten und ältesten Europäer«³ in einer Region, die sich immer noch an nationale Grenzen klammert, für die sie notfalls sogar bereit ist zu töten.

Alte und neue Emigration

Seit der Einführung wirtschaftlicher Reformen in der Volksrepublik China (VRC) hat die bis 1978 unterbundene Migration im Innern und ins Ausland massiv zugenommen. Die internationale Migration der neu entstehenden Konsumgesellschaft speiste sich vor allem aus den Großstädten und Küstenregionen. Chinesische Studenten und Austauschakademiker, die seit 1978 in beträchtlicher Zahl ins Ausland gingen, waren die Wegbereiter dieser Migration. Nach der blutigen Niederschlagung der Proteste auf dem Tiananmen-Platz im Jahre 1989 wanderten besonders Studenten und Wissenschaftler in großer Zahl aus, aber auch Unternehmer, die nach diesem Ereignis an der Zukunft der jungen Privatwirtschaft zweifelten. Die beiden

Migrationsströme begannen zu verschmelzen, denn die Studenten gewannen rasch Abstand zu ihrer Vergangenheit als politische Dissidenten und entwickelten ein zunehmendes Interesse an Geschäften mit China.

Auch für die chinesische Massenmigration nach Ungarn waren die Ereignisse auf dem Tiananmen-Platz der Auslöser. Die Chinesen entdeckten damals das Reiseabkommen mit Ungarn, das 1988 in Kraft getreten war und den Visazwang aufhob; das Land sagte ihnen als Tor nach Westeuropa zu und erschien ihnen als Standort vielversprechend genug, um ihr Kapital dorthin zu schaffen. Von 1989 bis 1991 wuchs die chinesische Volksgruppe in Ungarn von praktisch Null auf rund 40 000. Die ungarischen Behörden reagierten darauf Anfang 1992 mit der Wiedereinführung des Visazwangs und damit, daß sie in Abständen die Erteilung und Verlängerung von Aufenthaltsgenehmigungen für Chinesen aussetzten oder Razzien gegen chinesische Migranten ohne gültige Papiere veranstalteten. Das führte zu einer sekundären Migration nach Polen, Tschechien, in die Slowakei, nach Rumänien und in geringerem Umfang auch in andere Länder der Region sowie nach Westeuropa; in Ungarn blieben nur etwa 10 000 Chinesen zurück. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Lockerung der russischen Grenzkontrollen strebten chinesische Händler und Kontraktarbeiter auch in den fernen Osten Rußlands und nach Moskau. Die Zahl dieser Migranten dürfte bereits in die Hunderttausende gehen, und entsprechend lautstark ist die Reaktion der Politiker und der Medien. Über Rußland sind mittlerweile auch Chinesen in die Ukraine, nach Weißrußland und in die Staaten Mitteleuropas weitergewandert.

In ihrer Motivation und ihrer Herkunft unterschieden sich die frühen chinesischen Migranten nach Ungarn von jenen aus den traditionellen *qiaoxiang* (Auswanderungsgebieten), die bis in die siebziger Jahre die westeuropäische Szene beherrscht hatten. Die neuen Migranten kamen in der Regel aus den städtischen Küstenregionen der VRC und zeichneten sich durch aufstiegsorientierte soziale Mobilität, ein überdurchschnittliches Bildungsniveau und individuelle Beweggründe aus. Die *qiaoxiang*-Migranten hingegen stammten aus ländlichen Milieus mit einer generationenübergreifenden Auswanderungstradition. Um die Mitte des Jahrzehnts indes entwickelten Zhejiang und Fujian, zwei Provinzen mit ausgeprägter Auswanderungstradition, eine *qiaoxiang*-Praxis, deren spezifisches Zielgebiet Osteuropa war. Die Verwaltungsbezirke Jiangyin und Jiangjin im Bezirk Fuqing der Provinz Fujian sind mittlerweile auf die

Auswanderung nach Ungarn, Deutschland und Rußland spezialisiert; der Verwaltungsbezirk Mingqi nahe der in Fujian gelegenen Großstadt Sanming schickt vorzugsweise Migranten nach Ungarn und Italien, und die Auswanderer aus dem Dorf Wenxi nahe der Stadt Wenzhou in der Provinz Zhejiang gehen ebenfalls nach Ungarn.

Verantwortlich für diese Entwicklung sind drei Faktoren: Erstens gab es einige erfolgreiche Migranten aus diesen Gebieten, denen eine ganze Kette von Verwandten und Freunden nach Ungarn folgte; zweitens hat sich ein System der halblegalen Vermittlung von Auswanderungsgelegenheiten herausgebildet, das von Herstellern gefälschter Papiere bis zu Regierungsbehörden reicht, die Migrationswilligen offizielle ungarische Einladungen besorgen; drittens fördern ärmere Regionen in diesen Provinzen die Auswanderung stillschweigend, weil sie darin eine Chance sehen, ihre ökonomische Situation gegenüber den alten *qiaoxiang* zu verbessern. Im Jahre 1996 ersuchte die Stadtverwaltung von Sanming die ungarische Botschaft sogar, die Befugnis zur Ausstellung von Visa auf sie zu übertragen.

In Westeuropa bilden die *qiaoxiang*-Migranten ethnisch abgeschlossene ökonomische Nischen vor allem im Bereich der Gastronomie. Die Hauptaktivität der Chinesen in Ungarn bildet der Handel, Importgeschäfte eben so wie Groß- und Einzelhandel. In Ungarn und in anderen osteuropäischen Ländern machten sich die Chinesen zunutze, daß die dortigen Volkswirtschaften an Unterversorgung litten, und füllten durch das Angebot billiger, aber modisch akzeptabler Kleidung von der Art, wie sie in China für westliche Billigladenketten gefertigt werden, eine Bedarfslücke. Anders als die traditionellen chinesischen Auswanderer nach Westeuropa verfügten diese Migranten über das kulturelle Kapital, die Mobilität und die Kommunikationsmittel, um enge Beziehungen zu staatlichen Unternehmen in China zu knüpfen, von denen sie zu niedrigen, staatlich subventionierten Preisen und zu günstigen Vertragsbedingungen mit Waren versorgt wurden. Anfang der neunziger Jahre entwickelte sich Ungarn zur Drehscheibe für chinesische Importe nach Osteuropa; Kaufleute aus Polen, der Ukraine und Jugoslawien strömten auf den großen Markt in Budapest, wo sich die meisten chinesischen Großhändler niedergelassen hatten.

In der Regel war es in Westeuropa so, daß sich die Chinesen, sobald ihre ökonomische Nische ausgefüllt war, dazu entschieden, das gewohnte Geschäft auf neuem Terrain fortzusetzen. Daraus erklärt sich die allmähliche Ausbreitung chinesischer Restaurants in ganz Westeuropa von den

60er bis zum Ende der 80er Jahre. Als 1995 der Markt für Kleider und Schuhe in eine Flaute geriet, begannen die chinesischen Geschäftsleute in Ungarn hingegen, die Palette ihrer Aktivitäten zu erweitern, etwa indem sie sich auf Exporte, Dienstleistungen oder Produktion verlegten. Gleichzeitig beschleunigten sie die Ausbreitung ihrer Geschäfte in andere Länder der Region und verschafften sich dort Aufenthaltsrecht; ihr Unternehmen und oft auch ihren Wohnsitz beließen sie jedoch in Ungarn, nach Art eines Investors, der sein Portfolio ausbalanciert. Ökonomisch beweist die chinesische Volksgruppe in Ungarn also eine viel größere Offenheit und kann die Chancen, die das Gastland bietet, weit besser nutzen, als das bei ihren Landsleuten in Westeuropa der Fall ist; damit sichert sie ihren Angehörigen die Chance zu einem raschen sozialen Aufstieg.

Einer meiner Informanten, der in China bei der Staatsbank angestellt war, über einen Chauffeur verfügte und Prämien einstrich, die manchmal bis zu 5 000 Dollar monatlich betragen, stellt ein gutes, wenn auch nicht unbedingt typisches Beispiel dar. Anders als bei den *qiaoxiang*-Migranten war es nicht mehr das unbestimmte »Traumland Europa«, das diesen Mann und seinesgleichen nach Ungarn führte, sondern die Abwägung spezifischer Chancen. Er glaubt, daß sich in China mehr Geld verdienen läßt, meint aber auch, daß die Konkurrenz dort härter ist und man dramatischer scheitern kann. Aus dem internationalen Handelsnetz Chinas, das zumal die Ränder des Pazifik kreuz und quer überspannt, kann in China jedermann Nutzen ziehen, während es im Ausland zu einem Wettbewerbsvorteil wird. Deshalb sind die existierenden chinesischen Populationen für die neuen Migranten nicht einfach nur – wie bei der traditionellen Kettenmigration – ein Anziehungsmoment, sondern gleichzeitig auch ein Abstoßungsfaktor, da mehr Chinesen mehr Konkurrenz bedeuten. Die neue chinesische Migration ist opportunistisch: Fortgetrieben fühlt auch sie sich durch die Überbevölkerung daheim, doch weniger wegen der existentiellen als wegen der psychologischen und sozialen Auswirkungen; angelockt wird sie durch (vermutete) Chancen, Geld zu verdienen, und durch die Aussicht, sich mit der Beschaffung eines Wohnsitzes im Ausland oder mit einem Wechsel der Staatsbürgerschaft frei über den Globus bewegen zu können. Die Bauern in den traditionellen Auswanderungsgebieten Südostchinas reagieren sehr schnell auf Veränderungen in der wirtschaftlichen Lage oder in der Einwanderungspolitik der fernen europäischen und amerikanischen Staaten und diskutieren eifrig – wenn

auch nicht immer gut informiert – über eine Amnestie für illegale Einwanderer in Italien oder über den Textilmarkt in Osteuropa.

Keine Frage, daß die Chinesen in Osteuropa sowohl eine außerordentliche geographische Mobilität als auch ein hohes Maß an Bereitschaft zum sozialen Rollenwechsel an den Tag legen. Ich habe Leute interviewt, die als Händler in Ungarn begannen, erfolglos waren oder ihr Geld im Kasino verspielten, nach Italien oder Deutschland gingen, um drei oder fünf Jahre lang in lederverarbeitenden Kleinbetrieben oder in Restaurants zu arbeiten, dann wieder nach Ungarn oder Rumänien zurückkehrten und jetzt überlegen, wie sie das dort verdiente Geld in den Aufbau eines eigenen Geschäftes investieren können. Andere, deren Antrag auf politisches Asyl in Deutschland abgelehnt wurde, entschieden sich für eine illegale Rückkehr nach Ungarn, weil sie hofften, dort leichter eine erneute Aufenthaltsgenehmigung zu bekommen. Wieder andere, die Anfang der neunziger Jahre mit Handelsgeschäften in Rußland begannen, zogen weiter nach Ungarn, kehrten aber zurück, als man dort 1992 begann, die Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen restriktiv zu handhaben. Mit anderen Worten, die Migration, sogar die illegale, verläuft keineswegs nur von Ost nach West, sondern auch in umgekehrter Richtung.

Es scheint auf der Hand zu liegen, daß chinesische Unternehmer dank ihrer Mobilität und Anpassungsfähigkeit und der Vorteile, die sie aus dem freien Arbeits- und Gütermarkt ziehen, bevorzugte Nutznießer des westlichen Globalisierungsdiskurses sind. In einem gewissen Maße sind sie sich dieses Diskurses auch bewußt und nutzen ihn. Wenn sie in Osteuropa eintreffen, erwarten sie, McDonald's und *Hallmark*-Glückwunschkarten vorzufinden. Werden ihre Erwartungen enttäuscht (was in bezug auf McDonald's freilich nicht mehr der Fall sein dürfte), berufen sie sich auf ihre Erfahrungen mit westlichen (angelsächsischen) Ländern, deren Standards sie als Norm betrachten. Bemerkenswert ist aber, daß die »transnationalen« Chinesen dem Globalisierungsdiskurs ein ganz eigenes Gepräge verleihen.

Ich rede hier nicht von der weltweiten Popularität einer »fernöstlichen Kultur«, wie sie sich in Büchern über *Fengshui* oder religiöse Mystik niederschlägt – Bücher, die in allen westlichen Gesellschaften angeboten werden und oft von westlichen Verfassern geschrieben sind (die meisten chinesischen Kochbücher und Abhandlungen über *Fengshui* auf dem ungarischen Markt stammen von englischen Autoren, einfach deshalb, weil sie leichter zu übersetzen sind). Bei diesem Phänomen handelt es

sich nur um ein weiteres Beispiel für das von westlichen Marktakteuren praktizierte Verfahren, lokal etwas aufzugreifen, um es dann global zu vermarkten, nach dem Vorbild von McDonald's, das ein einheimisches Gericht aus irgendeinem Land adoptiert und es dann auf Basis der Standardzubereitung in andere Länder exportiert. Ich rede vielmehr über den Zugehörigkeitsdiskurs, der die Migranten zu Mitgliedern einer »globalen Majorität« mit ihren organisatorischen und symbolischen Grundlagen macht, über dessen Rolle im Geflecht ökonomischer Beziehungen und über die Einbindung von Nichtchinesen in die kommerziellen Strukturen, die im Rahmen dieses Diskurses funktionieren.

Die Konstruktion von Identität

Die Vorstellung, daß chinesische Migranten der ersten Generation ihren Aufenthalt im Ausland als nur vorübergehend betrachten, hat in der westlichen Chinaforschung den Status eines Gemeinplatzes. Beredtes Zeugnis davon, daß diese Vorstellung auch auf die neuen Migranten übertragen wurde, legte eine Konferenz ab, die 1995 von chinesischen Organisationen in Zusammenarbeit mit einer ungarischen nichtstaatlichen Organisation und der Budapester Stadtverwaltung veranstaltet wurde und in deren Vorfeld einige der chinesischen Organisatoren den Gedanken zur Diskussion stellten, die Chinesen sollten darauf hinarbeiten, in Ungarn als ethnische Minderheit anerkannt zu werden. Die Reaktion in der chinesischen Gemeinschaft fiel weitgehend negativ aus, sogar bei den Anhängern der Aktivisten, von denen der Vorschlag stammte: »Die Chinesen können nirgends eine Minderheit sein!« Abgesehen davon, daß in China das Wort »Minderheit« mit »rückständigen« Ethnien wie den Tibetanern und Uiguren verbunden wird, halte ich dafür, daß die Chinesen auch deshalb ablehnen, sich als Minderheit zu definieren, weil sie sich als Teil einer mobilen »globalen Majorität« betrachten, deren Bedeutung weit über den mehr oder minder zufälligen Umstand hinausreicht, daß man in einem Land, das von einem anderen Volk bewohnt wird, eine Minderheit bildet.

Li Yiyuan hat die Ansicht vertreten, daß die dialektal getrennten chinesischen Gruppen (aus denen die traditionellen chinesischen transnationalen Gemeinschaften Südostasiens, Nordamerikas und zum Teil auch Westeuropas bestehen) zur Konstruktion ihrer Identität und ihres Verhältnisses zur Außenwelt drei Modelle verwenden.⁴ Das erste ist das »unmit-

telbare Modell«, das die Reihe von kulturellen Merkmalen bestimmt, durch die sich die Gruppe selbst definiert. Das zweite ist das »Modell des internen Beobachters«, das über die Stellung der Gemeinschaft gegenüber den anderen Dialektgruppen entscheidet. Das dritte ist das »ideologische Modell«, das die betreffende Gruppe als Teil einer pan-chinesischen Kulturgemeinschaft setzt. Wenn der äußere Einfluß von seiten der Wirtschaftsgesellschaft gering ist, spielt das ideologische Modell kaum eine Rolle; sind diese Einflüsse hingegen stark, wird es verwendet, um entweder die verschiedenen Dialektgruppen unter einen Hut zu bringen oder um einer der Gruppen die Hegemonie über die anderen zu verschaffen.

Bei der chinesischen Gemeinschaft in Ungarn bildet eindeutig das ideologische Modell die Basis für den Zugehörigkeitsdiskurs. In der *qiaoxiang*-Migration spielten das unmittelbare Modell und das Modell des internen Beobachters eine mindestens ebenso wichtige Rolle wie das ideologische Modell, da die meisten Beziehungen nach China über die direkten Kontakte zu den *qiaoxiang* liefen, wodurch die Migranten aus verschiedenen Regionen zugleich voneinander abgegrenzt wurden. Bei der neuen chinesischen transnationalen Gemeinschaft stützt sich der Zugehörigkeitsdiskurs eher auf eine pan-chinesische Identität als auf die ethnische Zuordnung (daß man z.B. aus Kanton oder Wenzhou zugleich stammt), wie sie für die traditionellen Gruppen der Auslandschinesen maßgebend ist. Hinsichtlich Handel und Politik ist das China, das sie verlassen haben, mit dem sie aber weiter geschäftliche Beziehungen pflegen, ein zentralisiertes China, das von nationalen Organisationen und kommerziellen Unternehmen vertreten wird, die aus allen Landesteilen kommen. Das symbolische Zentrum der neuen chinesischen Gemeinschaft ist nicht das *qiaoxiang*, sondern Peking. Die politischen Einrichtungen und der Zustand der VRC stellen ein wesentliches Moment im gemeinsamen Diskurs der Zugehörigkeit dar. Das ist zumal deshalb der Fall, weil die meisten größeren chinesischen Unternehmen in Osteuropa hinsichtlich eines raschen und günstigen Zugangs zu Waren, Geld und Marktinformationen auf staatliche Unternehmen und Regierungsstellen der VRC angewiesen sind. Dieses System hat die traditionellen Netzwerke der *qiaoxiang*-Migranten auf Basis der Sippe und der Herkunftsregion weitgehend ersetzt. Das *qiaoxiang* ist nicht länger der bevorzugte oder einzige Ort, von dem man Waren bezieht und in den man investiert. Wie auch in China selbst bilden Beziehungen zur politisch-ökonomischen Führungsschicht des *qiaoxiang* ein politisches

Kapital, das sich in finanzielles Kapital ummünzen läßt, aber Bedeutung gewinnen sie erst auf Großstadt- oder Provinzebene. Sie sind nicht wertvoller als vergleichbare Beziehungen zu den Eliten in anderen Großstädten oder Provinzen und können mit den Verbindungen zur nationalen Führungsschicht in Peking mit Sicherheit nicht konkurrieren.

Die chinesischen Organisationen in Ungarn, zu nennen ist hier vor allem die Ungarisch-Chinesische Vereinigung (UCV), haben im Streben nach Legitimation und Macht Gebrauch von dem ideologischen Modell gemacht, um die gesamte Volksgruppe als Basis in Anspruch nehmen zu können. Der frühere Präsident der UCV, der mittlerweile Vorsitzender des Europäischen Bundes Chinesischer Organisationen (EBCO) ist, bekleidet in staatlichen Organisationen vier verschiedener chinesischer Provinzen relativ hohe Ämter. Keine der Provinzen ist seine Heimatprovinz; außerdem ist er regelmäßiger Gast bei hohen Staatsempfängen und traf sogar mit dem Parteivorsitzenden Jiang Zemin zusammen. Die 1992 ins Leben gerufene EBCO besteht weitgehend aus neuen Organisationen, die mit der Zustimmung von Behörden auf Provinzebene sowie der jeweils zuständigen Botschaften gegründet wurden und über bemerkenswert einheitliche Rituale und Symbole verfügen. Kommt man in Paris in das Büro der *tongxianghui* (Heimatorganisation) für die Provinz Fujian, so sieht man dort die gleichen Fotos mit chinesischen Politikern und die gleichen Fähnchen von landsmannschaftlichen Organisationen in Europa und von der chinesischen Behörde für Angelegenheiten der Auslandschinesen, wie man sie auch im *tongxianghui* für Fujian in Bukarest antrifft. Wenn die Organisationen zusammenkommen, um das Frühlingsfest oder den Nationalfeiertag der VRC zu feiern, werden überall die gleichen Glückwunschtelegramme landsmannschaftlicher Organisationen und staatlicher Behörden verlesen, und zwar in der gleichen Reihenfolge; auch die gleichen Reden werden gehalten. Diese neue Organisationsstruktur der chinesischen transnationalen Gemeinschaft ist Trägerin eines nicht mehr territorial gebundenen, symbolisch pekingzentrierten Nationalismus, den sich in letzter Zeit die Regierung der VRC zunutze gemacht hat, um ihren Legitimitätsanspruch sowohl im Innern als auch gegenüber den Auslandschinesen zu bekräftigen.

Kulturelle Interaktion und Globalisierung

Hat nun aber diese alternative Globalisierung irgendwelche Auswirkungen außerhalb der chinesischen Gemeinschaften? Zur Interaktion zwischen Chinesen und Einheimischen kommt es normalerweise auf dem Markt, in der Imbißstube, im Karaoke-Studio oder auch im Wohnblock. Man kann diese Interaktion als einen Austausch »abgesunkener Kulturgüter« bezeichnen: Die Chinesen lernen eine krude Form von Ungarisch, das für die Verständigung auf dem Markt genügt, gewinnen auf der Grundlage des Speisenangebots, das sich auf Wochenmärkten findet, einen Eindruck von ungarischer Küche und eignen sich die Vorurteile gegen die Roma an. Die Ungarn lernen eine krude Form von Chinesisch – ungarische Kellner in chinesischen Restaurants können sich oft damit verständigen –, gewinnen die Überzeugung, daß in China Ausspucken nicht als unfein gilt, und machen sich Vorurteile gegen Fujianesen zu eigen. Da an den Rändern der Gesellschaft die Toleranz größer bzw. die übernommenen Ressentiments milder sind, verstehen sich Chinesen häufig gut mit Arbeitgebern aus den Reihen der Roma; besonders in ländlichen Gebieten kommt es zu Liebesbeziehungen und sogar zu Eheschließungen zwischen Chinesen und Roma. Diese Formen von kultureller Interaktion sind allerdings eindeutig lokal beschränkt. Die Auswirkungen der chinesischen Globalisierung sind andererseits auch in größeren chinesischen Unternehmen in Ungarn spürbar, wo man ungarische Angestellte in den verschiedensten Positionen, vom Verkäufer bis zum Manager, findet; insgesamt dürfte es sich um mehrere Tausend Personen handeln.

Selbst wenn man Zoll- und Steuerhinterziehungen in Rechnung stellt, haben die staatlichen Einnahmen aus chinesischen Unternehmen, die rund drei Viertel des chinesisch-ungarischen Handels abwickeln,⁵ ein beträchtliches Volumen; das gleiche gilt auch für die konsumtiven Ausgaben der Chinesen, wie etwa Manager von Spielkasinos bezeugen: Nach den privaten Schätzungen einiger unter ihnen stellen die Chinesen die Hälfte ihrer Kunden. Abgesehen von den festangestellten Ungarn umgibt die chinesische Gemeinschaft ein ganzer Hof von »Kompradoren«. Diese Mittelsleute umfassen ungarische Arbeiter, Studenten, Rechtsanwälte und Buchhalter, die von der chinesischen Gemeinschaft ökonomisch abhängig sind und in einigen Fällen deren Geschäftspraktiken übernehmen. Den chinesischen Migranten in Ungarn ist es gelungen, eine höchst erfolg-

reiche ethnische Ökonomie zu etablieren, die sich eben wegen ihrer Aufgeschlossenheit gegenüber dem ökonomischen Umfeld nicht an dessen Formen, Handel zu treiben, anzupassen brauchte; statt dessen hat sie nicht wenige in der Wirtsökonomie Mitwirkende zur Anpassung an ihre eigene Praxis veranlaßt. Weil sie es, gemessen an ihrer Umgebung, rasch zu hohen Einkommen brachten, konnten die Chinesen es sich leisten, einheimische Dolmetscher und Hilfskräfte in Dienst zu nehmen, und es sich so ersparen, die Landessprache zu lernen. Für einen ungarischen oder russischen Studenten, der seinen Abschluß in Sinologie macht, bildet die Anstellung bei einem chinesischen Handelsunternehmen oder bei einem auf China spezialisierten Reisebüro oft eine vergleichsweise vielversprechende Alternative zu den raren und unterbezahlten Posten, die ihnen der Universitätsbetrieb und der diplomatische Dienst zu bieten haben. Solch eine Anstellung eröffnet eine Karriere, die beträchtliche geographische und soziale Mobilität verheißt, sofern es den Betreffenden gelingt, sich die passenden Umgangsformen und Geschäftsmethoden anzueignen. Ich habe zum Beispiel einen Russen interviewt, der an der Universität von Wladiwostok seinen Abschluß gemacht hat und dem ein chinesischer Arbeitgeber ermöglichte, nach Moskau überzusiedeln, sowie mehrere ungarische Angestellte bei chinesischen Firmen in Budapest, die regelmäßig geschäftlich nach China geschickt werden.

Die Verhaltensmuster, die in dieser Welt zum Erfolg führen, sind sicher ganz andere als jene, die sich ein osteuropäischer Universitätsabsolvent aneignen muß, wenn er etwa bei Procter & Gamble eine Anstellung findet, aber auch sie können globale Geltung beanspruchen. Die Eingliederung ungarischer Einzelpersonen und Firmen in das Netzwerk des chinesischen Geschäftslebens – eine Umkehrung des Prozesses, der nach den Opiumkriegen in den Vertragshäfen Chinas zur Entstehung einer »Kompradoren-Bourgeoisie« führte – bietet ein interessantes Beispiel für die Expansion des chinesischen Weltsystems. Sie beweist, daß Globalisierung kein einheitlicher Vorgang ist, bei dem ausschließlich der Westen als Subjekt agiert, sondern aus einer Vielzahl paralleler Globalisierungen besteht, die auch von nichtwestlichen transnationalen Gemeinschaften geprägt und aktiv betrieben werden.⁶

Aus dem Englischen von Ulrich Enderwitz

Anmerkungen

- 1 Vgl. *Open Media Research Institute Daily Digest* 60 vom 25. März 1996, Teil II.
- 2 Vgl. den *Bericht über die Migration auf dem Gebiet der Tschechischen Republik*, hg. von der Direktion der Fremdenpolizei und des Grenzschutzes, Prag 1994.
- 3 Vgl. Frank N. Pieke, Einleitung zu: Ders./Gregor Benton (Hg.), *The Chinese in Europe*, Basingstoke/Hampshire/New York 1998.
- 4 Li Yiyuan, *Ein verpflanzter Verwaltungsbezirk: Untersuchungen über das Leben städtischer Chinesen in Malaya* (chin.), Taipeh 1970.
- 5 Diese Schätzung basiert auf folgenden Erwägungen: Für 1994, das Jahr mit dem höchsten bilateralen Handelsvolumen, zeigen die Statistiken der VRC, daß bei einem Handelsgesamtvolumen von 408 Millionen Dollar die Exporte nach Ungarn einen Wert von 389 Millionen Dollar hatten. Den ungarischen Statistiken zufolge beliefen sich hingegen die Importe aus der VRC auf weniger als 100 Millionen Dollar. Ähnliche Diskrepanzen findet man in anderen Jahren; sie erklären sich wahrscheinlich in der Hauptsache daraus, daß Güter gleich wieder aus Ungarn ausgeführt wurden und nicht den ungarischen Zoll durchliefen, und zu einem geringeren Maße aus Zollvergehen etwa von der Art, daß der Wert importierter Waren als zu gering angegeben oder ein falsches Herkunftsland angegeben wurde. Diese beiden Techniken trifft man bei chinesischen Unternehmen, die Ungarn als regionales Verteilungszentrum nutzen, relativ häufig an; sie versuchen auf diese Weise, die Auswirkungen prohibitiver Einfuhrzölle gering zu halten. Die ungarischen Unternehmen hingegen dürften sich kaum mit solchen Wiederausfuhrpraktiken befassen, und auch kaum mit Zollbetrug. Wir können deshalb annehmen, daß der überwiegende Teil der Waren, die in den ungarischen Statistiken nicht auftauchen, von chinesischen Unternehmen eingeführt wurden.
- 6 Vgl. hierzu Hamashita Takeshi, »The Chinese World-System«, in: Peter Katzenstein/Takashi Shiraiishi (Hg.), *Network Power: Japan and Asia*, Cornell UP 1997, sowie Aihwa Ong/Donald Nonini (Hg.), *Ungrounded Empires: The Cultural Politics of Modern Chinese Transnationalism*, New York/London 1997.

Felix Philipp Ingold
 IN EXTREMIS
 Kulturwandel in Rußland

Das russische Selbstverständnis scheint sich gegenwärtig nur noch *ex negativo* artikulieren zu können – in Schlagzeilen wie »Rußland am Abgrund«, »Rußland in Trümmern«, »Rußland am Ende«, in Begriffen wie »Dekadenz« und »Koma«, »Krise« und »Katastrophe«. Die nachfolgende Darstellung des postsowjetischen Kulturwandels ist auf eine Rekonstruktion dieses russischen Selbstverständnisses angelegt; sie stützt sich in der Hauptsache auf aktuelle russische Zeitzeugnisse und soll insgesamt eine Innenansicht der heutigen Rußländischen Föderation ermöglichen.¹

Zu Beginn seien zwei russische Zeitzeugen aufgerufen, die schon vor Jahren die prekäre Befindlichkeit der neuen Russischen Föderation selbstkritisch und exemplarisch auf den Punkt gebracht und mit ihrer Lagebeschreibung auch weitgehend recht behalten haben. Die erste Einschätzung stammt von dem Historiker Michail Sokolskij; sie ist von 1992 datiert und lautet in ihrer Kernaussage wie folgt: »Hand in Hand mit dem Zerfall eines fünfhundertjährigen Imperiums gehen einerseits der qualvolle Wechsel der Gesellschaftsordnung und des politischen Systems, der Verlust sowohl des altüberlieferten als auch des seit der Revolution neu erworbenen nationalen Identitätsempfindens, der Bankrott aller einst lebenspendenden messianischen Ideale und das völlige Fiasko der zumindest oberflächlich einigenden staatstragenden Ideologie. Dazu kommt andererseits eine tiefgreifende Wirtschaftskrise mit katastrophalem Produktionsrückgang, zerrütteter Währung und grassierender Verelendung bei völliger Degeneration der ökonomischen und sozialen Moral.« Zusammenfassend hält Sokolskij fest: »Tatsächlich hat diese Zeit, was die Koinzidenz von vielfältigen gewaltigen Kataklysmen betrifft, keinen Präzedenzfall in der Menschheitsgeschichte.«²

Die zweite Einschätzung – es ist die des russischen Publizisten Anatolij Rakitow – nimmt sich demgegenüber noch pessimistischer aus; hier wird tatsächlich nur noch der totale Bankrott verkündet, der durch keiner-

lei Heilsversprechen oder Schuldzuweisung mehr zu relativieren ist: »Die große russische Kultur ist im Verfall (...) Wir sehen nur noch die verzweifelten Versuche, wenigstens irgend etwas zu retten. Es gibt keine große Literatur mehr, keine Musik, kein Theater, kein Kino, keine Malerei, keine Dichtung, keine Architektur. Das Land ist überschwemmt von drittklassiger Westproduktion. Die wissenschaftlichen Schulen siechen dahin. Die Gelehrten haben sich kommerziell vereinnahmen lassen oder sind ins Ausland emigriert.«³ Auch wenn hier von »Westproduktion« und »Ausland« die Rede ist, bleibt doch klar, daß das russische Malaise nicht dem »Westen« angelastet werden soll, daß vielmehr die Frage sich stellt, weshalb die kulturelle Szene Rußlands »drittklassige« Importe mit kritikloser Begeisterung aufnimmt, während gleichzeitig die wissenschaftliche Intelligenz als erstklassiges Exportgut in die USA, nach Südostasien und Westeuropa abwandert, wo sie offenkundig höher geschätzt und besser bezahlt wird.

Dies war, gemäß russischer Selbstdarstellung, der Stand der Dinge kurz nach der Liquidierung der einstigen Sowjetunion und der Gründung der Rußländischen Föderation; die aktuelle Lage hat unlängst, mit Blick zurück auf jene Wende, Walerij Krassnow, Präsident der Russischen Psychiatrischen Gesellschaft, wie folgt charakterisiert: »Vor zehn Jahren hatte es noch den Anschein, als wollten unsere Landsleute anders sein, als wollten sie ihr Leben ändern, es menschlicher machen. Leider ist es nicht dazu gekommen. Unsere althergebrachten Gebrechen – Nichtanerkennung der Gesetze und Nichtbereitschaft, ihnen nachzuleben, das Streben nicht nach Freiheit, sondern nach Willkür, das Fehlen rechtlicher und ethischer Normen, das Fehlen von Verantwortungsgefühl bei den Bürgern – all dies hat sich bei vielen Menschen mit der Gier nach Bereicherung verbunden.« Die Folge davon ist, daß die Menschen ihre Menschlichkeit verlieren, meint Krassnow, daß ihnen der Wille, dann die Fähigkeit abhanden kommen, »normal miteinander zu verkehren«, ja, daß sie letztlich vollends »verlernen, Menschen zu sein«.⁴

Die moralisierende Pauschalklage des Sozialpsychologen findet in den russischen Medien vielfache Entsprechung und wird bisweilen mit geradezu masochistischem Eifer zur Litanei über den nicht wieder gutzumachenden Identitäts- und Substanzverlust des Russentums gesteigert. *Rußland im Zusammenbruch* – unter diesem Titel hat Aleksandr Solshenizyn seine publizistischen Texte, dazu auch Reden und Interviews aus den vergangenen Jahren unlängst in Buchform synthetisiert.⁵In der

Tat verlor die einstige Sowjetunion, die sich durch ihre repressive Minderheitenpolitik zum Monolith gefestigt hatte, im Gefolge des nationalen Zusammenbruchs nicht nur ihren Status als Weltmacht, sie verlor auch an die 100 Millionen ihrer Bürger, darunter 25 Millionen *Russen*, die nun plötzlich zu Ausländern, überdies zu unerwünschten Ausländern wurden – etwa in der Ukraine, in Belorußland, in den selbständig gewordenen Staaten des Baltikums oder Zentralasiens, wo sie zuvor als privilegierte Minderheiten gelebt hatten.

Die gegenwärtige Krisenstimmung wird zusätzlich durch die Berichterstattung der einheimischen Medien verstärkt: über die katastrophalen gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen der Umweltzerstörung im Norden des Landes, über die Verwahrlosung von Kernkraftwerken und atomaren Waffensystemen, aber auch von Forschungsanstalten, Gefängnissen und Spitälern, über die sprunghafte Zunahme von Aids- und Tuberkuloseerkrankungen, auch darüber, daß in der Russischen Föderation 7 von 10 Schwangerschaften abgebrochen würden und daß 6 von 10 Neugeborenen mehr oder minder schwer geschädigt seien. Die Auswirkungen des Drogenmißbrauchs in Rußland hat man mit Tschernobyl verglichen, die in der Armee, im Strafvollzug oder in Altersheimen herrschenden Mißstände mit dem Regime von Konzentrationslagern. Die *Kriminalnaja Chronika*, eine Zeitung, die ausschließlich Verbrechen rapportiert und kommentiert, ist voll mit Reportagen über Massen- und Serienmorde, über die fast schon alltägliche, aber kaum je aufgeklärte, geschweige denn geahndete Liquidierung von Politikern und Journalisten, über die Plünderung von Museen, Bibliotheken und Archiven durch deren eigene Organe, wohingegen gewöhnliche Verbrechen schon gar nicht mehr eigens erwähnt werden, da ohnehin, wie unlängst die Moskauer *Obtschaja Gaseta* lakonisch festhielt, »die ganze restliche Bevölkerung klaut und säuft«. ⁶

Man mag nun einwenden, daß es auch anderswo in der Welt gravierende Mißstände und Fehlentwicklungen gibt, daß Korruption, mafiose Machenschaften und organisiertes Verbrechen auch vor westlichen Demokratien nicht haltmachen, daß weitreichende Umweltzerstörung und kommerzieller Kindsmißbrauch im Westen viel früher als in Rußland begonnen haben. Und doch gibt es eine Reihe von qualitativen Unterschieden, durch die Rußland sich gegenüber den euroamerikanischen Zivilgesellschaften als Sonderfall, um nicht zu sagen als Extremfall auszeichnet – nämlich einerseits die Massenhaftigkeit kapitaler Verbrechen

und andererseits deren exzessive, weder psychologisch noch soziologisch faßbare Grausamkeit, die an Pathos und Zynismus, aber zuletzt auch an Trivialität und Lächerlichkeit alles übertrifft, was man im Westen aus Brutalofilmen, Hardcore-Pornos oder Horrorvideos kennt.

Inzwischen hat sich für all diese Extremismen ein einschlägiger russischer Sammelbegriff durchgesetzt, der heute zu den meistgebrauchten umgangssprachlichen Vokabeln gehört und der auch in der Presse reichlich Verwendung findet. Gemeint ist der aus dem privativen Präfix »bes-« (ohne) und dem Substantiv »predel« (Rand, Grenze) zusammengesetzte Neologismus *bespredel*, ein Substantiv, mit dem Extremzustände und extreme Verhaltensweisen aller Art bezeichnet werden, wobei stets klar bleibt, daß es sich um etwas »unbegrenzt« oder »grenzenlos« Negatives, ja Monströses handelt. – Die Rußländische Akademie der Wissenschaften (Institut für linguistische Forschungen) umschreibt den Begriff, der seit Ende 1990 in gedruckten Texten nachzuweisen ist, wie folgt: »Das Fehlen jedweder Normen, Regeln und Gesetze im gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen Leben sowie in den zwischenmenschlichen Beziehungen.« Ein Beispielsatz dazu lautet: »Angesichts der heutigen Grenzenlosigkeit [der Kriminalität etc.] sind manche Menschen geneigt, bewaffnet auf die Straße zu gehen.«⁷ Mittlerweile wurde in der russischen Präsidialadministration in Moskau »angesichts des heutigen Extremismus« eigens ein Expertenrat geschaffen, der sich permanent mit allen Erscheinungsformen des *bespredel* zu befassen und regelmäßig darüber zu berichten hat.

Mit dem Ende des Sowjetsystems – so kann man resümierend festhalten – wurde gleichsam über Nacht, zumal in intellektuellen Kreisen, der allgemeine Konformismus des Verhaltens und Denkens abgelöst durch einen hypertrophierten Individualismus; jedwede Autorität war verdächtig und damit unwirksam geworden; kanonisierte Staatskünstler und Sowjetschriftsteller – Gorkij, Majakowskij, Scholochow und viele andre – verloren ihr Publikum an ehemalige »Abweichler«, »Volksfeinde« oder »Exilanten« wie etwa Charms, Nabokow, Brodskij, die während Jahrzehnten nicht gelesen, nicht zitiert werden durften; die vormals weitgehend tribunalisierte russische Lebens- und Arbeitswelt wurde durch radikale Karnevalisierung in ihr Gegenteil verkehrt, geriet aber keineswegs zur Komödie, tendierte vielmehr zu absurder Tragik; die alles umgreifende Uniformität wich dem realen Antagonismus unvereinbarer Meinungen, Interessen und Wünsche; die zentral gesteuerte Einheits- und Ordnungs-

ideologie zerfiel in eine Unzahl von Häresien und partikulären Glaubensbekenntnissen; statt des sowjetkommunistischen Einparteiensystems gab es schon bald Dutzende von Splitterparteien – heute, im Vorfeld der Parlamentswahlen, sind es weit über 200, von denen jedoch keine (auch nicht die in der Staatsduma mehrheitlich vertretene Kommunistische Partei Rußlands) als maßgebende politische Kraft sich hat etablieren können.⁸

In allen Bereichen zwischen Politik und Religion, zwischen Wirtschaft und Gesellschaft triumphiert gegenwärtig, nachdem es zur Sowjetzeit bekanntlich immer nur eine (also *keine*) Wahl gegeben hatte, eine geradezu anarchische Multioptionalität über jede Form von Konsens, und was einst – bei allen inneren Widersprüchen – ein großes Ganzes war, wird heute unterlaufen durch einen militanten Synkretismus, in dem sich die vielberufene Unübersichtlichkeit und Beliebigkeit der Postmoderne auf bestürzende Weise konkretisiert – nicht bloß als Gedankenspiel oder als künstlerische Fiktion, sondern als krude Wirklichkeit. Die Wende, die zur Demokratie, mithin zur Herrschaft des Volks hätte führen sollen, hat – so besagt's ein in Rußland oft verwendetes Wortspiel – nichts anderes bewirkt als »Dermokratie« (von russisch *der'mo*), und das heißt: Herrschaft der Scheiße. Doch bleibt diese selbstkritische Sottise hinter der postsowjetischen Realität ebenso weit zurück wie der englische Begriff des *default* (für »Man gel«, »Misere«, »Malaise«), der in Rußland, wo er – unverändert – besonders oft verwendet wird, gerade eben zum »Wort des Jahres 1998« erklärt wurde.⁹

»Vom Koloß zum Kollaps« – so titelte vor kurzem die Moskauer *Literaturnaja Gaseta* einen groß aufgemachten Beitrag, in dem der postsowjetische Transformationsprozeß Rußlands, ein Jahrzehnt nach der Wende, selbstkritisch reflektiert wird.¹⁰ Das Fazit ist denkbar desolat, und es wird durch zahlreiche russische Intellektuelle – Wissenschaftler wie Künstler und Literaten – bestätigt, deren einstiger Reformwille und Zukunftsglaube mehr und mehr in pure Resignation, bisweilen auch in provokante Weltverachtung umschlägt.¹¹

Statt hochgemute Lösungsvorschläge und Antworten auf die anstehenden Probleme zu geben, beschränken sich besonnene Intellektuelle darauf, Fragen zu stellen – die richtigen Fragen; es sind einfache, vordergründige, selbstkritische Fragen; Fragen, wie etwa der Schriftsteller Boris Wassiljew sie (sich) stellt: »Warum marschieren gerade bei uns, in einem Land, das einen so unausdenkbaren und noch immer nicht auf-

gerechneten Preis für den Sieg über den Faschismus bezahlt hat, dessen Nachfahren stramm durch die Straßen und recken dabei die Arme zum Nazigruß? Warum arbeiten wir, um Pause zu machen, und warum pausieren wir nicht, um danach besser zu arbeiten? Warum bitten und fordern wir mit weit größerem Enthusiasmus, als daß wir nach unseren eigenen Gebrechen und Fehlern suchen, um sie zu korrigieren, ohne irgendwelche Amtspersonen unterschiedlichen Kalibers um Hilfe anzugehen? Warum mögen wir unsere Intelligenz nicht leiden und behandeln sie bestenfalls mit Spott? Warum beginnen wir bei jedem persönlichen Mißerfolg immer gleich Feinde auszumachen, welche sozusagen im Schlaf sehen, wie sie uns vernichten können? Warum rauben und plündern wir unser eigenes Haus aus und leugnen kindisch und hemmungslos, daß bei uns im Land Menschen Hungers sterben (...) Warum werden bei uns bis heute (gelinde gesagt) Geständnisse bei *Verdächtigen*, die noch keineswegs Verbrecher sind, *herausgeprügelt*? Warum erniedrigen wir andauernd und vor Zeugen unsere Frauen mit schrecklichen Mutterflüchen? (...) Warum sind die Mattscheiben unserer Fernsehgeräte praktisch jeden Tag von *realem* Blut überströmt? (...) Warum feiern wir mit allgemeiner Begeisterung unsere Siege und schweigen still über unsere Niederlagen mit ihren millionenfachen Opfern, obwohl doch aus Siegen niemals, aus Niederlagen aber immer zu lernen ist? Warum gibt es bei uns diese Verneinungswut, die stets die Oberhand behält vor der Schöpferwut?¹²

Von daher erklären sich wohl auch die apokalyptischen Unter- und Obertöne, die in publizistischen wie in belletristischen Texten immer deutlicher (und durchaus unabhängig von deren ideologischer Perspektivierung) vernehmbar werden. Es hat sich im geistigen Leben Rußlands eine eigentliche »Eschato-Logik« herausgebildet, die dem einstigen kommunistischen Fortschrittsoptimismus radikal zuwiderläuft, ein endzeitlicher Diskurs, an dem Altkommunisten wie Neofaschisten, Altpatrioten wie Neoliberale gleichermaßen beteiligt sind. Wenn heute in der Rußländischen Föderation ein Gespenst umgeht, so ist es gewiß das vielgesichtige Gespenst der Apokalypse, es ist die bald ins Erhabene, bald ins Groteske gesteigerte Prophetie vom Zerfall alles Überlieferten und Bestehenden, vom Ende allen russischen Lebens. »Was zunächst als spontane, dumpfe Stimmung auftrat, artete zusehends zur massenhaften Neurose aus und wurde schließlich zu einer ausgeprägten, seelenzerfressenden Ideologie«, stellt dazu der Historiker Michail Sokolskij fest; und fast schon beschwö-

rend fügt er hinzu: »Erst wenn sich Rußland der Alternative bewußt wird – Europa oder die Apokalypse –, wird es zu sich selber, zum Geist, zum eurorussischen Geist zurückfinden.«¹³

Daß Rußlands Weg aus der Krise identisch sein sollte mit Rußlands Weg nach Europa, das war – vor zehn Jahren – der Grundimpuls von Michail Gorbatschows Reformprojekt; doch längst ist Gorbatschow zum Rentner geworden, längst hat die Perestrojka ihre Dynamik eingebüßt, und das einst vieldiskutierte Konzept vom »gemeinsamen europäischen Haus« hat man russischerseits schon vor der Osterweiterung der NATO zu den Akten gelegt. Geblieben ist die Krise; sie hat sich derart verschärft, daß sie offenbar tatsächlich nur noch mit den Kategorien – und in den Schreckensbildern – apokalyptischer Spekulation zu fassen ist.

Folgt man dem Schriftsteller Wiktor Jerofejew (den man als überzeugten »Westler« kennt), so entspräche diese endzeitliche Gravitation dem historischen Fatum Rußlands, das seit seinen Anfängen zu »Trauer und Ungemach« bestimmt gewesen sei und dieser Bestimmung denn auch mit masochistischer Zerknirschung nachgelebt habe: »Hier sind sämtliche geschichtlichen Bedingungen vorhanden dafür, daß das Land in ununterbrochenem Unglück lebte (...) Rußland ist stark im Erarbeiten utopischer Konstrukte, die offenkundig nicht zu verwirklichen sind und deren Durchsetzung viele Opfer erfordert.« Insofern, meint Jerofejew, mußten all jene revolutionären wie auch konservativen Kräfte scheitern, welche Rußlands Glück anstrebten. Gerade die Heilsversprechungen und die Suche nach einer helleren Zukunft für Rußland hätten sich als ein permanentes Unglück erwiesen. Das Land sei durchaus »unfähig zu jeglicher sogenannt normalen Lebensweise«, es vermöge nichts anzufangen mit der Freiheit und ziehe der im Westen hochgelobten »goldenen Mitte« die »Extreme der menschlichen Natur« vor. Am wenigsten sei Rußland dafür zu loben, daß es »sich selber treu« bleibe: »Wenn es so weitergeht, wird Rußland aller Wahrscheinlichkeit nach vom Antlitz der Erde verschwinden.«¹⁴

Selbst Aleksandr Solshenizyn, der sich vom Sturz der Sowjetmacht den Wiederanschluß Rußlands an seine vorrevolutionäre christliche Tradition, die Reaktivierung seiner moralischen Kraft und eine nun tatsächlich »lichte Zukunft« versprochen hatte, scheint seinen messianischen Eifer verloren zu haben. War er noch zu Beginn der neunziger Jahre mit einem in mehrfacher Millionenaufgabe gedruckten Manifest zu *Rußlands Weg*

aus der Krise als hochgemuter Troubleshooter angetreten, so legte er im vergangenen Dezember, aus Anlaß seines 80. Geburtstags, unter dem Titel *Rußland im Zusammenbruch* eine politische und moralische Abrechnung vor, wie sie pessimistischer nicht sein könnte, und erklärte gleichzeitig, sich künftig zur Befindlichkeit Rußlands nicht mehr äußern zu wollen. Entsprechend desolat fällt denn auch sein Fazit aus: »Das russische Volk befindet sich im schlimmsten Zustand überhaupt, denn im Fortgang unserer Verluste haben wir den bindenden, den rettenden Zusammenhalt untereinander verloren, und damit auch – das Bewußtsein für den Ort im Land. Unser Nationalbewußtsein ist in Lethargie verfallen. Wir sind kaum noch lebensfähig: zwischen dumpfer Gedächtnislosigkeit nach hinten und bedrohlich aufscheinendem Verschwinden vor uns. Wir befinden uns in nationaler Umnachtung.«¹⁵

Für Solshenizyn vollzieht sich die »Große Russische Katastrophe« wesentlich im sozialen und ethischen Raum. Als hauptsächliche Problem-bereiche nennt er – in dieser Reihenfolge – die demographische Ausdünnung Rußlands (und mehr als dies: das drohende »Aussterben« des Russentums infolge der unhaltbaren Lebensbedingungen und des epidemischen Alkoholismus); den »völligen Zusammenbruch« des russischen Schulwesens, das nicht mehr in der Lage sei, »heute eine Generation mit ethischem Bewußtsein und mit [zeitgemäßem] Wissen heranzuziehen«; die Wohnungsmisere, die in Rußland gravierender sei als irgendwo sonst in der zivilisierten Welt und die die gesellschaftliche Entwicklung ebenso behindere, wie sie die Menschenwürde beeinträchtige; die zunehmend sich vertiefende Kluft zwischen Stadt und Land, Provinz und Metropole, die bereits zur Entstehung »zweier gleichsam verschiedener Nationen« innerhalb Rußlands geführt habe; sodann: Korruption, Verschwendung, Machtmißbrauch, wie der »Staatsapparat« sie zum Nachteil der Bevölkerung als Normalität praktiziert; und schließlich – was das geistige Leben betrifft – den »amorphen Charakter des russischen Nationalbewußtseins«, die »Verkrüppelung« des Volkscharakters und der Intelligenz sowie die Überfremdung der russischen Sprache durch eine Vielzahl von westlichen, insbesondere amerikanischen Wortimporten. »Die ›russische Frage‹ kann am Ende des 20. Jahrhunderts unzweideutig so gestellt werden: *Sein oder Nichtsein* für das russische Volk (...) Wenn die Sache so weitergeht, dann muß man wohl in einem Jahrhundert das Wort ›russisch‹ aus den Lexika streichen.«¹⁶

Mit Solshenizyn und Jerofejew stehen sich zwei »Apokalyptiker«

gegenüber, die – was ihre Lebenserfahrung, ihr literarisches Schaffen, ihre politische Position angeht – gegensätzlicher nicht sein könnten. Doch die russische Apokalyptik ist so neu nicht, wie man es angesichts ihrer gegenwärtigen Hochkonjunktur annehmen könnte. Vielleicht ist sie auch nicht bloß durch die aktuelle russische Krisenlage und – zusätzlich – durch das bevorstehende Jahrtausendende bedingt,¹⁷ sondern beruht auf einer spezifischen Besonderheit des russischen Selbstverständnisses bzw. der russischen Mentalität. Dies jedenfalls scheint der Historiker Wiktor Guschin anzunehmen, wenn er dezidiert erklärt: »Die russische Macht ist nichts anderes als die apokalyptische Macht eines apokalyptischen Volkes, das die Herrschaft der Unwürdigen sanktioniert (...)«¹⁸

Über den Maximalismus und Extremismus des russischen Charakters ist von Russen wie von Nichtrussen viel debattiert worden; unter dem Titel und zum Thema der »russischen Idee« liegt ein längst unüberschaubares geschichts- und religionsphilosophisches Schrifttum vor.¹⁹ Im Zusammenhang mit der frühen, fast zeitgleichen Rezeption Nietzsches in Rußland und Dostojewskijs in Deutschland hat sich bekanntlich der obskure Mythos von der »russischen Seele« herausgebildet.²⁰ Als deren hauptsächliche Merkmale wurden herausgestellt: Widersprüchlichkeit, abrupte Wechselhaftigkeit, Verführbarkeit, Unberechenbarkeit, sklavische Unterwürfigkeit, aber auch spontan-rebellisches Aufbegehren und nihilistischer Absolutismus – all das im Verein mit einer durchgehenden apokalyptischen Grunddisposition.

Schon bald nach der bolschewistischen Revolution hat der Philosoph und Publizist Nikolaj Berdjajew diese begrifflich kaum faßbare Grunddisposition wie folgt umschrieben: »Beim russischen Menschen ist das Apokalyptische mit dem Nihilistischen so sehr vermischt und verwickelt, daß es Mühe macht, diese polar gegensätzlichen Prinzipien zu unterscheiden (...) Die russische Suche nach der Wahrheit des Lebens nimmt stets einen apokalyptischen oder einen nihilistischen Charakter an. – Dies ist ein grundlegendes nationales Merkmal. Es bereitet den Boden für Verwirrungen und Täuschungen, für Scheinreligionen. Selbst im russischen Atheismus steckt etwas vom apokalyptischen Geist, das mit dem westlichen Atheismus überhaupt keine Ähnlichkeit hat. (...) Es ist nicht leicht, die Frage zu beantworten, warum der russische Mensch den Staat, die Kultur, das Vaterland, eine normative Moral, die Wissenschaft und die Kultur ablehnt, warum er absolute Armut fordert: wegen seines Hangs

zur Apokalyptik oder wegen seines Hangs zum Nihilismus. Der russische Mensch kann sowohl ein nihilistisches als auch ein apokalyptisches Blutbad anrichten. Er ist fähig, sich zu entblößen, alle Hüllen zu zerreißen und völlig nackt aufzutreten – und zwar sowohl deshalb, weil er Nihilist ist und alles verneint, als auch deshalb, weil er voller apokalyptischer Vorahnungen ist und das Ende der Welt erwartet. Bei den russischen Sektierern verflucht und mischt sich die Apokalypse mit dem Nihilismus. Das gleiche ist auch bei der russischen Intelligenz der Fall.«²¹ Und in einem eindrucklichen Passus seiner philosophischen Autobiographie zieht Berdjajew aus diesem historischen Befund ein weitreichendes, allgemein geltendes Fazit, wenn er festhält: »In der Geschichte gelingt alles nicht. Und zugleich hat die Geschichte erst recht ihren Sinn. Aber der Sinn der Geschichte liegt außerhalb ihrer Grenzen und setzt ihr Ende voraus. Die Geschichte hat darum einen Sinn, weil sie ein Ende hat.«²²

Man sieht nun also: das Ende der Geschichte – oder das, was wir »Posthistoire« nennen – ist in Rußland niemals bloß ein Slogan, sondern immer schon ein zentraler Aspekt des nationalen Selbstbewußtseins gewesen; und vielleicht könnte man versuchsweise sagen, daß die geistige Welt des Russentums schon immer die vorab realisierte »Postmoderne« war.²³ Die Semiotik, von der Postmoderne in den Rang der Wissenschaft der Wissenschaften erhoben, ist – laut Igor Smirnow – »Wissen vom Substituierenden; eine Erkenntnis, die vom Subjekt vollzogen wird, das sich im Jenseits ansiedelt; ein Allwissen aus dem Innern der Apokalypse; ein Verstehen des Seins, nachdem es sich in Texten vollendet hat; ein Nekrolog auf eine nekrologisierte (beschriebene) Welt; Blüte der Philologie, die nach Dmitrij Segals konziser Formulierung eine »Kultur nach dem Ende der Welt« darstellt.«²⁴

Russische Gegenwartsautoren und -autorinnen wie Petruschewskaja und Narbikowa, Pelewin und Jerofejew, Scharow und Sorokin, Mamlejew oder Popow reagieren auf die in ihrem Land weit verbreitete endzeitliche Grundstimmung mit der Ausarbeitung einer »schwarzen Literatur«, einer Literatur der Leere, die weder ästhetische noch moralische Kriterien gelten läßt, die einen kruden, zugleich ins Phantastische überhöhten Naturalismus praktiziert, indem sie mit souveräner Selbstverständlichkeit auch die extremsten Erscheinungsformen von Sadismus, Kannibalismus, Nekrophilie vorführt – so, als handelte es sich dabei um die schiere Alltagsnormalität. Von eben dieser »schwarzen Literatur« ist besonders stark

die heutige Moskauer Belletristik imprägniert, und man wird keineswegs erstaunt sein, daß deren meistgenannter Antiheld den Namen *Pustota* trägt, was auf deutsch als »Leerer« (mit Doppel-e) wiederzugeben wäre.²⁵

»Unsere Intelligenz«, – der junge russische Philosoph Michail Ryklin bestätigt es, – »fühlt sich nicht bloß entfremdet, sondern so, als wäre sie in eine räumliche Leerzone abgestürzt, in der sie sich fortbewegt, ohne irgendeiner Richtung zu folgen, weil für sie der Wunsch nach einem Bild oder das Bild eines Wunsches nicht mehr existiert (...) Verantwortungsfiguren erweisen sich heute als fiktiv. Demzufolge könnte sich durchaus etwas ereignen, wofür niemand verantwortlich wäre. Die Welt mag untergehen, und niemand braucht dafür die Verantwortung zu tragen.«²⁶ Man weiß, daß es endzeitliche respektive posthistorische Diskurse dieser Art nicht nur in Rußland gibt; in der russischen Kultur reicht aber, wie sich anhand beliebig vieler Beispiele aufzeigen ließe, die Tradition solchen Redens auf ein kollektives Ende hin weit zurück – das Apokalyptische scheint hier gleichermaßen Anteil zu haben an der Geistes- wie auch an der Alltagskultur. In einem kürzlich publizierten Bericht über eine Serie politischer Morde in Petersburg, die gleichsam unter den Augen der Polizei – wenn nicht gar unter Polizeischutz – ausgeführt, jedoch nie aufgeklärt wurden, findet sich ein direkter Hinweis darauf, daß der fortdauernde »blutige Exzeß« im wesentlichen dort seinen Schauplatz hat, wo einst Fjodor Dostojewskij seine dämonischen Großstadthelden hat auftreten lassen.²⁷ Der Rückgriff auf Dostojewskij ist durchaus sinnvoll und erscheint berechtigt angesichts der Tatsache, daß dieser Autor im heutigen Rußland gewiß als der meistgelesene Klassiker gelten kann, als ein Klassiker überdies, der weithin als »Zeitgenosse« wahrgenommen wird und von dem in der russischen Tagespresse immer mal wieder größere Textauszüge anstelle von redaktionellen Leitartikeln eingerückt werden – Dostojewskijs »Aktualität« ist derart frappierend, daß seine Texte weder der Bearbeitung noch der Erläuterung bedürfen.²⁸

In einem Essay über den *Klassischen Nihilismus und das zeitgenössische extremistische Bewußtsein* in der russischen Gesellschaft unterstreicht der Publizist Aleksej Schewtschenko insbesondere »die Tatsache, daß das ontologische Modell der sozialen Wirklichkeit, wie sie in Dostojewskijs Roman *Die Dämonen* (1872) beschrieben wird, strukturelle Ähnlichkeit mit der postkommunistischen russischen Gegenwart hat. (...) Sämtliche Projekte und Möglichkeiten, welche im Roman ansatzweise vorhanden

sind, leben heute wieder auf: die Wahnhaftigkeit der offiziellen Macht, die Impotenz des Liberalismus, alle Abarten und Nuancen des Slawophilentums und der [patriotischen] Bodenständigkeit, das ganze Palaver von der messianischen Auserwähltheit des russischen Volkes in der Weltgeschichte. Sämtliche gesellschaftlichen Erlösungsszenarien (...) im Sinn der Ideokratie, der Monokratie und des Autoritarismus leben wieder auf. Und es leben auf die Projekte eines extremen apokalyptischen und eschatologischen Nihilismus, wie sie von heutigen russischen Intellektuellen und Esoterikern als Neuentdeckungen ausgegeben werden. Bereits haben sich die »Dämonen« materialisiert, und nun marschieren sie unter verschiedenen Masken (...) durch Rußlands Städte.«²⁹

Eine dieser Masken, gewiß die auffälligste heute, ist die des Extremisten. In ihm hat Dostojewskij einen »Volkstypus« erkannt, der »in hohem Maße das Volk in seiner Gesamtheit charakterisiert«, mithin der ganz normale »Dämon« (oder »Teufel«), den im Roman der philosophierende Fürst Stawrogin, der zugleich als Kinderschänder und Frauenverderber sich umtut, ebenso adäquat darstellt wie der fanatische, zur Hysterie neigende Pjotr Werchowenskij, dessen revolutionäres Credo auch den Mord mit einschließt. »Was es auch sei – Liebe, Wein, Ehrgeiz, Neid oder die tolle Stimmung eines Gelages, – da gibt sich mancher Russe rückhaltlos dem Augenblick hin, ist imstande, alles zu zerreißen, zu vernichten, von allem sich loszusagen, von der Familie, von der Sitte, von Gott.«

In welcher Gestalt und Montur Dostojewskijs »Schandkerl«, der Prototyp des russischen Extremismus, heute in Erscheinung tritt, mag das Beispiel Eduard Limonows zeigen, der sich vom einstigen sowjetkritischen Dissidenten zum Führer der Rußländischen Nationalbolschewistischen Partei gewandelt hat und der weit über Moskau hinaus als Pornoauteur wie als Apologet von Hitlers *Mein Kampf* gleichermaßen von sich reden macht. Zur gegenwärtigen Befindlichkeit Rußlands hat Limonow unlängst dezidiert vermerkt: »Das ist keine Krise, das ist die Agonie, und so mag ich's auch. Wir als Menschenhasser freuen uns darüber.« Das Programm seiner zugleich rechts- und linksextremen Partei resümiert dieser bald in Naziuniform, bald in Jeans von Levi Strauss auftretende Politiker wie folgt: »Für die Jugend [wollen wir] Märsche, Umzüge, Kriege, Siege veranstalten. Der Krieg frischt das Blut der Nation auf.« Die sogenannte »direkte Aktion«, zu deren Rechtfertigung sich Limonow abwechselnd auf Stalin und Mussolini, auf Mao Tse-tung und Che Guevera bezieht, soll

Vorrang haben vor jeder politischen Theorie, und sie soll unabhängig sein von jeglicher überlieferten Moralvorstellung.³⁰ Russischer Maximalismus und russischer Nihilismus, blinder Aktivismus und apokalyptischer Zynismus fallen hier – *in extremis* – auf eigenartige Weise in eins und bildenein obsoletes Gemisch von politischen Wunschund Wahnvorstellungen, die zugleich *realiter* ausgelebt werden – als Realtheater oder als theatraalisierte Wirklichkeit; nicht mehr die Bühne bedeutet hier die Welt, vielmehr ist es die Welt, die zur Bühne wird, zu einer Bühne, auf der Spiel und Ernst, Komik und Tragik, positive und negative Helden kaum noch zu unterscheiden sind. Auch die große russische Politik scheint gegenwärtig als tragikomische Realsatire praktiziert zu werden, denkt man etwa an Jelzins Verschleiß von Ministerpräsidenten und Kabinetten.³¹

Der georgische Philosoph Merab Mamardashwili hat einst von der »üblen Rekurrenz der rußländischen Lebensphänomene« gesprochen, von der Unfähigkeit des Russentums, aus der Geschichte – und insbesondere aus deren Fehlentwicklungen – zu lernen, was zur stetigen Wiederkehr des Gleichen führe; selbst nach tiefgreifenden, scheinbar unumkehrbaren revolutionären Kataklysmen kehre Rußland doch immer wieder »in seine Kreise« zurück, um erneut – wenn auch auf einer jeweils anderen Etage der Geschichtsspirale – die gleiche Entwicklung zu nehmen: »Nach jedem durchlaufenen historischen Zyklus geht Rußland zu einer neuen Windung der Modernisierung und der gesellschaftlichen Evolution insgesamt über, wobei es aber jedesmal wieder nicht davor gefeit ist, erneut auf den qualvollsten, schwersten und verlustreichsten Weg einzuschwenken.«³²

Von daher ist nachvollziehbar, daß manche russische Kommentatoren heute ernsthaft befürchten, daß ihr Land noch einmal von einer großen Revolution verheert werden könnte. Rußland habe sich auf ein höchst riskantes »Spiel ohne Grenzen« eingelassen, man lebe, man überlebe »in der totalen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Krise«, in einem Land, wo »Chaos, Armut und Ausweglosigkeit« zur Norm geworden seien, man suche überall die ultimative Zerreißprobe, beharre auf einem nationalen Sonderweg, statt in *Kompromissen*, das heißt in *Demokratie* sich zu üben – mit dieser keineswegs mehr überraschenden Situationsanalyse ist in Rußland unlängst eine neue politische Gruppierung via Internet an die Öffentlichkeit getreten, um angesichts der allgemeinen »Apathie und Verzweiflung« einem neuen politischen Bewußtsein

Auftrieb zu geben. Die Initiative ist, obwohl sie die üblichen Klagen und Anklagen kolportiert, aus diversen Gründen bemerkenswert.

Erstens hat sich der »Bund protestierender Bürger Rußlands« – so nennt sich die anonyme Initiativgruppe – nicht als Partei konstituiert; zweitens hat er sich offenkundig weder wirtschaftlich noch ideologisch auf irgendwelche vorgegebenen Positionen festgelegt; drittens verzichtet er explizit auf jede Teilhabe an der Macht, aber auch auf die Teilnahme an regionalen oder nationalen Wahlgängen; viertens operiert der »Bund« bewußt an der Basis, er ruft zu Eigenverantwortung und Eigeninitiative auf, erhofft sich eine breit abgestützte, primär praxisorientierte Reformbewegung der kleinen Schritte, lehnt jeglichen Dirigismus von oben kategorisch ab, verlangt aber von der politischen Führung (und namentlich vom Präsidenten) eine »klare und inspirierende Doktrin zur Entwicklung der Gesellschaft«.³³

Im hier vorliegenden Problemzusammenhang ist vor allem die Tatsache von Interesse, daß der »Bund protestierender Bürger Rußlands« die gegenwärtige Krise und die daraus erwachsende Gefahr einer neuen Diktatur auf den destruktiven Einfluß von Extremismen aller Art zurückführt – auf den »liberalen Extremismus« der ersten postsowjetischen Reformversuche ebenso wie auf die extremistische Entartung links- und rechtsradikaler politischer Parteien, auf den Extremismus der neorusischen Oligarchen »mit ihrem dreisten Prunk« ebenso wie auf die extreme »Kriminalisierung und Korrumpierung der Gesellschaft« insgesamt. Erst vor diesem Hintergrund kann deutlich werden, wie radikal die durchwegs maßvoll wirkenden Forderungen dieser Protestbewegung in Wirklichkeit sind – Forderungen wie die »politische Stabilisierung der Gesellschaft vermittels eines »Moratoriums für abrupte Entscheidungen«, die »Schaffung normaler Lebensbedingungen für alle Bürger«, die »Realisierung einer Politik des gemäßigten Isolationismus« gegenüber dem Ausland zwecks Wiedergewinnung der eigenen nationalen Kräfte, die »Renaissance der Ökonomie auf der Basis einer effizienten Investitions- und Steuerpolitik«, vor allem jedoch die »Schaffung einer demokratischen Gesellschaft mit demilitarisiertem Wirtschaftssystem, aber hinreichendem Verteidigungspotential«. – Ob solche Minimalforderungen in einem Land, das seit eh und je, im Positiven wie im Negativen, dem Maximalismus zuneigt, eine Chance auf praktische Verwirklichung haben, muß dahingestellt bleiben; zu hoffen ist nur, daß es in Rußland immer mehr Einzelne gibt, die

auf eigene Initiative und auf eigenes Risiko ihre eigenen Schritte wagen und dafür auch *selbst* die Verantwortung übernehmen – gefragt ist wohl nicht mehr, wie zu Sowjetzeiten, das »Wir«-Gefühl des Konformismus, vielmehr die solidarische Gemeinschaft der Eigensinnigen, die durch Differenzbewältigung zu demokratischem Konsens gelangen. – »Ich hoffe«, so ließ vor kurzem der Moskauer Essayist Grigorij Pomeranz im Gespräch verlauten, »daß es in Rußland zur Genüge Menschen gibt, die die Provokation durch das Chaos annehmen und aushalten können und die auch jene Tiefen erreichen, welche von den äußern Katastrophen nicht berührt werden. Solchen Leuten bin ich auch unter Vertretern der jungen Generation begegnet. Bei einer Zusammenkunft junger Lehrer, die auf dem Land arbeiten, gab es unlängst einige echte Helden – Don Quijotes, welche unter Bedingungen, die für einen zivilisierten Zeitgenossen unvorstellbar sind, hervorragende Arbeit leisten. Auf solch uneigennützig und wagemutigen Menschen ruht meine hauptsächliche Hoffnung im Sinn der Bewahrung des lebendigen Geistes der Kultur.«³⁴

Anmerkungen

Der vorliegende, redaktionell gekürzte Text wurde erarbeitet als Zusammenfassung eines interkulturellen Seminars, das der Verfasser im Sommersemester 1999 an der Eidgenössischen Technischen Hochschule, Zürich, abgehalten hat.

- 1 Siehe dazu meine regelmäßige Kulturberichterstattung in der *Neuen Zürcher Zeitung* (NZZ); u.a. die folgenden Beiträge: »Wer ist schuld? Was tun? (Aktuelle Debatten um Rußlands »geistige Krise«), NZZ vom 26.08.1998; »Kein Geld, kein Programm (Die russische Kulturpolitik am Scheideweg)«, NZZ vom 16.11.98; »Wir-Gefühl contra Ich-Gefühl (Das russische Selbstverständnis in der Krise)«, NZZ vom 27.11.98; »Klage und Anklage (Die Intelligenz übt sich in Selbstkritik)«, NZZ vom 9.2.99; »Das Elend mit dem »Defolt« (Staatskrise und Sprachverfall in Russland)«, NZZ vom 1.3.99.
- 2 Michail Sokolskij, *Die tausendjährige Spaltung. Rußland: Geschichte, Geist, Gefahren*, Marburg 1997, S. 290.
- 3 Anatolij Rakitow/Jewgenij Panow, *Der Weg Rußlands: Verstehen und leben* (russ.), Moskau 1995, S. 79. – Das Malaise im postsowjetischen Wissenschaftsbetrieb hat zu zahlreichen Analysen und Reformvorschlägen, aber auch zu Protesten, Demonstrationen und Streiks geführt; in einem Offenen Brief der Moskauer »Literaturzeitung« an Präsident Boris Jelzin wird kurz und bündig festgehalten: »Die rußländische Wissenschaft mit ihren Traditionen und ihrem Potential, mit ihrer mehr als 250jährigen Geschichte befindet sich am Rand ihrer nicht wieder gutzumachenden Zerstörung.« (»Die Wissenschaft sterben lassen heißt – das Land zugrunde richten«, russ., in: *Literaturnaja Gaseta* vom 24.06.98).
- 4 Walerij Krassnow [im Gespräch mit Margarita Rjurikowa], »Die Menschen verlieren ihre Menschlichkeit« (russ.), in: *Obstschaja Gaseta* XIII, 1999. – Siehe dazu die Auswertung wissenschaftlicher Umfragen zum Wandel ethischer und ästhetischer Werte bei der russischen Bevölkerung seit 1991 durch Kimmo Kääriäinen (»Krise der Moral oder unmoralische Gesell-

- schaft?«, in: *BIOst* XXVI, 1997. – Vgl. auch die (antiwestliche) zivilisationsgeschichtliche Abhandlung zur »neuen Barbarei« in Rußland von Aleksej A. Kara-Mursa, *Das neue Barbarentum als Problem der russischen Zivilisation* (russ.), Moskau 1995.
- 5 Aleksandr Solshenizyn, *Rußland im Zusammenbruch*, Moskau 1998.
 - 6 Jakow Krotow, »Von der Sanftmut der Schlange und der Weisheit der Taube« (russ.), in: *Obstschaja Gaseta* XXX, 1998. – Vgl. dazu Wladimir Kantor, »Gewalt und Zivilisation in Rußland«, in: *BIOst* XI, 1997, S. 3-39; außerdem (zur Tradition der moskowitzischen Gewalt-herrschaft) Michail Sokolskij, »Moskau – Stadt, Begriff, Prinzip, Mythos«, a.a.O. (Anm. 2), S. 118-157.
 - 7 *Erklärendes Wörterbuch der russischen Sprache am Ende des 20. Jahrhunderts* (russ.), Sankt-Petersburg 1998, S. 83. – Als fremdsprachiges Synonym zu *bespredel* wird neuerdings auch der Neologismusektremalstschima verwendet, mit dem pauschal alle Arten von Extremzuständen und extremem (extremistischem) Verhalten bezeichnet werden; diese vom Lateinischen (»extremus«) hergeleitete Neubildung ist im genannten akademischen Wörterbuch noch nicht verzeichnet.
 - 8 Zur disparaten russischen Parteienlandschaft zwischen »Linken und Nationalisten« siehe u.a. die aktuelle Bestandsaufnahme von Wladimir Pribylowskij »10 Monate vor den Parlamentswahlen« (russ.), in: *Russkaja Mysl'* Nr. 4256, Paris 1999, Bl. 1-5. – Vgl. auch, vom selben Autor, die Darstellung der zahlreichen neofaschistischen und neopaganistischen Gruppen- bzw. Parteibildungen in der Rußländischen Föderation: »Die neuen Heiden – Leute und Gruppierungen« (russ.), a.a.O., Nr. 4220, Paris 1998; zusammenfassend siehe Wladimir Pribylowskij u.a., *Politischer Extremismus in Rußland*, Moskau 1996.
 - 9 Siehe dazu Felix Philipp Ingold, »Das Elend mit dem »Defolt««, a.a.O. (Anm. 1).
 - 10 Igor Bestushev-Lada, »Vom Koloß zum Kollaps. Und zurück?« (russ.), in: *Literaturnaja Gaseta* I-II, 1999.
 - 11 Vgl. dazu u.a. Felix Philipp Ingold, »Wer ist schuld? Was tun? (Aktuelle Debatten um Rußlands »geistige Krise«)«, a.a.O. (Anm. 1); sowie andere dort angeführte Berichte.
 - 12 Boris Wassiljew, »Fragen an mich selbst« (russ.), in: *Literaturnaja Gaseta* XVI, 1999. – Auch in anderem Zusammenhang hat sich der 75jährige Wassiljew als ebenso scharfsinniger wie selbstkritischer Analytiker der gegenwärtigen »geistigen Krise« in Rußland ausgewiesen; vgl. u.a. »Ich habe was zu schreiben« (russ.), in: *Ekspert* XIX, 1999, S. 60f.; »Ich schäme mich!« (russ.), in: *Obstschaja Gaseta* XX, 1999.
 - 13 Michail Sokolskij, a.a.O. (Anm. 2), S. 290.
 - 14 Wiktor Jerofejew, »Zielscheibe« (russ.), in: *Obstschaja Gaseta* LI, 1998.
 - 15 Aleksandr Solshenizyn, *Rußland im Zusammenbruch* (Anm. 5), S. 155f.; zu Solshenizyns früheren Reformvorschlägen für Rußland siehe seine Schrift *Kak nam obustroit' Rossiju?*, Moskau 1990 (sowie diverse andere Ausgaben); deutsch *Rußlands Weg aus der Krise*, München 1990.
 - 16 Aleksandr Solshenizyn, *Rußlands Weg*, s.o., S. 140.
 - 17 Zur massenmedialen Vereinnahmung und quasipolitischen Aufarbeitung von Prophetismen aller Art siehe die Analyse von Jewgenij Ichlow/Sergej Mitrofanow, »Die Industrie der Prophetien« (russ.), in: *Knishnoje Obosrenije* vom 25.03.99.
 - 18 Wiktor Gustschin, »Es ist Zeit, das Schicksal zu ändern, statt bloß die Politiker auszutauschen« (russ.), in: *Literaturnaja Gaseta* XL, 1997.
 - 19 Hier sei lediglich auf die zusammenfassende historiosophische Abhandlung von Nikolaj Berdjajew zur »russischen Idee« verwiesen (*Russkaja ideja*, Paris 1946; deutsch: *Die russische Idee*, Sankt Augustin 1983); seine diesbezüglichen Überlegungen hat Berdjajew erstmals in einer Aufsatzsammlung über »Das Geschick Rußlands« (Moskau 1918) skizziert. – Siehe u.a. auch die Textsammlung »Vom Weltende« (Moskau 1902); vgl. neuerdings die Studien von Wjatscheslaw P. Schestakow über »Eschatologie und Utopismus« (russ.) im russischen Geschichtsdenken (Moskau 1995) sowie von Arsenij Gulyga über »Die russische Idee und

- ihre Schöpfer« (russ.; Moskau 1995).
- 20 Zu den Legendenbildungen um die »russische Seele« in Deutschland vgl. die rezeptionshistorische Abhandlung von V. Dudkin/K. Asadowskij, »Dostojewskij in Deutschland« (russ.), in: *Literaturnoje Nasledstwo*, Bd. 86, Moskau 1973, S. 688-700; 734f
- 21 Nikolaj A. Berdjaev (sic), *Die Geister der russischen Revolution*, Salzburg 1972, S. 29f.
- 22 Nikolaj Berdjajew, *Selbsterkenntnis. Versuch einer philosophischen Autobiographie*, Darmstadt/Genf 1953, S. 330.
- 23 Vgl. dazu die Überlegungen von Mikhail Epstein, *After the Future: The Paradoxes of Postmodernism and Contemporary Russian Culture*, Amherst 1995; siehe auch Wladimir Nowikow, »Hirnriß« (russ.), in: *Znamja* X, 1995, S. 189-199. – Generell zur kulturellen Transformation im postsowjetischen Rußland siehe das von Dmitri N. Shalin und Bruce Mazlish herausgegebene Sammelwerk *Russian Culture at the Crossroad: Paradoxes of Postcommunist Consciousness*, Boulder 1996.
- 24 Igor Smirnov, *Sein und Kreativität*, Ostfildern 1997, S. 111ff.
- 25 Wiktor Pelewin, *Tschapajew und Pustota* (russ.), Moskau 1996; deutsch: *Buddhas kleiner Finger*, Berlin 1998. – Zu Wladimir Sorokin siehe u.a. Boris Groys, »Der russische Roman als Serienmörder«, in: *Schreibheft* 50, 1997, S. 195-202; Felix Philipp Ingold, »Außerhalb der Norm«, in: *NZZ* vom 3.06.99.
- 26 Michail Ryklin/Pawel Pepperschtein, »Dialog im Blaulicht« (russ.), in: *Mesto petschati* VIII, 1996, S. 143, 157.
- 27 Vgl. Tatjana Putrenko, »In Petersburg wird erneut geschossen« (russ.), in: *Literaturnaja Gaseta* vom 14.06.99.
- 28 Zur aktuellen Rezeption Dostojewskijs in Rußland vgl. u.a. Andrzej Lazari, »Dostojewskij als ideologische Autorität im politischen Kampf unserer Tage«, in: *Dostoevsky Studies* II, 1998, S. 104-113.
- 29 Aleksej Schewtschenko, »Der klassische Nihilismus und das zeitgenössische extremistische Bewußtsein (russ.), I-II«, in: *Russkaja Mysl'* Nr. 4265/4266, Paris 1999. – In Dostojewskijs Roman »Die Dämonen« (*Besy*) wird mehrfach – explizit oder implizit – auf die Apokalypse verwiesen und aus der Offenbarung des Johannes zitiert, wobei der Autor u.a. Stawrogin, Schatow, Fedka und Sofija als Sprecher auftreten läßt.
- 30 Zu Eduard Limonows jüngsten Auftritten und Verlautbarungen siehe u.a. die illustrierte Berichterstattung »Das sind wir, die kleinen Eduards!« (russ.), in: *Obstschaja Gaseta* V, 1999; vgl. die Analyse des von Limonow verkündeten Parteiprogramms der National-Bolschewisten bei Wjatscheslaw Lichatschow/Wladimir Pribylowskij, »Unmerkliche Spaltung bei den National-Bolschewisten« (russ.), in: *Russkaja Mysl'* Nr. 4229, 1998; zu Limonows literarischen Aktivitäten siehe Aleksandr Wosnessenskij, »Limonow-Cocktail, oder Nicht nur über Anatomie« (russ.), in: *Knishnoje Obosrenije/Ex Libris* vom 12.08.98.
- 31 So wurden die grotesken Querelen um Stepaschins Kabinettsbildung Ende Mai 1999 in den Nachrichtenmedien weltweit als lachhafte, aber auch als bedenkliche Realsatire referiert; vgl. dazu Wladimir Rasuwajew, »Die Lachkultur der rußländischen Politik« (russ.), in: *Knishnoje Obosrenije/Ex Libris* vom 20.05.99.
- 32 Hier zitiert nach W. I. Panow, »Die Rhythmen der gesellschaftlichen Entwicklung und der Übergang zur Postmoderne« (russ.), in: *Woprossy filosofii* VII, 1998, S. 5.
- 33 Vgl. das Manifest des »Bundes protestierender Bürger Rußlands« im Internet <http://www.penza.com.ru/spgr/>
- 34 Grigorij Pomeranz [im Gespräch mit Pawel Nujkin], »Wer sich im Abgrund wähnt, beginnt zu fliegen« (russ.), in: *Obstschaja Gaseta* XXI, 1999; siehe auch die pragmatische Gegenwartsanalyse des Historikers A. M. Pantschenko, der wie Pomeranz die kleinen Schritte kleiner Leute für weit wichtiger hält als von oben verordnete politische oder ökonomische Programme (»Nicht Genies brauchen an der Macht zu sein« (russ.), in: *Literaturnaja Gaseta* XL, 1998).



Die *IWMpost* ist das Magazin des Instituts für die Wissenschaften vom Menschen. Es berichtet über die Aktivitäten des Instituts und bringt Originalbeiträge seiner Fellows und Gäste in englischer und deutscher Sprache.

Zu den AutorInnen der letzten Zeit zählen Ilija Trojanow, Olivier Roy, Shalini Randeria, Maria Lipman, Peter Demetz, Ivan Krastev, Jan Werner Müller, Mykola Riabchuk, Claus Offe, Alexander Etkind, Timothy Snyder, Mark Lilla und Evgeny Morozov.

Die *IWMpost* erscheint dreimal im Jahr und kann kostenlos abonniert werden.

Mehr Information hier:

www.iwm.at/iwmpost

Ulrich K. Preuß

AUF DER SUCHE NACH EUROPAS VERFASSUNG

Europa hat noch keine Verfassung

Nach dem Ende des Kosovo-Krieges trägt Europa ein neues Selbstbewußtsein zur Schau. Das mühsam zustandegekommenes Arrangement, das die Beendigung des ersten Krieges möglich machte, den die NATO in ihrer fünfzigjährigen Geschichte geführt hat, gilt als ein Ergebnis des etwas anderen, betont zivilen Charakters der europäischen Außenpolitik und Diplomatie. Freilich, ohne das dahinterstehende militärische Potential der USA hätte dieser Krieg nicht nur nicht begonnen und geführt, sondern auch schwerlich beendet werden können. Vielleicht hat diese Erkenntnis die europäischen Staats- und Regierungschefs auf dem Gipfel in Köln Ende Mai dazu beflügelt, nunmehr die Weichen für eine Europäische Verteidigungsunion zu stellen. Offenbar streben sie an, daß Europa in Zukunft die Sicherheit auf seinem Kontinent aus eigener Kraft gewährleisten kann. Spätestens wenn Unionsbürgern als Angehörigen einer Europäischen Streitmacht die Aufopferung ihres Lebens für »Europa« abverlangt werden sollte, wird sich die dringende Frage nach dessen Verpflichtungsfähigkeit stellen. Die Verlegenheit ist ja schon groß, wenn es darum geht, diese Europäische Union zu kennzeichnen. Kein Staat, auch kein Bundesstaat, kein Staatenbund – statt dessen ein Staatenverbund (nach der berühmten Bezeichnung des deutschen Bundesverfassungsgerichts), dessen Merkmale freilich dunkel bleiben, vielleicht auch nur ein bloßes »Gebilde«, eine eigenschaftslose »Entität«, oder doch jenes so gerne von Pufendorf zitierte, auf das Heilige Römische Reich deutscher Nation geprägte Gebilde »*monstro simile*«?¹

Für ein »Gebilde«, schon gar für eine Monstrosität, aber auch für einen Staatenverbund opfert niemand sein Leben auf. Die Europäische Union braucht eine wie immer geartete politische Identität, und diese ist nicht vorgegeben, sondern aufgegeben – sie muß gestiftet werden. Nichts weniger ist die Aufgabe einer Verfassung.

Wenn man nicht mehr verlangt als verbindliche rechtliche Regeln über die Ziele jenes »Gebildes«, seine Organe, deren Zusammensetzung und Kompetenzen, über die Beziehung zu den Mitgliedsstaaten sowie schließlich über den Beitritt weiterer Staaten, so kann man ohne Umschweife feststellen, daß Europa bereits eine Verfassung besitzt. Denn all dies und vieles mehr ist bereits in den fünf Verträgen enthalten, auf denen die EU und ihre drei Säulen beruhen. Auch wenn man einen sehr engen Verfassungsbegriff befürwortet und von ihr nicht mehr erwartet als das klassische »limited government«, so ist der gegenwärtige Zustand keineswegs beunruhigend. Denn auch ohne einen ausdrücklichen Grundrechtekatalog gibt es genügend Mechanismen, die sicherstellen, daß die Organe der Gemeinschaft die Grenzen der ihnen übertragenen öffentlichen Autorität nicht überschreiten.

Aber eine Verfassung ist mehr als ein Organisationsstatut.² Eine Verfassung vereinigt die grundlegenden Rechtsprinzipien, nach denen Individuen und Gruppen gemeinsam leben wollen und durch die sie sich zu einem Gemeinwesen formieren. Eine Verfassung ist der Inbegriff einer durch Recht konstituierten und durch Recht organisierten guten politischen Ordnung, in der die Träger dieser Ordnung einander als freie und gleiche Subjekte anerkennen – durch die Verfassung werden aus Untertanen Bürger. Die Schwierigkeit, sich diese Idee für die EU vorzustellen, liegt darin, daß sie zwei gegensätzliche Elemente miteinander vereinigt: Sie ist ein Verbund von Staaten, doch sie ist auch bereits auf dem Wege zu einer durch gemeinsames Recht verbundenen Gemeinschaft von Unionsbürgern. Seit dem Maastricht-Vertrag sind die Bürger der Mitgliedsstaaten auch Unionsbürger; in diesem anspruchsvollen Begriff liegt das Versprechen, daß die Handlungen und auch die Zwangsbefugnisse der Gemeinschaft nicht nur auf dem Willen der Staaten, sondern zumindest *auch* auf dem Willen der Unionsbürger beruhen sollen.

Hier gibt es jedoch schon seit längerem einen Widerspruch, der allmählich an der Glaubwürdigkeit der Gemeinschaft zu zehren beginnt: Auf der einen Seite beruht die Gemeinschaft auf den *Mitgliedsstaaten*, in denen die Bürger ihre demokratischen Rechte wahrnehmen und ihre Regierung abwählen können; die Verbindung der Mitgliedsstaaten zur Europäischen Union beruht folgerichtig auf *völkerrechtlichen Verträgen*, die prinzipiell lediglich Rechte und Pflichten der Staaten untereinander erzeugen, nicht im Verhältnis zu den Bürgern dieser Staaten. Doch ist die

Union nicht lediglich eine internationale Organisation. Sie ist ein *supra-nationales* Gebilde; und wenn auch die Implikationen dieser Begrifflichkeit nicht vollständig deutlich sind, so gibt es doch zwei für die Bürger der Mitgliedsstaaten bedeutsame Konsequenzen: die Direktwirkung des von den Organen der Gemeinschaft gesetzten Rechts sowie der Vorrang dieses Rechts vor jeglichem nationalem Recht, auch vor dem nationalen Verfassungsrecht. Je mehr sich die Kompetenzen der Gemeinschaft ausdehnen, desto mehr sind die Bürger der Mitgliedsstaaten *unmittelbar* der Hoheitsgewalt der Gemeinschaft unterworfen, die durch den schützenden – und demokratisch geschmiedeten – Souveränitätspanzer des Mitgliedsstaates hindurch direkt auf die Lebenssphären der Bürger zugreift. Bezüglich ihrer *Pflichten* sind die Bürger der Mitgliedsstaaten also in immer mehr und immer wichtigeren Lebensbereichen unmittelbar der Gemeinschaft unterworfen – da werden sie als *Bürger der Union* in Anspruch genommen. Geht es dagegen darum – gemäß dem Prinzip, daß der Bürger eines freien Landes sich selbst gehorcht, wenn er die Gesetze befolgt – auch *demokratische Rechte* in der Union auszuüben, dann verweist man sie auf ihre demokratischen Mitbestimmungsrechte in ihrem jeweiligen Heimatstaat – da sind sie dann *Bürger der Mitgliedsstaaten*. Mit dem unaufhaltsamen Kompetenzzuwachs der Gemeinschaft, der durch die Einführung des Euro nochmals eine neue Dynamik erhalten hat, werden die Bürger immer weniger einsehen, daß sie zwar immer mehr Pflichten gegenüber der Union haben, aber ihre demokratischen Rechte nicht in ihr, sondern im wesentlichen nur in ihrem Heimatstaat wahrnehmen können. Mit Blick auf den Doppelcharakter der Union als eine von *Staaten und deren Bürgern* getragene Gemeinschaft läßt sich also sagen: Für die gute Ordnung des *Verbundes von Staaten* reichen die Gemeinschaftsverträge aus; dagegen gibt es noch keinen angemessenen rechtlichen Ausdruck für die *Gemeinschaft der Unionsbürger*. Die EU muß diesen Schritt zu einer Gemeinschaft *auch* von Unionsbürgern noch leisten, wenn sie die Maßstäbe legitimer Herrschaft einhalten will, die im Verhältnis der Staaten zu ihren Bürgern seit über zweihundert Jahren allgemein anerkannt sind.

Moderne Verfassungen sind Staatsverfassungen

Nun liegt darin aber genau das Problem. Denn der Begriff der Verfassung ist für staatliche Herrschaftsverbände entwickelt worden,³ und weder die

EU noch die EG haben die Qualität eines Staates. So werden denn auch immer wieder Zweifel laut, ob man überhaupt von einer Verfassung für die EU sprechen könne.⁴ Das ist nur auf den ersten Blick eine terminologische Frage. Denn wenn wir annehmen müssen, daß die Verfassung als eine in blutigen und langdauernden Kämpfen errungene politisch-rechtliche Institution die Lösung für eine Kategorie von Problemen darstellt, die spezifisch mit der Staatlichkeit eines sozialen Verbandes zusammenhängen und nur durch Staatlichkeit existieren, dann wäre die Suche nach einer Verfassung für die Europäische Union sinnlos und zum Scheitern verurteilt.

Was bedeutet die Staatsbezogenheit des modernen Verfassungsbegriffs? Wenn wir von Staat oder Staatlichkeit sprechen, so ist damit ein spezifischer, in Europa etwa im 17. Jahrhundert entstehender politischer Herrschaftsverband gemeint, der die folgenden grundlegenden drei Merkmale aufweist: (1) Er beruht auf einer definierten territorialen Grundlage, ist mithin Gebiets-, nicht Personenverband; (2) er hat eine dauerhaft auf dem Territorium siedelnde (Gebiets-)bevölkerung; (3) er übt eine effektive, sich über das Territorium und seine Einwohner erstreckende ausschließliche und höchste Herrschaftsgewalt aus. Man muß wissen, daß diese begriffliche Abstraktion im 17. Jahrhundert die durchaus revolutionäre und auch als revolutionär empfundene Antwort auf ein äußerst dramatisches historisches Geschehen darstellte: auf den Zerfall einer auf religiösen Bindungen und Institutionen beruhenden kohärenten gesellschaftlichen Ordnung und auf die Heraufkunft eines Weltverständnisses, in dem das Individuum in den Mittelpunkt des Universums rückt, sein Eigenwert entdeckt wird und sich die Überzeugung Bahn bricht, daß jedes Individuum eine unverwechselbare Seele und einen ganz individuellen Zugang zu Gott hat. Die religiösen Bürgerkriege des 16. und 17. Jahrhunderts sind der pathologische Ausdruck dieses weltgeschichtlichen Wandels, und das Chaos, das aus dem Zerfall der feudalen Ordnungen und ihrer Bindungskräfte entsteht und die erste Frucht des Individualismus der Moderne darstellt, wird durch eine historisch beispiellose und insofern wahrhaft revolutionäre Institution gebändigt, den »modernen« Staat. Er ist, wie es Hobbes' Leviathan in ebenso luzider wie brutaler Klarheit ausdrückt, die Lösung, ja, die Erlösung aus den qualvollen Erfahrungen der modernen Welt, der Desintegration jeglicher menschlichen Ordnung, die daraus folgt, daß das »natürliche«, von Gott gestiftete und jedem Christen gewissermaßen von Geburt eingepflichtete Ordnungswissen dem Individualismus der Moderne

zum Opfer gefallen ist. Was jetzt nur noch Ordnung stiften kann, ist die Furcht und Schrecken einflößende souveräne Gewalt des Leviathan, des sterblichen Gottes, der, blind gegenüber den partikularen Wünschen, Hoffnungen, Bedürfnissen und Interessen der Individuen, deren friedliche Koexistenz ermöglicht – Ordnung durch souveräne Gewalt, nicht durch die Gemeinsamkeit des Glaubens, der Weltansicht, der Überzeugungen, der, wie wir heute sagen würden, »kulturellen Identität«.

Die Wahrung der Einheit, Geschlossenheit und Überlegenheit des Souveräns nach innen gegenüber dem potentiellen Chaos einer individualisierten und der Gefahr der Atomisierung ausgesetzten Gesellschaft sowie nach außen gegenüber den anderen, häufig physisch angrenzenden Staaten ist in diesem Modell die innere Rationalität politischer Ordnung. Aber was gegenüber dem Zerfall der prämodernen Ordnung die Lösung eines Problems war, wurde nun selbst zum Problem, da eine stabile Ordnung nicht auf der Furcht und dem Schrecken vor dem Leviathan erhalten werden kann. Die Lösung der Probleme, die sich aus der selbstdestruktiven Dynamik einer im Medium souveräner Staatlichkeit organisierten Gesellschaft entwickelten, war und ist das Konzept der Verfassungsstaatlichkeit. Das Problem bestand, wie gesagt, darin, daß souveräne Macht als Garant gesellschaftlicher Ordnung eingesetzt wurde, was dieser Ordnung nicht nur einen spezifischen Charakter verlieh, sondern sie zugleich auch gefährdete, solange es keine institutionellen Mechanismen der Rückbindung dieser Macht an die Zwecke und Bedürfnisse der Gesellschaft gab. Die Idee der Verfassung sollte eben dies leisten, indem sie im Medium des Rechts die politische Macht organisiert, sie dadurch begrenzt, sie legitimationsbedürftig und -fähig macht und schließlich die vereinzelt Individuen aus passiven Untertanen zu aktiven Bürgern macht und dadurch zu politischer Einheit integriert.

Während es hier nicht nötig ist, im einzelnen darzulegen, welche konstitutionellen Regelungen welche der hier aufgezählten Verfassungsfunktionen erfüllen oder erfüllen sollen, ist nochmals zu betonen, daß die seit dem Ende des 18. Jahrhunderts entwickelte Begrifflichkeit der Verfassung auf den staatlichen Charakter der politischen Ordnung zugeschnitten ist. Staatlich heißt: Zentralisierung und Hierarchisierung der Macht, klare territoriale, d.h. physische, und symbolische Grenzen (z.B. Staatsangehöriger-Fremder; Staat-Gesellschaft, innerstaatlich-international), Ursprung und Legitimierung der Macht in einem einheitlichen Willen. Einheit,

Geschlossenheit, Homogenität sind charakteristische Attribute von Staatlichkeit. Wir sprechen von der Macht-, Rechts- und Entscheidungseinheit der staatlichen Organisation⁵ und speziell von der Geschlossenheit und Homogenität ihrer verfassungsrechtlichen Ordnung, in der Vielfalt letztlich immer wieder hierarchisiert und damit in die Einheit und Einheitlichkeit eines Ordnungskonzepts gezwängt wird. Das gilt sogar für viele föderale Staaten, wie z.B. die Bundesrepublik Deutschland, obwohl Heterogenität, Pluralität und Diversität eigentlich zu den Grundelementen föderaler Ordnungen gehören⁶ – doch auch sie sind *Bundesstaaten*.

Die nichtstaatlichen Attribute der EG/EU

Gemessen an den konstitutiven Merkmalen von Staatlichkeit zeigt sich sehr schnell die Besonderheit der EG, noch drastischer die der Drei-Säulen-Architektur der EU. Die Gemeinschaft hat kein eigenes Gebiet. Ihre territoriale Grundlage beruht auf der Territorialität der Mitgliedsstaaten und wird durch diese definiert. Sie hat kein eigenes »Volk«, d.h. keine erst durch die Zugehörigkeit zur EG in einen körperschaftlich organisierten und handlungsfähigen Personenverband verwandelte Menge von Individuen.⁷ Mit anderen Worten: Sie ist kein Verband von Bürgern, der als Träger der Gemeinschaft fungiert. Der Status der Unionsbürgerschaft ist von dem der Staatsbürgerschaft in den Mitgliedsstaaten abgeleitet (Art. 17 EG-Vertrag). Konsequenterweise werden die Mitglieder des EP nach nationalen Wahlgesetzen gewählt, und ihr persönlicher Status (einschließlich des Umfangs ihrer Diäten) ergibt sich aus den nationalen Gesetzen über die Rechtsstellung der EP-Abgeordneten. Sie repräsentieren nicht ein europäisches Volk oder eine europäische Bürgerschaft, sondern die europäischen Völker. So gilt das Prinzip der gleichen demokratischen Repräsentation jeweils nur innerhalb der Mitgliedsstaaten, nicht aber im Verhältnis der Bevölkerungen der Mitgliedsstaaten zueinander. Auf diese Weise sind die Bevölkerungen kleiner Mitgliedsstaaten stärker repräsentiert als die der großen. Bekanntlich hat die Gemeinschaft keine originäre Hoheitsgewalt. Nach Art. 5 des EG-Vertrages und des EU-Vertrages übt sie ihre Befugnisse dank der ihr durch die »Herren der Verträge«, die Mitgliedsstaaten, eingeräumten Ermächtigung aus. Anders gesagt, die EG hat keine Kompetenz-Kompetenz, kraft deren sie ihre Aufgaben, Ziele und Befugnisse autonom bestimmen könnte.

Doch bedeutet dies nicht, daß die EG damit ein bloßes Vertragsverhältnis der Mitgliedsstaaten geblieben ist. Diesem Stadium ist sie längst und mit innerer Notwendigkeit entwachsen, weil sie kraft der ihr eingeräumten Rechtschöpfungsmacht kontinuierlich die rechtlichen und wirtschaftlichen Grundlagen ihres Handelns umgestaltet und sich in einem ständigen Selbstverwandlungsprozeß befindet. Andere internationale Organisationen, wie z.B. die UNO, haben sich von ihrer institutionellen Struktur her in den mehr als fünfzig Jahren ihrer Existenz kaum verändert, während die EG seit ihrer Gründung vor gut vierzig Jahren eine grundlegend andere Organisation geworden ist. Nicht nur ist aus der ursprünglichen rein konsultativen parlamentarischen Versammlung inzwischen ein – trotz einiger Einschränkungen – veritables Parlament geworden; vor allem die supranationale Verflechtung einer immer größer werdenden Zahl von Politikbereichen bis hin zur Währungsunion hat Spektrum, Intensität und »Politizität« ihrer Handlungen an einen Punkt gebracht, an dem die vertragsrechtliche Ableitung und Abhängigkeit von den Vertragsherren den eigenständigen Charakter und das Gewicht der Gemeinschaft begrifflich nicht mehr angemessen erfaßt. Umgekehrt können auch die mitgliedsstaatlichen politischen Systeme und Verfassungsgordnungen nur mehr im Verbund mit der EU richtig verstanden werden.

Entsprechend uneindeutig sind die rechtlichen Zusammenhänge und Zuordnungen von Rechten und Verantwortlichkeiten. Die Bürger der Mitgliedsstaaten sind teilweise mittelbar, teilweise gemeinschaftsunmittelbar an der Ausübung der Herrschaftsfunktionen der Gemeinschaft beteiligt. Jenes gilt für Rat, Kommission und Europäischen Gerichtshof, dieses für das direkt gewählte Europäische Parlament. Heute gilt noch, daß der Europäische Bürgerstatus um so indirekter, d.h. um so stärker durch die Mitgliedsstaaten vermittelt ist, je aktiver die in Frage stehende Herrschaftsfunktion ist; umgekehrt ist der Unionsbürger um so gemeinschaftsunmittelbarer, je schwächer die Herrschaftsfunktion ist, die dadurch eröffnet wird. Anders ausgedrückt: Rat, Gerichtshof und Kommission sind mächtige Akteure, mit denen die Unionsbürger nur mittels ihrer originären Staatsangehörigkeit verbunden sind; das Europäische Parlament wählen sie noch am ehesten als Unionsbürger, allerdings ist es auch das schwächste der Gemeinschaftsorgane. Doch dürfte sich das mit seinem zu erwartenden Machtzuwachs in absehbarer Zeit ändern.

Auch der normative Maßstab für die Amtspflichten der Organe der

Gemeinschaft schwankt zwischen der geforderten Loyalität des Amtsinhabers zum Heimatstaat und zur Gemeinschaft. Deutsche EP-Abgeordnete sind gem. § 2 EuAbgG (Europaabgeordnetengesetz) »an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen«, während die Abgeordneten des Bundestages gemäß Art. 38 Abs. 1 GG (Grundgesetz) ausdrücklich auch als »Vertreter des ganzen Volkes« qualifiziert werden. Sind EP-Abgeordnete nun einem hypothetischen europäischen Volk, dem deutschen Volk, oder der Gemeinschaft verpflichtet? Die Frage ist in Art. 213 Abs. 2 des EG-Vertrags für die Mitglieder der Kommission eindeutig beantwortet: Sie sind dem »allgemeinen Wohl der Gemeinschaft« verpflichtet und dürfen keinerlei Weisungen der Regierungen der Mitgliedsstaaten entgegennehmen, obwohl sie andererseits nach einem mitgliedsstaatlichen Proporz von den Regierungen der Mitgliedsstaaten ernannt werden. Ebenso wie Art. 213 für die Mitglieder der Kommission verlangt Art. 223 für die ebenfalls von den Regierungen der Mitgliedsstaaten ernannten Richter »jede Gewähr für Unabhängigkeit«. Daß umgekehrt eine solche Norm für die Mitglieder des Rates fehlt, ist nur selbstverständlich, denn hier wird erwartet, daß die Mitgliedsstaaten auf der Grundlage ihrer unterschiedlichen Größe (und infolgedessen Repräsentanz) zu einem Ausgleich ihrer jeweiligen nationalen Interessen gelangen – hier ist es nicht anders als im deutschen Bundesrat, dessen Mitglieder ebenfalls den Weisungen der sie entsendenden Landesregierungen unterliegen. Ihre Rolle schwankt wohl zwischen Lobbyismus für ihr Land und Verantwortung für die Gemeinschaft. Infolgedessen ist der Rat niemandem rechenschaftspflichtig, während die Mitglieder des Rates – analog zu den Mitgliedern des deutschen Bundesrates – jeweils der Verantwortlichkeit nach Maßgabe ihrer nationalen Verfassungsordnungen unterliegen.

So finden wir in der institutionellen Gestalt der Gemeinschaft ein Nebeneinander heterogener Strukturmerkmale, die sich nicht immer zu einem konsistenten Ganzen fügen. Es bestehen intergouvernementale neben föderalen Elementen (einerseits gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik sowie gemeinsame Innen- und Rechtspolitik, andererseits gemeinsamer Markt, dazwischen z.B. Art. 151 [Kultur]), diverse Formen territorialer neben solchen funktionaler Repräsentation⁸ (ein Nebeneinander des Lobbyismus der Staaten und der Regionen in den Organen der EG, andererseits die deutliche Umorientierung der wirtschaftlichen

Lobbies, aber auch einer größer werdenden Anzahl von europäischen public-interest-Gruppen auf die Organe der Gemeinschaft).

Es ist nicht recht erkennbar, nach welchen Prinzipien dieses vielschichtige Gebilde verfaßt, d.h. in eine kohärente Ordnung gebracht werden könnte. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland hat in seinem neuen Artikel 23 verkündet, die Bundesrepublik könne nur einer Europäischen Union beitreten, die dieselben grundlegenden Attribute hat wie die Bundesrepublik selbst und die wir mit (Staats-)Verfassungen verbinden: Demokratie, Rechtsstaat, Republik, Föderalismus, Sozialstaatlichkeit. Alle diese Merkmale setzen einen gebietsgesellschaftlichen Zusammenhang voraus, aus dem sich ein zur einheitsstiftenden Willensbildung fähiger politischer Verband entwickelt, der sich gegenüber dem Druck permanenter technischer, ökonomischer, politischer, sozialer und kultureller Veränderungen als Einheit bewährt. Die geforderten Ordnungsleistungen verweisen stets auf diese staatspezifische Grundlage. Das wird am demokratischen Prinzip besonders deutlich. Volk im Sinne des modernen Konstitutionalismus ist stets das *Staatsvolk*. Nach Art. 20 Abs. 2 S. 1 des deutschen Grundgesetzes geht »alle *Staatsgewalt* vom Volke aus«, in der französischen Verfassung heißt es: »Die nationale Souveränität liegt beim Volk«, in der belgischen: »Alle Gewalten gehen von der Nation aus«, wobei unter »Nation« das Volk in seiner im und durch den Staat organisierten und damit politischen Einheit verstanden wird. Im modernen konstitutionellen Sinne bedeutet Demokratie die Selbstherrschaft des politisch sich zum Staat organisierenden Volkes; nach dem Modell der französischen Revolution ist die Nation *Staatsbürgernation*, und infolgedessen äußert sich das demokratische Prinzip in der Souveränität der Nation, d.h. der unteilbaren Gesamtheit und Einheit der Staatsbürger.⁹

Dieser Etatismus des demokratischen Prinzips hat bedeutende Konsequenzen auf der institutionellen Ebene,¹⁰ so z.B. die, daß nur staatliche Organe, weil und insoweit sie auf den Willen der Gesamtheit des Volkes zurückgehen, als demokratisch angesehen werden können. So wird denn auch das inzwischen notorische Demokratiedefizit der Gemeinschaft von vielen Autoren als strukturell unaufhebbar angesehen, weil die Grundlage der Demokratie, ein (staatlich organisiertes) Gesamtvolk, auf europäischer Ebene nicht existiere (und in absehbarer Zeit auch nicht existieren werde).¹¹ Nach diesem Verständnis mangelt es dem Europäischen Parlament, das nicht die Gesamtheit eines europäischen Staatsvolkes, sondern

eine Mehrheit von Völkern mit dem Ziel ihrer immer engeren Union repräsentiert,¹² trotz direkter Wahl durch die Unionsbürger an demokratischer Legitimation. Eine Erweiterung seiner Kompetenz in Richtung hin zu einem primären positiven Gesetzgebungsorgan der Gemeinschaft wäre danach keine Verstärkung, sondern eine Minderung des demokratischen Prinzips, da sie zwangsläufig zu Lasten der nationalstaatlichen Parlamente gehen würde.¹³

Wir müssen noch einen Schritt weiter gehen und beachten, daß es nach unserer herkömmlichen, am Staat orientierten Verfassungstheorie nicht nur eine innere Verbindung von Staatlichkeit und Demokratie gibt, sondern auch das begriffliche Erfordernis, daß die Verfassung auf den Stiftungsakt eines Volkes, d.h. einer zur Gesamtwillensbildung fähigen Kollektivität zurückgeht.¹⁴ Verfassungen sind Instrumente der kollektiven *Selbstorganisation* und -regierung, sie erzeugen die Fähigkeit einer Menge, sich im Medium des Rechts in eine handlungs- und willensfähige Gesamtheit zu verwandeln. Die Einheit, die sich nicht *selbst* als Herrschaftsverband konstituiert, sondern konstituiert wird, braucht keine und hat keine Verfassung; sie unterliegt der Bestimmungsmacht ihres Schöpfers, der sie formt, dem gegenüber sie keinerlei Rechte hat und dessen Willen sie passiv ausgesetzt ist. Genau dies meint die Formel von den »Herren der Verträge« und die Charakterisierung dieser Verträge als die Verfassung der Gemeinschaft.

Nicht-staatliche Verfassungen?

Sind wir also unentrinnbar an die Form der Staatlichkeit gefesselt, wenn wir über die Idee einer Verfassung für Europa nachdenken? Ist die Verbindung des demokratischen Prinzips mit dem Begriff des Staates zwingend, oder ist auch das Konzept einer supranational-europäischen Demokratie vorstellbar?

Alle kundigen Beobachter sind sich über den singulären Charakter der EG einig. Zuweilen wird sie bereits als ein »neuer Herrschaftstypus« jenseits von nationaler Staatlichkeit und internationaler Organisation bezeichnet.¹⁵ Tatsächlich ist sie – und um vieles mehr gar die Europäische Union mit ihrer »Drei-Säulen«-Architektur – in vieler Hinsicht so verschieden von der uns geläufigen Staatlichkeit, daß man sich an Hegels Sottise über den Zustand des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation zu Beginn des 19. Jahrhunderts erinnert fühlt: »Deutschland ist kein Staat

mehr (...). Was nicht mehr begriffen werden kann, ist nicht mehr«. ¹⁶ Doch im Gegensatz zum Zustand des Alten Reiches zu Hegels Lebzeiten ist die Europäische Union keineswegs eine Zerfallserscheinung; im Gegenteil, dieses Konglomerat existiert nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch recht kraftvoll, und so können wir uns der Aufgabe nicht entziehen, seine vielbeschworenen Merkmale *sui generis* begrifflich zu erfassen. ¹⁷ Vier Eigenarten scheinen in besonderem Maße prägend:

(1) Das wohl auffälligste Charakteristikum der Gemeinschaft ist ihr dynamischer Charakter. Anders als der Staat, dessen politischer Charakter im wesentlichen in Selbsterhaltung und Selbstreproduktion seiner Existenzbedingungen gegenüber den Herausforderungen einer sich dynamisch verändernden Gesellschaft besteht, ist die Gemeinschaft auf Veränderung gerichtet. Sie trägt die »politische Finalität« der wirtschaftlichen Integration in sich, die ihrerseits nur das Vehikel der politischen Integration der Mitgliedsstaaten und ihrer Gesellschaften zu einer politischen Union darstellt. ¹⁸ Man spricht hier von der sog. »Wandel-Verfassung«, ¹⁹ um deutlich zu machen, daß eine Verfassung der Union Veränderung ermöglichen, gestalten und steuern muß und daher andere Leistungen zu erbringen hat als eine Staatsverfassung. Man muß hinzufügen, daß diese Veränderung in ihrer Zielsetzung – nämlich die Integration – nicht nur offen und unbestimmt ist, sondern daß sich dieses Ziel und seine Verwirklichungsbedingungen überhaupt erst im Prozeß je neu konkretisieren lassen, so daß eine Wandel- oder Integrationsverfassung insbesondere eine Verfassung des gesellschaftlichen Lernens, der Selbstbeobachtung und -anpassung an neue Bedingungen darstellt.

(2) Die Verfassung der Gemeinschaft ist von ihrer gesamten Anlage und Struktur her auf Komplementarität zu den Verfassungen der Mitgliedsstaaten angelegt. Manche Beobachter sprechen von einer osmotischen Beziehung zwischen Gemeinschafts- und Mitgliedsstaatsverfassung, andere von Verbundverfassungen. Damit ist etwas anderes gemeint als das Neben- und Miteinander der Verfassungen von Bund und Einzelstaaten (Ländern) in föderalen Staaten. Deren Verfassungs dualismus beruht, wie das in der Bundesrepublik Deutschland Art. 28 Abs. 1 und 3 des Grundgesetzes bezeugen, auf einer vorausgesetzten und vom Bund zu gewährleistenden Homogenität der Ordnungen im Zentralstaat und in den Einzelstaaten. Dagegen ist für den komplementären Charakter der Gemeinschaftsverfassung kennzeichnend, daß im Zusammenwirken von

Gemeinschafts- und Mitgliedsstaatsverfassung ein gewisses, im Vergleich zum Bundesstaat erheblich geringeres Maß an Homogenität erst im Prozeß der Integration hergestellt werden muß. Die Gemeinschaft ist kein »Bundesstaat« mit klarer hierarchischer Ordnung zwischen Zentralstaat und Einzelstaaten, sondern ein Prozeß der institutionalisierten Interaktion zwischen Akteuren, deren Handlungsmöglichkeiten nicht unter der überwölbenden Idee einer politischen Einheit stehen, sondern von der Logik eines offenen Prozesses bestimmt werden, in dem sich eine breite Vielfalt von Möglichkeiten verwirklichen läßt.

(3) Dies leitet zur dritten Eigenart der Gemeinschaft über, nämlich ihrem polyzentrischen Charakter. Obwohl es in der Gemeinschaft natürlich Macht gibt und diese Macht gewiß auch unterschiedlich verteilt ist, wird man doch nirgendwo ein politisches Zentrum finden, in dem die politische Substanz der Gemeinschaft akkumuliert und verkörpert ist. Vielmehr findet der Prozeß der Formulierung der Politik der Gemeinschaft in einem Gewebe pluralistischer Akteure statt, das die Machtbildungsprozesse als äußerst diffus erscheinen läßt. In einem vielstimmigen Gewirr agieren die Organe der Gemeinschaft, die Mitgliedsstaaten, die z.T. ihrerseits durch verschiedene Akteure vertreten sind (Deutschland z.B. durch die Bundesregierung, die Vertretungen der Länder bei der Gemeinschaft, den Bundesrat, die Regionen), vielfältige Interessengruppen, public-interest-Gruppen und in Ansätzen auch bereits politische Parteien in ihren jeweiligen Interessenssphären, ohne daß erkennbar wäre, daß diese Kakophonie in einen kohärenten Politikentwurf überführt würde. Alles hängt von der Fähigkeit und dem Willen zur Selbstkoordinierung ab, und beide reichen schwerlich über den jeweiligen Interessenhorizont hinaus. Die Fragmentierung der Politik der Gemeinschaft ist die Kehrseite des Polyzentrismus der Macht in der Gemeinschaft. Nicht zufällig provoziert dieser Zustand immer wieder den Vergleich mit dem im Jahre 1806 – also mehr als hundert Jahre nach der Herausbildung der modernen Staatlichkeit – endgültig verschiedenen Hl. Römischen Reich Deutscher Nation.²⁰ Doch sei nochmals daran erinnert, daß das Reich seit der Mitte des 17. Jahrhunderts auf seinem Sterbelager vegetierte, während die EU in jugendlicher Frische blüht.

(4) Schließlich sollte gerade im Hinblick auf das vielzitierte Demokratiedefizit nicht übersehen werden, daß in der Gemeinschaft zwei unterschiedliche Prinzipien der Legitimation der Hoheitsakte und Politiken der

Gemeinschaft koexistieren, in gewisser Hinsicht auch miteinander konkurrieren, nämlich das normative Prinzip der Zustimmung einerseits, das funktionale Prinzip der Nützlichkeit andererseits.²¹ Während im ersten Falle Herrschaft legitim ist, weil sie auf der Zustimmung der Beherrschten beruht, beruht Legitimität im zweiten Fall auf der Leistungsfähigkeit und Effektivität einer gegebenen Ordnung. Natürlich liegen beide Prinzipien in der Wirklichkeit nicht so weit auseinander, wie ihre analytische Unterscheidung nahelegt. So kommt z.B. Lockes berühmte Kategorie der stillschweigenden Zustimmung einer Legitimation durch Effizienz schon ziemlich nahe. Doch während für staatliche Herrschaft der Gesichtspunkt der Effektivität zwar faktisch eine große Rolle spielt, demokratietheoretisch aber eigentlich verpönt ist, hat er für die Legitimation der Gemeinschaft und ihrer Hoheitsakte eine große Bedeutung, nicht zuletzt deswegen, weil die gegenüber dem klassischen Nationalstaat höhere Problemlösungsfähigkeit der supranationalen Gemeinschaft einer der tragenden Gründe der Errichtung der Gemeinschaft gewesen ist.²² Ökonomische Effizienz ist, wie zuletzt die Geschichte der Währungsunion gelehrt hat,²³ bis auf den heutigen Tag der entscheidende Integrationshebel gewesen; sollte der versagen, so würde mit Gewißheit der Einigungsprozeß zum Stillstand kommen und darüber hinaus wahrscheinlich selbst der erreichte *acquis communautaire* gefährdet. Auch wenn die Gemeinschaft ihren Charakter als Zweckverband bereits weit hinter sich gelassen hat, wird doch der Grad der Integration in hohem Maße von ihrer Fähigkeit abhängen, die in Art. 2 EGV niedergelegten, überwiegend wirtschaftlich definierten Ziele der Gemeinschaft zu erreichen. Gerade weil die Gemeinschaft ein freiwilliger Zusammenschluß von Staaten und den in ihnen politisch organisierten Völkern ist, steht ihre Legitimität unter einem viel höheren Leistungs- und Erwartungsdruck als diese Staaten selbst. Insofern steht also die Legitimation durch Effizienz durchaus gleichberechtigt neben der durch Zustimmung – es handelt sich um zwei verschiedene Säulen eines europäischen Konsenses. Nach einem liberal-intergouvernementalistischen theoretischen Erklärungsansatz der europäischen Integration ist für die Kooperationswilligkeit der Mitgliedsstaaten in der Gemeinschaft ohnehin nur die Abwägung der Vor- und Nachteile der Integration maßgeblich;²⁴ es wäre nicht verwunderlich, wenn diese Erwägung auch für deren Bürger eine gewisse Bedeutung hätte.

Demokratische Repräsentation und föderale Ordnung

Diese Eigenarten bilden das politisch-institutionelle Umfeld der europäischen Verfassungs-idee. Sie müssen nicht bedeuten, daß das demokratische Prinzip für die EU nicht taugt. Man sollte vielmehr das demokratische Prinzip in einer weniger streng etatistischen Version konzipieren, um seine Tragfähigkeit für die Gemeinschaft erproben.

Nach einer solchen Lesart wird der *demos* nicht als eine homogene Gesamtheit konzipiert, die dann als Träger politischer Herrschaft fungiert. Vielmehr ist »We the people« eine Vielheit von Individuen mit unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Interessen, Werten, Hoffnungen und Erwartungen, und Demokratie ist demzufolge eine politische Herrschaftsform, durch die sich diese Vielfalt und Heterogenität ohne das Telos der Einheitsbildung in der politischen Sphäre ausdrücken und in der Politik der Regierung widerspiegeln kann.²⁵

Gründet man Demokratie auf die Verschiedenheit der Individuen, so ist es ausgeschlossen, daß ein aus den Einzelwillen abstrakter, nivellierter und gleicher Staatsbürger-Individuen gebildeter Gemeinwille sich machtvoll und homogenisierend über die Vielfalt der Gesellschaft legt. Ebenso wenig werden auch die Individuen nicht erst dadurch zu moralisch und politisch vollwertigen politischen Subjekten, daß sie den Status eines egalitären *citoyen* erwerben. Vielmehr haben sie ihre für die Demokratie relevante politische Qualität bereits aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu außer- und vorstaatlichen Gemeinschaften, Assoziationen, sozialen Zusammenhängen, Netzwerken, Lebensstilen, Interessensphären etc.²⁶ Demokratie bedeutet hier die Offenheit der politischen Strukturen für die Wahrnehmung und Verarbeitung dieser gesellschaftlichen Vielfalt im Sinne einer Optimierung des Ausgleichs und der Zuordnung gegenläufiger Interessen. Sie verlangt die Bereitstellung und das Funktionieren von Einflußkanälen, mittels derer die Bürger auf die Prozesse politischer Entscheidung einwirken können. Demokratie ist in diesem Modell eine Verwirklichungsform bürgerschaftlicher Freiheit und bildet daher keinen kategorialen Gegensatz zu der Sphäre der grundrechtlich geschützten freien Zivilgesellschaft. Der bürgerschaftliche Status (»citizenship«) beruht nicht nur auf der abstrakten Gleichheit, die aus der gleichen Zugehörigkeit zum Staatsverband resultiert, sondern gründet in der Vielfalt der gesellschaftlichen Lebensbereiche, die nach diesem Demokratiekonzept in der Sphäre der Politikformulierung präsent sein müssen.

Diese wenigen Andeutungen zeigen, daß man sich ein nicht-etatistisches Konzept der Demokratie durchaus vorstellen kann.²⁷ Sie machen auch deutlich, daß die bislang aufgezählten Merkmale der EU/EG – ihr dynamischer und polyzentrischer Charakter, ihre dualistische Legitimität sowie ihre auf Vervollständigung angewiesene Verfassungsstruktur – eine gewisse Affinität zu diesem offenen, zivilgesellschaftlichen Charakter eines solchen alternativen Demokratiekonzepts aufweisen. Dennoch haben wir damit noch keineswegs einen Begriff von Demokratie für dieses Gebilde. Denn ihm fehlt die begriffliche Verortung einer Gemeinwohlverantwortung, die für den Staat als den Überwinder aller gesellschaftlichen Pluralität und Zersplitterung begriffswesentlich ist und bei ihm letztlich in der Idee einer Nation – nach dem in Deutschland vorherrschenden Verständnis: im Volk – seine unhintergehbare ethische Grundlage findet. Gemeinwohlverantwortung setzt die Fähigkeit zur Entwicklung eines die Gesamtheit formenden politischen Projektes und zur Herstellung die Gesamtheit bindender Entscheidungen voraus, so daß entsprechend dem Rousseauistischen Ideal die Adressaten der hoheitlichen Autorität zugleich auch ihre Urheber sind. Doch darum geht es in der Europäischen Gemeinschaft nicht. Es geht um den Ausbau eines geographischen und rechtlichen Raumes, in dem keineswegs ausschließlich ökonomische Akteure die durch nationalstaatliche Grenzen nicht länger eingeschränkte Chance der Verfolgung ihrer Interessen erhalten. Die Gemeinschaft ist nicht das institutionelle Gefäß für die existentielle Vergemeinschaftung von europäischen Untertanen, die durch den Status der Unionsbürgerschaft zu Trägern einer politischen Gemeinschaft neuer Art emanzipiert werden; vielmehr stellt sie den Bürgern der Mitgliedsstaaten die rechtliche und physische Infrastruktur für die grenzüberschreitende Interessenverfolgung dar, für die der Nationalstaat zu eng geworden ist und für die er nur dadurch sorgen kann, daß er diesen Mangel gemeinsam mit anderen Staaten supranational überwindet. Die Bürger der Mitgliedsstaaten sind in erster Linie Nutzer dieses »Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts« (Art. 61 EGV). Doch da sie an der Erhaltung und Entwicklung dieses Raumes aktiv interessiert sind, werden sie zu Recht als *Unionsbürger* bezeichnet. Denn sie können um der wirksamen Verfolgung ihrer Interessen und um der effektiven Nutzung der ihnen durch die EU bereitgestellten rechtlichen und physischen Infrastruktur willen nicht in der Rolle passiver Benefiziäre einer Wohlfahrtsanstalt namens EU verharren.

Was wir im Rahmen dieses aus der Sicht staatsrechtlicher Kategorien so diffusen, unübersichtlichen und in ständigem Fluß befindlichen, aus Strukturen, Verfahren und Politiken bestehenden Konglomerats wahrnehmen, ist daher gar nicht (oder doch nur sehr am Rande) politische Willensbildung, sondern ein komplexer Prozeß der Interessenrepräsentation, in dem territoriale und funktionale Interessen durch Staaten, Regionen, Kommunen, aber nicht minder durch transnational agierende Organisationen, Bewegungen, Berufsverbände, Unternehmen etc. dazu übergehen, je eigenständige Netzwerke der Interessenartikulation aufzubauen und auf die verschiedenen Ebenen der europäischen Politikformulierung einzuwirken.²⁸ Diese Prozesse sind nicht demokratisch im Sinne einer formal gleichen Einflußchance jedes Herrschaftsunterworfenen auf die Gestaltung einer am europäischen Gemeinwohl orientierten Gesamtpolitik – aber sie sind für den möglicherweise einmal in Zukunft spruchreifen demokratischen Charakter Europas von allergrößter Bedeutung, denn sie pluralisieren und enthierarchisieren die europäische Politik und die Formen der Herrschaftsausübung ihrer Institutionen. Dies führt zu der Frage, ob denn die Legitimation für diese Art von Gemeinschaft überhaupt oder doch jedenfalls in erster Linie im demokratischen Prinzip zu sehen ist und nicht vielmehr in einem dazu nicht notwendig im Widerspruch stehenden, dennoch deutlich unterschiedenen Prinzip, nämlich dem des Föderalismus. Könnte es sein, daß die primäre Rechtfertigungs-idee der EU von ihrer ganzen Konstruktion her nicht auf die Zustimmung der Unionsbürger gerichtet ist, sondern darauf, eine befriedigende Antwort auf das Problem der »richtigen« Zuordnung und Integration territorialer und funktionaler Interessen zu finden?

In einer Analyse der Bedeutung des Föderalismus als politisches Formprinzip lesen wir, daß er sich als Lösung für das Problem der »Existenz gegenläufiger integrativer und desintegrativer politischer Kräfte in einem bestimmten geographischen Raum« anbiete. Der Föderalismus biete »einen Ausgleich in einem Spannungsfeld von zentripetalen und zentrifugalen oder integrativen und desintegrativen Kräften«.²⁹ Föderalistische politische Systeme sind insofern komplexer als territorial einheitliche, als zusätzlich zu den Gegensätzen funktionaler (ökonomischer, sozialer, kultureller) Interessen die Dimension territorialer Interessen tritt und die Notwendigkeit einer Koordination der Beziehungen einer Mehrzahl verschiedener territorial definierter Entscheidungszentren. In einem föde-

ralen System kann die Frage, *was* politisch getan werden soll, nicht mehr getrennt von der Frage debattiert werden, *wer* etwas tun soll. Je nachdem, wie die Entscheidungszuständigkeiten zwischen den verschiedenen territorialen Einheiten verteilt sind, kann die föderale Struktur innovationsfördernd oder -hemmend wirken: Gibt es Anreize, frühzeitig zu handeln und daraus Vorteile für eine bestimmte Region zu ziehen, so wird sie politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Innovationen fördern und zudem erhöhte politische Partizipation stimulieren. Jedenfalls spricht viel dafür, daß sich in einem föderalen System die Gelegenheiten und Formen der Interessenrepräsentation vervielfältigen und damit wohl auch das Bedürfnis nach Partizipation.

Wenn diese Sicht der Dinge zutrifft, dann ist die Europäische Union nicht eine Gemeinschaft von Bürgern, die vermittels kollektiver Willensbildung um die richtige Definition eines europäischen Gesamtwohls streiten, sondern primär eine institutionelle Gestalt der Optimierung der Repräsentation und Zuordnung heterogener Interessen, die nationalstaatlich nicht mehr befriedigend erfüllt werden können und die im Laufe der Zeit die Interessensphäre des ursprünglich gar nicht existenten und vorgesehenen Euro-Bürgers hervorgebracht haben. Ähnlich wie in der Geschichte des europäischen Nationalstaats die Freiheit zur kollektiven politischen Willensbildung erst erkämpft werden konnte, nachdem der individuelle Interessenschutz in Gestalt grundrechtlicher Garantien durchgesetzt worden war, geht in Europa die Herausbildung institutioneller Formen der Interessenorganisation und -repräsentation einer in der vorhersehbaren Zukunft unabweisbaren verfassungsrechtlichen Institutionalisierung der Demokratie voraus. Der Interessent bahnt dem Bürger den Weg.

In politischen Mehrebenensystemen mischen sich die politischen Formprinzipien und nehmen komplexere Gestalt an als in territorial einheitlichen Systemen, in denen die Rückbindung politischer Herrschaft an einen einheitlichen, homogenen und ausschließlichen Gemeinwillen die letzte Ursache von Herrschaft und die einzige Quelle ihrer Legitimität darstellt. Wenn wir die Europäische Union betrachten, so müssen wir sie also als ein Gebilde erkennen, das von seiner ganzen Konstruktion her nicht, wie der moderne Staat, auf Vollständigkeit, Geschlossenheit und Ausschließlichkeit seiner Funktionen gerichtet ist. Sie ist vielmehr nur ein Element in einer übergreifenden politisch-wirtschaftlichen Struktur, der es gelungen ist, eine Vielzahl sehr unterschiedlicher, auch zentrifugaler politischer und

wirtschaftlicher Kräfte zu binden und in eine stabile, wenn auch vielfach gebrochene und keineswegs vollkommen kohärente Ordnung zu bringen. Die Kriterien, die an die Qualität dieser Ordnung anzulegen sind, lassen sich daher nicht auf ein einziges, das der Demokratie, reduzieren.

Mit dieser Feststellung ist das vielbeschworene Demokratiedefizit weder geleugnet noch etwa behoben. Doch sollte man prüfen, ob nicht das demokratische Prinzip der Zustimmungsbefähigung hoheitlicher Autorität, die von der EU zweifellos ausgeübt wird, in einer fragmentierten Ordnung auch ihrerseits nur wieder fragmentiert in Erscheinung treten kann. Eine EG-Verordnung über die technischen Normen von elektroakustischen Geräten, über den höchstzulässigen Zuckergehalt beim Bier oder über die Entsorgung von Automobilen mag zwar in letzter Konsequenz *alle* Unionsbürger betreffen, aber um zu sachlich legitimierbaren Ergebnissen zu kommen, muß es darüber nicht notwendigerweise eine europäische politische Gesamtwillensbildung geben. Könnte nicht eine Struktur der Interessenvermittlung, welche die Fragmentierung der Lebenswelten und Interessensphären in Europa anerkennt und die den jeweils in einem spezifischen Regulierungsbereich präsenten Interessenten – den Produzenten, den Konsumenten und der durch eine Pluralität von public-interest-Gruppen repräsentierten Allgemeinheit – einen fairen Einfluß auf den Prozeß der Problemdefinition und der Problemlösung garantiert, nicht nur zu effektiven, sondern auch zu legitimen Ergebnissen einer europäischen Politik führen? Das bedeutete nicht die Aufgabe der regulativen Leitidee eines europäischen *bonum commune*, wohl aber den Abschied von dem doch wohl unerfüllbaren Verlangen, dieses europäische Gemeinwohl in einer zur Gesamtwillensbildung fähigen europäischen Kollektivität verkörpert zu sehen und sich in folgedessen auf die Suche nach den angemessenen Formen dieser Gesamtwillensbildung zu begeben.

Ein verfaßtes Europa wird daher ein komplexes In-, Neben-, Mit- und Gegeneinander einer Vielzahl von Akteuren organisieren, die auf den verschiedensten Ebenen an der Formulierung und Verwirklichung von europäischer Politik mitwirken: in den Organen der EG, in den Mitgliedsstaaten und deren Organen sowie deren territorialen Untereinheiten, in einer Vielzahl von Verbänden, die von der klassischen, vorwiegend wirtschaftlichen Interessenorganisation über sozialpolitische Verbände und Gewerkschaften bis hin zu einer breiten Palette von public-interest-Gruppen reichen, sowie schließlich auch in politischen Parteien und sozialen

Bewegungen, die sich zunehmend auf den europäischen politischen Prozeß beziehen. Das demokratische Element der Zustimmungsbefähigung öffentlicher Gewalt kann seine konstitutionelle Gestalt nur in Organisations- und Verfahrensregeln finden, welche eine faire Beteiligung und Einflußchance der Interessen und Interessenten eröffnen und damit die Chance »richtiger« Politikergebnisse erhöhen. Das ist ein auf den ersten Blick recht anspruchsloses Verfassungspostulat. Doch hält man sich vor Augen, wie sehr dieses *monstro simile* Gebilde dank seiner Komplexität und der daraus resultierenden Intransparenz Klientelismus, Informalität und ein weitgehend regelloses politisches Unternehmertum begünstigt,³⁰ so wird man wohl einräumen müssen, daß derartige Regeln einen genuin konstitutionellen Charakter haben, weil erst sie verantwortliches politisches Handeln unter Bedingungen eines kaum durchschaubaren Geflechtes von Institutionen, Interessen und Akteuren ermöglichen.

Tatsächlich geht es ja bereits häufig in den Nationalstaaten, fast durchgängig aber auf der europäischen Ebene, nicht um die autoritative Definition eines homogenen Gesamtwohls, sondern um die Optimierung der Verträglichkeit heterogener Politikfragmente. Demokratische Legitimität ist eine notwendige, auf der mitgliedsstaatlichen Ebene auch gewährleistete, aber noch keine hinreichende Bedingung für die Legitimität dieser Ordnung. Hinzutreten müssen die Ordnungsleistungen, die wir mangels einer präziseren Begrifflichkeit als föderal bezeichnen: die Integration zentrifugaler Kräfte durch die gute Verfassung und Zuordnung differenzierter und heterogener territorialer und funktionaler Interessen in einem wirtschaftlich, politisch, sozial und kulturell zerklüfteten großen geographischen Raum. Im übrigen lehrt uns die Rechts- und Verfassungsgeschichte Europas, daß die Formenvielfalt und das Neben- und Ineinander verschiedener Institutionen und Rechtsordnungen – angefangen von dem Dualismus von weltlichem und kirchlichem Recht³¹ über das Fortleben der aristotelischen politiktheoretischen Tradition und ihrer Vorliebe für gemischte Verfassungen bis hin zu dem Nebeneinander von föderalen, autonomen, quasisouveränen und souveränen politischen oder quasipolitischen Gebilden – ein wesentlicher Bestandteil der Erbschaft ist,³² die für die Fortentwicklung Europas unverzichtbar ist. Die Verfassung Europas kann nicht »more geometrico entworfen werden (...), sondern (wird) »irregulär« sein«.³³

Anmerkungen

- 1 Vgl. Th. Oppermann, »Zur Eigenart der Europäischen Union«, in: Hommelhoff/Kirchhof (Hg.), *Der Staatenverbund der Europäischen Union*, Heidelberg 1994, S. 87 ff.
- 2 So auch D. Grimm, *Braucht Europa eine Verfassung?* München 1995, S. 48 ff., der deswegen zu dem Ergebnis gelangt, daß Europa keine Verfassung haben kann.
- 3 Vgl. J. Isensee, »Staat und Verfassung«, in: ders./P. Kirchhof (Hg.), *Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. I. Heidelberg 1987, S. 591 ff.; D. Grimm, »Entstehungs- und Wirkungsbedingungen des modernen Konstitutionalismus«, in: ders., *Die Zukunft der Verfassung*, 2. Aufl. Frankfurt a.M. 1994, S. 31 ff.; kritisch hierzu W. Hertel, *Supranationalität als Verfassungsprinzip. Normativität und Legitimation als Elemente des Europäischen Verfassungsrechts*, Berlin 1999, insbes. S. 46 ff.
- 4 So M. Hilf, »Eine Verfassung für die Europäische Union: Zum Entwurf des Institutionellen Ausschusses des Europäischen Parlaments«, in: *Integration* 1994, S. 70.
- 5 Klassisch dazu H. Heller, *Staatslehre* (hg. v. G. Niemeyer), 3. Aufl. Leiden 1963, S. 228 ff.
- 6 Vgl. L. R. Basta/T. Fleiner (Hg.), *Federalism and Multiethnic States. The Case of Switzerland*. Fribourg 1996.
- 7 Hierzu W. v. Simson, »Was heißt in einer europäischen Verfassung ›Das Volk‹«, in: *Europa-recht* 26 (1991), S. 1 ff.
- 8 Hierzu Alberta M. Sbragia, »The European Community: A Balancing Act«, in: *Publius: The Journal of Federalism* 23 (1993), S. 23-38.
- 9 Vgl. kritisch hierzu in bezug auf die Konsequenzen für die EU S. Dellavalle, »Für einen normativen Begriff von Europa: Nationalstaat und europäische Einigung im Lichte der politischen Theorie«, in: A. v. Bogdandy (Hg.), *Die Europäische Option. Eine interdisziplinäre Analyse über Herkunft, Stand und Perspektiven der europäischen Integration*, Baden-Baden 1993, S. 258 f.
- 10 Vgl. hierzu U. K. Preuß, »Plebiszite als Formen der Bürgerbeteiligung«, in: *Zeitschrift für Rechtspolitik* 1993, S. 131-138.
- 11 Vgl. etwa D. Grimm, »Der Mangel an europäischer Demokratie«, in: *Der Spiegel* 43 (1992), S. 57-59; Peter Graf Kielmansegg »Ein Maß für die Größe des Staates. Was wird aus Europa? Europa fehlt die Zustimmung seiner Bürger«, in: *FAZ* vom 2.12.1992; A. v. Bogdandy, »Supranationale Union als neuer Herrschaftstypus: Entstaatlichung und Vergemeinschaftung in staatsrechtlicher Perspektive«, in: *Integration* 16 (1993), S. 222; F. W. Scharpf, »Mehrebenenpolitik im vollendeten Binnenmarkt. Diskussion. Paper des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, Köln 1994, S. 19; generell zum Problem demokratischer Entscheidungen oberhalb der Ebene des Nationalstaats R. A. Dahl, »A Democratic Dilemma: System Effectiveness versus Citizen Participation«, in: *Political Science Quarterly*, 109 (1994), S. 23-34; Craig Calhoun, »Nationalism and Civil Society: Democracy, Diversity and Self-Determination«, in: *International Sociology* 8 (1993), S. 387-412.
- 12 Vgl. hierzu die allerdings nicht recht befriedigenden Ausführungen von Claus Dieter Classen, »Europäische Integration und demokratische Legitimation«, in: *Archiv für öffentliches Recht*, Bd. 119 (1994), S. 247.
- 13 Skeptisch bis ablehnend auch F. W. Scharpf, »Europäisches Demokratiedefizit und deutscher Föderalismus«, in: *Staatswissenschaft und Staatspraxis*, Bd. 3 (1992), S. 296 f.
- 14 Vgl. dazu D. Grimm, a.a.O., S. 31.
- 15 A. v. Bogdandy, a.a.O., S. 219.
- 16 G. W. F. Hegel, »Die Verfassung Deutschlands«, in: *Politische Schriften*. Werkausgabe Bd. 1, Frankfurt a. M. 1971, S. 572.
- 17 Vgl. hierzu die Analyse von G. F. Schuppert, »Zur Staatswerdung Europas. Überlegungen zu Bedingungsfaktoren und Perspektiven der europäischen Verfassungsentwicklung«, in: *Staatswissenschaften und Staatspraxis* 1994, S. 35-76, insbes. S. 53 ff.; Th. Läufer, »Zur künftigen Verfassung der Europäischen Union – Notwendigkeit einer offenen Debatte«, in: *Integration* 1994, S. 204-214.

- 18 E.-W. Böckenförde, *Welchen Weg geht Europa?* München 1997, S. 15 ff.
- 19 Vgl. H. P. Ipsen, »Die Verfassungsrolle des Europäischen Gerichtshofs für die Integration«, in: J. Schwarze (Hg.), *Der Europäische Gerichtshof als Verfassungsgericht und Rechtsschutzinstanz*, Baden-Baden 1983, S. 29 ff.
- 20 T. Evers, »Supranationale Staatlichkeit am Beispiel der Europäischen Union: Civitas civitatum oder Monstrum?«, in: *Leviathan* 1 (1994), S. 115-134.
- 21 Ich folge hier einem Gedanken von A. Weale.
- 22 Vgl. zu diesem Argument A. v. Bogdandy a.a.O., S. 220; v. Simson, a.a.O., S. 14 f.
- 23 Vgl. hierzu ausführlich Böckenförde, a.a.O., S. 26 ff.
- 24 Vgl. Andrew Moravcsik, »Preferences and Power in the European Community: A Liberal Intergovernmentalist Approach«, in: *Journal of Common Market Studies*, 31 (1993), S. 473-524.
- 25 Vgl. auch B. Ackerman, *We the People: Foundations*, Cambridge, Mass./London 1991, S. 179 ff.; H. Pitkin, *The Concept of Representation*, Berkeley/Los Angeles/London 1972, S. 190 ff., 209 ff.; H. Sabine, »The Two Democratic Traditions«, in: *The Philosophical Review* 61 (1952), S. 469 ff.
- 26 H. Sabine, a.a.O., S. 459 ff.
- 27 Vgl. auch M. Zuleeg, »Demokratie in der Europäischen Gemeinschaft«, in: *Juristenzeitung* 1993, S. 1069-1074
- 28 Vgl. Ph. Schmitter, »Representation and the Future Euro-Polity«, in: *Staatwissenschaften und Staatspraxis*, Bd. 3 (1992), S. 379-405.
- 29 M. Bothe, »Föderalismus – ein Konzept im geschichtlichen Wandel«, in: T. Evers (Hg.), *Chancen des Föderalismus in Deutschland und Europa*. Baden-Baden 1994, Zitat S. 21.
- 30 So das Generalthema der 28. Tagung des European Consortium for Political Research im April 2000: »Clientelism, Informal Networks and Political Entrepreneurship«.
- 31 Er erlebt übrigens aufgrund der päpstlichen Anweisung an die deutschen Bischöfe, sich aus der gesetzlich geregelten Schwangerschaftsberatung zurückzuziehen, eine unerwartete Aktualität.
- 32 Hierzu M. Stolleis, »Das »europäische Haus« und seine Verfassung«, in: *Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft* 78 (1995), S. 275 ff. – Vgl. auch R. Koselleck, »Diesseits des Nationalstaats. Föderale Strukturen der deutschen Geschichte«, in: *Transit* 7, 1994, *Macht Raum Europa* (Anm. d. Red.).
- 33 Stolleis, ebd., S. 294.

KOMMENTARE

Ernst-Wolfgang Böckenförde

1. Richtig stellt U. K. Preuß zu Anfang die Frage nach dem Verfassungsbegriff, der verwendet wird, wenn man über die Möglichkeit oder Notwendigkeit einer Verfassung für die Europäische Gemeinschaft/Europäische Union diskutiert. Wird dieser Verfassungsbegriff nicht geklärt, redet man leicht aneinander vorbei. In einem weiteren Sinn, und das geschieht auch, kann man jedes Statut oder jede Festlegung, durch die ein Zusammenschluß von Personen oder Staaten irgendwie organisiert wird, so daß er handlungsfähig ist, als »Verfassung« dieses Zusammenschlusses bezeichnen. So gesehen, hat die Europäische Gemeinschaft ihre Verfassung in den europäischen Verträgen, ist auf diese Weise »verfaßt«, und die Frage des Themas erübrigt sich.

Demgegenüber geht Preuß von einem inhaltlich gehaltvollen, an einem bestimmten politischen Ziel orientierten Verfassungsbegriff aus. Eine Verfassung liegt für ihn nur dann vor, wenn durch Recht eine gute politische Ordnung nicht nur organisiert, sondern auch konstituiert wird, und dies in einer Weise, daß die Träger dieser Ordnung einander als freie und gleiche Subjekte anerkennen. Das heißt, nur eine demokratische Verfassung, die zudem einen Republikanismus im Sinne Kants zum Ziel hat, ist eine Verfassung; schon eine konstitutionelle Monarchie fällt aus diesem Verfassungsbegriff heraus (der späte Habermas steht im Hintergrund). Diese Verfassungsvorstellung ist heute herrschend, wenn von Verfassung gesprochen wird; sie wird auch bei Diskussionen über eine europäische Verfassung zumeist unausgesprochen zugrunde gelegt. Es ist daher sinnvoll, die Frage, ob Europa verfaßbar ist, anhand dieses Verfassungsbegriffs zu diskutieren.

2. Preuß weist zu Recht auf die Staatsbezogenheit des so gebildeten Verfassungsbegriffs hin; er gibt eine zutreffende Analyse der Entstehung des Staates und der tragenden Merkmale der staatlichen Ordnung, der daraus resultierenden Elemente der Verfassungsstaatlichkeit und auch der Relativierung der sogenannten staatsbezogenen »Rigiditäten«, die im Laufe

dieses Jahrhunderts stattgefunden hat, nicht zuletzt der Transzendierung der nationalstaatlichen Geschlossenheit durch die Herausbildung der Europäischen Gemeinschaft. Zu ergänzen ist hier allerdings, daß der Staat zwar in seiner Entstehung eine *territorial* bestimmte und radizierte Herrschaftsorganisation ist, aber bereits mit dem Übergang zum demokratischen Staat auch als *Personengemeinschaft* der Staatsbürger besteht. Diese Staatsbürger bilden, durch Zugehörigkeit bzw. Mitgliedschaft (Staatsangehörigkeit) ausgewiesen, das Staatsvolk; sie tragen den Staat als Herrschaftsorganisation und legitimieren die handelnden Organe.

3. Die von Preuß gegebene Analyse der Antinomien in der Struktur der Europäischen Gemeinschaft ist prägnant und brillant, sie erinnert in manchem an die Analyse der Antinomien des Föderalismus, die Carl Schmitt Ende der Zwanziger Jahre gegeben hat¹. Aus dieser Analyse wird deutlich, daß die EG mehr ist als eine internationale Organisation, über eigene supranationale Autorität mit Direktwirkung gegenüber den Bürgern der Mitgliedsstaaten verfügt, nicht als Verband von Bürgern nach Art eines demokratischen Gemeinwesens, sondern als bloße Rechtsgemeinschaft organisiert ist, auch keineswegs eine sektoral (auf ihren Kompetenzbereich) beschränkte bundesstaatliche Struktur hat und das europäische Parlament nicht ein demokratisches Repräsentationsorgan analog einer nationalen Volksvertretung ist, sondern eher eine Versammlung der Vertreter der Völker der Europäischen Gemeinschaft. Das deutsche Bundesverfassungsgericht hat die EG nicht ohne Grund als »Staatenverbund« charakterisiert², eine Kennzeichnung, die bewußt jenseits der staatsrechtlich oder völkerrechtlich festgelegten Begrifflichkeit verbleibt. Es ist deshalb müßig, über die Errichtung einer Verfassung in dem dargelegten Sinn für Europa zu spekulieren, dafür fehlt jetzt und auf absehbare Zeit die hinreichende Grundlage; der Stand der Integration müßte ein wesentlich anderer sein.

4. Preuß versucht nun, anknüpfend an die von ihm geschilderten institutionalen Besonderheiten der EG, ein diesen Besonderheiten entsprechendes nicht-etatistisches Demokratiekonzept zu entwickeln. Daran ist richtig, daß das am und für den Staat entwickelte Demokratiekonzept auf die EG nicht übertragbar ist. Aber was Preuß stattdessen vorschlägt, nämlich eine Interessenrepräsentation im Mehrebenensystem, wird den Gegebenheiten nicht gerecht und hat nach meiner Auffassung keine Zukunftsperspektive für die europäische Integration. So scharfsichtig seine Analyse der Eigenart und strukturellen Antinomien der EG ist, sein eigenes Konzept bleibt

schwach und diffus. Er sucht eine Verbindung von relativ autonomer Interessenrepräsentation, die sich vernetzt und verknüpft, mit einer Form des Föderalismus. Dabei entgleitet ihm der Föderalismus als politisches Ordnungsprinzip die Verbindung politischer Einheiten zu einem größeren politischen Ganzen, das die Selbständigkeit der es konstituierenden Teile erhält; Föderalismus wird nur als Organisation territorialer Interessen begriffen und soll allein in dieser Form zur Erscheinung kommen, auf einer Ebene mit den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen und deren Organisation. Als »Demokratie« erscheint so das, was in einer freien Gesellschaft an Interessenvertretung und -organisation ohnehin möglich ist und stattfindet, nicht zuletzt in der Form von Lobbyismus oder Verbandsaktivität. Das schafft aber weder neue Legitimation noch neue Partizipationsformen, auch wenn es zu einer *Interessenrepräsentation*, etwa im Sinne J. H. Kaisers³, hochstilisiert wird. Vor allem wird die politische Entscheidungsebene, die ja in der EG zweifellos besteht, und zwar in eigengearteter Form besteht, als solche nicht einbezogen. Konsequenter verfolgt, läuft dieses Konzept auf eine Art korporativistisches Vernetzungssystem hinaus, in dem die tatsächliche Konstellation der Kräfte politisch bestimmend wird, ohne daß eine repräsentativ verantwortliche Entscheidungsinstanz, die dem Wohl und den Interessen aller verpflichtet ist, besteht. Solche »Enthierarchisierung« der Europapolitik ist, so sehe ich es, kein Beitrag zu einem angemessenen Demokratiekonzept für die Europäische Gemeinschaft.

5. Was aber dann? Die supranationale Regelungs- und Entscheidungsmacht, die in der EG versammelt ist, stellt durchaus ein Stück politischer Herrschaftsgewalt dar. Sie wird, soll die EG nicht scheitern, auch weiter wachsen müssen, nachdem mit der Währungsunion der Rubikon vom bloß ökonomischen Binnenmarkt zur politischen Union überschritten ist. Deshalb können die Legitimationsstrukturen nicht zu einem Geflecht von Interessenrepräsentation »entpolitisiert« werden, vielmehr gilt es, eine demokratisch-politische Form der Legitimation und Kontrolle zu finden, die an die eher antinomischen gegenwärtigen Strukturen der EG anknüpft, zugleich aber hilft, sie zu überwinden. Ausgangspunkt hierfür muß die Einsicht sein, daß EG (und EU) schon jetzt, verstärkt aber in dem Maße, in dem sie sich über wirtschaftlich-funktionale Integration hinaus auf eine politische Integration zu bewegen, eine genuin föderale Struktur erhalten müssen. Diese Struktur muß föderal im Sinne eines

politischen Föderalismus sein, der auf den politisch organisierten Völkern aufbaut, um von ihnen her eine übergreifende Einheit zu bilden. Auf dieser Grundlage kann die supranationale Entscheidungsmacht der EG so organisiert werden, daß die Demokratie auf dem Weg der schon bestehenden und weiter voranschreitenden Integration nicht verloren geht und als »Europa« nur eine den Menschen fernstehende und für sie fremde, technokratisch agierende Bürokratie übrig bleibt.

Konkret bedeutet dies, daß die Völker der Europäischen Union, also die Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedsstaaten, unmittelbar einen europäischen Senat wählen, der seinerseits im Zuständigkeitsbereich der EG bzw. EU die »Regierungsgewalt« ausübt, d.h. die Normsetzungen der EG maßgeblich verantwortet, eventuell unter Beteiligung des europäischen Parlaments. Je nach deren Größe sind in den Mitgliedsstaaten ein bis vier Senatoren zu wählen, mit einer Amtsdauer von vier oder fünf Jahren. Auf diese Weise entsteht eine demokratische Legitimations- und Verantwortlichkeitsbeziehung unmittelbar zwischen den Völkern der Europäischen Union und den Trägern der Herrschaftsbefugnisse auf europäischer Ebene; sie wächst aus der föderativen Struktur heraus und spiegelt sie. Das Regime der Ministerräte, d.h. der jeweils fachlich zuständigen nationalen Minister, die bisher zunehmend selbstläufig und abhängig von der Kommission und deren bürokratischen Apparat die Entscheidungen unter dem Gesichtspunkt der Wahrung und des Abgleichs nationaler Interessen treffen, entfällt. Der Senat selbst kann für die Erledigung der laufenden Aufgaben eine ihm verantwortliche Regierung bilden. Die Kommission, bislang durch ihre Permanenz, ihr versammeltes Wissen und ihr Initiativrecht das faktisch mächtigste Organ auf europäischer Ebene, wird herabgestuft zu einem großen Fachsekretariat der Regierung bzw. des Senats. Als dieses hat und behält sie durchaus ihre Bedeutung, sie verliert aber ihren beherrschenden, die Politik bestimmenden Einfluß; sie hat Regierung bzw. Senat nach deren Aufträgen zuzuarbeiten.

Erhält das zusammenwachsende Europa in dem so gebildeten Senat ein zentrales politisches Organ, das zugleich demokratisch und föderativ strukturiert ist, kann dieses Organ auch ein Kristallisations- und Bezugspunkt für ein gemeinsames politisches Bewußtsein bei den Völkern Europas werden, das die weitere Integration Europas von innen her tragen kann und tragen muß.

Anmerkungen

- 1 Carl Schmitt, *Verfassungslehre*, München und Berlin 1928, S. 37079 (Die rechtlichen und politischen Antinomien des Bundes).
- 2 BVerfGE 89, 155 (184, 186).
- 3 Joseph H. Kaiser, *Die Repräsentation organisierter Interessen*, Berlin 1956.

Olivier Beaud

Ausgangspunkt der Überlegungen von Ulrich Preuß ist der Zusammenhang zwischen der Tatsache, daß die Europäische Union bis heute keine Verfassung besitzt, und dem tiefgreifenden Zwiespalt, der die Union prägt: einerseits Zusammenschluß von Staaten zu sein und andererseits Zusammenschluß von Bürgern, wobei die erste Eigenschaft bis heute die zweite überwiege. Dieses Ungleichgewicht sei nun insofern problematisch, als es ein gravierendes Mißverhältnis zwischen den Pflichten, die den Bürgern der EU-Mitgliedstaaten als Angehörigen der EU auferlegt werden, und ihren Rechten als Unionsbürgern mit sich bringe. Wie wäre nun angesichts dessen der Übergang zu dem höheren Stadium der EU als Gemeinschaft von Unionsbürgern zu bewerkstelligen? Hier ergibt sich ein für jeden Verfassungsrechtler wichtiges begriffliches Problem. Die Idee oder Zielsetzung einer europäischen Verfassung, so Preuß, setzt die Aufhebung der klassischen Gleichung »Verfassung = Staat« und also der Staatszentriertheit des Verfassungsbegriffs voraus. Der Leitfaden des Beitrags besteht gewissermaßen in der Frage, wie eine nicht-etatistische Verfassung zu denken wäre, da weder die Europäische Union noch die Europäischen Gemeinschaften einen Staat im eigentlichen Sinne bilden. Wie also soll man sich eine supranationale Demokratie vorstellen? Als Lösung schlägt Preuß vor, das Problem einer europäischen Verfassung von der Demokratiefrage abzukoppeln und auf das Föderalismusprinzip zu beziehen, eine politische Form, die der europäischen Konstruktion besser gerecht würde. Preuß stellt die »Frage, ob denn die Legitimation für diese Art von Gemeinschaft überhaupt oder doch jedenfalls in erster Linie im demokratischen Prinzip zu sehen ist und nicht vielmehr in einem dazu nicht notwendig im Widerspruch stehenden, dennoch deutlich unterschiedenen Prinzip, nämlich dem des Föderalismus.« (S. 169) Eine solche »föderalistische« Umorientierung des Nachdenkens über Europa hätte unter anderem den Vorzug, die politischen Ansprüche herunterzuschrauben und sich mit weniger demokratischer Legitimität zufrieden zu geben. Der demokratische Charakter der Mitgliedstaaten und die Partizipation der Interessengruppen an der Ausarbeitung einer europäischen Politik böten demnach hinreichende Bedingungen für die Legitimität eines föderal verfaßten Europa: »Demokratische Legitimität ist eine notwendige, auf der mitgliedstaatlichen Ebene auch gewährleistete, aber noch keine hinreichende Bedingung für die Legi-

timität dieser Ordnung. Hinzutreten müssen die Ordnungsleistungen, die wir, mangels einer präziseren Begrifflichkeit als föderal bezeichnen: die Integration zentrifugaler Kräfte durch die gute Verfassung und Zuordnung differenzierter und heterogener territorialer und funktionaler Interessen in einem wirtschaftlich, politisch, sozial und kulturell zerklüfteten großen geographischen Raum.« (S. 172)

Preuß lokalisiert präzise die neuralgischen Punkte, mit denen sich die Schaffung einer künftigen europäischen Verfassung konfrontiert sieht. Im Gegensatz zu vielen anderen Rechtswissenschaftlern erliegt er nicht der Versuchung, den Verfassungsbegriff so abstrakt und positivistisch zu fassen, daß alles und jedes verfassungsgegenständlich wird. Preuß bezieht sich vielmehr auf einen anspruchsvolleren Verfassungsbegriff, der über ein bloßes »Organisationsstatut« hinausgeht. Darüber hinaus finden sich in seinem Beitrag aufschlußreiche Überlegungen zur Demokratietheorie, wenngleich das Thema demokratische Legitimität ein wenig schnell abgehakt wird. Als fortschrittlicher Aufklärer geht Preuß zu identitätsorientierten Demokratiekonzepten auf Distanz, um sich die liberal-individualistische Sichtweise angelsächsischer Autoren zu eigen zu machen – die einzige, die als »nicht-etatistisches Konzept der Demokratie« (S. 16)¹ mit dem derzeitigen europäischen Einigungsprozeß vereinbar sei (und übrigens auch insofern mit dem amerikanischen Verständnis korrespondiert, als in den USA keine etatistische Tradition existiert).

Vor allem aber – und darin liegt die Hauptbedeutung seines Beitrags – schlägt Preuß eine originelle Herangehensweise an die Problematik einer europäischen Verfassung vor. Den staatszentrierten Verfassungsbegriff hält er für nicht brauchbar, weil er das Phänomen Europa verfehle. Doch von der letztendlich skeptischen und konservativen Position derer, die wie Grimm² behaupten, Europa sei prinzipiell nicht verfassungsfähig, da es nicht auf der verfassungsgebenden Macht eines Volkes beruhe und also kein Staat sei, will Preuß sich ebenfalls absetzen. Darüber hinaus bezieht er in puncto Demokratie einen pragmatischen Standpunkt. Wenn gemäß der Demokratietheorie die Regierten der Machtausübung der Regierenden zustimmen müssen, so erfüllt die derzeitige Struktur der Europäischen Union diese Bedingung jedenfalls nicht. Preuß zieht daraus den Schluß, daß man diesen Anspruch eben zurückschrauben und sich darauf verlassen müsse, daß die vielfältige Partizipation an den verschiedenen europäischen Institutionen und in allen

Bereichen der Gesellschaft schließlich doch den europäischen Bürger hervorbringen werde: »Der Interessent bahnt dem Bürger den Weg.« (S. 170)

Auf dieser allgemeinen Ebene kann ich dem Ansatz von Preuß nur zustimmen. Ich selbst habe die staatszentrierte Europakonzeption in einigen Beiträgen³ kritisiert und dafür plädiert, die europäische Problematik unter föderalistischen Gesichtspunkten neu zu durchdenken und das Demokratiedefizit dabei – zumindest vorläufig – etwas zurückzustellen. Doch da dieser Kommentar zur Diskussion beitragen soll, möchte ich auch Kritik anmelden, und zwar in zweierlei Hinsicht.

Der erste Einwand bezieht sich auf eine Art inneren Widerspruch in Preuß' Argumentation: Seine Überlegungen zur Europäischen Union und zu den Europäischen Gemeinschaften basieren auf eben jenem staatszentrierten Politikverständnis, von dem er sich doch gleichzeitig absetzen will. Preuß zufolge bilden die Europäische Union und die Europäischen Gemeinschaften deshalb keinen Staat, weil sie weder über eine territoriale Grundlage noch über eine Gebietsbevölkerung noch über souveräne Gewalt verfügen. Desgleichen plädiert er im Hinblick auf die Repräsentation durch die Organe der Europäischen Gemeinschaften implizit für eine einheitliche bundesstaatliche Loyalität. Erst im letzten Abschnitt seines Beitrags erklärt er, das Problem des europäischen Einigungsprozesses lasse sich allein föderalistisch lösen. Meines Erachtens muß die föderalistische Begrifflichkeit jedoch bereits bei der Analyse der Kompetenzen der Europäischen Gemeinschaften im Mittelpunkt stehen. Mit anderen Worten: Der Föderalismus ist nicht das künftige Programm für die Schaffung einer europäischen Verfassung, sondern bereits im Aufbau begriffen.

Man kann Preuß daher in gewisser Weise vorwerfen, daß er sich von der staatszentrierten Konzeption der Föderation und also Europas letztendlich nicht ganz freimachen kann. Insofern folgt er dem Mainstream der Verfassungstheorie, der die Besonderheiten der Föderation als verfassungsrechtliches Gebilde unseres Erachtens nicht genügend herausgestellt hat.⁴ Deutlich wird dies zum Beispiel am Ende des zweiten Abschnitts, wo Preuß den föderalen Staat als weitgehend durch zentralstaatliche Merkmale geprägte Struktur beschreibt, demgegenüber die föderalistischen Merkmale weitgehend in den Hintergrund treten. Deutlich wird dies auch, wenn er die »Komplementarität«, die das Verhältnis zwischen dem Aufbau der EU und den Verfassungen der Mitgliedstaaten prägt, dem »Verfassungsdualismus« des demgegenüber weit homogeneren

föderalen Staates entgegensetzt. (S. 164f.) Meines Erachtens zeichnet sich eine Föderation jedoch gerade dadurch aus, daß sie sich von den charakteristischen Merkmalen eines Staates abhebt und ihre eigene verfassungsrechtliche Begrifflichkeit besitzt: Verfassungspakt, doppelte Nationalität oder Staatsbürgerschaft, Neuverteilung der Kompetenzen, der entscheidende Stellenwert einer Schiedsgerichtsbarkeit, Bundesintervention oder -exekution, Ineinandergreifen von Bundes- und Einzelstaatsverfassungen oder auch das Erfordernis politischer Homogenität (die keineswegs nur eine Frage des föderalen Staates ist).⁵

Der zweite Punkt meiner Kritik betrifft die Art und Weise, wie Preuß die zentrale Frage nach der Schaffung einer europäischen politischen Ordnung löst. Diese Frage hängt eng mit der Problematik einer europäischen Verfassung zusammen, denn Preuß selbst definiert die Verfassung zu Beginn seines Beitrags als den »Inbegriff einer durch Recht (...) organisierten guten politischen Ordnung«, das heißt als eine Institution, die »aus Untertanen Bürger« macht (S. 155). Vergleicht man diese anfängliche Definition mit Preuß' Ausführungen über die föderale Ordnung im letzten Abschnitt, so wird deutlich, das er die europäische Ordnung als einen »komplexen Prozeß der Interessenrepräsentation« begreift, an dem die unterschiedlichsten Organisationen und Akteure beteiligt sind. (S. 169) Dieses Fob der Vielfalt und Heterogenität – im Gegensatz zur Homogenität des Nationalstaats – ist freilich unbefriedigend, denn unseres Erachtens machen diese Eigenschaften nicht das Wesen des Föderalismus aus. Vielmehr besteht dessen Zweck gerade in der Versöhnung von Einheit und Vielfalt. In der von Preuß entwickelten programmatischen Konzeption einer europäischen Ordnung tritt die Dimension der Einheit dagegen weit hinter die der Vielfalt zurück. Auch die abschließende, sich empirisch und pragmatisch gebende Beschwörung der Formenvielfalt in der Rechts- und Verfassungsgeschichte Europas kann unsere Bedenken nicht ausräumen. Ob es einem gefällt oder nicht: Ein föderales Europa, so es denn existieren soll, wird über das weitgehend anarchische Stadium der alten europäischen »Verfassung« hinauswachsen müssen. Am Ende seines Beitrags nähert sich Preuß der *self-fulfilling prophecy* jener Europhilen, die gegen realistische Einwendungen stets ins Feld führen, die europäische Einigung sei ein dynamischer, unvollendeter Entwicklungsprozeß, wobei sie die Wirklichkeit am Maßstab der sich abzeichnenden vielversprechenden Zukunft beurteilen.

Warum dies Unbehagen bereitet? Ganz einfach deshalb, weil man den Eindruck hat – doch vielleicht irre ich mich daß Preuß letztendlich die Konzeption eines als »gesellschaftsbezogen« oder »sozial« zu qualifizierenden Föderalismus teilt, die historisch auf den französischen Frühsozialisten Proudhon und – unter den Älteren – auf den deutschen Rechtsgelehrten Johannes Althusius zurückgeht. Dieser Konzeption zufolge sind sämtliche sozialen, wirtschaftlichen und politischen Kräfte auf derselben Ebene angesiedelt. Proudhons (oder Bakunins) Konzeption beruht auf dem Primat der ökonomischen Verhältnisse und dem etwas naiven Glauben, wirtschaftlicher Föderalismus werde notwendig in politischen Föderalismus münden. Nicht anders argumentieren heute die Anhänger der Lehre von der berühmten »Integration«. Man hat bei der Lektüre oft den Eindruck, daß Preuß dieses Ideal teilt. Dies klingt deutlich an in der von ihm zustimmend zitierten Definition des Föderalismus als eines »Spannungsfelds von zentripetalen und zentrifugalen oder integrativen und desintegrativen Kräften« (nach Bothe, S. 169). Eine solche Konzeption, mag sie noch so großzügig sein, beruht gleichwohl auf der Vorstellung, die politische Ordnung werde aus der zunehmenden Verflechtung wirtschaftlicher Interessen und dem konvergierenden Handeln supranationaler Kräfte erwachsen, die im Nationalstaat kein angemessenes Betätigungsfeld mehr finden (Preuß' Beobachtungen hierzu sind bemerkenswert).

Dieser ein wenig mechanistischen Sichtweise – erinnern wir uns an Preuß' Diktum vom Interessenten, der dem Bürger den Weg bahnt – möchten wir entgegenhalten, daß eine politische Ordnung für Europa keineswegs mit Notwendigkeit aus den wirtschaftlichen Verhältnissen hervorgehen wird und durchaus das Resultat politischer Kräfteverhältnisse sein kann. Unter diesem Gesichtspunkt mag man bedauern, daß sich Preuß so wenig über die internationalen Aspekte der Problematik ausläßt, obwohl sein Beitrag mit Bemerkungen zum Kosovo-Krieg beginnt, der, wie sich mangels einer gemeinsamen europäischen Verteidigungsanstrengung zeigte, nur unter amerikanischer »Vormundschaft« geführt werden konnte. Nun gehört zu den Zwängen, die ein föderales Regierungssystem zu berücksichtigen hat, eben auch die Handlungsfähigkeit nach außen, die gleichsam automatisch eine Stärkung der föderalen Zentralinstanz mit sich bringt. Ebenso zu bedauern ist die Zurückhaltung, mit der Preuß die explosive und sehr konkrete Frage der »Regierbarkeit« der Union behandelt. Obwohl gerade diese Frage heute im Zentrum steht,

werden die beiden Konzeptionen europäischer Institutionen – auf intergouvernementaler Ebene bzw. auf jener der Gemeinschaft – nur beiläufig erwähnt. Alles scheint darauf hinzudeuten, daß die neue Kommission unter Prodi eine Präsidialisierung der Kommission anstrebt, wie sie bereits Jacques Delors in Angriff genommen hatte. Die politisch entscheidende Frage ist, wer Europa innerhalb der europäischen Exekutivorgane, Ministerrat und Kommission, politisch vertreten wird. Der Rücktritt der Kommission Santer unter der Androhung eines Mißtrauensantrags des EU-Parlaments beweist nicht nur, daß die europäische Einigung auf typisch liberaler – nicht notwendig demokratischer – Grundlage fortschreiten kann (nämlich auf der Basis einer parlamentarisch verankerten politischen Verantwortlichkeit), sondern auch, daß die Kommission, sofern sie als vom Europaparlament eingesetzte und diesem verantwortliche Institution legitimiert ist, an Einfluß gewinnen könnte.

Zusammenfassend scheint mir, daß Preuß die notwendige Wechselbeziehung zwischen Föderalismus und Demokratie nicht genügend berücksichtigt hat. Er geht davon aus, daß sich die beiden Ideen entkoppeln lassen und ein föderales Europa ohne genuin demokratische Legitimation zu haben sei. Doch schon begrifflich ist diese Dissoziation problematisch, muß doch auch Preuß einräumen, daß ein föderales System ein höheres Maß an Repräsentation braucht. Dies zeigt nicht zuletzt das historische Beispiel der Vereinigten Staaten, denn - und darüber nachzudenken lohnt sich – für die Founding Fathers waren Föderalismus und Demokratieanspruch untrennbar miteinander verbunden.

Aus dem Französischen von Bodo Schulze

Anmerkungen

- 1 Preuß' Interpretation von Bruce Ackerman in Anm. 15 könnte man entgegenhalten, dieser suche zu zeigen, daß dem Begriff der Volkssouveränität eine sehr konkrete, juristisch-politische Bedeutung zukommt. Genau aus diesem Grund räumt er der politischen Partizipation der Bürger einen entscheidenden Stellenwert ein.
- 2 Dieter Grimm, *Braucht Europa eine Verfassung?*, München 1995.
- 3 Olivier Beaud, »Déficit politique de l'Europe ou déficit de la pensée politique sur l'Europe?«, in: *Le Débat* 87, 1995; ders., »Propos sceptiques sur la légitimité d'un référendum européen ou plaidoyer pour plus de réalisme constitutionnel«, in: A. Auer u. J. F. Flauss (Hg.), *Le Référendum européen*, Brüssel 1997, S. 125-180.
- 4 Der Leser wird verzeihen, wenn hier auf drei weitere Artikel verwiesen wird, in denen ich versucht habe, die Grundlagen einer Verfassungstheorie der Föderation als eines vom Staat unterschiedenen Gebildes zu skizzieren: »La fédération entre l'Etat et l'Empire«, in: B. Theret (Hg.), *L'Etat, la finance, le social*, Paris 1955, S. 282-304; »Föderalismus und Souveräni-

tät. Bausteine zu einer verfassungsrechtlichen Lehre der Föderation«, in: *Der Staat* 1, Bd. 35 (eine erweiterte Fassung ist in der *Revue du droit public* 1, 1998, erschienen); »La notion de pacte fédératif. Contribution à une théorie constitutionnelle de la Fédération«, in: H. Mohnhaupt/J.-F. Dervégan (Hg.), *Gesellschaftliche Freiheit und vertragliche Bindung in der Rechtsgeschichte und der Philosophie*, Frankfurt (Reihe *Ius Commune*) 1997, S. 169-222.

- 5 Was wird geschehen, wenn ein Staat der Europäischen Union eines Tages legal durch Wahlen oder durch einen Staatsstreich in die Diktatur umkippt? Wird man es zulassen, daß die politische Homogenität der Union zerbricht und die Union sich in eine Art Völkerbund verwandelt?

Wiktor Osiatynski

Zur Europäischen Union habe ich lange Zeit eine Art Haßliebe gehegt. Ulrich K. Preuß' Beitrag zur europäischen Verfassungsdebatte hat mir geholfen, besser zu verstehen, warum mich die EU anzieht und mir zugleich Furcht einflößt.

Ich schätze die EU, weil ich in Polen lebe. In diesem Land stehen sich heute zwei Gesellschaftsvisionen gegenüber: Die eine wurzelt im letzten Jahrhundert, wenn nicht im Mittelalter. Sie stützt sich auf Autoritäten und auf die von ihnen ausgehenden restriktiven Normen und Kontrollmechanismen, denen Staat und Gesellschaft unterworfen werden. Die zweite Vision ist offener, sie ist pluralistisch und sich weniger sicher, im Alleinbesitz der Wahrheit zu sein. Sie räumt den Menschen das Recht ein, ihren Weg selbst zu finden, indem sie aus ihren Fehlern und den zuweilen schmerzhaften Folgen lernen.

Ich wünschte, die zweite Vision würde obsiegen. Allerdings befürchte ich, daß ihr nur eine Minderheit anhängt. Und wenn die Mehrheit auf dem langen und steinigen Weg ins 21. Jahrhundert langsam müde wird, wenn die Zukunft allzu vielen abverlangt, sich zu ändern – ihre Art zu leben, zu arbeiten, zu denken –, dann wächst die Gefahr, daß die Menschen sich die vertrautere Vergangenheit zurückwünschen oder eine autoritäre Lösung wählen.

Hier hat die Europäische Gemeinschaft, davon bin ich überzeugt, etwas in die Waagschale zu werfen. Ein Beitritt Polens würde einen zivilisierenden Effekt haben und helfen, das Ungleichgewicht der Kräfte im Lande zu mindern, angefangen damit, daß z.B. die polnischen Milchproduzenten dazu gezwungen würden, sich dem europäischen Hygienestandard anzupassen und künftig bessere Milch – hoffentlich auch in Polen selbst – zu liefern. Jedenfalls ist mehr als deutlich, daß alle Länder, die bis heute der EU beigetreten sind, ihre wirtschaftliche Entwicklung beschleunigen konnten.

Ich empfinde aber auch Widerwillen gegen die Europäische Union, weil ich dort Überregulierung, Bürokratie, Arroganz und Korruption am Werk sehe. Warum sollte ich mit meinen Steuern zwei Heere von korrupten und verschwenderischen Apparatschiks finanzieren, ein polnisches und nun auch noch ein europäisches? Im November 1997 begegnete ich in Weißrußland einer Gruppe von EU-Delegierten, die binnen

vier Wochen zwei Millionen ECU an ihnen kaum bekannte nichtstaatliche Organisationen vergeben mußten, nur weil irgend jemand in Brüssel darauf gekommen war, daß diese Summe noch im selben Jahr ausgegeben werden mußte. Unter diesen Bedingungen war von vornherein klar, daß der größte Teil davon schlicht vergeudet war. Mir sind weitere solche EU-Transaktionen zu Ohren gekommen, gegen die Mme. Cressons Zahnarztaffäre eine Lappalie ist. Viele der EU-Beamten, die ich in Polen und anderswo getroffen habe, waren genau so arrogant und ekelhaft wie die Bürokraten unter dem Kommunismus. Natürlich ist Europa reicher, und das gibt seinen Beamten das Gefühl, effizienter zu sein. Aber mit den ehemaligen Apparatschiks teilen sie den unerschütterlichen Glauben, daß sie im Alleinbesitz der Wahrheit sind, und einen fast totalen Mangel an Verantwortungsbewußtsein. Das verbindet sie übrigens auch mit den Funktionären der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds. Mangelndes Verantwortungsgefühl führt unvermeidlich zu Überheblichkeit und Machtmißbrauch, und davor fürchte ich mich.

Bei der Lektüre von Ulrich Preuß' Beitrag ging mir auf, daß dieser Mangel strukturell ist, was die EU betrifft. Die Mitglieder des Europäischen Parlaments sind weder rechenschaftspflichtig noch an Anweisungen gebunden; sie sind einzig ihrem Gewissen verantwortlich. Ähnlich die Mitglieder der Kommission: »Sie dürfen bei der Erfüllung ihrer Pflichten Anweisungen von einer Regierung oder einer anderen Stelle weder anfordern noch entgegennehmen.« (Art. 157 Abs. 2 des *Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft*). Auch der Europäische Rat, also das mächtigste Organ der Gemeinschaft, ist keinerlei Rechenschaftspflicht unterworfen.

Die Konstruktion der Europäischen Gemeinschaft läßt an ein berühmtes Experiment denken, das der Psychologe Stanley Milgram in den 70er Jahren durchgeführt hat. Er konnte zeigen, daß unbescholtene Menschen bereit sind, anderen Menschen ziemlich schreckliche Dinge anzutun, wenn die Verantwortlichkeit geteilt bzw. unklar ist. Der Folterer redet sich auf den Befehlsgeber heraus, dieser wiederum spürt kaum Skrupel, weil er das Opfer nicht vor Augen hat.

Die Europäische Gemeinschaft verfügt über eine beträchtliche Machtfülle, und die Ausübung dieser Macht hat handfeste Konsequenzen für die Betroffenen. Zur Durchsetzung ihrer Entscheidungen muß sich die Union allerdings der Regierungsgewalt der Mitgliedsstaaten bedienen, ebenso

wie sie zur Finanzierung ihrer eigenen Ausgaben auf deren Steuerhoheit angewiesen ist. Unglücklicherweise gibt es aber keine direkte Verbindung zwischen der Wiederwahl bzw. Wiederberufung in EU-Organen und der Art und Weise, wie diese das ihnen überantwortete Geld ausgeben und die ihnen geliehene Macht gebrauchen. Diese strukturelle Schwäche ist dem Wohl der Gemeinschaft und ihrer Bürger sicher nicht förderlich.

Der Defekt könnte aber bis zu einem gewissen Grade durch institutionelle Mechanismen behoben werden. Ein mächtiges Instrument hierfür wäre eine Verfassung. Eine Verfassung, die den zuständigen Organen klar definierte Aufgaben und Kompetenzen zuweist; eine Verfassung, die Macht begrenzt und die Rechte der Bürger schützt; eine Verfassung, die verhindert, daß die Macht sich an der Spitze, im Zentrum konzentriert und die kleineren Einheiten entmündigt werden, eine Verfassung schließlich, die effiziente und allen zugängliche Rechtsmittel gegen Machtmißbrauch bereitstellt.

Es scheint mir, daß Preuß ebenfalls von der Notwendigkeit einer solchen Verfassung überzeugt ist. Ich teile auch seine Meinung, daß sie eher auf der Basis eines föderalen Modells zu verwirklichen ist als im klassisch staatlichen Rahmen. Allerdings unterscheiden wir uns in der Einschätzung dieser Alternative. Während Preuß es zu bedauern scheint, daß die europäische Verfassung nicht über eine ähnliche demokratische Legitimität verfügen kann, wie sie nationalstaatliche Verfassungen garantieren, bin ich der Überzeugung, daß diese Eigenschaft weit weniger wichtig ist als die Funktion der Machtbegrenzung.

Die Schaffung einer europäischen Verfassung, die diesen Namen verdient, ist, so Preuß, vor allem deshalb ein Problem, weil Verfassungen auf das Modell des modernen Staates zugeschnitten sind, der sich durch Souveränität, Territorium und Staatsvolk auszeichnet (vgl. S. 156) – Kriterien, denen die europäische Gemeinschaft nicht genügt.

Ich bin mir aber gar nicht so sicher, daß Verfassungen ihrer Bestimmung nach Staatsverfassungen sind. Natürlich trifft das auf viele zu, aber es gab auch solche, die zum Schutze nichtstaatlich definierter nationaler Identitäten geschaffen wurden. Eroberer wie Napoleon oder Zar Alexander wiederum gaben unterworfenen Völkern Verfassungen, die deren Mitgliedern keinen vollen Bürgerstatus gewährten, sie aber vor der Willkür des Erobererstaates schützten.

Eben in dieser begrenzenden Funktion sehe ich das wichtigste Element

einer Verfassung, und weniger in ihrer Funktion, demokratische Legitimität zu gewährleisten oder den Staat zu schützen. Selbst unter einer Diktatur ist es gut, eine Verfassung zu haben, denn sie muß die Kompetenzen der verschiedenen staatlichen Organe definieren und gibt so den Individuen eine minimale Handhabe gegen Willkür. Preuß hat sicherlich Recht, wenn er konstatiert, daß das Europäische Parlament – zumindest nach klassischen, d.h. etatistischen Demokratiekriterien – unter einem Legitimationsdefizit leidet (S. 162). Aber eben weil es gleichwohl eine Macht darstellt, sollte es, ebenso wie andere Organe der Union, einer verfassungsmäßig garantierten Beschränkung seiner Kompetenzen unterworfen werden. Verfassungsmäßige Kontrollmechanismen müßten gerade daraufhin konstruiert werden, daß es diesen Institutionen an Legitimation mangelt.

Auch in einem weiteren Punkt bin ich anderer Meinung als Preuß, und diese Differenz reicht tiefer. Mir scheint, er weist der europäischen Verfassung die Aufgabe zu, zur Schaffung einer europäischen Gesellschaft beizutragen. Preuß schreibt: »Ein verfaßtes Europa wird daher ein komplexes In-, Neben-, Mit- und Gegeneinander einer Vielzahl von Akteuren organisieren, die auf den verschiedensten Ebenen an der Formulierung und Verwirklichung von europäischer Politik mitwirken: in den Organen der EG, in den Mitgliedsstaaten und deren Organen sowie deren territorialen Untereinheiten, in einer Vielzahl von Verbänden, die von der klassischen, vorwiegend wirtschaftlichen Interessenorganisation über sozialpolitische Verbände und Gewerkschaften bis hin zu einer breiten Palette von public-interest-Gruppen reichen, sowie schließlich auch in politischen Parteien und sozialen Bewegungen, die sich zunehmend auf den europäischen politischen Prozeß beziehen.« (S. 172) Eine europäische Verfassung würde demnach den rechtlichen Rahmen für eine vielfältige Koppelung zwischen europäischer Gesellschaft und europäischen Staaten bereitstellen. Meine Verfassung hätte hingegen die Aufgabe, die Gesellschaft und ihre Institutionen zu stärken und sie vor dem Zugriff der Staatsgewalt zu schützen – ohne ihrerseits in die Gesellschaft einzugreifen oder gesellschaftliche und staatliche Ebene zu vermischen.

Kurz, daß die Europäische Gemeinschaft eine Verfassung braucht, darüber bin ich mit Preuß einig. *Warum und wozu*, darüber sind wir verschiedener Ansicht. Preuß scheint zu glauben, daß die in der EU existierende Bürgergesellschaft durch eine europäische Verfassung fortentwickelt und schließlich legitim in einen quasiföderalen Organismus transformiert

werden kann. Ich mißtraue der schöpferischen Kraft von Verfassungen und meine, daß sie vornehmlich die Aufgabe haben, eine Gesellschaft vor autoritärer Willkür zu schützen, gleich, ob diese von staatlicher oder überstaatlicher Ebene ausgeht. In der Europäischen Union existiert zuviel diffuse Macht, die nichts und niemandem gegenüber rechenschaftspflichtig ist, und deshalb brauchen gerade die Europäer dringend eine Verfassung.

Eine solche Verfassung sollte meiner Meinung nach folgende Elemente enthalten:

- eine klare Kompetenzzuweisung und -begrenzung für die einzelnen Organe der Gemeinschaft sowie Mechanismen, die die Verantwortlichkeiten für die zugewiesenen Pflichten klar definieren und regeln;
- einen Grundrechtskatalog für europäische Bürger, der für sämtliche europäischen Organe verbindlich wäre;
- einen entsprechender Grundrechtskatalog für die Staaten der Gemeinschaft;
- wirksame und für alle zugängliche Rechtsmittel zur Einklagung und Durchsetzung der verfassungsmäßig verbürgten Rechte.

Eine auf diese Weise garantierte Machtkontrolle scheint mir sehr viel dringlicher als die Verbesserung demokratischer Legitimität. Vielleicht werden demokratische Wahlen mit der Zeit zur Herausbildung konkurrierender europäischer Eliten führen, deren Macht zusammen mit ihren Privilegien und ihrer Verantwortungslosigkeit periodisch rotieren; doch dürften die genannten Kontrollmechanismen besser geeignet sein, die europäischen Bürger vor Machtmißbrauch zu schützen. Ohne europäische Gerichte, einschließlich eines Verfassungsgerichts, ohne eine ernstzunehmende Erweiterung der Kompetenzen unabhängiger Rechnungsprüfer, ohne vollständige Transparenz der europäischen Regierungsorgane, insbesondere, was deren Ausgaben betrifft, und ohne eine externe Kontrolle der europäischen Bürokratie – ohne all diese Vorkehrungen wird demokratische Legitimität, und sei sie noch so hoch, die Europäer kaum vor der Arroganz der Bürokraten schützen.

Die unterschiedliche Bewertung von demokratischer Legitimität einerseits und institutionellen Mechanismen andererseits ist nicht neu. Demokratische Legitimität war immer schon wesentlicher Bestandteil eines interventionistischen Staatsverständnisses. Sie liefert die Grundlage für das Vorrecht des Staates, in die Gesellschaft einzugreifen, sie zu regulieren und zu kontrollieren. Gleich wie demokratisch ein solch allgemeines

Mandat legitimiert ist, es ist allemal bedenklich, wenn ihm keine institutionell verankerten Grenzen gezogen werden.

So stellen denn auch keineswegs alle Verfassungstheorien die demokratische Legitimität in den Vordergrund. James Madison und Alexander Hamilton etwa, die als Verfasser der *Federalist Papers* die amerikanische Verfassung mitprägten, waren der Demokratie gegenüber sogar ziemlich skeptisch und gaben der institutionellen Begrenzung politischer Macht Vorrang vor deren demokratischer Legitimation. Und ist es nicht so, daß der Föderalismus, den wir beide, Preuß ebenso wie ich, für eine europäische Verfassung favorisieren, eher auf solche begrenzende Mechanismen abstellt als auf demokratische Legitimität? Und wäre es nicht eher der Prozeß der Formulierung und schließlichen Implementierung einer in diesem Geiste angestrebten Verfassung, der dazu beitragen würde, die europäische Gesellschaft zu gestalten und zu stärken?

Allerdings stellt sich hier sogleich ein schwieriges Problem: Wie und von wem soll eine solche Verfassung verabschiedet werden? Ein Entwurf, der die Macht der europäischen Bürokraten beschränkt, würde wohl kaum von ihnen selbst eingebracht werden. Sie würden sich allenfalls auf ein Mehr an demokratischen Prozeduren einlassen – solange diese ihre Privilegien nicht gefährden. Wie die Eurokraten also einer den status quo ändernden Verfassung unterworfen werden können, darüber müßte in der Öffentlichkeit laut nachgedacht und diskutiert werden.

Es geht darum, die Machtbegrenzung endlich oben auf die europäische Agenda zu setzen. Das wäre für mich ein weiterer Grund, den Beitritt meines Landes zur EU zu begrüßen. Denn dann könnte ich von meinen demokratischen Rechten Gebrauch machen und mich nach Kräften an der Schöpfung einer europäischen Verfassung und am Kampf gegen bürokratische Willkür beteiligen.

Aus dem Englischen von Klaus Nellen

Cass R. Sunstein

Ulrich Preuß spricht in seinem anregenden Beitrag eine Problematik an, die in den Vereinigten Staaten niemals ernsthaft diskutiert wurde und auch in Europa bis vor kurzem wenig Beachtung fand: Was macht eine Verfassung zu einer *Verfassung*, was unterscheidet sie von einem Pakt, einem Vertrag und ähnlichen Vereinbarungen?

In meinem Kommentar möchte ich zwei Gedanken verfolgen. Erstens spielt die Bezeichnung eines Dokuments, das transnationale Regierungsbefugnisse regelt, kaum eine Rolle; entscheidend ist allein, was dieses Dokument bewirkt, ob es nun als »Verfassung« bezeichnet wird oder nicht (mit der Einschränkung, daß es seine Wirkung zum Teil auch der Namensgebung verdanken kann, s.u.). Zweitens sollte jedes derartige Dokument als pragmatisches Instrument betrachtet werden, das nach seinen konkreten Funktionen zu bewerten ist. Dazu gehört auch die Frage, ob es die demokratischen und deliberativen Strukturen der Europäischen Union verbessern würde. Im Zusammenhang des vielzitierten Demokratiedefizits in der Europäischen Union halte ich eine neue Gründungskunde für Europa daher für notwendig, gleich, welchen Namen sie hat.

Wenn ich Preuß richtig lese, versteht er unter einer modernen Standards genügenden Verfassung ein Dokument, das eine bestimmte, u.a. geographisch definierte Gruppe von Menschen zu einem Staat konstituiert. So verstanden kann ein Volk eine Verfassung ratifizieren, souveräne Staaten können dies jedoch nicht. Wenn solche Staaten Übereinkommen, sich gemeinsamen Grundsätzen oder einem mit allgemeinen Machtbefugnissen ausgestatteten Gebilde unterzuordnen, schaffen sie eine wichtige Vereinbarung, jedoch keine Verfassung. Dies scheint zunächst lediglich eine analytische Unterscheidung zu sein. Sie ist jedoch nicht losgelöst von Preuß' normativem Anliegen zu sehen, sowohl, was die wünschenswerten instrumentellen Funktionen einer europäischen Verfassung betrifft, als auch, was die Gefahr angeht, daß gerade durch eine solche Verfassung ein Defizit an demokratischer Legitimation entstehen könnte.

Preuß' Überlegungen korrespondieren mit einem zentralen Sachverhalt der amerikanischen Verfassungsgeschichte. Anfangs waren die amerikanischen Einzelstaaten bekanntlich nicht durch eine Verfassung vereint, sondern durch die *Articles of Confederation*, die sich jedoch als unsichere und viel zu schwache Grundlage für eine prosperierende Handelsrepublik

erwiesen. Ziel des Übergangs zu einer neuen Verfassung war daher nicht nur die Schaffung eines wohlfunktionierenden Systems deliberativer Demokratie, das die Rechenschaftspflicht gegenüber der Öffentlichkeit mit einem hohen Grad an Reflexion und argumentativer Begründung verbindet¹, sondern vor allem auch – und hier liegt eine offensichtliche Parallele zum europäischen Einigungsprozeß heute – die Bereitstellung geeigneter Rahmenbedingungen für einen allgemeinen Aufschwung des Handels und also die Beseitigung von Protektionismus und anderer Barrieren, die die wirtschaftliche Entwicklung bremsen würden. Dieser Übergang von einem Vertrag zwischen souveränen Einzelstaaten zu einer Verfassung kann als Versuch interpretiert werden, gemeinsames Handeln zu ermöglichen, ein Problem, das die Konföderationsartikel ungelöst ließen. Denn hier verfolgte jeder Einzelstaat nur sein Eigeninteresse, und dies konnte für die US-Staaten als Ganzes nachteilige Folgen haben.

Der Übergang zur Verfassung war selbstverständlich umstritten. Viele Gegner der Verfassung, die sogenannten Antiföderalisten, zogen unter Berufung auf die republikanischen Werte der Selbstregierung in Zweifel, daß eine legitime Regierung über ein solch ausgedehntes Territorium herrschen könne. Die aufschlußreichen Einwände, die Dieter Grimm gegen die Idee einer Europäischen Verfassung vorgebracht hat², ließen sich bruchlos in die Tradition der amerikanischen Antiföderalisten einfügen – in der Substanz sind die Argumente fast identisch.

Eine Schlüsselfrage, mit der sich die amerikanische Gründergeneration beschäftigte, war: Wer hat die Verfassung geschaffen? Wurde sie von souveränen Staaten, von den Menschen dieser souveränen Staaten oder aber vom Volk der Vereinigten Staaten insgesamt geschaffen? Für die Väter der amerikanischen Verfassung duldete es keinen Zweifel, daß weder die einzelnen Staaten noch die Menschen, die sich mit diesen Staaten identifizierten, die Verfassung geschaffen haben, sondern »Wir, das Volk der Vereinigten Staaten«. Diese Formulierung in der Präambel der amerikanischen Verfassung erfüllt bis heute eine wichtige symbolische und interpretative Funktion. Sie schreibt fest, daß die Gründungsurkunde von Menschen geschaffen wurde, die sich mit diesem Akt als Nation konstituierten und deren Identität sich vor allem in Begriffen nationaler Staatsbürgerschaft definiert. In einem früheren Entwurf hatten die Eingangsworte der Verfassung noch ganz anders gelautet: »Wir, das Volk der Staaten von New Hampshire, Massachusetts, Rhode Island, Connecticut, New York (...)«.

Die endgültige Formulierung stärkte die frühen Nationalisierungs- und Zentralisierungsbestrebungen des Obersten amerikanischen Gerichtshofs, dessen Wirken zu Beginn des 19. Jahrhunderts sich gar nicht so sehr von jenem des Europäischen Gerichtshofs heute unterscheidet.

Das amerikanische Beispiel stützt die von Preuß behauptete Staatsbezogenheit moderner Verfassungen. Eben deshalb ist in seinen Augen der Begriff einer »europäischen Verfassung« problematisch, zumindest solange sich die Bürger der europäischen Nationen nicht wie die Bürger der ursprünglichen Einzelstaaten Amerikas für die Schaffung eines Systems aussprechen, in dem der staatsbürgerliche Status (in erster Linie?) gesamteuropäisch verstanden wird. Eine allgemeine europäische Entscheidung in dieser Richtung ist derzeit kaum vorstellbar. »Mit dem europäischen Paß verbinden sich bisher keine Rechte, die eine demokratische Staatsbürgerschaft begründen.«³ – und daran wird sich in der nächsten Zukunft wohl auch nicht viel ändern.

Doch was genau folgt daraus? Sind die Ziele derer, die sich für die europäische Politik mehr Transparenz und mehr demokratische Legitimation wünschen, deshalb unerreichbar? Auch Preuß wüßte nicht, warum dem so sein sollte. Unter bestimmten Bedingungen könnte der Unterschied zwischen einer »Verfassung« und einem »Vertrag« eher symbolischer Natur sein; entscheidend sind die inhaltlichen Bestimmungen des Dokuments, nicht sein Name. Wenn die Europäische Union derzeit kein »Bundesstaat, kein Staatenbund – statt dessen ein Staatenverbund« ist, liegt ein pragmatischer Rückgriff auf das föderale Modell nahe. Die Autorität der Gemeinschaft hängt, so Preuß, in letzter Instanz davon ab, ob sie »eine befriedigende Antwort auf das Problem der ›richtigen‹ Zuordnung und Integration territorialer und funktionaler Interessen« zu geben weiß. Sollte eine neue Gründungsurkunde legitimen und wichtigen Zwecken dienlich sein, so sollte sie ungeachtet ihres Namens auch ratifiziert werden.

Ein solches Dokument könnte zum Beispiel die Machtbefugnisse des Europäischen Parlaments klären, die transnationale Koordination verbessern, relevante Interessen besser aufeinander, abstimmen und vielleicht sogar mehr deliberative und demokratische Elemente in die supranationalen Prozesse einführen.⁴ Grimms Ansicht, die Umwandlung der Europäischen Union in einen Bundesstaat könne kein unmittelbar wünschbares Ziel sein⁵, mag zutreffen. Die Frage ist jedoch – und ich bin sicher, Grimm würde mir hier zustimmen –, was ein »Bundesstaat« unter pragmatischen

Gesichtspunkten eigentlich *ist*. Vielleicht ist ein auf eine neue Gründungs-urkunde gestellter »Bundesstaat« ja nur eine einfachere, transparentere, besser koordinierte und legitimere Version des derzeitigen Systems.

Als Haupteinwand gegen meine Ansicht, es sei praktisch gleichgültig, ob das betreffende Dokument als »Verfassung« bezeichnet wird oder nicht, ließe sich Vorbringen, daß eine europäische Verfassung die übergreifende Entscheidung der Menschen in Europa widerspiegeln würde, sich als eine Art unabhängiger Staat zu konstituieren, und nicht als Staatenverbund. Wenn die Etikettierung des Dokuments das Selbstverständnis der Menschen affiziert, sind die Auswirkungen nicht völlig von der Bezeichnung zu lösen. Dennoch, grundlegend ist nicht das Etikett, sondern welche Machtbefugnisse eine Gründungsurkunde wem verleiht.

Es gibt eine Analogie zwischen den Rechten eines Staats innerhalb eines wie immer gearteten Verbunds und den Rechten eines Eigentümers. Auch im freiesten aller freien Märkte bedeutet das »Eigentum« an einem Haus oder an einem Stück Land nicht, daß man damit nach Belieben verfahren könnte. Jede vernünftige Regierung wird das Eigentumsrecht einschränken. So wird es nicht erlaubt sein, zu Hause Löwen zu halten, im Keller ein Atomkraftwerk zu bauen oder sein Haus an Rockmusiker zu vermieten, die mitten in der Nacht laut spielen. Eigentum bringt ein Bündel von Rechten und Pflichten mit sich, die sich mit der Zeit verändern können. Dasselbe gilt für die Machtbefugnisse der amerikanischen Einzelstaaten in ihrem Verhältnis zu den Befugnissen der amerikanischen Nation. Und wieder dasselbe gilt für die Befugnisse der Nationen Europas in ihrem Verhältnis zu den Befugnissen einer europäischen Zentralinstanz. Daher ist die Unterscheidung zwischen Verfassung und Vertrag in der Praxis alles andere als klar. Wir könnten uns eine Verfassung vorstellen, die den verschiedenen Einzelstaaten weitgehende Machtbefugnisse, der Zentralinstanz hingegen nur vergleichsweise wenige einräumt. Genau so gut könnte man sich einen Vertrag vorstellen, der die Machtverteilung umgekehrt regelt.

Preuß betont zwar die große Verschiedenheit der EU-Bürger, aber er setzt sich nicht mit der drängenden Frage auseinander, wie verschiedenartige Nationen über den Inhalt einer europäischen Verfassung oder einer Gründungsurkunde für Europa entscheiden sollen. Auf welche Ideale könnten sie sich dabei beziehen? Inwiefern wären die Bürger Europas überhaupt gewillt oder imstande, an einem gemeinsamen demokratischen

Unternehmen mitzuwirken? In Anlehnung an Preuß' pragmatische Sichtweise möchte ich dazu zwei Anmerkungen machen.

Erstens: Preuß unterscheidet zwischen einem Regierungsmechanismus, der auf der »Optimierung der Repräsentation und Zuordnung heterogener Interessen« beruht, und einem Mechanismus, der »vermittels kollektiver Willensbildung« auf die »Definition eines europäischen Gemeinwohls« zielt. Diese Unterscheidung ist sehr hilfreich, und viel wäre dazu zu sagen. Preuß scheint dabei an folgenden Kontrast zu denken: Auf der einen Seite ein Regierungssystem des Interessengruppen-Pluralismus, das lediglich den Ausgleich gegenläufiger Interessen zu optimieren sucht, auf der anderen Seite ein genuines System deliberativer Demokratie, in dem die verschiedenen Interessen vermittelt über einen öffentlichen Diskussionsprozeß in Werte transformiert werden. Preuß zufolge wird sich die EU auf nahe Sicht im Rahmen eines Interessengruppen-Pluralismus bewegen – vielleicht weil die Vorbedingungen für deliberative Demokratie und kollektive Willensbildung vorerst fehlen⁶, obgleich sie, wie Preuß in einer interessanten Passage anmerkt, schließlich doch noch entstehen könnten.

Im einen wie im anderen Fall könnte ein Gründungsdokument für Europa dazu beitragen, die Rechenschaftspflicht und die deliberativen Mechanismen in der EU zu verbessern. Dabei könnten auch eine Reihe von transnationalen Rechten – persönliche und politische Grundrechte – im Streben nach einem wohlfunktionierenden System deliberativer Demokratie verankert werden.⁷ Das Ideal deliberativer Demokratie bietet die Grundlage für Institutionen und Rechte, die von vielen Kulturen und Traditionen unterstützt werden (s.u.). In jedem Fall ist Habermas beizupflichten, wenn er sagt: »Diese – nicht-deformierte, weder von innen noch von außen okkupierte – Öffentlichkeit muß in den Kontext einer freiheitlichen politischen Kultur eingebettet sein und vom freizügigen Assoziationswesen einer Zivilgesellschaft getragen werden, in die gesellschaftlich relevante Erfahrungen aus intakt bleibenden privaten Lebensbereichen einfließen können, damit sie dort zu öffentlichkeitsfähigen Themen verarbeitet werden.«⁸ Ich würde dem hinzufügen, daß die Motivation für eine (wie immer bezeichnete) Gründungsurkunde für Europa in der Schaffung von Rechten bestehen könnte, die im Ideal deliberativer Demokratie wurzeln. Ein solches Dokument könnte, sowohl mittel- als auch langfristig, dazu beitragen, das Demokratiedefizit Schritt für Schritt abzubauen.

Zweitens: Wie die jüngsten Erfahrungen in Osteuropa und Südafrika gezeigt haben, stößt der Aufbau demokratischer Institutionen in Ländern mit heterogener Bevölkerung auf ernsthafte Schwierigkeiten. Darüber hinaus wurde deutlich, daß eine erfolgreiche Verfassungsbildung wesentlich in der Umsetzung unvollständig theoretisierter Vereinbarungen über Zielsetzungen besteht, in bezug auf die noch Unsicherheit oder Meinungsverschiedenheiten herrschen.⁹ Viele Gründungsurkunden sind in diesem Sinne unvollständig theoretisierte Vereinbarungen über allgemeine Grundsätze – wobei unter »unvollständig theoretisiert« zu verstehen ist, daß die Akzeptanz der Grundsätze nicht notwendig Einigkeit über ihre spezifischen Folgewirkungen einschließt. »Redefreiheit«, »Religionsfreiheit« und »Gleichheit vor dem Recht« werden durch abstrakte Vorkehrungen geschützt, und obwohl unter den Bürgern Unsicherheit oder sogar Meinungsverschiedenheiten über deren Implikationen herrschen mögen, stimmen sie ihnen doch zu. Manchmal verfolgen Gründungsdokumente die umgekehrte Strategie: Sie enthalten unvollständig theoretisierte Vereinbarungen über spezifische Praktiken, die trotz Unsicherheit oder Meinungsverschiedenheiten über ihre theoretische Begründung getroffen werden. So können sich Menschen aus ganz unterschiedlichen Gründen auf eine bestimmte Machtverteilung zwischen konkurrierenden Regierungen einigen. Sie sind sich über die praktische Regelung einig, nicht jedoch über ihre Begründung. Solche Strategien verfolgen ein wesentliches Ziel wohlfunktio- nierender Institutionen: Vereinbarungen zu ermöglichen, wo sie notwendig, und überflüssig zu machen, wo sie unmöglich sind. Gesellschaften, die diesem Ziel verpflichtet sind, erlauben den Bürgern ein Mindestmaß an gegenseitiger Anerkennung und helfen verschiedenartigen Bevölkerungsgruppen, in Frieden miteinander zu leben.

Ob und wie diese Strategien zur Ausarbeitung einer Verfassung für Europa beitragen werden, bleibt abzuwarten. Wenn die hier vorgebrachten Argumente stimmen, ist eines jedenfalls klar: Angesichts des viel beklagten Demokratiedefizits in der Europäischen Union gibt es gute Gründe für ein neues Gründungsdokument für Europa, mag es nun Verfassung, heißen oder nicht.

Aus dem Englischen von Bodo Schulze

Anmerkungen

- 1 Zur deliberativen Demokratie vgl. Jürgen Habermas, *Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, Frankfurt a.M. 1998; Jon Elster (Hg.), *Deliberative Democracy*, Cambridge UP 1998. Mit Bezug auf die Vereinigten Staaten vgl. Cass R. Sunstein, *The Partial Constitution*, Harvard UP 1993.
- 2 Vgl. Dieter Grimm, *Braucht Europa eine Verfassung?*, München 1995; »Does Europe Need a Constitution?«, in: *European Law Journal* 282, 1995.
- 3 Jürgen Habermas, »Braucht Europa eine Verfassung? Eine Bemerkung zu Dieter Grimm«, in: Ders., *Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie*, Frankfurt am Main 1996, S. 185. – Vgl. auch »Die postnationale Konstellation und die Zukunft der Demokratie«, Rede auf dem *Kulturforum der Sozialdemokratie* am 5. Juni 1998, besonders Teil III, www.spd.de/kulturforum/aktuell/ (Anm. d. Red.).
- 4 Grimm ist demgegenüber skeptisch: »Was die Einführung von mehr Demokratie behindert, ist (...) nicht der fehlende Zusammenhalt der Unionsbürger als Volk, sondern ihre schwach entwickelte kollektive Identität und ihre geringe Fähigkeit zu einem transnationalen Diskurs.« (Grimm, a.a.O., S. 294 ff.) Preuß und Habermas scheinen der Ansicht zu sein, daß sich dies mit der Zeit ändern könnte.
- 5 Grimm, a.a.O., S. 297.
- 6 Zu diesen Vorbedingungen vgl. Grimms englischen Artikel, a.a.O., S. 158f.
- 7 Vgl. Sunstein, a.a.O.
- 8 Jürgen Habermas, a.a.O., S. 190.
- 9 Vgl. Cass R. Sunstein, *Legal Reasoning and Political Conflict*, Oxford UP 1996. Vgl. auch die Diskussion zum »overlapping Consensus« bei John Rawls, *Political Liberalism*, Columbia UP 1993.

Zu den Autorinnen und Autoren

Olivier Beaud, Professor für Öffentliches Recht an der Université Pantheon-Assas (Paris II). Zu seinen letzten Veröffentlichungen zählen: *Le sang contaminé. Essai sur la responsabilité des gouvernants*, Paris 1999; *Les dernières jours de Weimar*, Paris 1997.

Ernst-Wolfgang Böckenförde, geb. 1930, Professor für Öffentliches Recht an der Universität Freiburg/Breisgau; Richter a.D. des Bundesverfassungsgerichts Karlsruhe; Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats des IWM. Ausgewählte Veröffentlichungen: *Staat, Nation, Europa. Studien zur Staatslehre, Verfassungstheorie und Rechtsphilosophie*, Frankfurt a. M. 1999; *Die Organisationsgewalt im Bereich der Regierung. Eine Untersuchung zum Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1998; *Staat, Verfassung, Demokratie. Studien zur Verfassungstheorie und zum Verfassungsrecht*, Frankfurt a. M. 1991; *Recht, Staat, Freiheit. Studien zur Rechtsphilosophie, Staatstheorie und Verfassungsgeschichte*, Frankfurt a.M. 1991.

Joana Breidenbach, geh. 1965, lebt und arbeitet in Berlin. Studium der Ethnologie, Geschichte und Kunstgeschichte; Forschungsaufenthalte in Südostasien, West- und Südafrika. 1994 erschien *Deutsche Dingwelt*, Münster. Publikationen gemeinsam mit Ina Zukrigl: *Tanz der Kulturen. Kulturelle Identität in einer globalisierten Welt*, München 1998; »Globalisierung: Kulturschmelze oder neue Pluralität«, in: *Fremdkörper, Fremde Körper*. Katalog zur Ausstellung des Hygiene-Museums Dresden, erscheint Herbst 1999; »Global Masala. Jenseits der 3. Welt«, in *Jahrbuch 3. Welt*, erscheint 2000.

Mandana Eibegger, geb. 1974 in Wien, seit 1996 Studium der Computationalen Logik an der TU Wien. 1995/96 Bau des sich autonom im Raum bewegenden Roboters »NUCK«. Seit 1995 graphische Gestaltung von Flyern, Plakaten und Programmheften für diverse Veranstaltungen, seit 1996 Design und Programmierung von Webseiten und interaktiven Präsentationen u.a. für *Wienerin*, *Hooch*, *Mobilkom* und *Erste Bank*.

Winfried Fluck, Professor für amerikanische Kultur und Leiter der Abteilung Kultur des John F. Kennedy-Instituts für Nordamerikastudien an der Freien Universität Berlin. Ausgewählte Veröffentlichungen: *Inszenierte Wirklichkeit. Der amerikanische Realismus 1865-1900*. Paderborn 1991; *Das kulturelle Imaginäre. Funktionsgeschichte des amerikanischen Roman 1790-1900*, Frankfurt a.M. 1997; »«Amerikanisierung» der Kultur. Zur Geschichte der amerikanischen Populärkultur«, in: Harald Wenzel (Hg.), *Die Amerikanisierung des Medienalltags*. (Nordamerikastudien, Bd. 4) Frankfurt a.M./ New York 1998; »The Humanities in the Age of Expressive Individualism and Cultural Radicalism«, in *Cultural Critique*, 40 (1998).

Udo Göttlich, geb. 1961, studierte Komparatistik, Soziologie und Politische Wissenschaft in Aachen. Mitarbeiter am Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung, Universität – GH Duisburg; Lehrbeauftragter für Medien-geschichte an der Universität – GH Paderborn. 1996 erschien *Kritik der Medien, Reflexionsstufen kritisch-materialistischer Medientheorien am Beispiel von Leo Löwenthal und Raymond Williams*, Opladen. Zahlreiche Veröffentlichungen zusammen mit Jörg-Uwe Nieland vor allem über Politik und Daily Soaps (s. Lite-raturliste am Ende des Beitrags der beiden Autoren im vorliegenden Heft).

Felix Philipp Ingold, Professor für Kultur- und Sozialgeschichte Rußlands an der Universität St. Gallen, Schweiz. Jüngste Publikationen (als Herausgeber und Übersetzer): Gennadij Ajgi, *Ausgewählte Werke*, I-II, Wien 1995/1998; Lewis Carroll, *Tagebuch einer Reise nach Russland im Jahr 1867*, Frankfurt a. M. 1999. Unter dem Titel *Der große Bruch* erscheint demnächst im Verlag C. H. Beck, München, eine historisch-kritische Epochendarstellung der russischen Moderne.

Janos M. Kovacs, geb. 1950 in Budapest, Mitglied des Instituts für Wirtschaftswissenschaften an der Ungarischen Akademie der Wissenschaften und Permanent Fellow des IWM (Forschungsschwerpunkt *Politische und gesellschaftliche Transformation in Mittel- und Osteuropa*). Zahlreiche Artikel, darunter: »Unsichere Geister – Populisten und Liberale im postkommunistischen Ungarn«, in: Peter L. Berger (Hg.) *Die Grenzen der Gemeinschaft*, Gütersloh 1997. Herausgeber u.a. von: *Reform and Transformation in Eastern Europe* (mit Marton Tardos), London 1992; *Transition to Capitalism?*, New Brunswick 1994.

Claus Leggewie, geb. 1950, Professor am Institut für Politikwissenschaft, Justus-Liebig-Universität Gießen. 1990 erschien *Multi Kulti. Spielregeln für die Vielvölkerrepublik*, Berlin; zu seinen letzten Veröffentlichungen zählen *America First? Der Fall einer konservativen Revolution*, Frankfurt a.M. 1997; *Von Schneider zu Schwerte*, München/Wien 1998.

Kaspar Maase, Institut für Empirische Kulturwissenschaft an der Eberhard-Karls-Universität in Tübingen. Publikationen zum Thema: *Amerikanisierung der Alltagskultur? Zur Rezeption US-amerikanischer Populärkultur in der Bundesrepublik und in den Niederlanden* (gemeinsam mit Gerd Hallenberger und Mel van Eiteren), Hamburg 1990; *BRAVO Amerika. Erkundungen zur Jugendkultur der Bundesrepublik in den 50er Jahren*, Hamburg 1992; *Grenzenloses Vergnügen. Der Aufstieg der Massenkultur 1850-1970*, Frankfurt a. M. 1997.

Erik Meyer, geb. 1968, Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Philosophie in Gießen; Gründungsmitglied der Arbeitsgruppe SPoKK (s.u.), Assistenz-professor am Institut für Politikwissenschaft an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Zahlreiche Artikel zur Pop- und Jugendkultur; in diesem Jahr erscheint *Die Techno-Szene. Ein jugendkulturelles Phänomen aus sozialwissenschaftlicher Perspektive*, Opladen.

Jörg-Uwe Nieland, geb. 1965 in Düsseldorf, studierte Sozialwissenschaften, Geschichte, Philosophie und Sportwissenschaften. Mitarbeiter am Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung und am Institut für Politikwissenschaft, Universität – GH Duisburg. Zahlreiche Veröffentlichungen zusammen mit Udo Göttlich vor allem über Politik und Daily Soaps (s. Literaturliste am Ende des Beitrags der beiden Autoren im vorliegenden Heft).

Pal Nyiri, geb. in Budapest; Senior Researcher am Oriental Institute der Universität Oxford. Zum Thema seines Beitrags erschienen: »The Chinese Community in Hungary«, in: *The Hungarian Observer* 3, 1993; »New Migrants, New Community: The Chinese in Hungary«, in: Gregor Benton/Frank N. Pieke (Hg.), *The Chinese in Europe*, New York 1998; »Hungary and Chinese Migration«, in: *Magyar Tudom* 3, 1998.

Wiktor Osiatynski, geb. 1945, Professor für Rechtswissenschaften und Politologie an der Central European University (CEU) in Budapest und Warschau; Ko-Direktor des Center for the Study of Constitutionalism in Eastern Europe, University of Chicago Law School. Von 1990-95 Berater verschiedener Verfassungsausschüsse des Polnischen Parlaments. Mitherausgeber des *East European Constitutional Review*. Ausgewählte Veröffentlichungen: *Die Entwicklung des sozialen und politischen Denkens in Amerika* (poln.), Warschau 1983; *Contrasts: Soviet and American Thinkers Discuss the Future*, New York 1984; *Die Krise ist eine Chance* (poln.), Warschau 1990; *Deine Verfassung* (poln.), Warschau 1997.

Ulrich K. Preuß, Professor für Öffentliches Recht und Politik an der Freien Universität Berlin; Mitglied des Staatsgerichtshofs der Freien Hansestadt Bremen. Zu seinen Veröffentlichungen zählen: *Politische Verantwortung und Bürgerloyalität. Von den Grenzen der Verfassung und des Gehorsams in der Demokratie*, Frankfurt a. M. 1984; *Revolution, Fortschritt und Verfassung. Zu einem neuen Verfassungsverständnis*, Frankfurt a. M. 1990. Herausgeber u.a. von: *Zum Begriff der Verfassung: Die Ordnung des Politischen*, Frankfurt a. M. 1994; *European Citizenship, Multiculturalism, and the State*, Baden-Baden 1998.

George Schöpflin, geb. 1939 in Budapest, Jean Monnet Professor of Politics; Director, Centre for the Study of Nationalism, School of Slavonic and East European Studies, University of London. Co-Autor von *Communist and Postcommunist Political Systems*, St. Martin's Press 1990; 1994 erschien *Politics in Eastern Europe. 1945-1992*, Oxford.

Die Gruppe SPoKK (Sozialwissenschaftliche Politik-, Kultur- und Kommunikationsforschung), Universität Gießen (<http://www.spokk.de>), arbeitet an der Vernetzung internationaler und interdisziplinärer Forschungsansätze und -projekte auf dem Gebiet der *Cultural Studies*. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der Erforschung und Erprobung von Anwendungsmöglichkeiten neuer Technologien. 1997 erschien der von der Gruppe herausgegebene Band *Kursbuch Jugend-Kultur. Stile, Szenen und Identitäten vor der Jahrtausendwende*, Mannheim.

Cass R. Sunstein, Karl N. Llewellyn Distinguished Service Professor, Law School and Department of Political Science, University of Chicago. Zu seinen wichtigsten Publikationen zählen: *The Partial Constitution*, Cambridge 1993; *Legal Reasoning and Political Conflict*, Oxford 1996; *Behavioral law and economics*, Cambridge UP (in Druck).

Ina Zukrigl, geb. 1967, studierte Ethnologie, Politikwissenschaft und Völkerrecht in München und London; Forschungsaufenthalte in Südafrika. Lebt in Berlin und arbeitet u.a. an Multimedia-Projekten im öffentlichen Bereich. Zahlreiche Publikationen gemeinsam mit Joana Breidenbach (s.o.).

www.flex.at

home

schöner zeichnen

email

office@flex.at